Deutsche Architektur

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Heft 3 1961

Der IV. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten

Architekt BDA Walter Mickin

Der IV. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten findet in einer Epoche großer gesellschaftlicher Umwälzungen statt. Welche tiefe Einsicht in die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, in die Entwicklungsbedingungen unserer Epoche, als der Epoche des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus, ist uns jetzt, nach der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, möglich!

Welch klare Perspektive haben wir jetzt für den Sieg des Sozialismus und des Kommunismus! Jetzt können wir auch den Entwicklungsprozeß der Herausbildung einer sozialistischen Architektur besser begreifen und stärker beeinflussen, wir können das Bauen in den kapitalistischen Ländern besser einschätzen und leichter Partei ergreifen für die Sache des Fortschrittes. Die Programmatische Erklärung unseres Staatsrates hat unseren Blick für die Bedingungen unserer nationalen Entwicklung und für die Bedingungen des Sieges des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik geschärft.

Wir können voller Stolz auf die Erfolge der vergangenen zehn Jahre zurückblicken, wenn wir berücksichtigen, daß die Kriegszerstörungen auf unserem Gebiet besonders groß waren. Während im Westen die Produktionsbetriebe nicht so stark zerstört waren und Westdeutschland mit dem Ruhrgebiet über die entscheidende Rohstoffbasis und die Verarbeitungsstätten von Steinkohle, Eisen und Stahl verfügt, wurden auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, bezogen auf den Produktionsstand Deutschlands vor dem Kriege, nur 6 Prozent der Eisenerze und 2 Prozent der Steinkohle gefördert, nur 1 Prozent des Roheisens und 7 Prozent des Rohstahls produziert. Wir hatten zwar einen Maschinenbau, aber keine metallurgische Basis. Mit 5 veralteten Hochöfen fingen wir an, Westdeutschland hingegen hatte 120 moderne Hochöfen. Heute sind wir bereits eine bedeutende Industriemacht geworden. Dabei konnten wir in den ersten zehn Jahren nach 1946 nur sehr wenig investieren (insgesamt 49 Milliarden DM); von 1959 bis 1960 dagegen haben wir allein 58 Milliarden DM investiert. Davon waren die Hälfte Bauinvestitionen. Innerhalb von drei Jahren hat sich das Warenangebot für die Bevölkerung um 10 Milliarden DM erhöht bei gleichzeitiger Senkung des Preisniveaus um 4 bis 5 Prozent. Diese großen Erfolge sind uns Ansporn, noch mehr zu leisten, um unser aller Leben zu verbessern und den Wohlstand des Volkes zu erhöhen.

Das Ziel des IV. Bundeskongresses des Bundes Deutscher Architekten ist, zu untersuchen, wie die Architekten die ihnen im Siebenjahrplan gestellten Aufgaben

noch schneller und besser lösen und die auftretenden Schwierigkeiten gemeinsam überwinden können.

Mehr noch als bei der Vorbereitung der Theoretischen Konferenz der Deutschen Bauakademie muß an die Praxis herangegangen werden.

Welche Probleme müssen behandelt werden?

1. Die industrielle Bauproduktion und ihre Bedeutung für die Befriedigung der Bedürfnisse unserer Menschen

2. Auswertung der Entwicklung des sowjetischen Städtebaus und der sowjetischen Architektur entsprechend unseren Bedingungen unter besonderer Berücksichtigung des Moskauer Städtebau-Kongresses

3. Kritische Einschätzung des Bauens in den kapitalistischen Ländern unter Verwendung besonders der Materialien zum VI. UIA-Kongreß in London

4. Schlußfolgerungen, Empfehlungen und Festlegung konkreter Maßnahmen zur Sicherung der Planaufgaben auf dem Gebiete des Bauwesens, soweit sie die Architekten betreffen.

Dabei kommt es darauf an, aus der Enge des bloßen Architektengespräches herauszukommen und die Beratungen auf dem Kongreß mit allen gesellschaftlichen Kräften zu führen, besonders aber mit den Kommunalpolitikern, den Planträgern, den Bauausführenden, den Vertretern von Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Wie wir das auf unserem Fachgebiet am besten tun können, wird der Gegenstand unserer Beratungen auf dem IV. Bundeskongreß sein. In welchem Maße sich unsere Architekten in der Vorbereitung des Bundeskongresses gerade auf diese Fragen orientiert haben, zeigt ein kurzer Überblick über den Verlauf der Bezirkskonferenzen.

So stand die Bezirkskonferenz in Cottbus im Zeichen der Entwicklung sozialistischer Gemeinschaftsarbeit. Im Zusammenhang mit den Fragen der Erarbeitung einer Stadtökonomik von Cottbus und der Rekultivierung der Bergbaugebiete wurde beschlossen, sich um die Bildung einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft mit Planträgern, Gebietsplanern und Architekten, mit Vertretern der Bergakademie Freiberg, der Hochschule für Bauwesen in Cottbus, der Land- und Forstwissenschaftlichen Fakultäten an den Universitäten zu bemühen. Diese Forderung der Bezirkskonferenz wurde bereits im wesentlichen verwirklicht. Die Bezirkskonferenz kritisierte das Zurückbleiben der Entwicklung von Typenprojekten in Montagebauweise für gesellschaftliche Bauten. Sie überprüfte den Stand der Anwendung von Typenprojekten im Industriebau und beschloß, eine spezielle Beratung mit den Industriebauern des Bezirkes zu dieser Frage durchzuführen.

Sie stellte fest, daß die Typenprojekte für den Wohnungsbau und die Nachfolgeeinrichtungen keine einheitlichen Gestaltungsmerkmale zeigen, so daß die Wohnkomplexe ein architektonisch uneinheitliches Gesicht haben. Die Typenprojektierung insgesamt aber wurde einmütig von allen Anwesenden als ein großer Fortschritt im Bauwesen betrachtet, da sie die Anwendung industrieller Baumethoden erst ermöglicht.

Das Zurückbleiben der Projektierungsleistungen hinter der Steigerung der Bauleistungen veranlaßte die Bezirkskonferenz, die Projektierungsarbeit in den Entwurfsbetrieben zu untersuchen. Die Bezirkskonferenz forderte, daß der Arbeitsstil in den Entwurfsbetrieben in der Richtung verändert wird, daß man sich nicht auf die bloße Aufkündigung von Terminen bei nicht rechtzeitiger Bereitstellung der Technologien, der Raumprogramme und so weiter beschränkt, sondern daß, unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Organisationen, mit den Planträgern und den Technologen der Kampf um die rechtzeitige Bereitstellung der Vorplanungsunterlagen geführt wird.

Die Teilnehmer der Bezirkskonferenz verpflichteten sich zur freiwilligen Projektierung für die Ausnutzung der Altbausubstanz in der Landwirtschaft. Die Sektion Städtebau verpflichtete sich, ständige Berater bei den Operativstäben für ländliches Bauen einzusetzen.

Die übernommenen Verpflichtungen wurden im wesentlichen erfüllt.

Folgende Vorschläge an den Bundeskongreß wurden auf dieser Konferenz beschlossen:

Der Bundeskongreß möge über die Verbesserung der Vorfertigung von Bauelementen für Typenprojekte mit dem Ziel beraten,

eine Ordnung bei der Ausarbeitung von Typenreihen zu schaffen;

neue Typenreihen auf bereits vorhandenen Bauelementen aufzubauen, um die industrielle Vorfertigung von Massenbauelementen zu ermöglichen;

den Umfang von Typenunterlagen zu verringern;

vor der Erarbeitung von Typenprojekten neue Baustoffe und neue Baukonstruktionen an Experimentalbauten zu erproben; den Fragen einheitlicher Gestaltungsmerkmale für Typenreihen größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Beispielgebend verlief auch die Bezirkskonferenz in Magdeburg. Hier erfolgte eine gründliche Vorbereitung in den Betriebsgruppen und im Bezirksvorstand.

Die Bezirkskonferenz setzte sich insbesondere mit den Fragen der komplexen Planung und Ausführung auseinander. Auch hier wurde die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Planungsorganen, den Projektanten und Ausführungsbetrieben gefordert.

Kritisch wurde das Zurückbleiben der Aufschließungsmaßnahmen beurteilt. Es wurde festgestellt, daß 40 Prozent der Wohnungen im Jahre 1960 infolge Zurückbleibens der Erschließungsarbeiten nur behelfsmäßig angeschlossen werden konnten. Die Bezirkskonferenz widmete den Fragen des Studiums des Marxismus-Leninismus große Aufmerksamkeit. Sie empfahl der Deutschen Bauakademie, Schulungsmaterialien zu Fragen der marxistischen Ästhetik und der Architekturtheorie herauszugeben.

Auch die Wirksamkeit des Bundes Deutscher Architekten in der Öffentlichkeit wurde ausführlich behandelt. Es wurde beschlossen, Diskussionsabende mit der Bevölkerung über den Aufbau der Stadt Magdeburg und besonders des Zentrums durchzuführen. Weiter werden Aussprachen mit dem Handel über die bessere Ausgestaltung der Läden, über Abstimmung der Kapazitäten und so weiter vorbereitet. In AWG-Versammlungen sollen die Wohnungstypen erläutert werden. Die Schulungskurse für die Projektanten in den Kreisentwurfsgruppen werden verstärkt fortgesetzt, nachdem bereits im Jahre 1959 fünf solcher Schulungen erfolgreich durchgeführt wurden. Zur Verbesserung der Wohnungstypen wurde vorgeschlagen, einheitliche Dachlösungen mit Flachdächern zu entwickeln.

Als drittes Beispiel für die gute Vorbereitung, Auswertung und Durchführung einer Bezirkskonferenz möchte ich Leipzig erwähnen. Sie war am gründlichsten vorbereitet und erzielte darum auch die besten Ergebnisse. Es war insbesondere die Parteigruppe des Bezirksvorstandes, durch deren Initiative das hohe Niveau der Bezirkskonferenz gewährleistet wurde.

Hier zeigte sich eindrucksvoll, daß gute Ergebnisse eine intensive ideologische Arbeit voraussetzen.

Es wurde eine Reihe von Aussprachen in den Entwurfsbetrieben zu Fragen der Neugestaltung des Stadtzentrums von Leipzig durchgeführt. Welche Bedeutung diesen Aussprachen beigemessen wurde, zeigte die Tatsache, daß sowohl der 1. Sekretär der Stadtleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als auch der Oberbürgermeister an einigen dieser Aussprachen teilnahmen. Im Verlaufe der Aussprachen konnten wesentliche Hinweise für die Verbesserung der Entwurfsarbeit und für die Zusammenarbeit mit den Planträgern gemacht werden. Man kann sagen, in den Wochen vor der Bezirkskonferenz wurde die ideologische Windstille durchbrochen und jedes BDA-Mitglied in den Meinungsstreit einbezogen.

Durch eine Reihe von Aussprachen mit den Kollegen Privatarchitekten war es gelungen, spezielle Fragen vorzuklären, so daß auf der Bezirkskonferenz Fragen der Zusammenarbeit der Kollegen Privatarchitekten mit dem sozialistischen Entwurfssektor durchweg eine positive Beantwortung fanden.

Die Entschließung faßte die Ergebnisse der Diskussion zusammen. In ihr wurden die Verbesserung der Perspektivplanung, die rechtzeitige Auftragserteilung und eine exakte Vorplanung gefordert. Den Projektierungsbetrieben wurde vorgeschlagen, schon in der Phase des Grundprojektes eng mit dem Ausführungsbetrieb zusammenzuarbeiten, um rechtzeitig zu Abstimmungen zwischen Ausführung und Projektierung zu kommen.

Die Betriebssektionen wurden aufgefordert, sich um die Erhöhung der Qualität der Projekte, insbesondere der Typenprojekte, zu bemühen, die sozialistische Arbeitsgemeinschaft zu organisieren, sich stärker für die Lösung der betrieblichen

Planaufgaben einzusetzen und durch Projektdiskussionen unmittelbar Hilfe für die Verbesserung der Qualität der Entwurfsarbeit zu leisten.

Die Architekten wurden aufgefordert, in den ständigen Kommissionen der Volksvertreterkörperschaften stärker wirksam zu werden und ihre Projekte regelmäßig vor der breiten Öffentlichkeit darzulegen. Den sozialistischen Entwurfsbetrieben und den Privatarchitekten wurde empfohlen, in langfristigen Projektierungsverträgen die Zusammenarbeit zwischen beiden Partnern zu gewährleisten.

Im allgemeinen waren die Bezirkskonferenzen auf die Lösung der praktischen Tagesaufgaben orientiert.

In Gera wurde auf die Freihaltung von Reserveflächen bei der Komposition städtebaulicher Komplexe hingewiesen. Es wurde aber gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Lösung aufmerksam gemacht.

Zur Weiterentwicklung der Wohnungstypen wurden großzügigere Grundrißlösungen gefordert, insbesondere mit flexiblen Wänden, Schrankeinbauten und so weiter. In größerem Maße sollten Balkone und Loggien angeordnet werden. Die Bezirkskonferenz schlägt dem Bundeskongreß vor, folgende Fragen zu behandeln:

Beratung über Maßnahmen zur schnelleren Entwicklung der Gebietsplanung;

Erarbeitung von Richtwerten zur besseren Standortplanung von Folgeeinrichtungen in den Dörfern;

die vorhandenen Richtwerte für Planung von Folgeeinrichtungen in Städten bedürfen einer Überarbeitung beziehungsweise einer Weiterentwicklung;

Empfehlungen an die Baustoffindustrie, planmäßig neue Materialien zu entwickeln, die eine bessere Gestaltung unserer Bauten ermöglichen;

die tiefgreifende sozialistische Umgestaltung des Dorfes sollte auf dem Bundeskongreß in den Beratungen einen breiten Raum einnehmen. Hierbei sollte die Entwicklung der Typen für landwirtschaftliche Produktionsbauten in Montagebauweise eine vorrangige Bedeutung haben.

Auf mehreren Bezirkskonferenzen wurden Disproportionen bei der Verteilung der Investitionen festgestellt. Es wurde kritisiert, daß sich die komplexe Ausführung von Wohnbauten und Folgeeinrichtungen nur langsam durchsetzt, da die einheitliche Lenkung der Investitionen fehlt.

Auch die mangelhafte städtebauliche Disziplin wurde kritisiert, und es wurde festgestellt, daß Standortfestlegungen zum Teil deswegen nicht eingehalten wurden, weil die städtebaulichen Flächennutzungspläne noch keine Gesetzeskraft haben.

Es wurde auf unterschiedliche Auffassungen hingewiesen, die zwischen den Organen von Handel und Versorgung und den Projektanten hinsichtlich der Organisation des Warenangebotes bestehen. Dem Bundeskongreß wurde empfohlen, in Aussprachen mit den Handelsorganen eine übereinstimmende Auffassung herzustellen.

In mehreren Bezirksgruppen wurde auch das Problem der Umwandlung von Altbaugebieten in sozialistische Wohnkomplexe behandelt und dem Bundeskongreß empfohlen, dieser Frage besondere Bedeutung beizumessen, weil sie in den kommenden Jahren eine große Bedeutung für die Annäherung der Lebensbedingungen in den Altbaugebieten an die Bedingungen in den Neubaugebieten hinsichtlich der Schaffung gesellschaftlicher Einrichtungen haben wird.

Auch die richtigen Beziehungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätten, die Trennung von Fahr- und Fußgängerbereichen, die Schaffung durchgehender Fußgängerzonen sollten berücksichtigt werden.

Die Konzentration der Standorte war ebenfalls eine immer wiederkehrende Forderung. So wurde festgestellt, daß das Rheinmetall-Werk in Sömmerda Arbeiter aus 145 Gemeinden beschäftigt. Fast in allen Gemeinden werden AWG-Wohnungen gebaut. Das bedeutet, daß die Belegschaft des Rheinmetall-Werkes auch in Zukunft fast nur aus Einpendlern bestehen wird.

In fast allen Bezirksgruppen wurde festgestellt, daß sich der Bund Deutscher Architekten mit den Problemen des Industriebaus ungenügend beschäftigt hat und daß diese Probleme auf dem Bundeskongreß stärker beachtet werden müssen.

Was ist jetzt noch bis zum Kongreß zu tun?

Es kommt jetzt darauf an, daß sich jeder Delegierte gründlich auf den Bundeskongreß vorbereitet. Gerade weil die Hauptarbeit des Kongresses in den Arbeitsgruppen geleistet wird, ist es jedem Delegierten möglich, das Wort zu ergreifen. Die Arbeitsgruppen des Bundeskongresses hatten sich aus den Reihen der Delegierten in den Bezirken bereits konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen. Diese Arbeitsgruppen werden auch nach dem Bundeskongreß ihre Tätigkeit fortsetzen und zu ständigen Arbeitskreisen, unter Einbeziehung der gesamten Mitgliedschaft, erweitert.

Folgende vier Arbeitsgruppen wurden gebildet:

1. Städtebau und Gebietsplanung,
2. Wohn- und gesellschaftliche Bauten,
3. Dorfplanung und ländliches Bauen,
4. Industriebau.

Alle Arbeitsgruppen haben auf der Grundlage von Thesen ihre Arbeit aufgenommen. Folgende Probleme stehen im Mittelpunkt ihrer Beratungen:

1. Arbeitsgruppe Städtebau und Gebietsplanung

Aufstellung von Generalplänen

Fragen der Gebietsplanung hinsichtlich der Verteilung der Standorte der Produktivkräfte und der Bevölkerung als Grundlage für die Planung der Städte und Dörfer

Aufstellung von Bezirks- und Stadtökonomiken

Schaffung einer strengen Ordnung der Bestätigung, der Einhaltung kurzer Bestätigungsfristen und der Durchsetzung bestimmter Pläne als Voraussetzung des komplexen industriellen Bauens

Grundsätze zum Aufbau von Stadtzentren

Der neue Maßstab entsprechend dem Entwicklungsstand unserer sozialistischen Gesellschaft

2. Arbeitsgruppe Wohn- und gesellschaftliche Bauten

Einschätzung der bestehenden, im Rahmen des Siebenjahrplanes vorgesehenen Typenreihen Q 6, Qx 2 Mp und Qx 5 Mp

Beratung über den Qx-Entwurf als Normaltyp und als Sondertyp für Kleinwohnungen

Bedeutung der Raumzellenbauweise für die Weiterentwicklung des industriellen Bauens

Stand der Ausarbeitung und Anwendung von Typenprojekten gesellschaftlicher Bauten in industrieller Standardbauweise (Stahlbetonskelett-Montagebauweise)

Möglichkeiten der Ausarbeitung und Anwendung von unifizierten Mehrzwecktypen gesellschaftlicher Bauten

Bedingungen für die Anwendung industrieller Standardbauweisen für gesellschaftliche Bauten in Stadtzentren

Methodische Fragen: Vereinfachung und Verbesserung der Typenprojektierung

Aufbau der Typenprojekte nach dem Prinzip der Projektierung von Baugliedern beziehungsweise Bauwerksteilen

Durchführung von Wettbewerben zur Typenprojektierung und Durchführung von Experimentalbauten

3. Arbeitsgruppe Dorfplanung und ländliches Bauen

Orientierung der Dorfplanungsarbeit auf die Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Schaffung von Voraussetzungen für eine exakte Vorplanung

Unterstützung und Sicherung des Umbauprogramms auf dem Dorf

Ausschreibung von Wettbewerben zur Verbesserung der Typenentwürfe

Berücksichtigung von Standards bei der Ausarbeitung von Typen

Vorplanungs- und Projektierungsmaßnahmen zur Erweiterung der Stallkapazitäten in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Schaffung der Voraussetzungen für eine wissenschaftlich einwandfreie Flurplanung

Hilfe bei der planmäßigen Ausbildung der Kader, bei der systematischen Bestandsaufnahme und bei der Bildung von notwendigen Planungsgruppen für die Flurplanung

4. Arbeitsgruppe Industriebau

Koordinierung der regional-industriellen Standortplanung

Maximale Typenanwendung und Freibauweise

Entwicklung der betriebstechnischen Versorgung

Anwendung gesetzlicher Anordnungen und Bestimmungen entsprechend den neuen Bedürfnissen

Nutzen wir die wenigen noch zur Verfügung stehenden Tage, um den Bundeskongreß zum größtmöglichen Erfolg zu führen.

Unsere Frauen in den Projektierungsbetrieben

„Die Befreiung der Frau wird erst möglich, sobald diese auf großem, gesellschaftlichem Maßstab an der Produktion sich beteiligen kann, und die häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maß in Anspruch nimmt. Und dies ist erst möglich geworden durch die moderne große Industrie, die nicht nur Frauenarbeit auf großer Stufenleiter zuläßt, sondern förmlich nach ihr verlangt, und die auch die private Hausarbeit mehr und mehr in eine öffentliche Industrie aufzulösen bestrebt" (Engels).

Unsere Frauen nehmen heute in der Industrie, in der Landwirtschaft, in der Verwaltung, in den wissenschaftlichen Institutionen, im Erziehungs- und Bildungswesen, im Gesundheitswesen, in den Projektierungs- und Konstruktionsbüros eine geachtete Stellung ein; es gibt heute kein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens mehr, in dem sie nicht gleichberechtigt neben dem Manne stehen. Groß sind die Verdienste unserer Frauen, auch als Mütter und Erzieherinnen ihrer Kinder, seit den schweren Tagen des Jahres 1945 bis heute, ohne die die in unserer Republik erzielten Erfolge nicht möglich gewesen wären.

Ohne unsere Frauen ist der Sieg des Sozialismus in unserer Republik undenkbar.

Auch an der Arbeit und den Erfolgen unserer volkseigenen Hochbau- und Industrieprojektierungsbetriebe haben unsere Frauen nicht unbedeutenden Anteil. War vor zehn Jahren eine Frau als Architekt oder Bauingenieur noch sehr selten, so hat sich ihre Anzahl bis heute wesentlich erhöht, wobei es erfreulich und auch erklärlich ist, daß es sich in der überwiegenden Mehrzahl um junge Kolleginnen handelt.

Viele von ihnen qualifizierten sich vom Maurer oder Zimmerer, von der technischen Zeichnerin, von der Stenotypistin durch Hoch- oder Fachschulstudium oder auch durch Fernstudium zum Architekten oder Bauingenieur.

Unsere Frauen als Architekten und Bauingenieure arbeiten auf allen Gebieten der Planung und Projektierung, angefangen von der Gebietsplanung und dem Städtebau über die Projektierung von Wohnungen und gesellschaftlichen Bauten bis zur Statik, Konstruktion und Bauökonomie. Sie haben bewiesen, daß es ihnen an Fleiß und Ausdauer, an Talent und Einfühlungsvermögen nicht mangelt, daß sie in der Lage sind, gut zu planen und zu projektieren.

Die Grünplanung des Berliner Tierparks zum Beispiel stammt einschließlich der Planung des Wegenetzes, der Wasser- und Felsanlagen von der Kollegin Editha Bendig. Die Grünplanung für den Seehafen Rostock von der Kollegin Hannelore Oehring, die Friedhofsplanung Ludwigsfelde von der Kollegin Margarete Haage-Wernowsky, die Planung eines Industriegebietes durch die Kollegin Annelore Ebenhöh und die Beteiligung der Kollegin Margot Stallknecht an der Vorplanung für das Energiekombinat Boxberg sowie die Planung landeskultureller Maßnahmen im Kreis Bad Langensalza von der Kollegin Dorothea Meyer zeugen von den Leistungen unserer Frauen auf diesem Gebiet.

Im Städtebau sind solche beachtlichen Leistungen unserer Frauen zu verzeichnen wie die Gestaltung des Zentralen Platzes von Neubrandenburg durch die Kollegin Iris Dullin, die Beteiligung der Kolleginnen Jutta Anders und Mechthild Schneider vom Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Frankfurt (Oder) an der Entwicklung des Bebauungplanes für das neue Wohngebiet Schwedt, die Leitung eines Kollektivs durch die Kollegin Gisela Schilke zur Ausarbeitung einer generellen Stadtplanung für die stark kriegszerstörte Stadt Zerbst und die Beteiligung der Kollegin Ingeborg Raue an der Planung für das Zentrum von Potsdam.

Bei den in der jetzten Zeit durchgeführten städtebaulichen Wettbewerben finden wir unter den ausgezeichneten Kollektiven auch Frauen als Angehörige dieser Kollektive, so beim Wettbewerb Zentrum Berlin die Kollegin Krista Grunicke vom Stadtbauamt Dresden, beim Wettbewerb Rostock Lütten-Klein die Kolleginnen Dorothea Tscheschner vom Stadtbauamt Berlin, Barbara Czycholl von der Hochschule für Bildende und Angewandte Kunst Berlin-Weißensee, Renate Voigt vom VEB Berlin-Projekt, beim Wettbewerb Zentraler Platz Magdeburg die Kolleginnen Anne-Monika Zorn vom VEB Hochbauprojektierung Magdeburg, Anita Bach von der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar und beim Wettbewerb Kultur- und Bildungszentrum Frankfurt (Oder) die Kolleginnen Jutta Anders und Mechthild Schneider.

Auf dem Gebiet der Projektierung von Wohnungen und gesellschaftlichen Bauten gibt es ebenfalls gute Leistungen unserer Frauen. Hier seien nur genannt die Entwürfe für die Wohnbebauung an der Ernst-Thälmann-Straße in Dresden von der Kollegin Lorena Johne und für den Wohnblock „Am Rummelplatz" in Weißenfels von der Kollegin Edith Scholz. Bei den gesellschaftlichen Bauten ragen solche Arbeiten heraus wie das Kreiskrankenhaus Burg von der Kollegin Charlotte Maur, die Krankenhauserweiterung Lübben von der Kollegin Ingeborg Scharf, das Landambulatorium Vetschau der Kollegin Renate Skoda, die Arztpraxen auf dem Lande als Typenprojekte der Kollegin Eva-Maria Dohms, das Seminargebäude für die Hochschule für Bauwesen Cottbus von der Kollegin Ursula Bullig, das Kino in Güstrow von der Kollegin Eva-M. Hetzer und schließlich das Café „Wochenpost" von der Kollegin Lieselotte Filbrandt.

Nicht zuletzt seien die Leistungen unserer Frauen in der Industriebauprojektierung erwähnt, wobei besonders ihre Tätigkeit auf statischem und konstruktivem Gebiet hervorzuheben ist. Hier gibt es eine Fülle von Projekten und Teilprojekten, an denen sie gearbeitet haben. Als Beispiele seien genannt die Wasch- und Revisionshalle des Omnibushofes Berlin-Weißensee von der Kollegin Lotte Schildhauer, die Kohlebahnbrücken für das Kombinat „Schwarze Pumpe" von der Kollegin Annemarie Prütz, die Prüfhalle für das Elektromotorenwerk Hartha von der Kollegin Gisela Donner, Entwässerungsmaschinengebäude und Kochereigebäude für das Schilfzellstoffwerk Braila von der Kollegin Christiane Langer, eine Waschkaue für das Eisenhüttenkombinat Stalinstadt von der Kollegin Margot Jörs, die Schaltanlagen und die Wasseraufbereitungsanlage für das Kraftwerk des Chemiefaserkombinats Wilhelm-Pieck-Stadt Guben von der Kollegin Elfriede Neumann aus dem VEB Industrieprojektierung Halle und das Steinwerk Koschenberg von der Kollegin Sonja Broß.

Diese Aufzählung ist bei weitem nicht vollständig. Und auch die nachstehend angeführten Beispiele geben nur einen Überblick über die Tätigkeit unserer Frauen; ihre Leistungen sprechen für alle Kolleginnen, die in den volkseigenen Projektierungsbetrieben, aber auch in den Bezirks-, Stadt- und Kreisbauämtern sowie in den wissenschaftlichen Institutionen als Architekten oder Ingenieure tätig sind.

Neben den beruflichen Leistungen unserer Frauen in den volkseigenen Projektierungsbetrieben steht ihre gesellschaftliche Arbeit. Viele von ihnen sind in den gesellschaftlichen Organisationen, im Nationalen Aufbauwerk und als Lehrende tätig.

Die Leistungen unserer Frauen als Architekten oder Ingenieure sind um so anerkennenswerter, als viele von ihnen einen Haushalt mit all seinen Belastungen zu besorgen haben. Hinzu kommt in vielen Fällen die Erziehung und die Sorge um die Kinder.

Die Entwicklung unserer Frauen zu freien, allseitig gebildeten und sozialistischen Persönlichkeiten hat gute Fortschritte gemacht. Und so wie wir den Kapitalismus hinter uns gelassen haben, gehört die entwürdigende Stellung der Frau im Kapitalismus der Vergangenheit an. Die großen Ideen der Vorkämpferinnen für die Befreiung der Frau, der aufopferungsvolle Kampf Rosa Luxemburgs, Clara Zetkins und vieler anderer Frauen hat in der Deutschen Demokratischen Republik seine Erfüllung gefunden, und die Worte Bebels: „Die Frau hat das gleiche Recht wie der Mann auf Entfaltung ihrer Kräfte und auf freie Betätigung derselben; sie ist Mensch wie der Mann, und sie soll wie er die Freiheit haben, über sich zu verfügen wie ihr eigener Herr", sind bei uns Wirklichkeit.

W. Stiebitz

Berliner Tierpark — Kinderspielplatz

Unsere Frauen als Gartenarchitekten und Grünplaner

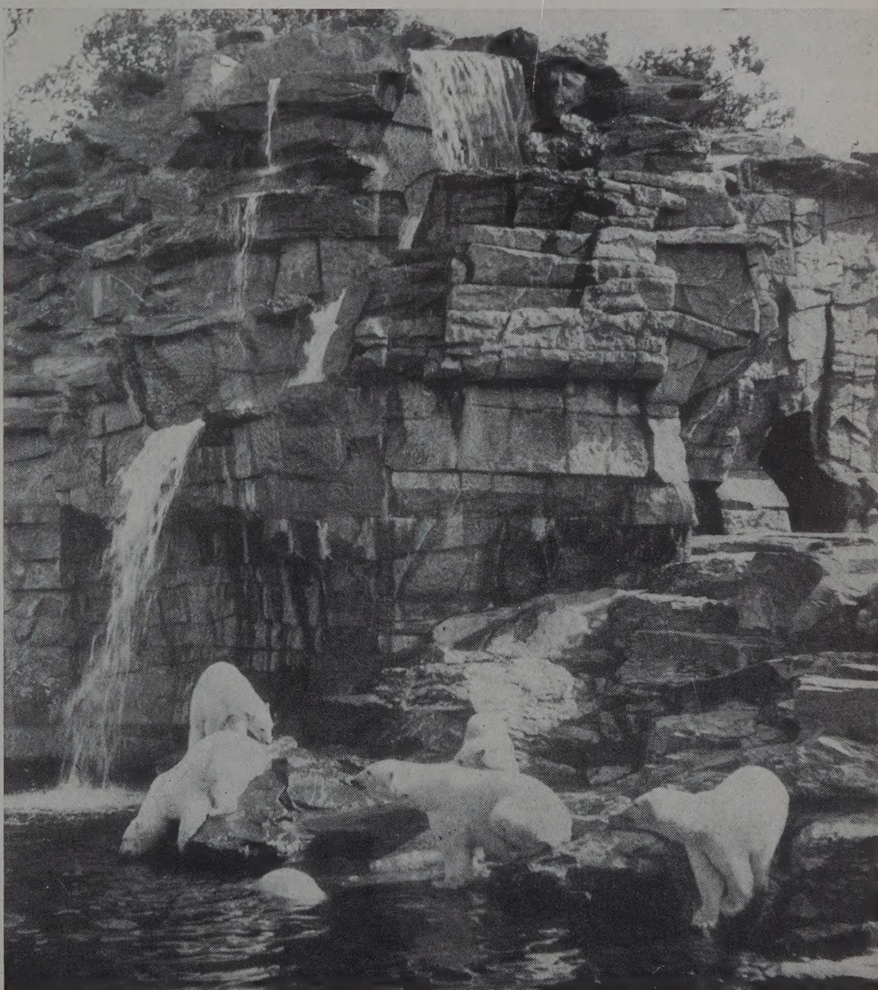
Der Berliner Tierpark

Gartenarchitektin BDA Editha Bendig ist die Gartengestalterin, die bei der Planung des Tierparks Berlin-Friedrichsfelde in Zusammenarbeit mit dem Direktor des Tierparks, Professor Heinrich Dathe, und dem Architekten BDA Heinz Graffunder grundlegende Arbeiten geleistet hat, und die mit ihrem Kollektiv an der detaillierten Gestaltung des Tierparks bis zur Fertigstellung weiterarbeitet.

Nach ihrer Ausbildung in Berlin-Dahlem war Kollegin Bendig bei der Firma Hermann Rothe, Berlin-Zehlendorf, tätig. Nach ihrer Arbeitslosigkeit in den Jahren 1932 bis 1934 durch die Wirtschaftskrise trat sie in die Firma L. Späth, Berlin-Baumschulenweg, ein und arbeitete dort als Garten- und Landschaftsarchitektin an den verschiedensten Projekten, Hausgärten und Privatparks, Sportanlagen und öffentlichem Grün. Zuletzt war sie Leiterin des Späthschen Entwurfsbüros.

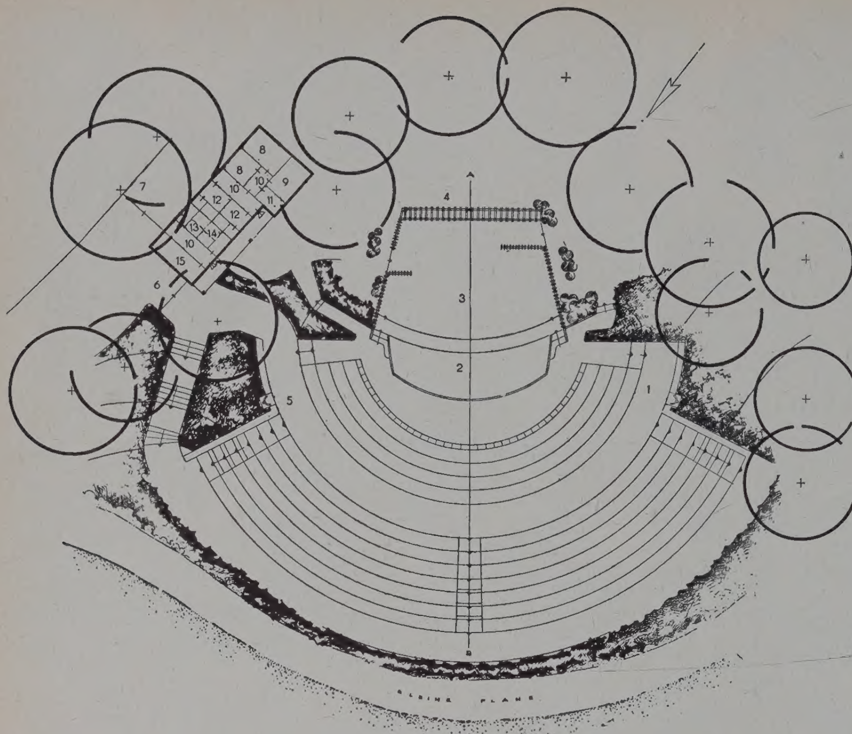
Nach der Übernahme des Späthschen Betriebes in Volkseigentum war sie als Gartenarchitektin in den volkseigenen Betrieben tätig und gehört jetzt dem VEB Berlin-Projekt als Kollektivleiterin an.

Im Laufe des letzten Jahrzehnts wurden unter ihrer Leitung viele öffentliche Grünanlagen, Wohn- und Schulgrün- sowie Sportanlagen projektiert — als die bekannteste sei hier der Gesamtgrünplan der Pionierrepublik „Ernst Thälmann" in der Wuhlheide genannt.



Berliner Tierpark — Teil der Eisbären-Freianlage

Freilichtbühne in Brück — Grundriß 1:500



1 Scheinwerfer — 2 Vorbühne (Orchesterraum) — 3 Bühne — 4 Bespannte Pergola — 5 Stützmauer — 6 Eingang — 7 Einfahrt zur Bühne — 8 Garderobe — 9 Requisiten — 10 Flur — 11 Nebenraum — 12 Waschräume — 13 Toiletten für Männer — 14 Toiletten für Frauen — 15 Kasse

Freilichtbühne für die Stadt Brück

Diplomgärtnerin Margarete Haage-Wernowsky arbeitet seit einiger Zeit im Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam. Sie hat ihre Aufgaben als Grünplanerin vorbildlich gelöst, und ihre Arbeiten sind den Planungen ihrer männlichen Kollegen durchaus ebenbürtig. Neben der Mitarbeit als Grünplanerin an vielen Dorfplanungen, wie auch an der Dorfplanung Dannenwalde, hat die Kollegin Haage-Wernowsky viele Einzelobjekte bearbeitet. Herausgegriffen seien von vielen Arbeiten die Freilichtbühne in Brück im Kreis Belzig, die Freilichtbühne in Ziesar-Burggarten und die Friedhofsplanung Ludwigsfelde.

Grüngestaltung im Wohngebiet

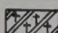
Gartenarchitektin Maria Krahnstöver war nach Beendigung ihres Studiums seit September 1958 bei der Kurverwaltung des FDGB-Bades Bad Liebenstein als leitender Gartenarchitekt tätig. Die in dieser Zeit erworbenen praktischen Erfahrungen auf dem Gebiet des Gartenbaus und der Landschaftsgestaltung konnte sie in ihrer späteren Arbeit im Projektierungsbüro sehr gut anwenden.

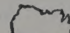
Im Jahre 1959 begann Kollegin Krahnstöver ihre Tätigkeit als Gartenarchitektin in der Brigade Grünplanung des VEB Hochbauprojektierung II Leipzig. Nach einer kurzen Einarbeitungszeit übernahm sie selbständige Projektbearbeitungen der Grüngestaltung von Wohnungsbaugebieten.

Sie arbeitete an den komplexen Projektierungen für die Städte Torgau und Eilenburg mit und zeigte besonderes Einfühlungsvermögen bei der Gestaltung von Freiflächen für Kindergärten, Kinderkrippen und Schulen.

Friedhof Ludwigsfelde — Lageplan 1:2000

Übersichtsskizze 1:40 000

 Vorhanden  Geplant

 Kiefer  Laubbaum

Auch der Seehafen Rostock erhält Grünanlagen

Hannelore Oehring ist als Gartenarchitektin und Kollektivleiter in der sozialistischen Brigade „Buchmann" des VEB Industriebahn- und Industrieprojektierung Berlin tätig.

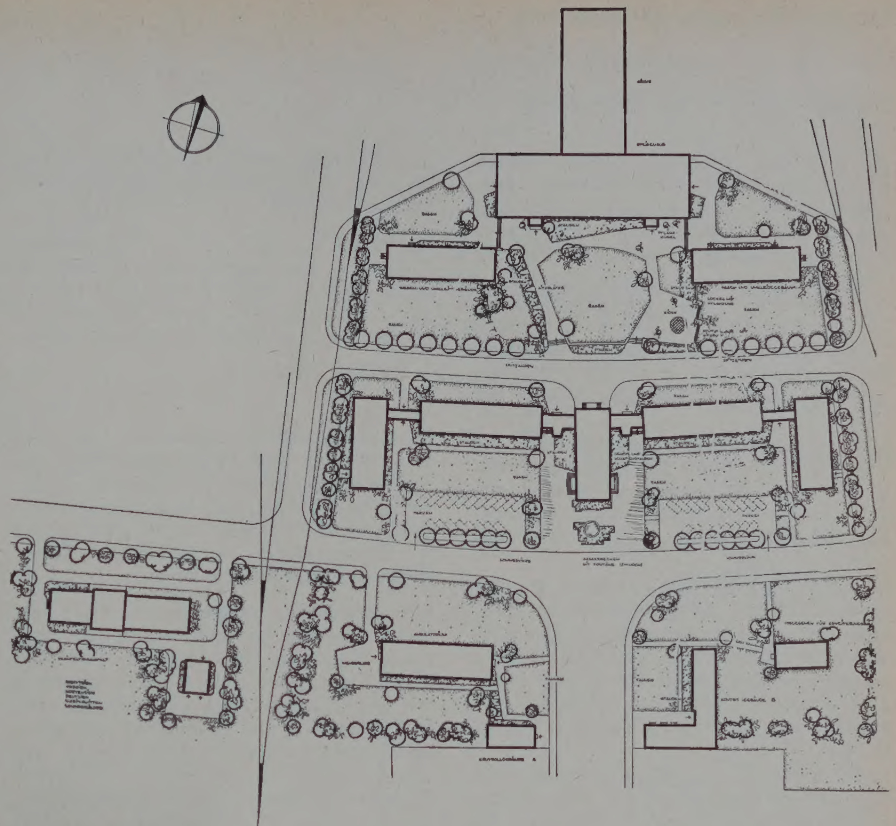
In der Zeit ihrer Zugehörigkeit zur Brigade wurde sie zweimal als Aktivist ausgezeichnet.

Kollegin Oehring begann 1949, nach Abschluß ihrer Berufsausbildung in der Fachschule für Gartenbau, Pillnitz, ihre Tätigkeit in der Deutschen Bauakademie und arbeitete in der Jugendbrigade Makarenko am Wettbewerb zur Gestaltung des Ehrenmals Buchenwald mit.

1953 trat sie zur Brigade Grünplanung des VEB Industriebahn- und Industrieprojektierung Berlin über und bearbeitete vor allem die Grünanlagen der ersten Wohnkomplexe in Stalinstadt. Diese Tätigkeit wurde 1955 durch die Mitarbeit am Aufbau von Hamhung in Korea unterbrochen.

Nach ihrer Rückkehr arbeitete sie an folgenden größeren Projektierungen: Grünanlagen für die neuen Wohngebäude in der Altstadt Hoyerswerda, darunter die Grünanlagen für das Feierabendheim Hoyerswerda; Grünanlagen für die Bereitschaftssiedlung des Kombinats „Schwarze Pumpe"; Grünanlagen Technische Hochschule Hamhung, Grünanlagen Seehafen Rostock und an der Überarbeitung der Bepflanzung unserer Autobahnen.

Besondere Verdienste erwarb sie sich auf dem Gebiet der Untersuchung von Typisierungsmöglichkeiten bei der Bepflanzung von Straßen und Autobahnen.



Plan der Grünanlagen im Überseehafen Rostock 1:2500

Plan der Grünanlagen für die Technische Hochschule Hamhung in der Volksdemokratischen Republik Korea 1:2500

Unsere Frauen planen mit

Vorplanung und Bauwirtschaft

Auch in der Vorplanung leisten unsere Kolleginnen eine gute Arbeit, Bauingenieur Frau Gisela Donner zum Beispiel begann nach Absolvierung der Baufachschule Greiz im Jahre 1956 ihre berufliche Tätigkeit beim VEB Industrieprojektierung Karl-Marx-Stadt. Hier war sie zunächst an den Projekten für das Industriewerk Karl-Marx-Stadt, dem Institut für Werkzeugmaschinen und dem Projekt Straßenbahnumspurung Annaberger Straße beteiligt.

Eigenverantwortlich bearbeitete sie die Projekte Prüfhalle für das Elektromotorenwerk Hartha, Sozialgebäude VEB Stahlbau Karl-Marx-Stadt (Ausführungsphase) und Reparaturgießerei für das Schilfzellstoffwerk Braila.

Im Jahre 1959 trat die Kollegin Donner in den VEB Hochbauprojektierung Karl-Marx-Stadt in die Abteilung Vorplanung ein. Ihrem Wunsche entsprechend hatte sie hier die Möglichkeit, etwas mehr in die städtebaulichen Fragen beim Wiederaufbau der Stadt Karl-Marx-Stadt einzudringen.

In der komplexen Vorplanung bearbeitete sie das Bebauungsgebiet Würzburger Straße und den ökonomischen Teil für das Inselheizwerk III an der Forststraße. Als Mitarbeiterin war sie beteiligt an der Vorplanung für das Bebauungsgebiet Zentrum I und an der Vorplanung für die Großgarage im Bauabschnitt Zentrum II. Zur Zeit arbeitet sie mit an der Vorplanung für das Gemüsekombinat für die Stadt Karl-Marx-Stadt.

Nachdem sie sich einen umfassenden Einblick in die Vorplanung, vor allem in ökonomischer Hinsicht, verschafft hat, ist es ihr Wunsch, dem auch entsprochen werden wird, nunmehr im Entwurf mitzuarbeiten.

*

Diplomingenieur Frau Gertraud Unger ist seit 1955 im VEB Hochbauprojektierung Karl-Marx-Stadt als Mitarbeiterin in der Abteilung Vorplanung tätig; sie war beteiligt an der Vorplanung für den I. und II. Bauabschnitt Wiederaufbau Stadtzentrum Karl-Marx-Stadt.

Eine besonders erfreuliche Aufgabe war für sie die Bearbeitung des Bebauungsplanes Schönauer Höhe und Dieselstraße in Karl-Marx-Stadt: ein Bebauungsgebiet mit 72 ha Fläche, etwa 15500 Einwohnern und 5000 Wohnungseinheiten mit allen Nachfolgeeinrichtungen. Es war für sie eine besonders interessante Aufgabe, da im allgemeinen in der Hochbauprojektierung kaum die Gelegenheit zu städtebaulichen Entwürfen besteht. Mit sehr viel Fleiß und großem Interesse hat sie diese von der Stadtplanung übernommene Aufgabe gemeistert und termingemäß zum Abschluß gebracht.

Bauingenieur Frau Eva Martin erhielt nach ihrem Eintritt in den VEB Hochbauprojektierung Karl-Marx-Stadt im Jahre 1957 bei der Anfertigung von Werkstandards in der Normengruppe den ersten Einblick in das Wesen der Typisierung.

Ihr anschließender Einsatz in der Abteilung Statik einer Brigade erweiterte ihre statischen und konstruktiven Kenntnisse, die eine gute Grundlage für ihre spätere Tätigkeit in der Abteilung Bauwirtschaft bildeten.

Nunmehr ist die Kollegin Martin seit über zwei Jahren auf dem bauwirtschaftlichen Sektor des Betriebes tätig. Durch intensives Selbststudium und durch die Erkenntnis, daß Politik und Ökonomie eine untrennbare Beziehung zueinander haben, gelang es ihr in kurzer Zeit, umfassend in die hauptsächlichsten Probleme der Ausschreibung, Materialermittlung, Preisbildung und Kostenermittlung einzudringen. Die Wert-Mengen-Zeitplanung ist ein weiteres Gebiet, mit dem sich Kollegin Martin eingehend auseinandersetzte. Kurzum, sie erwarb sich in diesen wenigen Jahren Kenntnisse, die sie befähigen, nicht nur Objekte schlechthin in bauwirtschaftlicher Hinsicht zu bearbeiten, sondern selbständig einen Großteil der Arbeit in der Fachgruppe Kostenplanung durchzuführen, sowie Schulungen über Themen der Bauwirtschaft zu halten.

Erschließung von Industriegebieten

Diplomingenieur Frau Annelore Ebenhöh studierte nach Ablegung des Abiturs und einem einjährigen Praktikum bei der Deutschen Reichsbahn an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden. Anschließend arbeitete sie bei der Deutschen Reichsbahn. Ihr weiterer Berufsweg führte sie als wissenschaftliche Assistentin an das Institut für Geschichte der Technik und Naturwissenschaften der Technischen Hochschule Dresden.

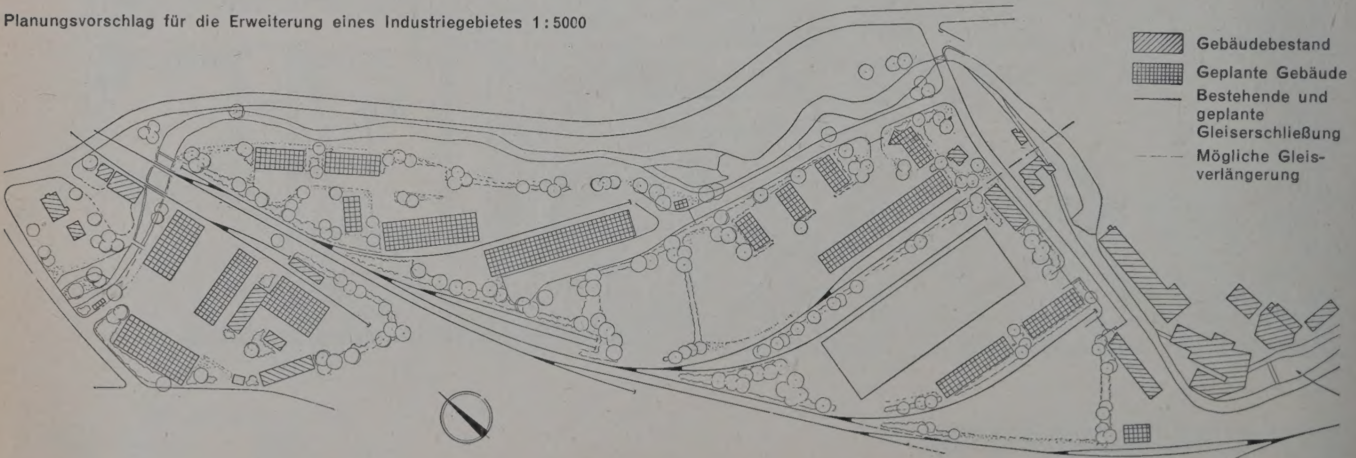
Seit April 1960 ist Kollegin Ebenhöh als Verkehrsplaner im Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Erfurt tätig. Eine ihrer ersten Aufgaben ist die Industrieerschließung für eine Kreisstadt des Bezirkes Erfurt.

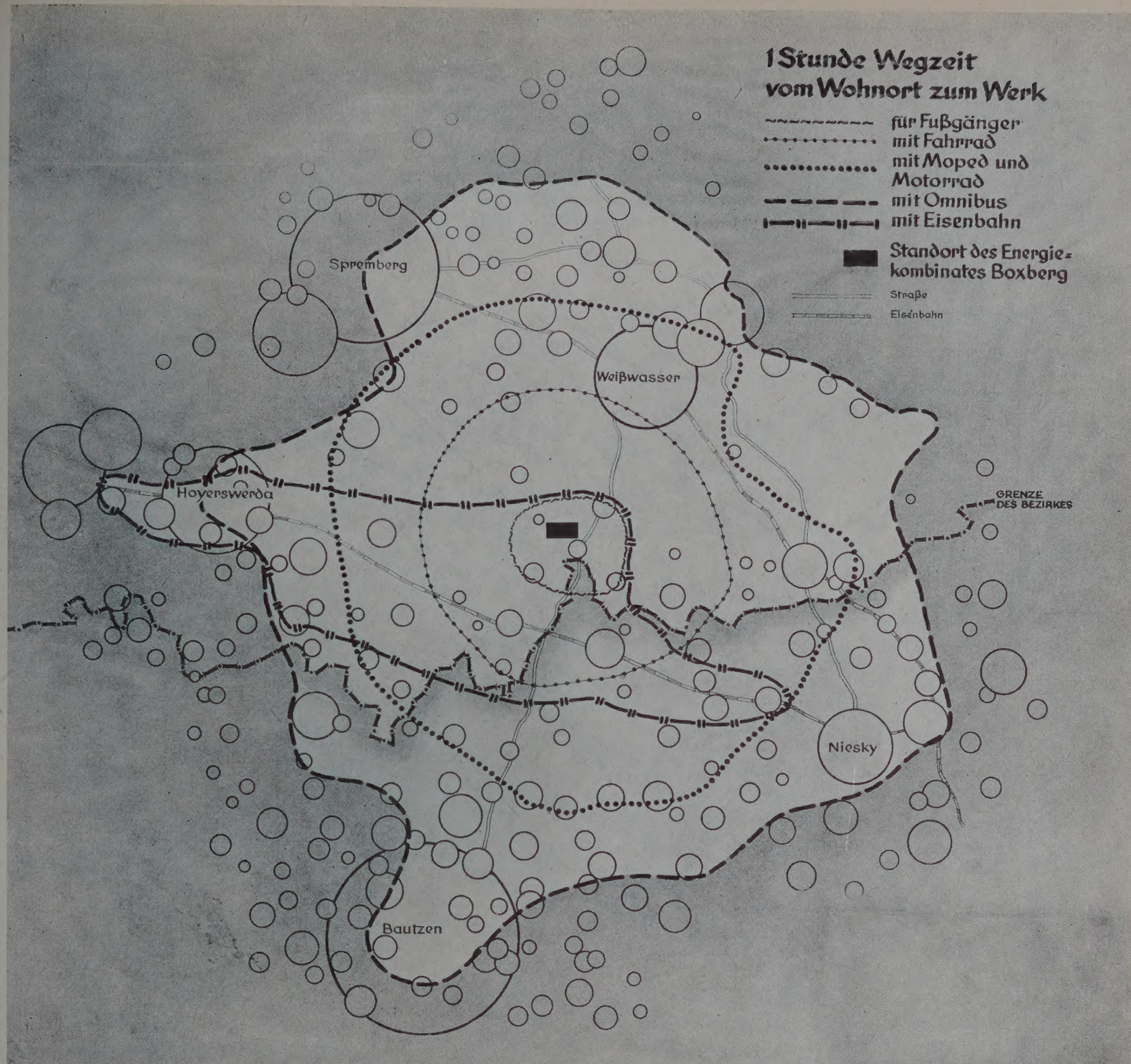
Diese Arbeit ist um so bemerkenswerter, als Pläne zur Erschließung von Industriegebieten Neuland in der Planungstätigkeit darstellen, aber immer mehr zu einem dringenden Bedürfnis im Sinne einer wirtschaftlichen Flächenverteilung werden. Die Erarbeitung von Richtlinien und Kennziffern zur Komplettierung der Industriegebiete ist daher eine dringende Aufgabe.

Die städtebauliche und industrielle Entwicklung der Kreisstadt macht es erforderlich, ein besonderes Industriegelände auszuweisen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das in seiner Gesamtheit nur schwach mit Industrie versehene Gebiet in Zukunft mehr Industrie erhalten wird und daß dabei auch die Stadt mit ihrer industriellen Weiterentwicklung einen bedeutenden Anteil haben wird. Außerdem ist die Stadt Kurort, was eine Trennung der I[illegible]ustrie vom Erholungs- und Wohnge[illegible] aus gesundheitlichen und sozialhygienischen Gründen besonders erforderlich macht.

Schließlich ist es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus unrentabel und untragbar, wenn durch räumliche Trennung und zersplitterte Standorte ein Betrieb in seinem betriebstechnischen und organisatorischen Produktionsablauf wesentlich beeinträchtigt wird, wie es in der Stadt bei den meisten Betrieben der Fall ist.

Planungsvorschlag für die Erweiterung eines Industriegebietes 1:5000





Nahpendelbereich zum Energiekombinat Boxberg 1 : 375 000

Vorplanung Energiekombinat Boxberg

Diplomgeographin Margot Stallknecht arbeitet seit Anfang des Jahres 1958 im Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Cottbus, nachdem sie die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in der Fachrichtung Geographie absolviert hatte.

Sie wurde in der Abteilung Gebietsplanung vorerst mit kleineren Arbeiten betraut, um sich allmählich mit der umfangreichen Problematik bekannt zu machen.

Ihre Zielstrebigkeit und Einsatzfreude ließen recht bald erkennen, daß sie befähigt ist, selbständige Aufgaben durchzuführen. So wurde sie mit der Kreisplanung Hoyerswerda betraut, wobei insbesondere das städtebauliche Programm der Stadt Hoyerswerda schwerpunktmäßig herauszustellen war. Weiter ist ihre Mitarbeit bei der Erarbeitung des später bestätigten Entwurfes des ländlichen Siedlungsnetzes im Bezirk Cottbus zu erwähnen. Gegenwärtig arbeitet Kollegin Stallknecht verantwortlich an den Voruntersuchungen über die Planung der sozialistischen Stadt Weißwasser-Süd.

In den Jahren 1963 bis 1970 ist der Aufbau des Energiekombinates Boxberg im Kreis Weißwasser vorgesehen.

Die drei Kraftwerke mit je 600 MW, die moderne Druckvergasung mit einer Kapazität von 3 Milliarden m³ Gas, die 380-kV-Schaltanlage und nicht zuletzt die für die Bereitstellung von Rohbraunkohle erforderlichen Tagebaue Nochten, Reichwalde und Bärwalde führen zu einer enormen Zusammenballung von Arbeitskräften.

Bei der angespannten Arbeitskräftelage gerade in diesem von industriellen Großbauvorhaben stark durchsetzten Lausitzer Gebiet ist es sehr schwierig, diese hohe Beschäftigtenzahl nur aus dem Nahpendelbereich zu decken.

Deshalb mußten sehr eingehende Untersuchungen geführt werden, wieviel Arbeitskräfte aus dem Nahpendelbereich gewonnen werden können. Die darüber hinaus benötigten Beschäftigten müssen aus anderen Teilen des Bezirkes und zum Teil aus anderen Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik neu angesiedelt werden. Für diesen Zweck und zur Auflockerung der Stadt Weißwasser wird in Weißwasser-Süd eine sozialistische Wohnstadt mit etwa 6000 Wohnungseinheiten geplant.

Aufgabe des Perspektivplanes für die Stadt Weißwasser war es nun, auf Grund des starken Wohnungsbaus ein Programm der unmittelbaren Nachfolgeeinrichtungen zu entwickeln, das den Stadtplanern als Grundlage für die weitere Bearbeitung dienen kann.

In Auswertung der Stadtökonomik, in zahlreichen Rücksprachen mit der Plankommission und den Fachabteilungen des Rates des Kreises Weißwasser, in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsrat und den Fachabteilungen des Rates des Bezirkes Cottbus wurden die Grundlagen für ein umfangreiches städtebauliches Programm erarbeitet.

Landeskulturelle Maßnahmen

Nach Ablegung des Abiturs und einer gärtnerischen Lehre in Erfurt nahm Diplomgärtnerin Dorothea Meyer das Studium an der Humboldt-Universität Berlin unter Professor Pniower auf. Danach begann sie ihre Tätigkeit im Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle. Sie hatte hier an vielen Projekten in grünplanerischer Hinsicht Anteil.

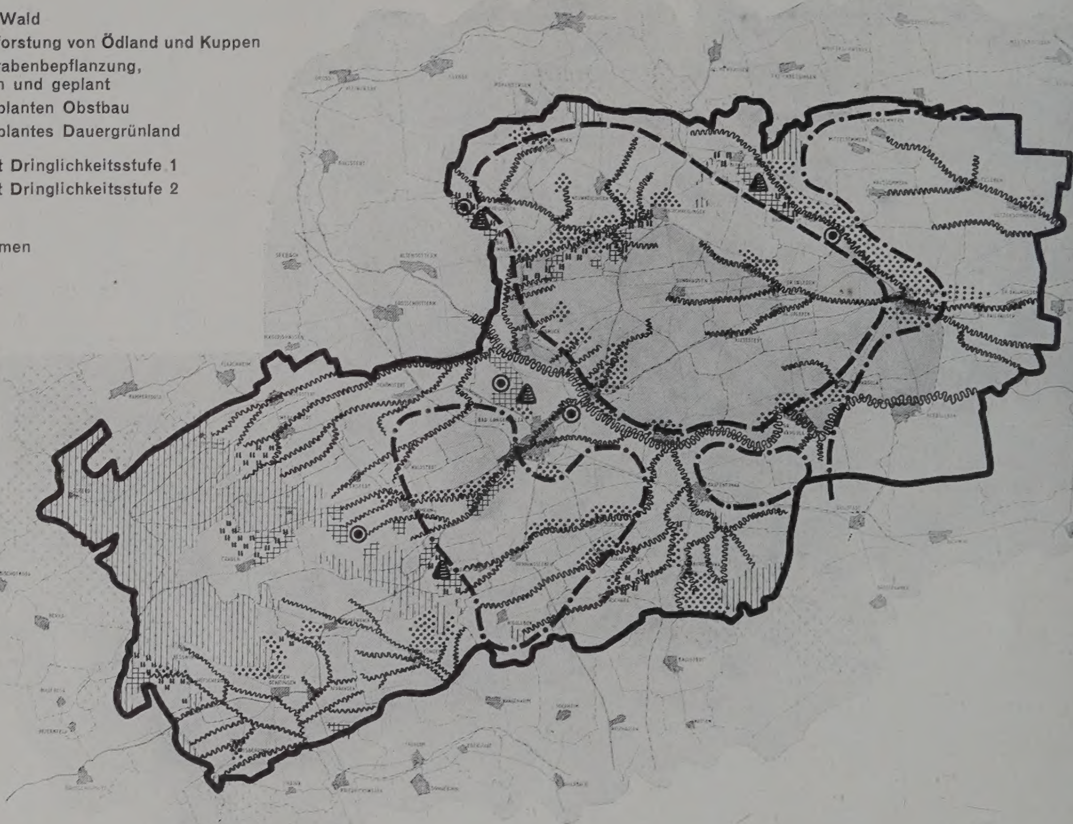
Nach kurzer Arbeitszeit in Neubrandenburg ist Kollegin Meyer seit 1958 im Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Erfurt tätig.

Sie bearbeitete hier innerhalb der Gebietsplanung die Grünplanung des Kreises Bad Langensalza und für die Ökonomik des Bezirkes Erfurt die Erholungsplanung sowie Grünplanungen verschiedener Bebauungspläne.

Im Rahmen des Kreisentwicklungsplanes für den Kreis Bad Langensalza wurden die landeskulturellen Probleme behandelt. Da keine Beispielsplanung in dieser Hinsicht vorlag, wurde versucht, einen Weg für die Bearbeitung zu finden, der auch Erfolg für eine Ausführung versprach. An diesen Arbeiten hatte Kollegin Meyer einen bedeutenden Anteil.

Plan der Landschaftsgestaltung des Kreises Bad Langensalza 1 : 250 000

Vorhandener Wald
Geplante Aufforstung von Ödland und Kuppen
Bach- und Grabenbepflanzung, vorhanden und geplant
Hänge für geplanten Obstbau
Hänge für geplantes Dauergrünland
Teilgebiet mit Dringlichkeitsstufe 1
Teilgebiet mit Dringlichkeitsstufe 2
Bienenweide
Einzelmaßnahmen
Teilgebiet



Teilgebiet für Landschaftsgestaltung des Kreises Bad Langensalza 1 : 100 000



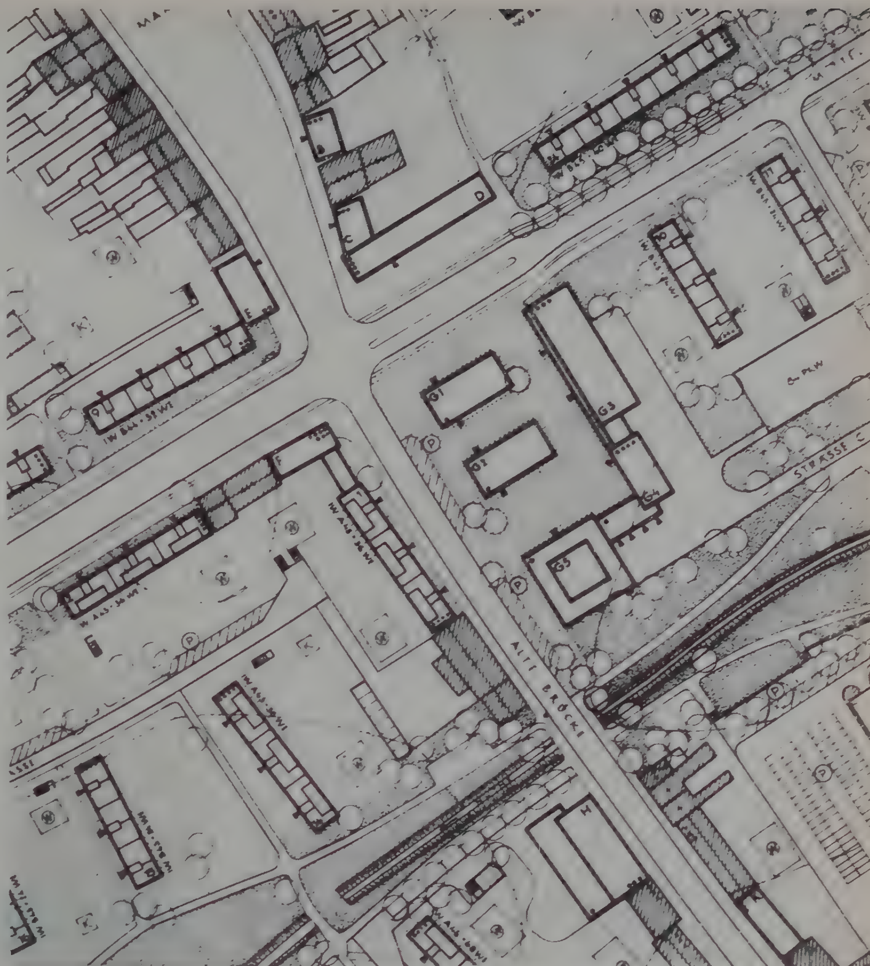
Aufbau kriegszerstörter Städte und Planung von Wohnkomplexen

Diplomingenieur Frau Gisela Schilke hat im Jahre 1952 die Facharbeiterprüfung als Tischler abgelegt und anschließend das Studium an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar absolviert. Im Jahre 1957 begann ihre Tätigkeit als Architektin in der damaligen Abteilung Stadt- und Dorfplanung des Entwurfsbüros für Hochbau Magdeburg; sie ist seitdem in der Brigade Stadtplanung des jetzigen Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Magdeburg tätig.

Gewissenhaft, verantwortungsbewußt und im wesentlichen eigenverantwortlich hat sie Flächennutzungspläne, Ortsbebauungspläne und Teilbebauungspläne erarbeitet, die schöpferisch und gestalterisch den Grundsätzen und neusten Erkenntnissen des sozialistischen Städtebaus entsprechen und allgemeine Anerkennung fanden.

Mit großem Eifer und Einsatz ihres ganzen Könnens leitet sie zur Zeit ein Kollektiv, das die Flächennutzung und die generelle Stadtplanung für den Aufbau der stark kriegszerstörten Stadt Zerbst erarbeitet.

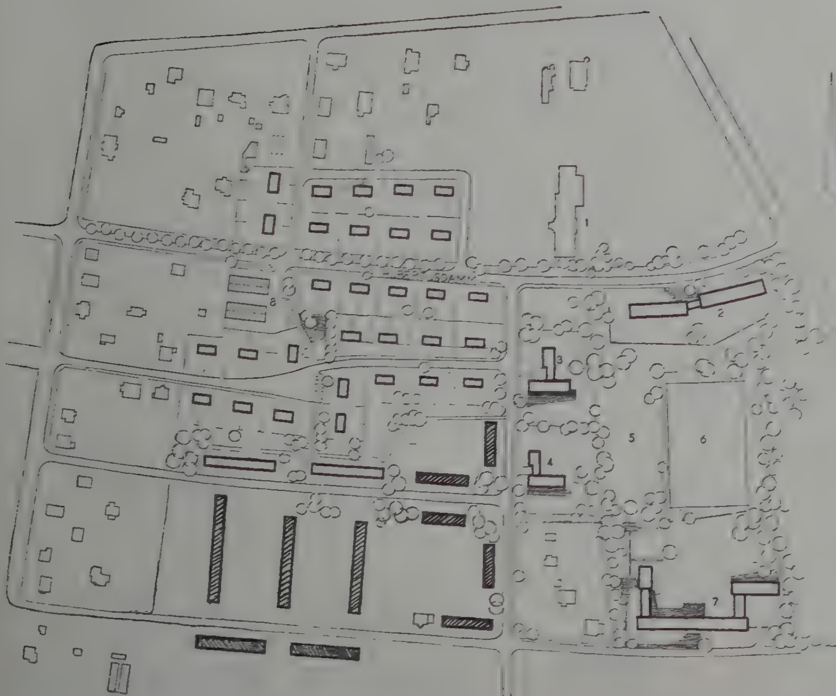
Besondere Verdienste hat sich Kollegin Schilke bei der Qualifizierung vieler Kolleginnen und Kollegen des Büros durch ihren aktiven Einsatz im ehrenamtlichen Beirat der Betriebsakademie erworben.



Ausschnitt (Stadtkern) aus dem Bebauungsplan Zerbst — Geschäftsstraße „Alte Brücke" mit Einkaufszentrum (G 1 bis G 5) 1:2500

Diplomarchitektin Ingeborg Raue ist nach Absolvierung der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar in das Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam eingetreten. Sie ist in einem Kollektiv der Städteplaner tätig, das die sehr umfangreiche und schwierige Zentrumsplanung von Potsdam bearbeitet.

Auf Grund ihrer guten schulischen Grundausbildung und ihrer guten Auffassungsgabe für die Belange der Städteplanung hat sie die bestehende Planung des neuen Wohnkomplexes Potsdam-Waldstadt, bedingt durch Änderung der Wohnungstypen, überarbeitet sowie den Bebauungsplan für 30 Doppelhäuser am Hubertusdamm entworfen.



Bebauungsplan Hubertusdamm in Potsdam-Babelsberg 1:5000

1 Gebäude der Kinderklinik — 2 Schwesternheim — 3 Kinderkrippe — 4 Kindergarten — 5 Gymnastikwiese — 6 Sportfeld — 7 Schule — 8 Garagen

Altbestand

Neubauten nach 1945

Geplante Bebauung

Unsere Frauen gestalten das sozialistische Antlitz unserer Dörfer

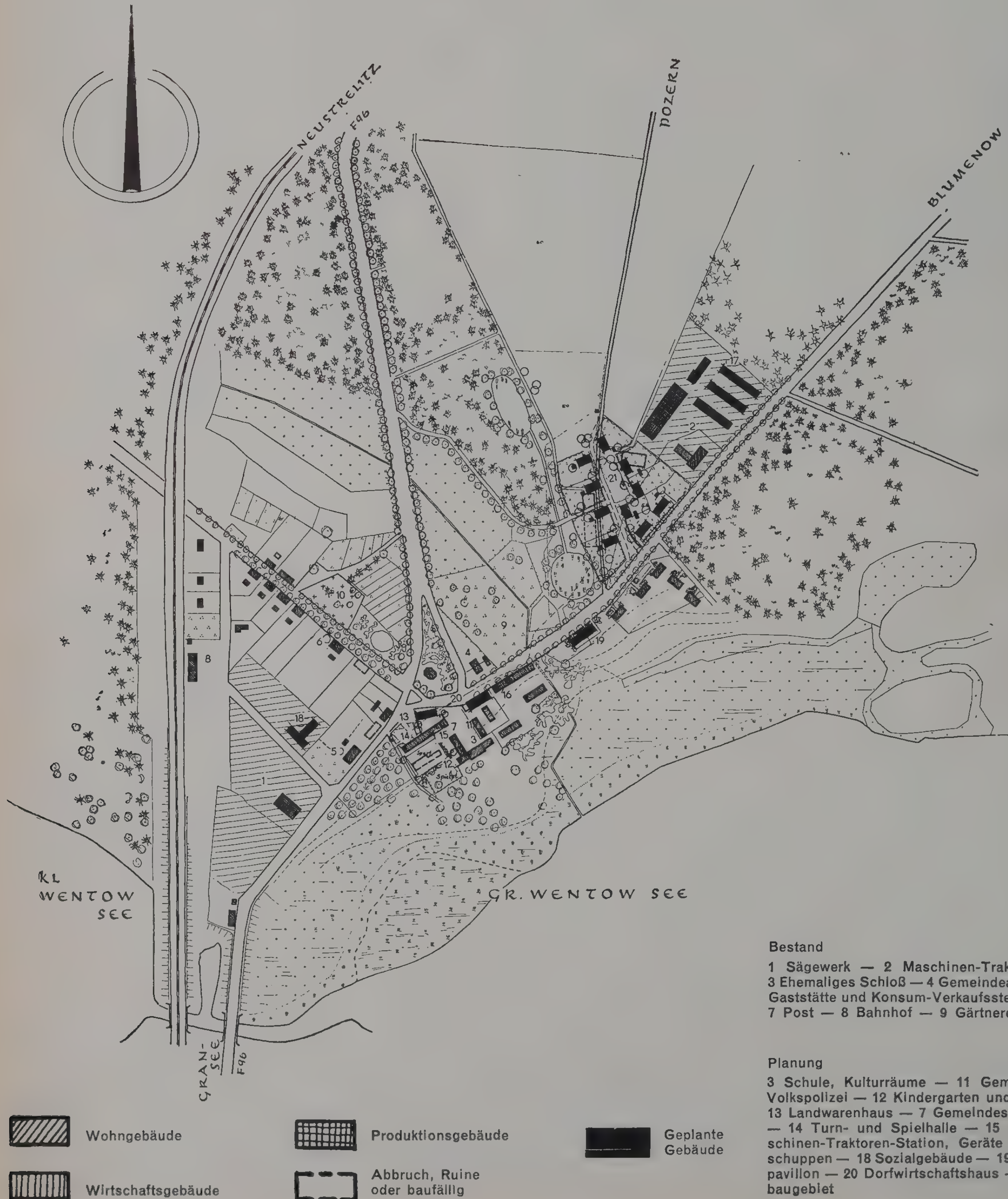
Diplomarchitektin Sonja Seyfert arbeitet seit Februar 1955 nach Absolvierung der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar im Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam. Sie nahm ihre Tätigkeit in einer Brigade auf, die in der Hauptsache Planungen von Dörfern und ländlichen Bauten, insbesondere im Kreis Gransee, durchzuführen hatte. Die bei diesen Planungen entstehenden Diskussionen mit unseren Bauern und den Verwaltungsorganen lenkte sie mit Geschick und Umsicht. Anfangs bestanden bei der Betriebsleitung und bei den männlichen Kollegen Bedenken, eine Kollegin mit dieser schwierigen Aufgabe zu betrauen.

Sie wurden durch ihre praktische Arbeit in vollem Umfang widerlegt. Die Kollegin Seyfert erwarb sich Autorität und darüber hinaus die Sympathien unserer Landbevölkerung in ihrem Arbeitskreis.

Zur Veranschaulichung ihrer Tätigkeit sei die Dorfplanung Dannenwalde im Kreis Gransee genannt.

Kollegin Seyfert hat im Jahre 1960 eine andere Tätigkeit aufgenommen und ist jetzt im Stadtbauamt Greifswald als Stadtplanerin tätig.

Bebauungsplan Dannenwalde 1 : 7500



Bestand

1 Sägewerk — 2 Maschinen-Traktoren-Station — 3 Ehemaliges Schloß — 4 Gemeindeamt — 5 Konsum-Gaststätte und Konsum-Verkaufsstelle — 6 Schule — 7 Post — 8 Bahnhof — 9 Gärtnerei — 10 Friedhof

Planung

3 Schule, Kulturräume — 11 Gemeindeamt, Post, Volkspolizei — 12 Kindergarten und Kinderkrippe — 13 Landwarenhaus — 7 Gemeindeschwesternstation — 14 Turn- und Spielhalle — 15 Lager — 16 Maschinen-Traktoren-Station, Geräte — 17 Combineschuppen — 18 Sozialgebäude — 19 Eventuell Schulpavillon — 20 Dorfwirtschaftshaus — 21 Wohnungsbaugebiet

Diplomingenieur Frau Waltraud Wohlraht hat nach einem beruflichen Werdegang, der nicht speziell auf die Belange der Dorfplanung zugeschnitten war, im Jahre 1959 ihre Tätigkeit im Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle aufgenommen. Mit sehr viel Optimismus und Elan ist sie an die Erledigung von dorfplanerischen Aufgaben herangegangen. Eine Vielzahl von Fragen stürmte bei den schon in der ersten Woche durchzuführenden Ortsbesichtigungen auf sie ein. Das neue sozialistische Leben auf dem Lande erfaßte auch sie.

Die Studienzeit in den Jahren 1953 bis 1959 an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar in der Fachrichtung Architektur war ein eifriges Bemühen gewesen, sich zielstrebig besonders mit den fachtheoretischen Grundlagen auseinanderzusetzen. Sie nahm ihre Studienarbeit sehr ernst, und genauso ernst und intensiv beschäftigte sie sich nun mit allen Fragen, die mit der Dorfplanung, dem ländlichen Bauen und mit der sozialistischen Umwälzung auf dem Lande zusammenhängen. Obwohl sie im Berufspraktikum keine Gelegenheit hatte, sich mit den Fragen des ländlichen Bauens auseinanderzusetzen, war sie sehr bald in der Lage, den LPG-Bauern fachliche Vorschläge für durchzuführende Umbaumaßnahmen zu machen. Die Vielseitigkeit ihres Berufspraktikums ermöglichte es ihr, sich sehr schnell mit der neuen Situation abzufinden. Sie konnte in ihrem Berufspraktikum Erfahrungen als Maurer und Betonarbeiter bei der Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Magdeburg sammeln. In Fragen der Baustellenleitung wurde sie auf den Baustellen der Hochschule für Körperkultur und Sport in Leipzig eingeführt. Im damaligen Entwurfsbüro für Hochbau III Leipzig hatte sie Gelegenheit, an dem Projekt der Leipziger Oper mitzuwirken. In Stralsund, im Entwurfsbüro für Industriebau, arbeitete sie während ihres Praktikums an Projekten für die Universität Greifswald mit.

Obwohl einige praktische Erfahrungswerte gesammelt werden konnten, schätzt Kollegin Wohlrath zurückblickend kritisch ein: „Noch viel länger hätte man auf der Baustelle tätig sein müssen."

Wenn man die Frage stellt, wie es kam, daß Kollegin Wohlrath so schnell den Kontakt mit den Menschen im Dorf herstellen konnte, oder wie es möglich war, daß sie schon in den ersten Monaten ihres Einsatzes selbständig ihre Planungen auf Versammlungen unserer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vertreten konnte, so ist ihr eine wesentliche Hilfe ihre gesellschaftliche Arbeit bereits schon in der Schule vor Ablegung des Abiturs gewesen.

Ein Jahr lang war Kollegin Wohlrath entsprechend ihrem Förderungsvertrag in der Dorfplanung tätig. Ein Beispiel ihrer Arbeit ist der Dorfbebauungsplan für Jeber-Bergfrieden. Erfahrene Kollegen, wie der Brigadeleiter Bauingenieur Erich Humrich und der Kollege Bauingenieur Hans-Jürgen Engelbrecht, haben ihr bei der Bearbeitung im Brigadekollektiv beratend zur Seite gestanden.

Zur Zeit ist Kollegin Wohlrath Mitarbeiterin für die generelle Stadtplanung der Stadt Weißenfels im Kollektiv einer Stadtplanungsbrigade.

Das Berufsleben hat für die noch junge Kollegin Wohlrath erst begonnen. Die sozialistische Umwälzung auf dem Lande hat ihr die ersten Aufgaben gestellt, die sie mit Erfolg gemeistert hat. Noch größere Aufgaben erwarten sie bei der sozialistischen Rekonstruktion unserer Städte.

Dorfbebauungsplan Jeber-Bergfrieden 1 : 7500



Schulbau auf dem Lande

Architektin Rosemarie Krebs erlernte den Beruf des Zimmerers und absolvierte im Jahre 1954 nach Ablegung der Facharbeiterprüfung die Fachschule für Bauwesen in Magdeburg in der Fachrichtung „Architektur". Seitdem ist Kollegin Krebs im VEB Hochbauprojektierung Potsdam als Architektin tätig.
Anfangs bearbeitete sie Detail- und Ausführungszeichnungen unter Anleitung von Entwurfsarchitekten. Später wurden ihr Ausführungsprojekte nach vorliegenden Vorentwürfen übertragen. Besonderen Anteil hatte die Kollegin Krebs an den Entwürfen für die 8-Klassen-Schule Fünfeichen und für die Betriebsberufsschule der Maschinen-Traktoren-Station Nauen.

In letzter Zeit arbeitet sie am Wohnungsbau für das Zentrum von Potsdam mit.



Ansicht der Straßenseite 1:500

Lageplan 1:2000

1 Turnhalle — 2 Klassentrakt — 3 Pausenhof — 4 Wirtschaftshof — 5 Gymnastikwiese — 6 Hausmeistergarten — 7 Fahrräder — 8 Schulgarten — 9 Trafo — 10 Untergrund-Verrieselung — 11 Sandgrube

Grundriß Erdgeschoß 1:500

1 Turnhalle — 2 Geräteraum — 3 Dusche — 4 Umkleideraum — 5 Zeichen-, Musik- und Kultursaal — 6 Werkraum — 7 Nebenraum — 8 Schlafzimmer — 9 Wohnzimmer — 10 Küche — 11 Klassenraum — 12 Direktor und stellvertretender Direktor — 13 Sekretariat — 14 Lehrmittelraum — 15 WC für Mädchen — 16 WC für Knaben — 17 Essenausgabe

Landambulatorium Vetschau

Diplomingenieur Frau Renate Skoda studierte nach Absolvierung der Oberschule und einjähriger Tätigkeit als Maurerlehrling an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. Im Jahre 1957 erfolgte ihr Eintritt in das Entwurfsbüro für Hochbau II in Leipzig.
Im VEB Hochbauprojektierung Cottbus ist Kollegin Skoda seit 1959 tätig. Nach kurzer Einarbeitungszeit bearbeitete sie selbständig Projekte, die zur Zeit alle in der Ausführung sind, und zwar Neubau des Veterinär-Untersuchungsamtes Cottbus, Erweiterung der Betriebsberufsschule Keula-Hütte, Landambulatorium für den neuen Wohnkomplex Kraftwerk Vetschau.

Kollegin Skoda ist in einem Entwurfskollektiv tätig, das zur Zeit unter der Leitung des Architekten BDA Graper das Ausführungsprojekt für das erste Krankenhaus in Standardbauweise erarbeitet. Der Krankenhausneubau mit 600 Betten einschließlich einer Poliklinik und sämtlicher Nachfolgeeinrichtungen in der Stahlbetonskelett-Montagebauweise ist für die neue Wohnstadt Hoyerswerda bestimmt. Eine große kollektive Leistung wird hierbei von allen Mitarbeitern verlangt, und Kollegin Skoda gehört diesem Kollektiv an.



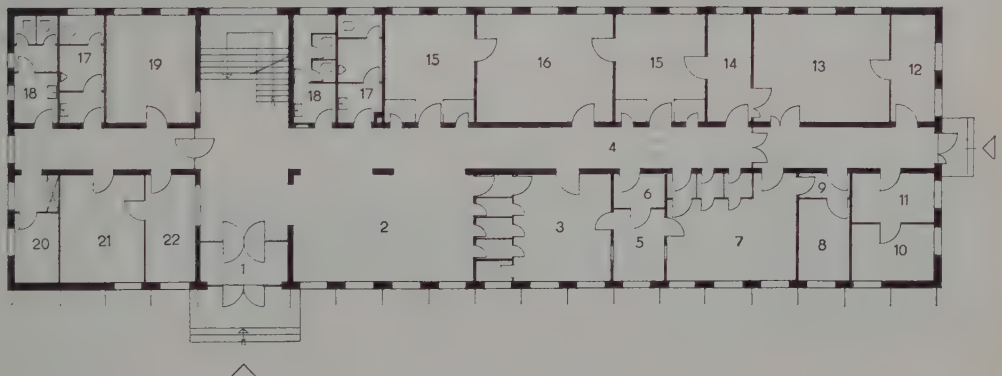
Landambulatorium Vetschau — Ansicht von Osten 1 : 333



Ansicht von Westen 1 : 333

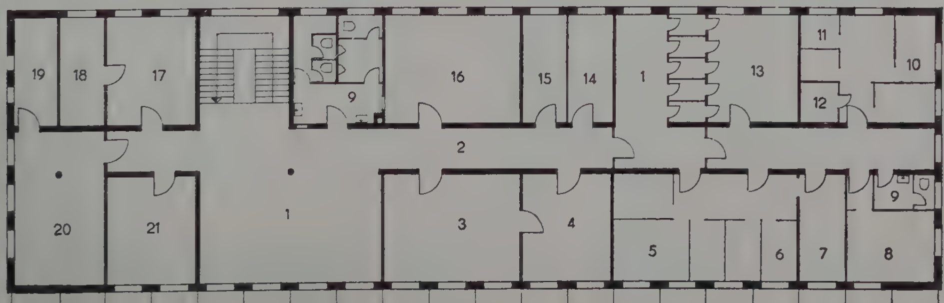
Grundriß Erdgeschoß 1 : 333

1 Windfang — 2 Warteraum — 3 Dunkelarbeitsraum — 4 Flur — 5 Bedienung — 6 Breiküche — 7 Hellarbeitsraum — 8 Filmentwicklung — 9 Schleuse — 10 Archivraum — 11 Filmbearbeitungsraum — 12 Steril- und Gipsraum — 13 Kleine Eingriffe und erste Hilfe — 14 Ruhe- und Vorbereitungsraum — 15 Sprechzimmer allgemeiner Praktiker — 16 Behandlung — 17 WC für Männer — 18 WC für Frauen — 19 Medikamenten-Ausgabe — 20 Diensttuende Schwester — 21 Verwaltung — 22 Aufnahme



Grundriß Obergeschoß 1 : 333

1 Warteraum — 2 Flur — 3 Internist, Sprechzimmer — 4 Behandlung — 5 Bestrahlung — 6 Massage — 7 Ruheraum — 8 Unterwassermassage — 9 WC für Patienten — 10 Wannenbäder — 11 Teilbäder — 12 Nebenraum — 13 Umkleideraum — 14 H. und G. Fürsorge — 15 EKG — 16 Labor — 17 Zahnarzt, Sprechzimmer und Behandlung — 18 Schwester — 19 Teeküche



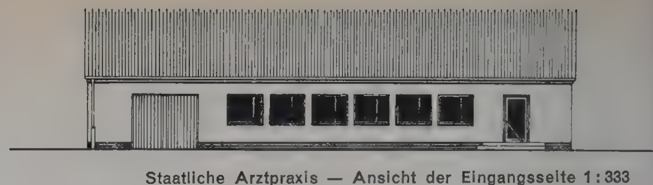
Arztpraxen auf dem Lande

Diplomingenieur Frau Eva-Maria Dohms absolvierte die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar im Jahre 1957 auf dem Fachgebiet „Landwirtschaftliches Bauwesen".

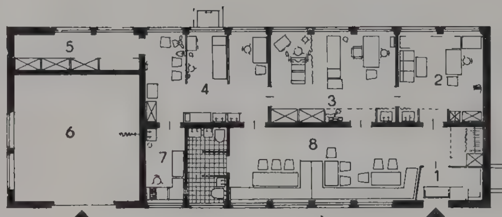
Nach ihrem Eintritt in den VEB Typenprojektierung Ende 1957 wurde zwischen ihr und der Betriebsleitung ein Förderungsvertrag abgeschlossen, und sie hatte damit die Möglichkeit, in sämtlichen Abteilungen des Betriebes die auf der Hochschule erworbenen Kenntnisse zu vertiefen. Nach Abschluß dieser Assistententätigkeit wurde sie auf ihren Wunsch als Mitarbeiterin in der Krankenhausbrigade eingesetzt. Hier hatte sie sich in relativ kurzer Zeit mit den Fragen und Problemen der Bauten des Gesundheitswesens vertraut gemacht und wurde mitverantwortlich für die Ausarbeitung „Poliklinische Raumeinheiten".

Durch ihren Fleiß und ihre Ausdauer hat sie sich in dieses umfangreiche Arbeitsgebiet so eingearbeitet, daß sie selbständig Verhandlungen führen und Aufgaben lösen kann. Damit hatte sie einen erheblichen Anteil an den erfolgreichen Abschluß der Arbeit „Poliklinische Raumeinheiten".

Kollegin Dohms hat sich bei diesen Arbeiten so qualifiziert, daß ihr die Bearbeitung der Aufgabenstellung für „Staatliche Arztpraxen" (Tierarztpraxis, Zahnarztpraxis und Allgemeinpraktiker) in eigener Verantwortung übertragen wurde. Die Ausarbeitung dieser Aufgaben wurde von ihr so umfassend durchgeführt, daß die Unterlagen als Typenprojekt den zuständigen Stellen zur Bestätigung vorgelegt werden konnten.



Staatliche Arztpraxis — Ansicht der Eingangsseite 1:333



Grundriß 1:333

1 Windfang — 2 Sprechstundenhilfe — 3 Sprech- und Untersuchungszimmer — 4 Gemeindeschwester — 5 Abstellraum — 6 Doppelgarage — 7 Labor — 8 Warteraum



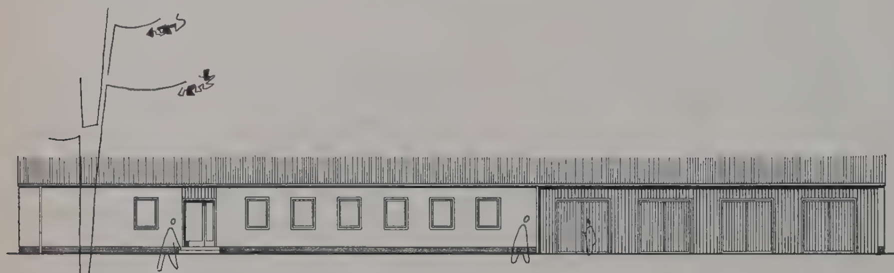
Staatliche Tierarztpraxis — Ansicht der Eingangsseite 1:333



Grundriß 1:333

1 Flur — 2 Assistent — 3 Handapotheke — 4 Arbeitszimmer — 5 Labor und Untersuchungsraum — 6 Umkleideraum — 7 Doppelgarage

Sozialbauten für landwirtschaftliche Betriebe



Ansicht des Sozialgebäudes für Gewächshausanlagen 1:333



Grundriß 1:333

1 Windfang — 2 Gang — 3 Büroraum — 4 Vorsitzender — 5 Umkleideraum für Männer — 6 Waschraum für Männer — 7 Geräteraum — 8 Werkstatt — 9 Elektrischer Hausverteiler — 10 Waschraum für Frauen — 11 Umkleideraum für Frauen — 12 Vorraum — 13 WC für Frauen — 14 WC für Männer — 15 Abstellraum — 16 Essenausgabe — 17 Aufenthaltsraum

Architektin Sibylle Kriesche ist seit längerer Zeit im VEB Hochbauprojektierung Dresden tätig. Sie begann nach abgelegtem Abitur im Jahre 1948 ihre Lehre als Maurer, um sich durch die praktische Tätigkeit auf verschiedenen Baustellen in Dresden das Rüstzeug für ihren heutigen Beruf zu sammeln. Sie erkannte rechtzeitig, welche Qualifizierungsmöglichkeiten der Frau in der Deutschen Demokratischen Republik geboten werden und was notwendig ist, um die Zerstörungen des zurückliegenden verbrecherischen Krieges beseitigen zu helfen.

So arbeitete sie drei Jahre mit der Kelle in der Hand, bis im Jahre 1951 ihre Delegierung zum Studium an die Fachschule für Bauwesen in Dresden erfolgte.

Mit dem Ingenieurzeugnis der Fachrichtung „Architektur" schloß sie drei Jahre später in Magdeburg ihr Studium ab und setzte im VEB Hochbauprojektierung Dresden ihre fachliche Weiterentwicklung fort.

In den ersten zwei Jahren dieser Tätigkeit festigte sich die junge Fachschulabsolventin durch das Ausarbeiten zahlreicher Details unter der Obhut erfahrener Kollegen. Darauf folgte die erste selbständige Arbeit, die Projektierung eines Wohnblocks in Ziegelbauweise, der viermal zur Wiederverwendung kam. Sie arbeitete nun im Kollektiv an verschiedenen größeren Objekten, bis sie mit der Bearbeitung eines Sozialgebäudes betraut wurde.

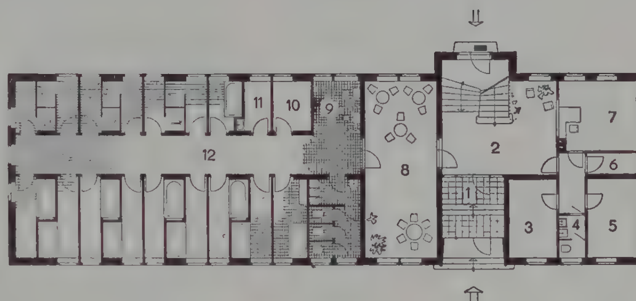
Als im Büro zur Heranbildung von Bauzeichnerinnen eine Lehrabteilung gegründet wurde, bat man Kollegin Kriesche, an dieser verantwortungsvollen Stelle als Lehrausbilderin mitzuwirken und in die Bearbeitung ihrer Objekte die Lehrlinge nach Eignung und Möglichkeit einzubeziehen. Sie erklärte sich hierzu bereit und hat seitdem in der Objektbearbeitung und Lehrausbildung gleichermaßen erfolgreich gewirkt. Neben zahlreichen Typenangleichungen bearbeitete sie das Grund- und Ausführungsprojekt des Volksbades Friedrichstadt (Wannen- und Brausebäder) und als besonders hervorzuhebende Arbeit das Vortypenprojekt eines Sozialgebäudes. Für dieses letztgenannte Objekt für den VEB Typenprojektierung Berlin sind alle Unterlagen im druckreifen Zustand zu erstellen. Sibylle Kriesche bewältigt die zeichnerische Arbeit hierfür fast ausschließlich mit Lehrlingen.

Neben einem sicheren fachlichen Fundament gehört zu dieser Tätigkeit ein Höchstmaß an Geduld und Liebe zum Beruf. Sie hat sich alle drei Voraussetzungen erworben und vervollkommnet dieses Bild noch durch ihre aktive gesellschaftliche Arbeit im Frauenausschuß des Betriebes.

Dieses Lebensbild ist typisch und das Beispiel einer Entwicklung, die auf der verwirklichten Gleichberechtigung der Frau in einem sozialistischen Staat basiert. Es ist das Bild einer Frau unserer Gesellschaftsordnung.



Straßenansicht des Volksbades Friedrichstadt 1 : 333



Grundriß 1 : 333
1 Windfang — 2 Eingangshalle — 3 Aufenthaltsraum — 4 WC — 5 Umkleideraum — 6 Abstellraum — 7 Kasse und Büro — 8 Warteraum — 9 Haartrocken-Geräte — 10 Sanitäterraum — 11 Reinigungsgeräte — 12 Bad für Frauen mit 10 Wannen und 6 Brausen

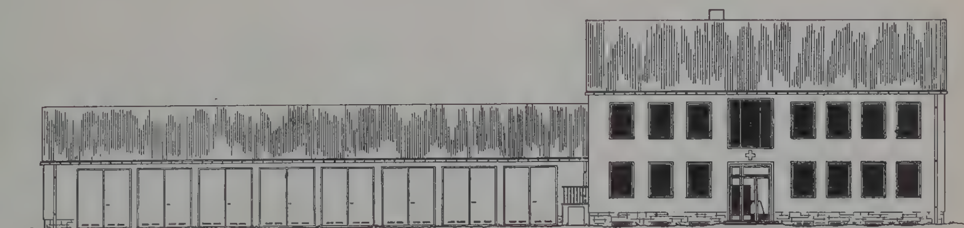
Unsere Frauen projektieren gesellschaftliche Bauten und Wohnungen

Sanitätsstelle für das Deutsche Rote Kreuz

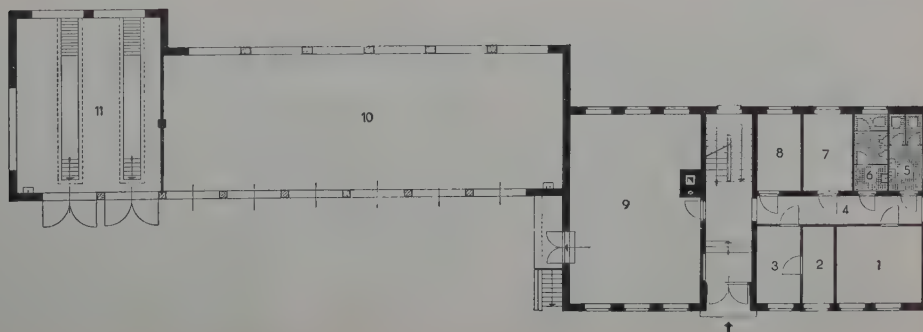
Bauingenieur Frau Ingeborg Wendschuh begann ihre fachliche Entwicklung als Bauzeichnerin im VEB Hochbauprojektierung Plauen. Nach bestandener Facharbeiterprüfung wurde sie zur Bauschule Gotha delegiert, an der sie die Prüfung als Bauingenieur ablegte.

Anfang 1959 trat die Kollegin Wendschuh in den VEB Hochbauprojektierung Karl-Marx-Stadt ein. Anfangs mit der Projektierung kleinerer Bauvorhaben betraut, hat sie sich durch außerordentlichen Fleiß und gutes fachliches Wissen so qualifiziert, daß ihr größere Projekte zur Bearbeitung anvertraut werden konnten. So zum Beispiel der Stützpunkt der Maschinen-Traktoren-Station Methau, Kreis Rochlitz, das Wirtschaftsgebäude für das Deutsche Rote Kreuz in Rochlitz und die Erweiterung des Feierabendheimes in Zschopau.

Wirtschaftsgebäude für das Deutsche Rote Kreuz in Rochlitz — Ansicht der Eingangsseite 1 : 333



Grundriß Erdgeschoß 1 : 333



1 Warteraum Krankentransport — 2 Telefonzentrale — 3 Disponent — 4 Flur — 5 Frauen — 6 Männer — 7 Warteraum Patient — 8 Einsatzleiter — 9 Sanitätslager — 10 Sechs Krankenwagen — 11 Zwei Krankenwagen

Kreiskrankenhaus Burg

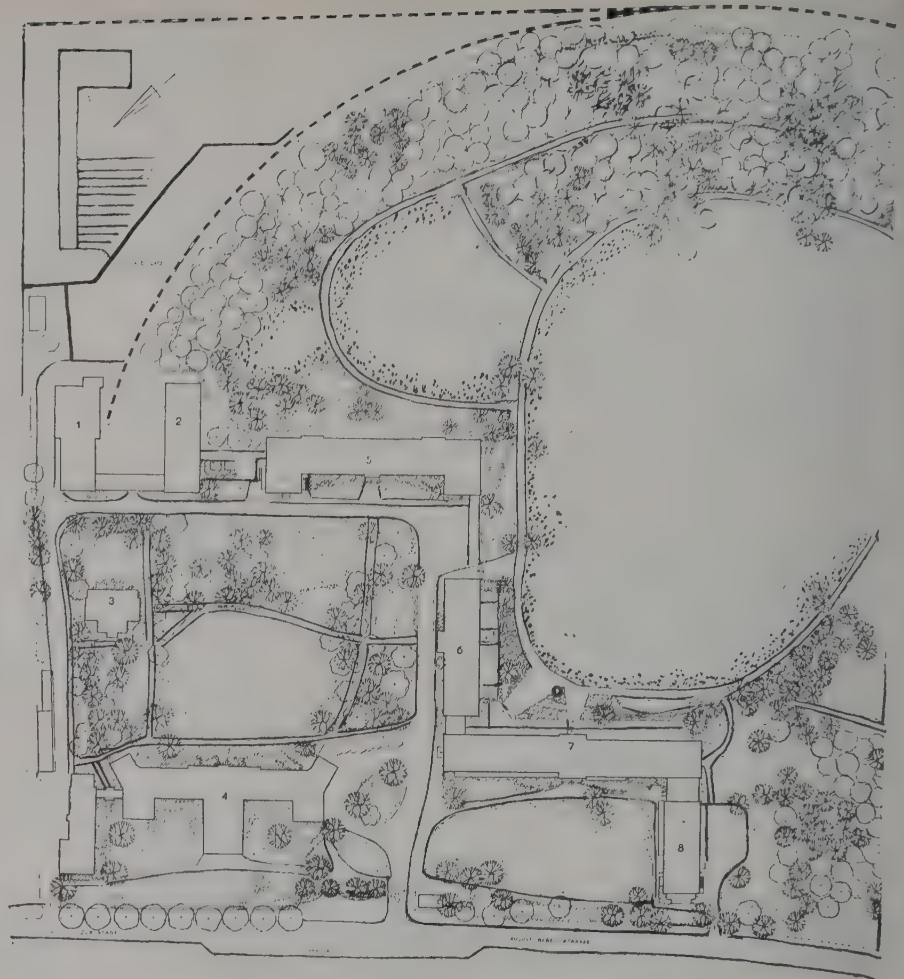
Architektin BDA Charlotte Maur erlernte nach bestandenem Abitur das Tischlerhandwerk, um anschließend die Fachschule für Bauwesen in Magdeburg zu absolvieren. 1934 beendete sie ihr Studium.

In den Jahren 1934 bis 1938 war sie in Architekturbüros tätig und später in der Städtischen Bauverwaltung und dem Landes-Projektierungsbüro Sachsen-Anhalt.

Seit mehreren Jahren ist sie im VEB Industrieprojektierung Magdeburg auf dem Gebiete des Entwurfs als Architektin beschäftigt. Hier hat sie sich besonders bei Gesellschaftsbauten, insbesondere Krankenhausbauten, betätigt, so unter anderem bei der Erweiterung des Kreiskrankenhauses in Burg.

Auch die Bearbeitung von Industriebauten — Lagerhallen, Stahlschmiede mit Sozialteilen und ähnliches — konnte ihr übertragen werden.

Ihr Einsatz im Kollektiv ist vorbildlich, sie steht den jüngeren Kolleginnen und Kollegen mit Rat und Tat zur Seite und sorgt mit dafür, daß die der Brigade übertragenen Arbeiten ordnungsgemäß und termingerecht zum Abschluß gebracht werden.

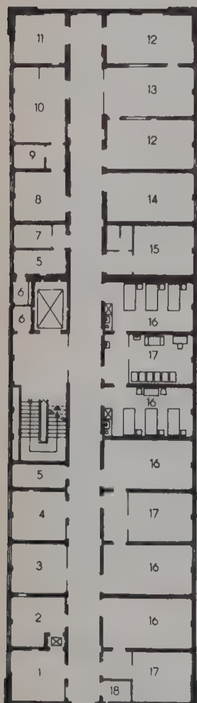


Bestand

1 Kesselhaus — 2 Wäscherei — 3 HNO-Klinik — 4 Chirurgische Klinik

Neubauten

5 Infektionsgebäude — 6 Frauenklinik — 7 Medizinische Klinik — 8 Küche



Grundriß 1. Obergeschoß 1:500

Frauenklinik

1 Milchküche — 2 Teeküche — 3 Speise- und Tagesraum — 4 Stationszimmer — 5 Fäkalien — 6 WC — 7 Spülraum — 8 Aufnahme, Untersuchung — 9 Auskleideraum — 10 Vorbereitung — 11 Vorgeburten — 12 Entbindung — 13 Hebamme — 14 Isolierte Entbindung — 15 Isolierzimmer — 16 Dreibettzimmer — 17 Säuglingszimmer — 18 Abstellraum

Medizinische Klinik

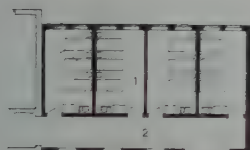
19 Bad — 20 Helldiagnostik — 21 Kabine — 22 Schaltraum — 23 Bettenwarteraum — 24 Dunkeldiagnostik — 25 Breiküche — 26 Mikroskopieraum — 27 Klinisches Labor — 28 Optische Untersuchung — 29 Sechsbettzimmer — 30 Zweibettzimmer — 31 Einbettzimmer — 32 Schwesternzimmer — 33 Untersuchung, Behandlung — 34 Arzt — 35 Tagesraum — 36 Speiseraum — 37 Besucherwarteraum — 38 Labor, Spüle — 39 Cheflabor — 40 Schreibzimmer — 41 Apparateraum — 42 Endoskopie, Zystoskopie — 43 Demonstrationsraum — 44 Auswertung — 45 Filmbearbeitung — 46 Dunkelkammer — 47 Personalaufenthaltsraum



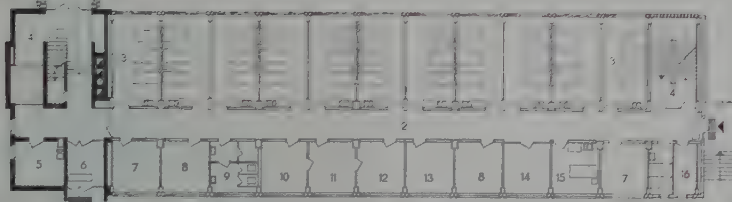
Krankenhauserweiterung Lübben — Südansicht 1 : 500



Krankenhauserweiterung Lübben

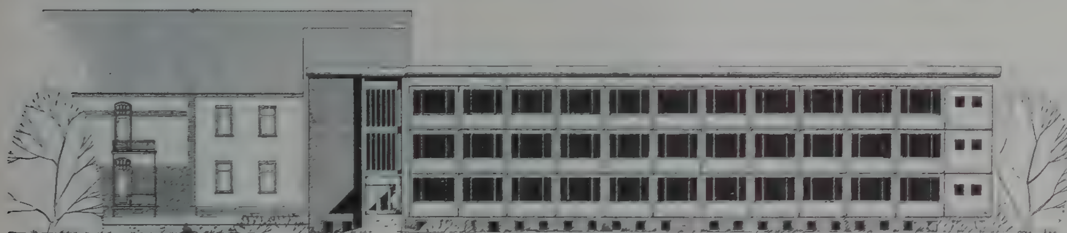


Diplomarchitektin Ingeborg Scharf studierte nach einjähriger Tätigkeit als Maurerlehrling an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar.
Nach ihrem Eintritt in den VEB Hochbauprojektierung Cottbus im Jahre 1959 erstreckte sich ihre Mitarbeit in einem Entwurfskollektiv auf die Ausarbeitung des Ausführungsprojektes der Poliklinik für die neue Wohnstadt des Kraftwerkes Lübbenau und eines größeren Wohngebäudes mit 26 Wohnungseinheiten. Bereits Mitte 1960 konnten Kollegin Scharf eigene Projekte zur Bearbeitung übergeben werden, und ihre Aufgeschlossenheit, dem industriellen Bauen zum Durchbruch zu verhelfen, fand ihren Niederschlag, indem sie die Krankenhauserweiterung Lübben, Chirurgisches Bettenhaus (25 Betten, Stationsräume und so weiter), mit Elementen der Standardbauweise entwarf.



Grundriß Erdgeschoß 1 : 500

1 Dreibettzimmer — 2 Flur — 3 Gang — 4 Treppenhaus — 5 Büro — 6 Windfang — 7 Bad — 8 Arbeitsraum — 9 WC Frauen mit Vor- und Abstellraum — 10 Arztraum — 11 Behandlungsraum — 12 Stationsschwester — 13 Teeküche — 14 Tagesraum — 15 Einbettzimmer — 16 WC Männer



Nordansicht 1 : 500

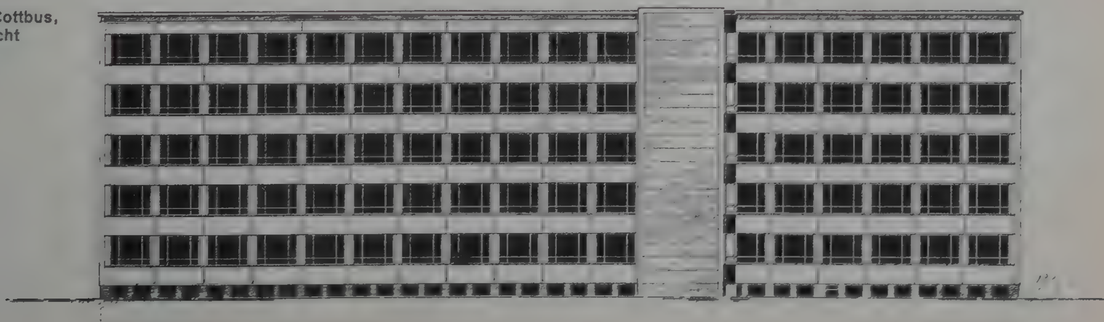
Hochschule für Bauwesen Cottbus

Bauingenieur Frau Ursula Bullig trat im Jahre 1954 in das Entwurfsbüro für Hoch- und Industriebau Cottbus als Statikerin ein, nachdem sie die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar absolviert hatte.
Kollegin Bullig hat sich von einfacheren Berechnungen und Konstruktionen im Laufe ihrer Tätigkeit so weit qualifiziert, daß sie heute auch bei schwierigen Entwicklungsaufgaben den Anforderungen vollauf gerecht wird.

Aus dem umfangreichen Arbeitsgebiet, das von Kollegin Bullig bearbeitet wurde, seien einige Projekte benannt: 16-Klassen-Schule für das Kombinat „Schwarze Pumpe", Nordflügel der Hochschule für Bauwesen Cottbus, Ledigenheim Hoyerswerda, Neubau eines Seminargebäudes für die Hochschule für Bauwesen Cottbus.

An der letzteren Aufgabe wird zur Zeit noch am Ausführungsprojekt gearbeitet, wobei die Stahlbetonskelett-Montagebauweise 2 Mp für gesellschaftliche Bauten Anwendung findet.

Hochschule für Bauwesen Cottbus, Seminargebäude I — Ansicht Karl-Marx-Straße 1 : 500



Café „Wochenpost" - ein Anziehungspunkt für die Bevölkerung

Den bisherigen Höhepunkt in der Arbeit der Kollegin Filbrandt stellt das über die Grenzen des Bezirkes Dresden hinaus bekannte Café „Wochenpost" in Neustadt/Sa. dar, für das sie vor etwa zwei Jahren eine Innenarchitektur von überzeugender Einfachheit und Zweckmäßigkeit schuf. Man kann durchaus sagen, daß die dort von ihr gestalteten Räume nicht nur eine neue sachliche Note tragen, sondern auch in der Wahl der Ausdrucksmittel die Hand der gestaltenden Frau erkennen lassen.

Nicht zuletzt sei bemerkt, daß die ausgesprochen moderne Gestaltung nicht nur die Neustädter begeistert, sondern auch viele „verwöhnte" Dresdner anlockt und das Café „Wochenpost" zu einem lohnenden und beliebten Wochenendziel werden ließ.

Innenarchitektin Lieselotte Filbrandt beendete 1955 ihr Studium an der Hochschule für Bildende und Angewandte Kunst in Berlin-Weißensee. Zu Beginn ihrer Praxis im VEB Hochbauprojektierung Dresden war sie zunächst zwei Jahre als Betriebsassistentin tätig und arbeitete während dieser Zeit unter Anleitung erfahrener Fachkollegen an folgenden Objekten: Umbau Stadttheater Meißen, Zinkhütte Freiberg und Fachschule für Landwirtschaft Langhennersdorf mit.

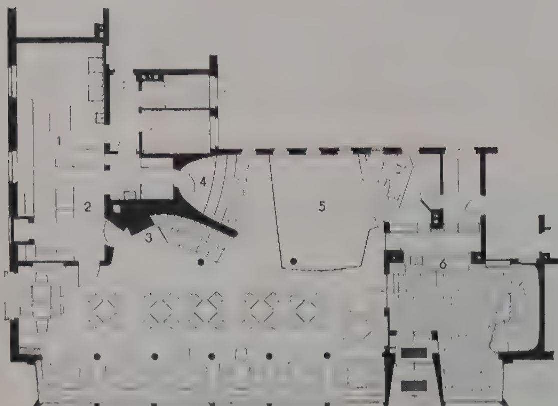
Später entwarf sie die Innenausstattung für Selbstbedienungsläden für Haushaltgegenstände und Lebensmittel im Stadtgebiet Freital.

Weiterhin gestaltete Kollegin Filbrandt die Innenausstattung zahlreicher Selbstbedienungsgeschäfte verschiedenster Warensortimente in den Aufbaugebieten Dresdens und wird im kommenden Jahr dem Kaufhaus für Kinderkonfektion im Einkaufszentrum Dresden-Webergasse räumlichen Ausdruck verleihen.

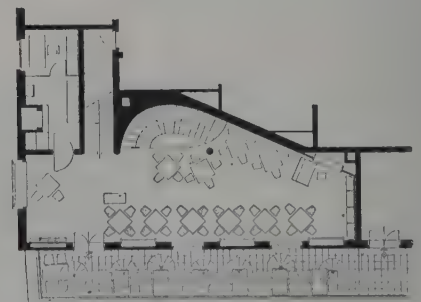


Café „Wochenpost" — Eingangsraum, Blick zum Kuchenverkaufstisch mit einigen Sitzplätzen für einen Schnellimbiß

Grundriß Erdgeschoß 1 : 333



1 Küche — 2 Office — 3 Kasse — 4 Bar — 5 Tanzfläche — 6 Kuchenverkauf



Grundriß Obergeschoß 1 : 333

Blick vom Eingang auf den Caféraum im Erdgeschoß

Blick vom Eingang auf die Treppe zum Lesecafé, auf die Bar und den Caféraum



Block C-Nord — Ansicht Ernst-Thälmann-Straße 1 : 500



Grundriß Wohngeschoß 1 : 500

1 Flur — 2 Kinderzimmer — 3 Küche — 4 Wohnzimmer — 5 Schlafzimmer — 6 Windfang — 7 Diele

Im Zentrum von Dresden geht es voran

Kollegin Lorena Johne ist seit dem Jahre 1950 im VEB Hochbauprojektierung Dresden als Architektin tätig. In dieser Zeit war sie die einzige Fachkollegin im Betrieb, die im Kollektiv an den Projektierungsarbeiten für den Wiederaufbau der zerstörten Stadt Dresden teilnahm.

Die erste größere Aufgabe, an der sie mitwirkte, war die Forstfachschule in Tharandt. Seit 1952 arbeitet Kollegin Johne vorwiegend an Projekten des Wiederaufbaus des Dresdner Zentrums im Kollektiv mit.

Durch ihre jahrelange Berufspraxis hat sie sich ein gut fundamentiertes technisches Wissen angeeignet, was sie bei den Ausführungsprojekten, an denen sie vorwiegend mitwirkt, zu einer wertvollen Mitarbeiterin werden ließ. An dieser Stelle wären folgende Bauten aufzuzählen, an denen Kollegin Johne als Mitarbeiterin tätig war: Schwerhörigenschule in Dresden, Fischhausstraße; GST-Schießstand, Dresden-Südhöhe; Block A-Süd — Altmarkt Ostseite; Bebauung der Magistrale, Block B- und D-Nord.

Ihre letzte größere Aufgabe war die selbständige Bearbeitung der Ausführungszeichnungen für Block C-Nord nach dem Entwurf und unter Anleitung des Architekten BDA Gerhart Müller.

Ihre Leistungen gaben Anlaß, sie 1958 und 1959 als Aktivistin auszuzeichnen.

Wohnungsbau in Weißenfels

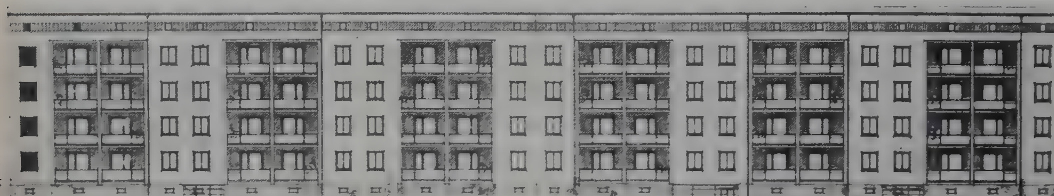
Bauingenieur Frau Edith Scholz kam im Jahre 1949 in den VEB Hochbauprojektierung Halle als technische Zeichnerin und wurde 1952 zur Ingenieurschule für Bauwesen in Blankenburg/Harz delegiert, wo sie 1954 das Ingenieurexamen ablegte. Sie kehrte danach in den Betrieb zurück und hat sich seitdem in einer Komplexbrigade zur ersten Entwurfsbearbeiterin qualifiziert.

Eines ihrer ersten Projekte, das sie maßgeblich bearbeitete, war das Projekt für den Neubau einer Sanitätsstelle für ein Braunkohlenwerk in Mücheln.

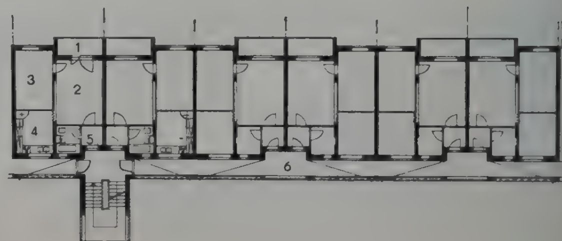
Ein weiteres Projekt war der schwierige Umbau und Ausbau der völlig verwahrlosten ehemaligen Gaststätte „Bellevue" in Halle zum „Hofjäger", dem Klubhaus der Freien Deutschen Jugend im zweiten Bauabschnitt.

Das Projekt für einen Wohnungsbau in Weißenfels „Am Rummelplatz" stammt aus der letzten Zeit. Hier war in einer schwierigen städtebaulichen Situation die Randbebauung eines wichtigen Platzes zu schaffen, mit der eine Baulücke geschlossen wird.

Zur Zeit bearbeitet Kollegin Scholz Typenprojekte. Für ihre Leistungen im Nationalen Aufbauwerk erhielt sie die Goldene Aufbaunadel. Des weiteren hat sie die Patenschaft für die Lehrlinge der Komplexbrigade „Thomas Münzer" übernommen.



Wohnblock in Weißenfels „Am Rummelplatz"
Ansicht der Loggiaseite 1 : 500



Grundriß 1 : 500

1 Loggia — 2 Wohnzimmer — 3 Schlafzimmer — 4 Einbauküche mit Eßplatz — 5 Windfang — 6 Laubengang



Filmtheater Güstrow — Blick in das Parkettfoyer

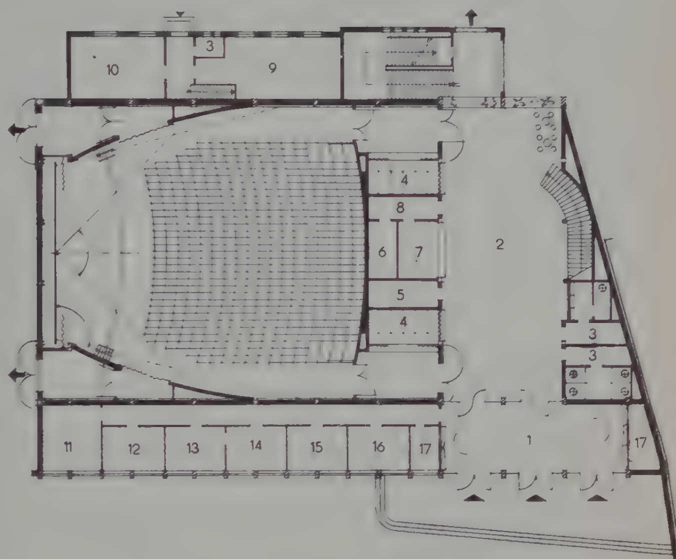
Ein Filmtheater in Güstrow

Architektin Eva-M. Hetzer ist seit 1956 im VEB Hochbauprojektierung Schwerin tätig, nachdem sie nach ihrer Ausbildung als technische Zeichnerin ihr Fachschulstudium absolviert hatte.

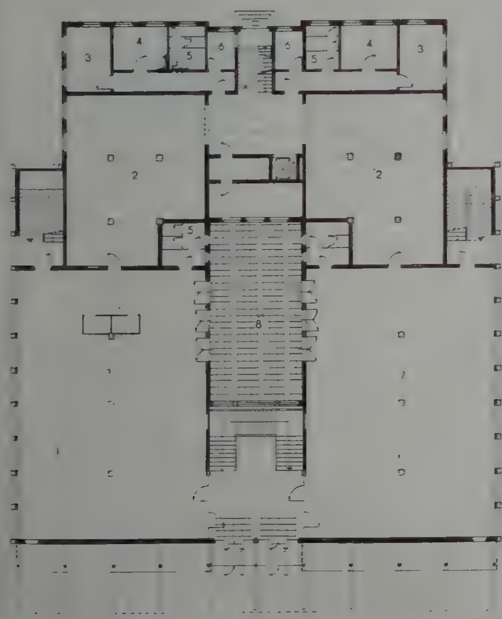
Sie wurde zunächst mit der Projektierung des Wohnungsbaus in der Schweriner Weststadt und in Schwerin-Zippendorf betraut und war anschließend maßgeblich an der Projektierung des Ladengebäudes in der Schweriner Weststadt, I. Bauabschnitt, beteiligt. Die hierbei gezeigten Fähigkeiten — besonders auf dem Gebiet der Gestaltung — wurden durch die von der Kollegin Hetzer erzielten Wettbewerbserfolge bei innerbetrieblichen Ideenwettbewerben unterstrichen.

Auf Grund dieser Erfolge wurde der Kollegin Hetzer die Projektierung des Filmtheaters Güstrow voll verantwortlich übertragen.

Grundriß Erdgeschoß 1 : 500



1 Kassenhalle — 2 Foyer — 3 WC — 4 Garderobe — 5 Schaltraum — 6 Lager — 7 Kiosk — 8 Putzfrau — 9 Malerwerkstatt — 10 Mechanische Werkstatt — 11 Betriebsleiter — 12 Sekretärin — 13 Hauptbuchhalter — 14 Buchhalter — 15 Agitator — 16 Landfilm — 17 Kassenraum



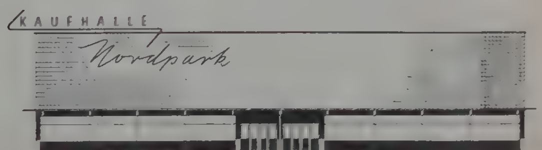
1 Spielwaren, Sportartikel — 2 Lager — 3 Aufenthaltsraum — 4 Umkleideraum — 5 WC — 6 Büro — 7 Haushalt-, Elektro- und Kleineisenwaren — 8 Lichthof

Kaufhalle Nordpark in Magdeburg — Grundriß Erdgeschoß 1:500

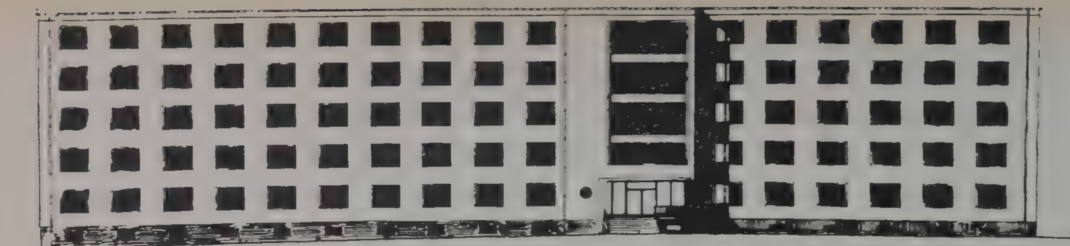
Kaufhalle Nordpark

Bauingenieur Frau Erika Ganzer trat nach erfolgreichem Abschluß der Ingenieurschule für Bauwesen Magdeburg in den VEB Hochbauprojektierung Magdeburg ein. In der ersten Zeit wurde Kollegin Ganzer insbesondere für Detailbearbeitung, Aufmaßarbeiten und so weiter eingesetzt.

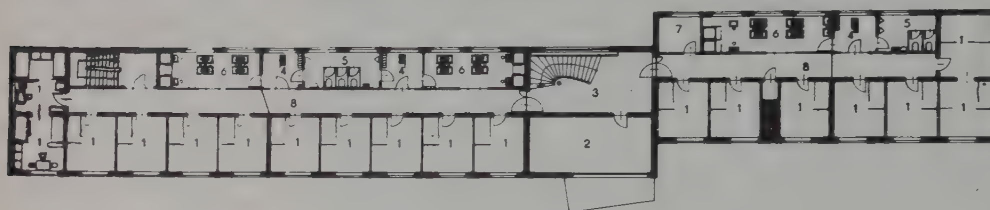
Bereits nach kurzer Zeit konnten ihr kleinere Objekte zur alleinigen Bearbeitung übergeben werden. An größeren Objekten arbeitete sie zunächst noch mit länger in der Praxis stehenden Kollegen zusammen. Durch ihre Umsicht und ihr konstruktives Verständnis und ihren Willen, sich ständig



Südansicht 1:500



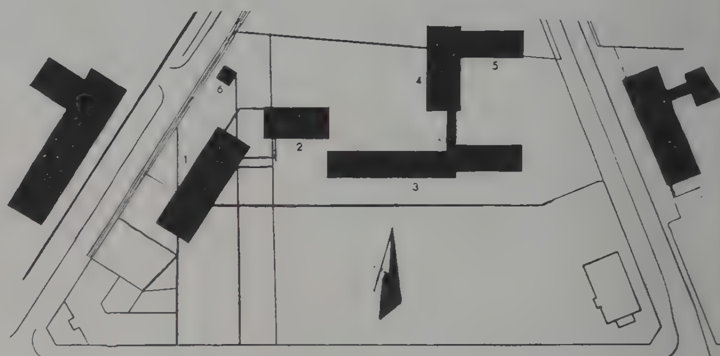
Lehrlingswohnheim des VEB Bau-Union Magdeburg Südansicht 1:500



Grundriß 1. bis 4. Obergeschoß 1:500

1 Wohn- und Schlafraum — 2 Klubraum — 3 Treppenhalle — 4 Putzraum — 5 Toiletten — 6 Waschraum — 7 Inventar — 8 Flur

zu qualifizieren, war sie sehr bald in der Lage, auch größere Objekte, wie das Lehrlingswohnheim Bau-Union Magdeburg und die Kaufhalle Nordpark Magdeburg, allein zu bearbeiten. Bei all diesen Arbeiten zeigte Kollegin Ganzer ein gutes architektonisches Empfinden. Heute ist sie in der Jugendbrigade als selbständige Projektbearbeiterin eingesetzt, in der sie gegenwärtig nach Abschluß eines Projektes für den sehr schwierigen Umbau des Stadttheaters Magdeburg an größeren Molkereiprojekten mit komplizierter Technologie arbeitet.



Berufsschule des VEB Bau-Union Magdeburg Lageplan 1:2500

1 Berufsschule — 2 Turnhalle — 3 Lehrlingswohnheim — 4 Speisesaal — 5 Küche — 6 Trafo

Vielfältiges Arbeitsgebiet

Architektin Sigrid Maciaszek erlernte den Beruf einer technischen Zeichnerin und wurde auf Grund ihrer guten Leistungen zum Ingenieurstudium delegiert. Seit 1957 ist sie als Architektin im VEB Hochbauprojektierung Frankfurt (Oder), Außenstelle Stalinstadt, tätig, wo sie sich unter anderem umfangreiche Spezialkenntnisse auf dem Gebiete des Schulbaus aneignete. Mehrere Wiederverwendungsprojekte sowie Standards und Verbesserungen von Typenprojekten sind das Ergebnis ihrer nunmehr dreijährigen Tätigkeit.

Erbaut wurden von ihr die polytechnischen Oberschulen in Schwedt an der Oder und Reichenberg bei Berlin, die Schulen in Eggersdorf, Fredersdorf, Wellmitz, Kreis Fürstenberg, und Hennickendorf bei Berlin. Darüber hinaus arbeitet die Kollegin Maciaszek an umfangreichen Objekten der Landwirtschaft und des Wohnungsbaus.

*

Bauingenieur Frau Ilse Lampert wurde im Jahre 1950 im VEB Hochbauprojektierung Halle als Stenotypistin eingestellt. Sie entwickelte sich in einer Komplexbrigade zur Brigadeorganisatorin und mit Hilfe der Patenschaft eines Leitarchitekten zur technischen Zeichnerin.

An der Volkshochschule besuchte sie einen Vorbereitungslehrgang zum Ingenieurstudium, zu dem sie im Jahre 1956 vom Betrieb delegiert wurde. Nach Abschluß des Studiums war sie im gleichen Betrieb als Bauleiter des Wohnungsbaus in Merseburg tätig, wo sie noch heute nach Übergabe der Bauleitungen an die Kreise erfolgreich wirksam ist.

Diplomingenieur Frau Renate-Ruth Oehring studierte nach einem Jahr Praktikum als Maurer, Zimmermann und Betonbauer an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar.

Seit dem Jahre 1959 ist Kollegin Oehring im VEB Hochbauprojektierung I Leipzig als Architektin tätig. Sie arbeitet in einem Kollektiv, in dem größere individuelle Wohnungsbauten — in Anpassung an die Altbausubstanz — projektiert werden. Kollegin Oehring entwickelte ein sehr gutes konstruktives Denken und wird bald selbständige Bearbeiterin von größeren Projekten sein.

*

Diplomingenieur Frau Ingrid Schröter ist als Hochschulabsolventin seit 1959 im VEB Hochbauprojektierung I Leipzig als Architektin in einem Architektenkollektiv der Entwurfsbrigade Krantz tätig, in dem sie an den Projekten für den Wohnungsbau Georgiring, Leipzig, in Großblockbauweise 2 t Laststufe mitarbeitete. Ihr bestes Können zeigte sie bei der Lösung von Teilaufgaben. So bearbeitete sie die Küche-Bad-Lösung mit allen Details und Einrichtungen. Von Kollegin Schröter ausgearbeitete Zeichnungen finden oft besondere Anerkennungen der Kollegen auf den Baustellen. Zur Zeit arbeitet sie im Kollektiv mit an der Vorplanung der Wohnungs- und Ladenbauten der Messemagistrale Windmühlenstraße.

*

Architektin Helga Schütze schloß als gelernter Maurer und Zimmerer ihr Studium im Jahre 1953 ab. Seit dieser Zeit ist sie als Architektin im VEB Hochbauprojektierung II Leipzig tätig.

Aus der Vielzahl der seitdem entstandenen Entwürfe sei hier besonders ihre Mitarbeit an dem Projekt Kleinstwohnungen in der Halleschen Straße in Eilenburg erwähnt. Das Gebäude wird als Schwesternwohnheim genutzt. Die erfreuliche Klarheit im Grundriß und in der Fassadengestaltung stellt einen guten baulichen Beitrag zum Wiederaufbau der Stadt Eilenburg dar.

Als Mitarbeiterin in verschiedenen Kollektiven war sie beteiligt bei der Erarbeitung von Entwürfen für Werkskauengebäude, eines Omnibusbahnhofes im Kombinat „Schwarze Pumpe" sowie beim Wiederaufbau des Eilenburgers Zentrums.

Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens schuf sie einige Entwürfe für Kinderkrippen. Die Kollegin Schütze hat durch ihr vorbildliches Mitwirken bei der Aufstellung der Wohnungsbauserien TW 58 für das Taktverfahren einen wichtigen Beitrag zum Gelingen des Wohnungsbauprogrammes geleistet.

*

Bauingenieur Frau Waltraud Großer trat mit dem Ingenieurzeugnis in der Tasche nach kurzer Tätigkeit in einem anderen Betrieb Anfang 1958 als Statikerin in den VEB Hochbauprojektierung Karl-Marx-Stadt ein. Eine Frau als Statikerin? Zweifel bei ihren männlichen Kollegen.

Kollegin Großer hatte sich bald eingearbeitet und wurde in dem Kollektiv eine selbständige Größe, mit der im wahrsten Sinne des Wortes gerechnet wird. Die Freude an der ausgeübten Tätigkeit drückte sich in ihren guten Leistungen aus, die sie befähigen, als stellvertretender erster Statiker einer Brigade zu arbeiten.

Der Industriebau – ein bedeutendes Betätigungsfeld für unsere Frauen

Diplomingenieur Frau Waltrud Bartel studierte als Kind werktätiger Bauern nach dem Abitur an der Hochschule für Bauwesen Cottbus. Im Jahre 1959 nahm sie die Arbeit im VEB Industrieprojektierung Berlin auf. Sie wurde zuerst an Arbeiten herangeführt, die im wesentlichen konstruktiver Natur waren. Es handelte sich bei diesen Arbeiten in der Hauptsache um Aufgaben bei Schwerpunktbauvorhaben der Energie. An Hand des festgelegten Entwicklungsplanes wurde eine systematische Förderung betrieben. So wuchs Kollegin Bartel in ihre Aufgaben hinein und konnte bald mit Arbeiten größeren Umfanges, insbesondere auf statischem Gebiet, betraut werden. Sie löste statische Probleme, besonders für das Großkraftwerk Berzdorf, vollkommen selbständig.

*

Bauingenieur Frau Margot Jörs wurde als technische Zeichnerin auf Grund ihrer Leistungen zum Ingenieurstudium delegiert.

Im Jahre 1956 kehrte sie in den VEB Industrieprojektierung Berlin zurück. Ihr Arbeitsgebiet erstreckte sich im wesentlichen auf die Konstruktion von Stahlbetonelementen mannigfacher Art. Besonders zu erwähnen ist ihre Mitarbeit an größeren Stahlbetonskelett-Bauten, wie zum Beispiel das Gebäude für die Wasseraufbereitung des Kraftwerkes Trattendorf, ein größeres mehrgeschossiges Stahlbetonskelett-Bauwerk für die Compoundierungsanlage des VEB Bergmann Borsig, ein ähnliches Gebäude für die Wasseraufbereitung des Heizkraftwerkes Pirna, Lager- und Werkstatthalle für das Kraftwerk Vetschau.

Nach nunmehr vierjähriger Tätigkeit bearbeitet sie verantwortlich Konstruktionen größerer Objekte. Hier ist das in letzter Zeit von ihr bearbeitete Gebäude für eine Waschkaue des Eisenhüttenwerkes Stalinstadt besonders zu erwähnen.



Omnibushof Berlin-Weißensee — Giebelseite der Wasch- und Pflegehalle

Omnibusbahnhof Berlin

Architektin BDA Lotte Schildhauer erlernte den Beruf des Maurers und studierte an der Ingenieurschule in Berlin.
Seit dem Jahre 1949 ist Kollegin Schildhauer in volkseigenen Betrieben tätig. Als Projektant hat sie Industrie- und Werkanlagen bis 15 Mill. DM Bausumme bearbeitet. Neben einer Reihe von nicht zur Ausführung gelangten Projekten sind an größeren Objekten folgende in Berlin ausgeführt worden:
Feuerwache und Inspektion Rüdersdorfer Straße—Marchlewskistraße, Großgarage und Büro in der Geschwister-Scholl-Straße, Radrennbahn Weißensee, Umspannwerk Treptow, Treskowallee, und als letztes die Wasch- und Pflegehalle (Spannbeton) des Omnibushofes Berlin-Weißensee.
Kollegin Schildhauer hat mit dem Grundprojekt des Omnibushofes 1955 im VEB Industriebau begonnen und ist bis jetzt ständiger Bearbeiter des Projektes geblieben, indem sie mit dem Bauvorhaben vom VEB Industriebau zum VEB Industrieprojektierung Berlin und von dort zum VEB Industriebahn- und Industrieprojektierung Berlin gegangen ist. Zur Zeit sind die letzten Anlagen im Bau beziehungsweise in Bearbeitung.
Kollegin Schildhauer ist auf Grund ihrer guten Qualifikation als Lehrer an der Betriebsakademie der Industriegewerkschaft Bau—Holz in Berlin tätig, an der sie die Fächer Baustoffkunde, darstellende Geometrie und Baukonstruktion lehrt.



Omnibushof Berlin-Weißensee — Nordansicht der Wasch- und Pflegehalle 1 : 700



Grundriß Erdgeschoß 1 : 700

1 Rangiererraum — 2 Sandraum — 3 Müllraum — 4 Maschinenraum — 5 Aufenthaltsraum — 6 Sachbearbeiter — 7 Meister — 8 Ingenieurraum — 9 Waschgeräte — 10 Erste Hilfe — 11 Zugmaschinen — 12 Werkstatt — 13 Schmiermittel — 14 Handlager — 15 Feuerlöschgeräte — 16 Niederspannung — 17 Hochspannung — 18 Waschhalle



Kohlebahnbrücken im Kombinat ,,Schwarze Pumpe''

Bauingenieur Frau Annemarie Prütz nahm im Jahre 1947 eine handwerkliche Arbeit im Zimmereibetrieb in Neustrelitz auf. In ihrer aufgeschlossenen Art gewann sie schnell das Vertrauen der Belegschaft und wurde in die Betriebsgewerkschaftsleitung gewählt. 1950 konnte sie an der Ingenieurschule in Neustrelitz das Studium aufnehmen. Sie hatte bereits während des Krieges mit dem Studium der Bautechnik begonnen, nachdem sie 1942 das Abitur abgelegt hatte.

Seit 1952 arbeitet Kollegin Prütz im VEB Industrieprojektierung Nord, Technisches Büro Rostock. Sie fand hier ein sehr vielseitiges Aufgabengebiet. Als ein Mangel an Statikern eintrat, entschloß sie sich, in der Statik zu arbeiten, obwohl sie ihrer Neigung entsprechend als Architekt ausgebildet wurde. Mit großem Fleiß und einem guten Einfühlungsvermögen bewährte sie sich bald auch auf statischem und konstruktivem Gebiet, in dem sie seitdem verblieben ist. Sie hat eine ganze Reihe größerer und schwieriger Projektierungsaufgaben statisch und konstruktiv vorbildlich bearbeitet und wurde im Jahre 1958 als Leiter einer Ingenieur-Entwurfsgruppe eingesetzt.

Unter ihrer statisch-konstruktiven Anleitung und zum großen Teil persönlicher Bearbeitung entstanden die Entwürfe der Medizinischen Klinik Rostock, der Schiffbautechnischen Fakultät Rostock, der Sandtrocknerei des Spannbetonrohrwerkes Laußig, der Bogenbrücken für Kohlebahnen im Kombinat ,,Schwarze Pumpe'', für Bauten des Kraftverkehrs und für verschiedene Bauten der Werften.

Besonders hervorzuheben ist ihre eigene Entwurfstätigkeit am Reißbrett.

Sie genießt auch bei den Kollegen der Baubetriebe volle Anerkennung.

Kollegin Prütz wurde als Aktivist des Siebenjahrplanes ausgezeichnet.

*

Diplomingenieur Frau Rita Klatt trat als Hochschulabsolventin im Jahre 1959 in den VEB Industrieprojektierung Berlin ein. Ihr fachlicher Einsatz erfolgte entsprechend ihrer speziellen Ausbildung zunächst auf dem Gebiet der Kostenplanung. Bereits nach etwa einem halben Jahr war sie in der Lage, selbständig Kalkulationsunterlagen für die im Projektierungskollektiv hergestellten Projektunterlagen anzufertigen. Hiervon sind zu erwähnen: eine Stahlbetonhalle (Fertigteile) für Montagezwecke, ein mehrgeschossiges Produktionsgebäude in Stahlbetonskelettbauweise. In selbständiger Arbeit kalkulierte sie einige kleinere Objekte, wie zum Beispiel eine Anlage für Abhitzekessel im Stahlwerk Hennigsdorf und ein Gasflaschenlager des VEB Bergmann Borsig. Diese letztgenannten Arbeiten sind auch insofern bemerkenswert, weil hierfür kein Festpreiskatalog benutzt werden konnte. Später arbeitete sie auf dem Gebiet der Stahlbetonkonstruktion. Sie war hier in letzter Zeit besonders mit der Konstruktion von Stahlbetonelementen für ein großes, mehrgeschossiges Stahlbetonskelett-Gebäude für das Kabelwerk Oberspree beschäftigt.



Schiffbautechnische Fakultät der Universität Rostock

Diplomingenieur Frau Thea Bühler hat nach Besuch der Oberschule an der Technischen Hochschule in Dresden studiert. Nach Abschluß des Studiums im Jahre 1959 in der Fachrichtung „Bauingenieurwesen" hat sie im VEB Industrieprojektierung Dresden I ihre erste Berufstätigkeit gefunden. Neben anderen kleineren Aufgaben ist ihr die Bearbeitung einer eingleisigen Reichsbahnbrücke von etwa 15 m Spannweite in Spannbeton und die ingenieur-technische Bearbeitung der Stahlbetonunterkonstruktion einer 9-Maschinen-Flachglas-Wannenhalle übertragen worden, die sie alle zur Zufriedenheit durchgeführt hat.

*

Bauingenieur Frau Ursula Müllmer trat 1949 als Zeichnerlehrling in den VEB Industrieprojektierung Dresden I ein und wurde nach Abschluß der dreijährigen Lehrzeit zum Studium an die Fachschule für Bauwesen in Zittau delegiert, das sie im Jahre 1955 beendete. Seit dieser Zeit ist sie als Ingenieur tätig und bearbeitet in vorbildlicher Weise die ihr gestellten statischen und konstruktiven Aufgaben.

*

Stahlbauing. Frau Christlinde Winterberg hat nach Besuch der Grundschule beim Sächsischen Brücken- und Stahlhochbau im Jahre 1953 eine dreijährige Lehrzeit als technischer Zeichner erfolgreich beendet und anschließend das Fernstudium in der Fachrichtung „Stahlbau" an der Fachschule für Schwermaschinenbau „Walter Ulbricht" Roßwein aufgenommen.

Während dieser Zeit war sie als technischer Zeichner und Teilkonstrukteur beim Sächsischen Brücken- und Stahlhochbau und beim Institut für Schiffsbautechnik Wolgast, Abteilung Dresden, tätig.

Nach erfolgreichem Abschluß des Studiums im Jahre 1959 ist sie als Stahlbauingenieur in den VEB Industrieprojektierung Dresden I eingetreten und arbeitet mit an Bauwerken in Stahlkonstruktion für das Kohlenkombinat „Schwarze Pumpe".

*

Bauingenieur Frau Christiane Langer trat als Tochter eines Bauern als Bauzeichner-Lehrling in den VEB Industrieprojektierung Dresden II ein.

Auf Grund ihrer Fähigkeiten wurde sie vom Betrieb zum Ingenieurstudium delegiert. Nach erfolgreichem Abschluß nahm sie im Jahre 1957 in demselben Betrieb ihre Tätigkeit auf.

Maßgeblich wurde sie im Industriebau für Bauvorhaben der Zellstoff- und Papierindustrie eingesetzt und war im besonderen für die Wasseraufbereitungsanlage der Zellstoff- und Papierfabrik Trebsen tätig.

Im Rahmen eines Exportauftrages für das Schilfzellstoffkombinat Braila bearbeitete Kollegin Langer das Teilprojekt Entwässerungsmaschinengebäude und Kochereigebäude. Dieses Bauvorhaben wurde 1958 begonnen und lief in den letzten Tagen des Jahres 1960 in der Produktion an.

Ein weiteres Großbauvorhaben „Neubau Werksanlage Schockopack" liegt als Auftrag im Betrieb vor. Kollegin Langer wurde auch hier mit der Bearbeitung eines Teilvorhabens, nämlich Speisesaal mit Küche und einer Trafostation, betraut.



3000-t-Getreidesilo in Gleitschalung nach der Fertigstellung

Gute Ergebnisse bei der Lösung statischer und konstruktiver Aufgaben

Bauingenieur Frau Christa Ebert erlernte im Anschluß an den Besuch der Oberschule das Tischlerhandwerk. Nach Beendigung ihrer praktischen Ausbildung besuchte sie die Fachschule für Angewandte Kunst in Magdeburg, Fachrichtung „Innenarchitektur". Hier bestand sie im Jahre 1951 ihr Abschlußexamen.

Im Anschluß daran nahm sie ihre Tätigkeit im VEB Bau-Union Magdeburg auf, hier war sie bis zum Jahre 1955 mit zeichnerischen Arbeiten und solchen in der Gütekontrolle beschäftigt. Durch eifriges Selbststudium konnte sie sich zum Bauingenieur qualifizieren. Für vorbildliche Leistungen wurde sie von diesem Betrieb im Jahre 1953 als Aktivist ausgezeichnet.

Während dieser Zeit hatte sie Gelegenheit, ihr konstruktives Wissen so zu erweitern, daß sie ab 1955 im VEB Industrieprojektierung Magdeburg mit Projektierungsarbeiten betraut werden konnte. Sie zeigt besonderes Interesse für den konstruktiven Ingenieurbau und für den Entwurfssektor.

Ihre gezeigten Leistungen veranlaßten das Kollektiv, Kollegin Ebert für Konstruktionsarbeiten und statische Aufgaben mit heranzuziehen. So hat sie die ihr übertragenen Aufgaben für das Zementwerk Karsdorf, Silomeisterschule Frohse, Getreide-Siloanlagen und verschiedene Sozialgebäude vorbildlich erledigt.

In ihrer Freizeit beschäftigt sich Kollegin Ebert mit Malerei und Grafik und ist im Volkskunstkabinett eifrig tätig.

Bauingenieur Frau Rosemarie Stephan erlernte im VEB Industrieprojektierung Magdeburg den Bauzeichnerberuf.

Ihre praktische Tätigkeit auf der Baustelle erstreckte sich auf Arbeiten des Maurer- und Zimmererhandwerks.

Auf Grund ihrer Leistungen wurde sie von dem Ausbildungsbetrieb zur Fachschule für Bauwesen in Magdeburg delegiert. Durch den engen Kontakt zwischen der Fachschule und dem VEB Industrieprojektierung Magdeburg konnten die Studienarbeiten in der Ausbildungsperiode positiv beeinflußt werden. Das vorbildliche Ergebnis der Abschlußprüfung war ein Erfolg der gemeinsamen Bemühungen.

Nach Beendigung der Ausbildung nahm die Kollegin Stephan im VEB Industrieprojektierung ihre Arbeit als Bauingenieur auf. Ihren Fähigkeiten entsprechend konnte sie mit Arbeiten betraut werden, die zu ihrer Weiterentwicklung geeignet waren. So war es möglich, zunächst kleinere Objekte in allen Phasen von der Kollegin Stephan bearbeiten zu lassen, das heißt Entwurf, Statik, Konstruktion und Baukostenplanung.

Im Anschluß daran konnten ihr größere Arbeiten für Statik und Konstruktion zugewiesen werden, die sie vorbildlich erledigte. So fertigte sie unter anderem komplizierte Bewehrungspläne für Getreide-Siloanlagen, Trafostationen, Montagebauwerke und ähnliches in guter Zusammenarbeit mit dem übrigen Kollektiv an. Sie gilt im Kollektiv als vorbildliche und zuverlässige Mitarbeiterin.

Bauingenieur Frau Marianne Gaudig erlernte den Beruf des Tischlers und wurde schon in der Lehrzeit als Aktivist ausgezeichnet. Nach Absolvierung des Studiums an der Ingenieurschule für Bauwesen Gotha in der Fachrichtung „Konstruktiver Ingenieurbau" trat sie in den VEB Kraftwerks- und Industriebau Dresden ein. Nach kurzer Tätigkeit in der Kalkulation kam sie auf die Baustelle „Pumpspeicherwerk Niederwartha" in die Arbeitsvorbereitung. Diese Arbeit war für die Kollegin Gaudig völlig neu, aber auch sehr interessant.

Um jedoch die während des Studiums erworbenen Kenntnisse noch besser ausnutzen zu können, trat sie 1958 in den VEB Industrieprojektierung Jena ein. Das brachte natürlich eine gewisse Umstellung nach der Tätigkeit auf der Baustelle mit sich, aber die Kollegen in Jena waren ebenso wie die in Dresden bemüht, ihr den Anfang leicht zu machen. Das erste Projekt, an dem sie mitarbeitete, war eine Zementfabrik für Burma. Danach war sie an der Projektierung des Hartsteinwerkes Hüttengrund beteiligt, und gegenwärtig arbeitet sie am Schotter- und Splittwerk für Dornreichenbach mit. Diese Arbeit ist für sie sehr interessant, da sie neben der Konstruktion auch Statik rechnet und Bewehrungspläne zeichnet, also praktisch an allen Phasen der Ausführung mitarbeitet.

*

Bauingenieur Frau Rotraut Giesecke erlernte den Beruf des Maurers und bewarb sich schon während der Lehrzeit an der Fachschule für Bauwesen Erfurt. Nach abgeschlossenem Studium in der Fachrichtung „Konstruktiver Ingenieurbau" trat sie nach halbjähriger Tätigkeit in einen Baubetrieb in den VEB Industrieprojektierung Jena ein. Hier wurde sie von Beginn an mit interessanten Arbeiten betraut.

Nach nunmehr dreijähriger Tätigkeit im Betrieb sind alle Anfangsschwierigkeiten längst vergessen, und die Kollegin Giesecke, die als Mitglied der Parteileitung der SED-Betriebsgruppe eine beachtliche gesellschaftliche Funktion im Betrieb ausübt, ist vornehmlich an der Projektierung von Industriehallen beteiligt.

Bauingenieur Frau Gisela Koss erlernte nach dem Abitur das Maurerhandwerk und besuchte dann die Fachschule für Bauwesen in Magdeburg, Fachrichtung „Tiefbau". Im Jahre 1955 bestand sie die Abschlußprüfung und ist seitdem als Bauingenieur im VEB Industrieprojektierung Magdeburg tätig.

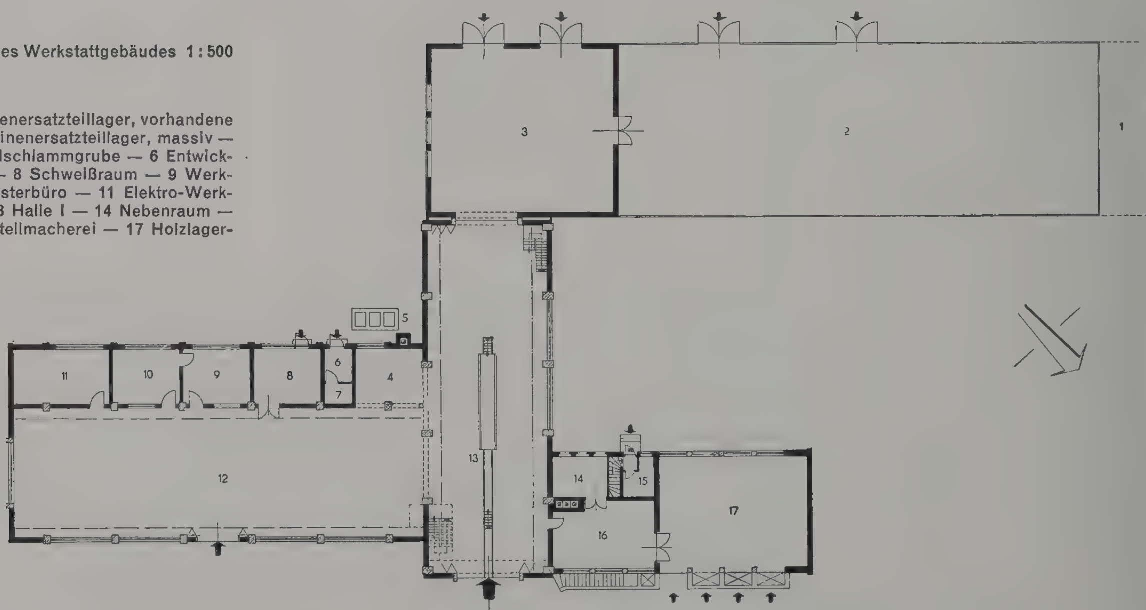
Ihre Aufgaben erstrecken sich insbesondere auf Wasserversorgungsanlagen mit und ohne Tiefbrunnen, Entwässerungen mit und ohne Kläranlagen und Straßenprojektierungen verschiedener Industrieanlagen sowohl im Harzgebiet wie auch im Magdeburger Gebiet und in den übrigen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik.

Auf Grund ihrer Qualifizierung ist sie heute in der Lage, selbständig größere Projekte zu bearbeiten und dabei jüngere Kolleginnen und Kollegen in der Arbeit anzuleiten.

Besonders hervorzuheben ist ihr Einsatz im Nationalen Aufbauwerk der Stadt Magdeburg. Allein im Jahre 1960 hat sie hierfür 125 Aufbaustunden geleistet.



VEB Steinwerk Koschenberg — Südansicht des Werkstattgebäudes 1 : 500



Grundriß Erdgeschoß des Werkstattgebäudes 1 : 500

1 Abbruch — 2 Maschinenersatzteillager, vorhandene Holzbaracke — 3 Maschinenersatzteillager, massiv — 4 Schmiede — 5 Karbidschlammgrube — 6 Entwicklung — 7 Karbidlager — 8 Schweißraum — 9 Werkzeugausgabe — 10 Meisterbüro — 11 Elektro-Werkstatt — 12 Halle II — 13 Halle I — 14 Nebenraum — 15 Waschraum — 16 Stellmacherei — 17 Holzlagerplatz

Bauingenieur Frau Sonja Broß lernte vom Jahre 1950 bis 1953 als Zeichnerlehrling im Entwurfsbüro für Hochbau in Bautzen. Das Studium an der Fachschule für Bauwesen in Zittau beendete sie mit dem Abschluß als Bauingenieur.

Im Jahre 1957 trat Kollegin Broß in den VEB Hochbauprojektierung Cottbus als Architektin für Industriebau ein.

Im nachfolgenden Zeitraum entwickelte sie sich hier schnell zu einer guten Mitarbeiterin im Kollektiv und bearbeitete eine Reihe größerer Objekte mit, wie Klinker- und Radialsteinwerk Alt-Döbern und Schamottewerk Bad Freienwalde.

Durch ernste Arbeit und Qualifizierung war es möglich, Kollegin Broß eine Reihe Projekte in selbständiger Bearbeitung zu übergeben, so die Rekonstruktion Blankschraubenfabrik und Baubeschlagfabrik Elsterwerda, Nachfolgeeinrichtungen Kraftwerk Lübbenau, das Kesselhaus der Molkerei Golßen, das Steinwerk Koschenberg und verschiedene kleinere Projekte, unter anderem auch Hochbauprojekte, deren Lösungen in Funktion und Konstruktion gute Ergebnisse zeigen.

Zum Aufbau des Stadtzentrums von Potsdam

Maria Hepner

Bei der Gestaltung des Zentralen Platzes von Potsdam spielt die Frage, einen nach der Havel hin offenen Platz zu schaffen, eine große Rolle. Immer wieder wurden Stimmen laut, besser einen geschlossenen Platz zu schaffen. Erst auf der letzten Bundesvorstandssitzung des BDA wurde dieser Vorschlag von Professor Henselmann vorgebracht und durch ein entsprechendes Modell illustriert. Wir veröffentlichen im folgenden einen Beitrag von Frau Maria Hepner, die für einen geschlossenen Platz eintritt, und die Probleme in einem größeren historischen Zusammenhang betrachtet. Anschließend bringen wir einen Diskussionsbeitrag von Professor Hans Schmidt, der für einen offenen Platz plädiert, und als drittes einen Beitrag der Kollegen Reinwart, Bolz und Heese aus dem Reichsbahnausbesserungswerk Potsdam, der das große Interesse der Bevölkerung am Aufbau des Zentrums ihrer Stadt zum Ausdruck bringt.
Unsere Redaktion schließt sich im wesentlichen der Argumentation von Professor Schmidt an.

Es gilt, Potsdam ein neues Gesicht zu geben, das Gesicht unserer Zeit. Es gilt, einen neuen Mittelpunkt zu schaffen an Stelle des alten, den der Krieg zerstörte. Es gilt, im Stadtbild neue Akzente zu setzen und ihm durch eine offene und weiträumige Bebauung das Gepräge unserer Zeit zu verleihen. Denn gerade die Gestaltung des Stadtzentrums charakterisiert die sozialistische Stadt.

Im Gegensatz zu alten Städten, in denen sich das gesellschaftliche Leben auf Marktplatz und Rathaus konzentrierte, bildet das heutige Stadtzentrum als Sammelpunkt aller öffentlichen und gesellschaftlichen Vorhaben eine Folge von Plätzen und Gebäudegruppen. „Das Stadtzentrum dient“, wie es in den „Grundsätzen der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren“ heißt, „der Entwicklung des sozialistischen Gemeinschaftslebens, der politischen und kulturellen Betätigung und Bildung sowie der Erholung und materiellen Versorgung der Bevölkerung. Im Stadtzentrum finden Demonstrationen, Aufmärsche, Volksfeste und kulturelle Massenveranstaltungen statt.“ Wenn wir diese Grundsätze berücksichtigen, erscheint es konsequent, wenn sich in Potsdam das Stadtzentrum in einer Folge von Plätzen längs der Magistrale entwickelt und am Beginn der Magistrale der Zentrale Platz als wichtigstes Ensemble eine beherrschende Stellung einnimmt. Man möchte den Platz allerdings mehr Geschlossenheit wünschen, als dies bei den bisherigen Entwürfen der Fall ist. Der Verkehrsstrom geht über ihn hinweg, seine wesentliche Begrenzung ist das Hochhaus jenseits der Magistrale. Das bedeutet, daß man das Hochhaus sowohl zu dem Straßenzug wie zu den Gebäuden am Zentralen Platz in Beziehung setzen muß. Ob im Interesse der Ausgewogenheit des Platzes ein Hochhaus, das als Hotel geplant ist, an diese Stelle paßt, oder ob es gegenüber der weit bedeutsameren Kongreßhalle zu sehr ins Gewicht fällt, muß wohl erwogen werden. Auch erscheint es wünschenswert, den winkligen Plätzen, die das Hotel umgeben, eine klarere, rechteckige Form zu geben.

Zwischen Kongreßhalle und Theater sind im Zuge der Magistrale drei Ladengeschäfte geplant. Da die Westseite der Magistrale die eigentliche Geschäftsstraße für den aus der Stadt kommenden Käufer ist, wäre dieser gezwungen, hier, an der belebtesten Stelle, die Magistrale zu überqueren. Sinnvoller erscheint es daher, die eigentliche Laufseite dem Geschäftsverkehr vorzubehalten und an Stelle der Ladengeschäfte ein öffentliches Gebäude, Bibliothek oder Museum zu errichten.

Dies erscheint mir um so wünschenswerter, als es unser aller Anliegen ist, die Schönheit des Potsdamer Stadtbildes, wie es in der Vergangenheit geprägt wurde und durch die Auswirkung des zweiten Weltkrieges schwer zerstört wurde, in einer neuen Schönheit erstehen zu lassen und womöglich die klassische Schönheit dieses Bildes, das durch große Baumeister geprägt wurde, zu übertreffen. Deshalb lohnt es sich wohl, dieses Bild noch einmal in das Bewußtsein zurückzurufen.

Wenn man früher in Potsdam ankam, so empfing man den ersten Eindruck auf der Langen Brücke. Unwillkürlich hielt man seine Schritte an und schaute beglückt auf das geschlossene Stadtbild mit seiner ausgewogenen Silhouette. Was in mittelalterlichen Städten durch den Mauerring bewirkt wurde, war hier durch die Bebauung der Alten Fahrt, die schräg zur Straße verlaufende Flucht des Stadtschlosses und die daran anschließenden Kolonnaden erreicht. Die Silhouette aber erhielt ihren Umfang durch die weiten Perspektiven auf die Türme der Garnison- und Heiliggeistkirche und ihre Steigerung durch die Kuppel der Nikolaikirche in der Mitte.

Heute ist das Stadtbild weit aufgerissen. Man bleibt nicht mehr beruhigt auf der Langen Brücke stehen, sondern man strömt sozusagen mit der großen Straße in die Stadt hinein, ohne das Bestreben, die Stadt als Ganzes zu erfassen. Dies jedoch widerspricht nicht nur allen Gesetzen des klassischen Städtebaus, der immer darauf bedacht war, eine Stadt nach außen hin als geschlossene Einheit in Erscheinung treten zu lassen, sondern auch den „Grundsätzen der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren“, wie sie durch die Deutsche Bauakademie formuliert wurden („Deutsche Architektur“, Sonderbeilage 8/60). Hier wird die Forderung aufgestellt: „Durch den Massenaufbau müssen die überschaubaren Teile des Stadtzentrums oder nacheinander erlebbare Ensembles ein Bild der strukturellen Gliederung und der räumlich kompositionellen Eigenart des Stadtzentrums vermitteln. Für Städte, die infolge ihrer topographischen Lage insgesamt überschaubar sind, ist der Massenaufbau des Stadtzentrums von unmittelbarer Bedeutung, weil er als Stadtsilhouette in Erscheinung tritt und erfaßt werden kann.“

Man muß sich also zunächst über die topographische Situation klar werden. Diese ist hier durch die Havel gegeben. Man nähert sich Potsdam nicht langsam durch Vorstädte, sondern man tritt der Stadt unmittelbar gegenüber, wie dies bei alten Stadtbildern der Fall ist. Potsdam liegt an der Havel. Der Fluß stellt die Begrenzung der Stadt nach außen dar. Er fließt nicht etwa wie die Moldau in Prag oder die Seine in Paris mitten hindurch. Die Wohngebiete links der Havel werden der Stadt immer beigeordnet und nicht in sie einbezogen sein. Daraus ergibt sich, daß die Havel nicht, wie man behauptet, die zweite Magistrale ist, da eine Magistrale immer mitten durch die Stadt führt. Der Fluß hat hier die Funktion einer Begrenzung. Das verlangt, daß man die Uferlinie betont und daß die Stadt als eine geschlossene Front dahinter empfunden wird. Vor allem erwartet man an der Stelle, an der die Straße an die Stadt eintritt, einen Brückenkopf, der die Uferlinien an diesem wichtigen Punkt zusammenführt, sie steigert und als Einlaß und Beginn der Magistrale klarstellt, nicht aber den Zentralen Platz, der ausgerechnet diese Stelle verbreitert und öffnet. Seit der Antike sind Plätze sozusagen Innenräume innerhalb der Stadt, von Gebäuden wie von Wänden eingefaßt sowie vom Durchgangsverkehr möglichst wenig berührt. Man wird kaum eine Stadt finden, in der ein bedeutungsvoller Platz am Rande liegt und nur von zwei Seiten begrenzt wird; denn eine Statue, auch wenn sie noch so große Ausmaße hat, ersetzt noch keine Platzecke. Daher ist auch die geplante weite Öffnung des Platzes mit einer Freitreppe nach der Havel hin keine gelungene Lösung. Eine niedrige Umbauung, die ihm die nötige Geschlossenheit gibt, und eine Öffnung nach dem Wasser zu durch Kolonnaden, die Rahmen und Maßstab für die Uferlandschaft bilden, wären glücklicher. Auch auf der gegenüberliegenden Platzseite könnten Kolonnaden den Blick auf das historische Stadtzentrum freigeben. Sie sind ein Motiv, das seit Knobelsdorff in Potsdam heimisch ist und eine Verbindung zur Tradition darstellen würde.

Wendet man sich von dem Zentralen Platz ostwärts, so trifft man auf große Wohnblocks, die sich rechteckig und symmetrisch um weite Höfe gruppieren. Sie haben keinerlei Bezug zu der hier leicht geschwungenen Uferlinie, sondern stehen im rechten Winkel und in breiten Zwischenräumen gegen den Fluß, ohne eine organische Verbindung mit dessen Lauf anzustreben. Eine gärtnerische Gestaltung des Kais, die durchaus wünschenswert ist, erscheint in der hier geplanten Form wie ein Füllsel und notwendiges Übel. Bei dem Anblick der aufgereihten gleichmäßigen Großblockbauten mit ihren flachen Giebeln, so zweckmäßig und billig sie sein mögen, kann man sich der Vorstellung von Wohnkasernen nicht erwehren, und das ist gerade in Potsdam, das trotz der hier stationierten Soldaten nie eine Kasernenstadt war, besonders zu bedauern.

Man möge mich nicht mißverstehen. Ich will mich nicht gegen die Anwendung neuer Baumethoden wenden. Im Gegenteil. Ich glaube, daß die Möglichkeiten, die heute durch die Verwendung von Metall, Glas und vorgefertigten Bauelementen gegeben sind, noch längst nicht genügend ausgeschöpft wurden, eine weit kühnere und geschmeidigere Linienführung erlauben und den Eindruck von lebendigem, organischem Wachstum entstehen lassen müßten.

Diese Geschmeidigkeit und Anpassungsfähigkeit möchte man besonders dort wünschen, wo die neuen Baublöcke an den historischen Stadtkern grenzen. Es ist außerordentlich viel Gefühl für Proportionen und Ausgewogenheit erforderlich, damit es hier zu einer Einheit kommt und die feine Grazie des alten Rathauses und des Knobelsdorff-Hauses durch die hohen kantigen Baublöcke in unmittelbarer Nachbarschaft nicht erdrückt wird.

Zu diesen Neubauten südlich des Stadtkanals wurde auch schon von anderer Seite kritisch Stellung genommen. Im Heft 5/1960 der „Deutschen Architektur“ weist Willi Nitschke in seinem Artikel „Einige Bemerkungen zum Teilbebauungsplan für das Stadtzentrum von Potsdam“ darauf hin, daß diese Wohnblocks in keinerlei Beziehungen zu dem Stadtzentrum stehen und daß es ungangbar ist, einen Teilbebauungsplan aufzustellen, ohne eine klare Vorstellung über die Gesamtplanung zu haben. Auch den von der Deutschen Bauakademie formulierten und obenerwähnten Grundsätzen entsprechen diese Wohnblocks keineswegs. Dort heißt es: „Bei bestehenden Städten machen die örtlichen Gegebenheiten oftmals die Anordnung von Wohngebäuden im Stadtzentrum notwendig ... Bei Neuplanungen“, und darum handelt es sich doch offensichtlich in Potsdam, „sollte die Fläche des Stadtzentrums ausschließlich die Ensembles der gesellschaftlichen Gebäude, Einrichtungen und Anlagen umfassen.“ Und an anderer Stelle ist formuliert: „Das Stadtzentrum wird auf Grund seiner spezifischen Funktionen insbesondere mit zunehmender Stadtgröße als übergeordneter Flächenbereich von den anliegenden Stadtteilen abgegrenzt. Die Flächenbegrenzung des Stadtzentrums erfolgt im wesentlichen durch Verkehrsstraßen, die das Stadtzentrum tangieren.“ Betrachtet man daraufhin den Stadtplan von Potsdam, so ergibt sich eine natürliche Begrenzung des Stadtzentrums durch die Friedrich-Ebert-Straße im Westen und die Stalinallee im Osten.

Dieser Raum hätte dem Stadtzentrum vorbehalten bleiben müssen. Jetzt aber ist hier gegen die Stalinallee zu ein Wohnkomplex im Entstehen, der sich in das vorgesehene Stadtzentrum hineinschiebt. Vergeblich fragt man sich, wo hier die Bereiche klar abgegrenzt sind, wo Platz für die unbedingt notwendigen Reserveflächen und Parkplätze bleibt. Ist es angängig, daß eine Fremdenstadt wie Potsdam nur ein Hotel und nur ein Café im Stadtzentrum hat? Wo soll künftig das Freilichtkino stehen, wo Bibliothek und Museum mit Ausstellungsgelände und Leseplätzen im Freien? Wäre es nicht auch sehr erfreulich, wenn Klub- und Kulturhäuser im Stadtzentrum untergebracht würden; denn so schön das Bernhard-Kellermann-Haus ist, es ist doch sehr abgelegen und für Veranstaltungen wenig geeignet. Nach Westen zu ist das Stadtzentrum durch bereits bestehende Wohngebiete begrenzt, die einzige Möglichkeit für eine weitere Ausdehnung wäre nach Osten hin gewesen. Man fragt sich daher, ob es richtig ist, die Wohnkomplexe gerade hier mitten in der Stadt anzulegen, und ob es nicht besser gewesen wäre, sie in das große Freigelände zwischen Potsdam und Babelsberg zu verlegen, damit diese beiden Städte zusammenwachsen!

Nach Westen zu bildet die Friedrich-Ebert-Straße die Begrenzung des Stadtzentrums. Hier steht man

Plan des Zustandes des zentralen Bezirkes von Potsdam vor der Zerstörung 1 : 20 000



wieder vor dem Problem, wie sich die Neubauten in die bereits bestehende Flucht der historischen Häuser einreihen werden. Das hohe Gebäude, das zwischen dem Viereckenhaus und dem Marstall vorgeschlagen wurde, scheint in keinem Verhältnis zu seiner Umgebung zu stehen und die Flucht der Friedrich-Ebert-Straße ebenso zu beeinträchtigen wie die dahinterliegende ehemalige Kommandantur. Noch bedauerlicher wäre es, wenn man diesen Neubaublock soweit vorziehen würde, daß dadurch der Marstall um ein gutes Drittel gekürzt werden müßte.

Diese Orangerie Nehrings, die später als Marstall die großartigen Pferdegruppen Glumes erhielt, ist heute das älteste Gebäude Potsdams und ein glücklicher Übergang von dem neuen zu dem historischen Teil der Stadt. Schon darum sollte man ihn in der alten Form erhalten; denn gerade die Proportionen sind das wesentlichste bei der Wirkung solcher Bauwerke. Man sollte sich immer die Grundsätze der Deutschen Bauakademie vergegenwärtigen: „Die Veränderung des Maßstabes bei der sozialistischen Umgestaltung der Stadtzentren darf nicht zur architektonischen Entwertung vorhandener Baudenkmale oder historischer Ensembles führen."

Wenig Beachtung hat man der Frage der Parkplätze geschenkt. Der kleine Platz östlich des Theaters ist selbst für die Theaterbesucher kaum ausreichend. Es bedarf auch keiner Worte, daß sich der Alte Markt als Parkplatz nicht eignet, wie dies auf einem der Entwürfe vorgesehen war. Eine solche Zweckbestimmung wäre seinem Charakter völlig unangemessen. Es wird also die Aufgabe sein, hier bessere Lösungen am Rande des Stadtzentrums zu finden.

Wichtiger jedoch als der ruhende Verkehr ist die Lenkung des Verkehrsstroms selbst. Sie beeinflußt in hohem Maße jede städtebauliche Planung. Wir müssen daher fragen, welche Lösungen hat man in Potsdam dafür gefunden.

„In das Stadtzentrum sollen nur die Fahrzeuge fahren, die dort ihr Ziel haben. In dem Stadtzentrum ist kein Durchgangsverkehr zuzulassen", heißt es in den Grundsätzen. Aber in Potsdam hat man den Knotenpunkt des Fernverkehrs mitten in die Stadt, sozusagen in ihr Herz, verlegt. Wichtige Fernverkehrsstraßen kreuzen sich hier: die Straße Berlin—Köln und die Straße Leipzig—Rostock. Sie stoßen bei der Kongreßhalle zusammen. Die Straße nach Westen geht von hier mitten durch die historischen Viertel der Altstadt, die man zu erhalten anstrebt. Bedenkt man nicht, wie wenig die Unruhe und der Lärm der Verkehrsmittel in diese stillen, baumbestandenen Wohnstraßen passen, wie bedauerlich es sein würde, wenn die reizende Breite Brücke mit ihrer sanften Wölbung und die Obelisken des Neustädter Tores dem Verkehr geopfert werden müßten. Gibt es keine andere Lösung?

Bereits vor mehr als 20 Jahren wurde ein Projekt für eine Umgehungsstraße ausgearbeitet, die vom Bahnhof Charlottenhof über den Tornow, den Brauhausberg und den Horstweg nach der Drewitzer Chaussee führen sollte und damit den Verkehr auf allen Zufahrtstraßen aufgefangen hätte. Man könnte sich auch vorstellen, daß man eine Umgehungsstraße parallel zum Eisenbahndamm über die Planitzinseln leiten könnte. Was den Ingenieuren vor mehr als hundert Jahren möglich war, als sie die Bahnstrecke anlegten, dürfte bei dem heutigen Stand der Technik kaum Schwierigkeiten bereiten. In jedem Fall ist aber eine Umgehungsstraße das wichtigste Verkehrsproblem und für die Entlastung der Innenstadt dringend notwendig.

Auch die Verkehrsführung auf der Ostseite des Stadtzentrums ist nicht zu verstehen. Nach der neuen Planung stößt die Stalinallee, die die Hauptverkehrsader nach Berlin war und auch wieder einmal sein wird, direkt auf die Eckkante des neuen Wohnblocks, der quer zur Straßenrichtung liegt, so daß sie sich im scharfen Knick der Havel zuwenden muß. Das beweist, daß man auch hier das Wohnviertel ohne allen Bezug auf die Verkehrsverhältnisse und die gegebenen Umstände geplant hat, was auch schon Nitschke in dem oben angegebenen Aufsatz kritisierte. Würde man der Stalinallee noch über die Brücke hinweg ihre Richtung belassen und sie dann in einer der Friedrich-Ebert-Straße entsprechenden Kurve der Havel zuleiten, so bliebe auch die monumentale historische Fassade Stalinallee 9 erhalten, die noch die einzige ihrer Art in Potsdam ist und erst kürzlich mit allen dahinterliegenden Wohnungen und dem stattlichen Treppenhaus renoviert wurde. Aber auch das Schauspielhaus, auf dessen städtebauliche Bedeutung Nitschke besonders hingewiesen hat, würde seine beherrschende Lage behalten und im Blickpunkt der von der Havel kommenden Straße liegen.

Ein großer Teil des Verkehrs wird sich allerdings auch längs des Stadtkanals der Friedrich-Ebert-Straße zuwenden. Dies kritisierte Nitschke als „ein verkehrstechnisch wie städtebauliches Unding, da dadurch der ganze Verkehr nicht um, sondern durch ein Wohnviertel gelegt wird". Wenn man dann noch den möglichen Zustrom des Berliner Verkehrs in Betracht zieht, so entsteht an der Friedrich-Ebert-Straße eine sehr schwierige Verkehrssituation, ganz gleich, ob man den Wilhelmplatz als große Verkehrsinsel beibehält oder nicht.

Noch ist das Schicksal des Stadtkanals nicht endgültig entschieden. Es ist geplant, seinen östlichen Teil zuzuschütten. Abgesehen davon, daß er ein Vorfluter für das nördlich gelegene Stadtgebiet ist, dessen Grundwasserspiegel damit steigen dürfte, wäre es sehr bedauerlich, wenn man dies reizvolle Gestaltungselement nicht ausnützen würde. Trägt doch Wasser mehr als alles andere zur Belebung eines Stadtbildes bei. Wir können das vielleicht ermessen, wenn wir uns vorstellen, daß sich an Stelle des trostlosen Asphalts auf dem Bassinplatz wieder ein See befände, in dem sich die Bäume und roten Häuser des Holländischen Viertels spiegelten. Außerdem ist der Stadtkanal das einzige Beispiel einer holländischen Gracht in Deutschland und als solches ein kulturgeschichtliches Denkmal, das zeigt, wie durch das Einwirken der bürgerlichen Kultur und der merkantilen Interessen Hollands das durch den Dreißigjährigen Krieg darniederliegende Deutschland wieder aufgerichtet wurde.

Wenn wir alle hier dargelegten Umstände erwägen, erscheint es wünschenswert, den Aufbau von Wohnblocks im Stadtzentrum nicht vorschnell voranzutreiben, sondern erst dann mit dem Bauen zu beginnen, wenn die Gesamtplanung und vor allem die Verkehrsführung befriedigend gelöst sind. Man sollte dabei immer die „Grundsätze der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren" im Auge behalten: „Die Einheitlichkeit der Komposition zu erreichen, stellt eine der wichtigsten Aufgaben bei der Lösung stadtbaukünstlerischer Probleme dar und erfordert Elastizität und Kontinuität der Planung und Durchführung."

*

In einem Gespräch, das wir mit Frau Hepner führten, wurde von unserer Redaktion die Frage aufgeworfen, ob bei der Gestaltung des Zentrums von Potsdam nicht in städtebaulich ausdrucksvollerer Weise, als dies bisher aus dem Projekt erkennbar, die Freundschaftsinsel mit ihren Grünanlagen einbezogen werden könnte und welche Baumaßnahmen dabei gegebenenfalls erforderlich wären, um dadurch den offenen Zentralen Platz in den großen Grünraum einzubeziehen. Die Redaktion

Sehr geehrter Herr Professor Magritz!

Ich habe mir die Situation an der Uferstraße noch einmal angesehen und habe bestätigt gefunden, daß die Freundschaftsinsel mit ihrem schönen Baumbestand und ihren gärtnerischen Anlagen, die man möglichst auch in dieser Form erhalten sollte, Vorfeld, aber nicht eigentlicher Bestandteil der Stadt ist. Auch ist das Flußufer wesentlich höher als die niedrige und flache Sandbank der Insel. Auf eine Stadtgrenze schaut man nicht so hinab. Der Havelarm aber, der erst infolge einer Flußregulierung im Jahre 1824 gegraben wurde, ist ein Kanal mit starren Ufern. Es würde niemanden einfallen, in ihm den eigentlichen Havelarm zu erblicken. Man sollte schließlich auch bedenken, daß sich die Bebauung eines Flußufers immer nach dem Charakter und der Größe eines Flusses richten muß. Es gibt breite und mächtige Ströme, die verlangen, daß man sie mit starken Ufermauern und Kais einfaßt; es gibt schnelle, helle

Wasser, die rasch dahinfließen und den Städten und Uferanlagen etwas von ihrer Lebendigkeit und Unruhe mitteilen müssen; und es gibt dunkle und langsame Flüsse, deren Strömen man kaum verspürt, und in denen sich die Städte wie in Seen widerspiegeln. Zu diesen letzteren gehört Potsdam, und das macht einen großen Teil seines Charmes aus. Wenn ich auf der Uferstraße stehe, bietet sich ein schöner Blick auf die hochragenden Gebäude, aber die unmittelbare Beziehung zwischen diesen und dem Wasser fehlt. Anders ist es auf der Brücke. Hier streift der Blick an den Häuserfronten entlang, ich sehe die Gebäude von unten aus aufsteigen. Dadurch, daß ich die Ufer in der Verkürzung sehe, empfinde ich die Ausdehnung der Stadt. Außerdem ist eine lebendige Beziehung zu dem Wasser hergestellt.

Als ich auf der Brücke stand und die Wirkung des Stadtzentrums überdachte, hatte ich einen — verzeihen Sie — recht ketzerischen Gedanken: Wäre es nicht weit wirkungsvoller, wenn die Kongreßhalle breit hingelagert hier am Flußufer stünde! Hier würde sie durch eine ausgesprochene Horizontale der Kuppel der Nikolaikirche am besten Widerpart leisten können. Denn die wesentlichste baukünstlerische Aufgabe ist es doch, diese beiden Faktoren in ihrer ideologischen und künstlerischen Bedeutung aufeinander abzustimmen und in ein harmonisches Verhältnis zu bringen. Für den Zentralen Platz wäre die Lösung sicher auch besser und gäbe ihm mehr Geschlossenheit. Eine Abgrenzung nach dem historischen Stadtviertel zu finden, denke ich mir nicht so schwierig. Vor allem würde der Alte Markt nicht so unglücklich durch die dreieckig in ihn hineinstoßende Kongreßhalle zerrissen werden.

Sie haben, Herr Professor, als Sie von Dresden und seiner Silhouette sprachen, betont, wie sehr es unser Anliegen sein sollte, die einzigartige künstlerische Leistung zu erkennen und nach Möglichkeit wieder zu beleben. Auch Sie wollen, daß im Rahmen einer sozialistischen Baukultur eine nationale Note spürbar wird. Daher sollten wir uns, wie ich glaube, in Potsdam mehr Gedanken darüber machen, was den Charakter unserer Baukultur bestimmt. Man sollte in den Entwürfen die Bezogenheit aller Teile aufeinander spüren und nicht den historischen Teil der Stadt als ein Reservat empfinden, das im Kontrast zu allem steht, was man heute schafft. Man sollte die Notwendigkeit spüren, so und nicht anders bauen zu müssen. Dies Gefühl des Einmaligen, was jeder starken künstlerischen Leistung eigen ist, vermisse ich bei den Potsdamer Aufbauplänen.

Potsdam als Name ist ein Symbol für den preußischen und militaristischen Geist, als Stadt jedoch ist Potsdam weit mehr als irgendeine deutsche Residenz, sie ist auch eine Bürgerstadt, deren Gesicht von jeher der arbeitende Mensch bestimmt hat. Dadurch allein, daß man eine Kirche und einen kleinen historischen Komplex bestehen läßt, hat man noch nicht die Tradition bewahrt, sowenig wie Blockbauten ein symptomatisches Bild für die neue Zeit sind. Wenn auch das Material in vielem formbestimmend ist, es kommt schließlich auf den Inhalt an. Was hier in Potsdam not tut — denn Potsdam ist eine Verpflichtung — wäre ein großer, ein ganz großer Architekt, der würdig an der Seite Knobelsdorffs steht!

Die Planung des Stadtzentrums von Potsdam

Professor Hans Schmidt
Deutsche Bauakademie
Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst

Die Planung des Stadtzentrums von Potsdam hat bereits einen längeren Weg hinter sich. Wenn wir uns etwa die allerersten Entwürfe ansehen würden, die — in Anlehnung an das frühere Stadtbild — zu einer völlig geschlossenen Bebauung im Sinne des Städtebaus des 19. Jahrhunderts gelangt waren, so würden wir an diesem Weg ein ganzes Stück der Entwicklung unseres sozialistischen Städtebaus ablesen können. Wir haben auf diesem Wege zweifellos etwas gelernt. Was uns die Potsdamer Kollegen heute vorlegen, ist also nicht irgendein zufälliges Ergebnis. Man darf ihnen zubilligen, daß es, auch wenn man über dieses oder jenes eine andere Ansicht hat, ein allseitig begründetes und durchdachtes Ergebnis darstellt. Die Grundlage ist geschaffen, auf der ein zweckmäßiges und schönes Zentrum der Stadt Potsdam erbaut werden kann.

Die Aufgabe, die es im Falle Potsdam zu lösen gilt, ist keine leichte. Es ging darum, eine bestehende Situation von unbestreitbarer Schönheit entscheidend zu verändern. Den äußeren Anlaß zu dieser Veränderung gibt der Bau der neuen Brücke über die Havel. Aber diese neue Brücke ist gewissermaßen nur das äußere Wahrzeichen der Veränderung. Im Wesen geht es darum, das, was das Leben gebracht hat, die Vereinigung der Stadtteile Potsdam und Babelsberg zu einem neuen Potsdam, auch städtebaulich und räumlich zu vollziehen.

Das alte Potsdam hatte sich bewußt vom ehemaligen Nowawes, dem heutigen Babelsberg, abgeschlossen. Der Stadteingang über die Lange Brücke wurde durch das Stadtschloß optisch gesperrt. Zum Zentrum der Stadt am Platz der Einheit konnte man nur auf Umwegen gelangen. Die direkte Beziehung zur Havel blieb einzig dem früheren königlichen Lustgarten vorbehalten.

Für das neue Potsdam erlangt der Raum der Havel eine große Bedeutung. Er bildet zusammen mit der neuen Brücke ein wichtiges, die beiden Stadtteile vereinigendes Element. Von diesem Raum und von der Lage der Brücke müssen wir ausgehen, wenn wir die Wirkung des neuen Zentrums, der neu zu errichtenden oder zu erhaltenden Gebäude dieses Zentrums in der Wirklichkeit beurteilen wollen. Diese Beurteilung wird uns heute durch die Gerüste und Absperrungen des Brückenbauplatzes erschwert. Wir müssen uns also sozusagen in Gedanken auf die neue Brücke begeben und versuchen, uns in der Vorstellung ein Bild von dem zu machen, was kein Plan und auch kein Modell richtig wiedergeben kann.

Die neue Brücke liegt um einige Meter höher als die alte Lange Brücke und besitzt in der Richtung Potsdam ein merkbares Gefälle. Das hat nicht nur zur Folge, daß wir einen großen Teil des Havelraumes und der Silhouette der Stadt Potsdam übersehen können, sondern daß auch unser Blick zwangsläufig in die Tiefe geführt wird, die sich mit der breiten Öffnung der Friedrich-Ebert-Straße auftut. Es ist klar, daß die beherrschende Stellung, die Schinkels Nikolaikirche im Stadtbild von Potsdam einnimmt, nach wie vor bestehen bleibt. Aber sie wird, nach den Vorstellungen, die uns die heute vorliegenden Pläne zeigen, diese Stellung in Zukunft mit dem wichtigsten und größten Bauwerk des neuen Zentrums, der für 2500 bis 3000 Besucher berechneten Festhalle, teilen müssen. Diese Festhalle wird, etwa die Stelle des früheren Stadtschlosses am Kopf der neuen Brücke einnehmend, eine breite Front gegen die Havel bilden und die Kirche selbst in den Hintergrund verweisen. Festhalle und Kirche werden eine Einheit kontrastierender Elemente bilden, wobei es darauf ankommt, der Festhalle eine möglichst klare und vor allem möglichst groß wirkende körperliche Erscheinung zu sichern.

Die Potsdamer Pläne sehen vor, den Zentralen Platz, das Karl-Liebknecht-Forum, als Platzfläche auszubilden, die sich von der Südfront der Festhalle bis an das Ufer der Havel erstreckt. Das ist ein ohne Zweifel folgenschwerer, aber unseres Erachtens richtiger Schluß, der aus der ganzen Situation gezogen werden muß. Es gab im Verlaufe der Planung immer wieder Versuche, den Zentralen Platz als möglichst allseitig geschlossenen Raum auszubilden. Alle diese Versuche müssen scheitern, weil sie den besonderen Bedingungen und Möglichkeiten der Potsdamer Situation widersprechen.

Zunächst müssen wir bedenken, daß der zentrale Platzraum Potsdams bereits in der Gestalt des Platzes der Einheit existiert und eine zweite Platzanlage von notwendigerweise kleineren Ausmaßen große Mühe haben würde, gegen diesen Platz aufzukommen. Die zweite Überlegung betrifft die Friedrich-Ebert-Straße. Damit wird ein Raum geschaffen, an dessen starker Wirkung alle Vorstellungen von geschlossenen Räumen zerschellen müssen. Das ist natürlich keine ausschließliche Potsdamer Erscheinung. Je mehr wir uns mit der Weiträumigkeit auseinandersetzen, die von der heutigen Stadt nicht nur aus Verkehrsgründen gefordert wird, desto schwieriger wird es für uns, an der alten Beziehung von Straße und Platzraum festzuhalten. Im Falle von Potsdam — das wäre unsere dritte Überlegung — geht es aber nicht nur um den Raum der Friedrich-Ebert-Straße. Hier kommt der Raum des Havelflusses hinzu, angesichts dessen alle Versuche, hier einen Zentralen Platz für sich einzukapseln, immer kleinlich wirken müssen. In der gegebenen Situation kommt es vielmehr darauf an, den Raum der Havel in die Bildung des Zentralen Platzes einzubeziehen. Man kommt also, wie dies die Potsdamer Vorschläge zeigen, dazu, den Zentralen Platz, das Karl-Liebknecht-Forum, als eine Art Terrasse, als einen nach Süden, zur Havel, zur neuen Brücke und zum Stadtteil Babelsberg geöffneten, festlichen Empfangsraum des neuen Potsdam auszubilden.

Die vorgeschlagene Lage der Festhalle erlaubt, den Raumeindruck des Alten Marktes, der mit dem großartigen Zusammenspiel von Kirchenfassade, Obelisk, ehemaligem Rathaus und Knobelsdorff-Haus an römische Situationen erinnert und der später zu einem Verkehrsknotenpunkt degradiert wurde, wiederherzustellen. Das gegen die Havel abfallende Terrain gestattet, diesen kleineren Platz gegenüber dem Platz vor der Festhalle durch Treppenstufen, unter Umständen mit einer Baumreihe oder sogar durch die Wiederaufstellung der Knobelsdorffschen Schloßkolonnade abzugrenzen.

Mit solchen Höhendifferenzen als einem sehr wichtigen Mittel der Stadtbaukunst sollte man übrigens auch bei der Anlage des Zentralen Platzes rechnen. Hier ergibt sich ein sehr wirksames, auf der Reißbrettfläche eines Modells gar nicht zum Ausdruck kommendes Spiel zwischen dem

Niveau der Platzfläche, der um etwa 2,50 m tiefer liegenden Wasserfläche der Havel und der Fahrbahn der leicht schräg geneigten Brücke, die bis zu rund 5 m über die Platzfläche zu liegen kommt und erst an der Front der Festhalle mit dem normalen Niveau des Geländes zusammenfällt. Mit anderen Worten: Der scheinbar offen daliegende Platz wird für den auf dem Platz stehenden Betrachter nicht nur an der Ostseite durch die dort zu errichtende Ufergaststätte, sondern auch an der Westseite durch die Stützmauer der Brücke klar begrenzt.

Damit werden übrigens auch alle, nur auf dem Reißbrett angestellten Rechnungen eines beidseitig der Brückenfahrbahn liegenden Platzes illusorisch. Die Situation am ehemaligen Lustgarten mit dem Neptunbecken muß für sich behandelt werden. Nach den Vorstellungen der Potsdamer soll an dieser Stelle ein Hotelbau mit einem Bettenturm als Dominante errichtet werden. Es ist einleuchtend, daß jeder Bau an dieser Stelle, und erst recht ein ausgesprochenes Hochhaus, ein bedenkliches Wagnis bedeutet. Es entstände hier eine nicht nur die Silhouette von Potsdam, sondern auch den Havelraum beherrschende Dominante, die sich auf Kosten der weiter zurückliegenden Festhalle unnötig vordrängt und aus der großräumig gedachten Gesamtkonzeption herausfällt. Es gibt manchmal Situationen in der Architektur — wie in der Kunst überhaupt —, wo man einfach nicht alles haben kann und lernen muß, das Wichtigste vom Unwichtigen zu unterscheiden.

Ebenso kritisch wie die Situation des Hotels ist die Lage des Kinos am Karl-Liebknecht-Forum, das in baulich fragwürdiger Form mit der Ufergaststätte gekoppelt wird. Das sind eigentlich die wesentlichsten Punkte, die bei der weiteren Bearbeitung nochmals überprüft werden sollten. Die Lage des Theaters als südlicher Abschluß des Platzes der Einheit und der Ausstellungs- und Ladentrakt zwischen Theater und Festhalle ergeben sich zwanglos aus der Gesamtkonzeption.

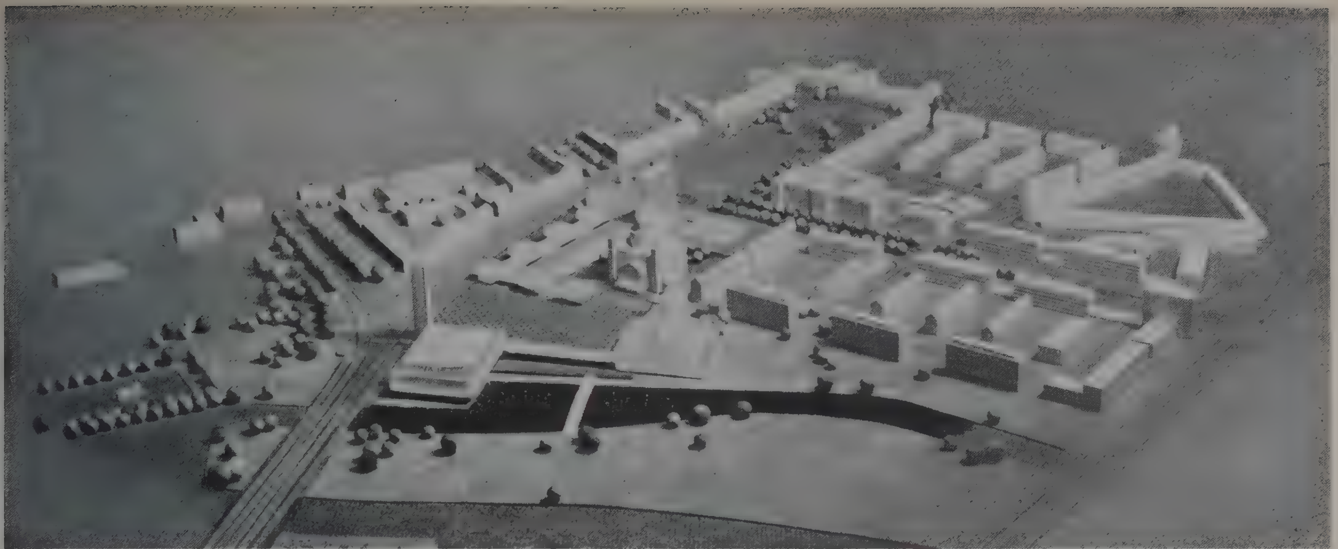
Wir müssen uns hier noch mit dem in letzter Stunde von Professor Henselmann vorgelegten Vorschlag beschäftigen. Professor Henselmann bezeichnet die Vorstellung des Öffnens des Zentrums zum Wasser als naiv und bezweifelt die Wirkung des Platzes vor der Festhalle. Er verlangt ganz allgemein, wir müßten „von anderen Raumvorstellungen ausgehen als früher". Sehen wir uns einmal das Ergebnis der neuen Raumvorstellungen von Professor Henselmann an. Er rückt die Festhalle, die einen Turm als Dominante erhält, bis an das Ufer der Havel vor. Auf diese Weise entsteht eine im Plan sehr wirkungsvolle Platzfläche, die im Norden von einem die Nikolaikirche teilweise umfassenden Band von Ladenpavillons gehalten wird. Im Zusammenhang mit diesem Ladenkomplex steht das als Hochhausscheibe ausgebildete, in der Richtung gegen den Platz der Einheit angeordnete Hotel. Es ergeben sich also drei baukörperliche Dominanten: Festhalle, Nikolaikirche und Hotel, zwischen denen der bekannte „frei schwingende Raum" entsteht. Das sieht auf dem Modell tatsächlich sehr kühn aus. Was aber würde sich in Wirklichkeit ergeben?

Die Festhalle wird soweit in den Raum der Havel hineingerückt, daß sie in Wirklichkeit nur noch als Einzelobjekt, also nicht mehr im Zusammenhang mit dem ganzen Raum der Havel wahrgenommen wird. Wahrscheinlich würde die Untersuchung der Verkehrs- und Baugrundverhältnisse ergeben, daß der Platz auch praktisch fragwürdig ist. Die alten Potsdamer Baumeister haben ihre großen Bauten vermutlich aus guten Gründen von der Havel abgerückt. Aber hier geht es um die räumlichen Konsequenzen dieser Platzwahl. Das Zusammenspiel von Stadtschloß und Kirche, das der Potsdamer Entwurf in der Stellung der Festhalle wieder aufnimmt, ist aufgegeben. Die isolierte Stellung der Festhalle unter-

Letzter Stand der Planung für das Zentrum von Potsdam 1 : 6000



1 Karl-Liebknecht-Forum — 2 Festhalle — 3 Hotel und Gaststätte — 4 Ufergaststätte — 5 Filmtheater — 6 Zentrales Klubhaus — 7 Bildungszentrum — 8 Theater — 9 Sonderläden und Ausstellung — 10 Sparkasse — 11 Kinderkaufhaus — 12 Stadthaus für die örtlichen Organe der Staatsmacht — 13 Konzertsaal, historische Ruine — 14 Umspannwerk — 15 Fernmeldeamt — 16 Wohnungsbau 1960 bis 1962 — 17 Dampferanlegestelle — 18 Komplexe Werterhaltung — 19 Schule — 20 Öffentliche Bauten nach 1965 — 21 Erfrischungspavillon



Modell des Vorschlages für die Gestaltung des Zentrums von Potsdam von Professor Henselmann

bricht nicht nur den durchgehenden Raum der Havel, sondern hebt auch den Zusammenhang mit der vorhandenen Struktur der Stadt Potsdam auf. Ebenso wird die Nikolaikirche isoliert, womit man ihr keinen guten Dienst erweist. Zwischen Festhalle und Kirche entsteht ein großer Raum, der nicht aus dem Maßstab und den Zusammenhängen der ganzen Situation entwickelt ist und deshalb in Wirklichkeit unverständlich und desorientierend wirken wird. Dasselbe wird mit der isolierten Dominante des Hotels der Fall sein, die ebenso aus dem räumlichen Zusammenhang herausgerissen ist.

Die Pläne der Potsdamer stellen das Ergebnis vieler Untersuchungen und Überlegungen dar, die es galt, in einer möglichst klaren, überzeugenden Konzeption zu verwirklichen. Dabei ist zuzugeben, daß es noch ernsthafter Arbeit bedarf, um diese Konzeption auch von der Seite der architektonischen Durchbildung der Bauwerke zur eindrücklichsten und überzeugendsten Wirkung zu bringen. Das bedeutet aber nicht, daß es am Platze wäre, diese Konzeption im letzten Moment über Bord zu werfen.

Potsdam – eine Stadt der Werktätigen

Ernst Reinwart
Walter Bolz
Herrmann Heese
Reichsbahnausbesserungswerk Potsdam

Potsdam ist bekannt als die Zwingburg des preußischen Militarismus. Hier in dieser schönen Stadt an der Havel wurden die langen Kerls vom damaligen preußischen König dressiert. Hier wurden einige Male die Pläne geschmiedet, die das ganze deutsche Volk ins Unglück stürzen sollten.

Wenn wir heute als Werktätige und als alte Einwohner Potsdams durch unsere Stadt gehen, empfinden wir große Freude darüber, daß unsere Stadt endlich diesen alten, traurigen Geist der Vergangenheit überwindet. Beim Anblick der vielen schon fertigen und im Bau begriffenen Neubauwohnungen lacht uns das Herz. In diese Wohnungen werden Arbeiter und andere Werktätige ziehen und sich von der Tagesarbeit ausruhen und erholen.

Schöne Wohnungen sind es, die unsere Bauarbeiter in der Großblockbauweise gebaut haben, und so mancher Schweißtropfen steckt in diesen Bauausführungen. Deshalb sollten sich unsere Bauschaffenden, besonders aber unsere Architekten, noch mehr Mühe geben, ihre Entwürfe vielseitig zu gestalten, ohne von Baustandards abzugehen. Denn so schön die Wohnungen am Bassinplatz in Potsdam sind, wirken sie doch in der Architektur klotzig, viel zu einfach. Im Volksmund wird dieser Stadtteil scherzhafterweise Scheunenviertel genannt.

Die Werktätigen verfolgen mit großem Interesse die Pläne, die unsere Baufachleute besonders für das Zentrum entworfen haben, und wir freuen uns jetzt schon, daß einmal dieses Stadtzentrum als Karl-Liebknecht-Forum in ehrendem Gedenken an einen unserer besten Arbeiterführer gebaut wird. Man kann sich heute schon vorstellen, wie das große Filmtheater mit 800 Plätzen, die wuchtige Stadthalle, die Ufergaststätte und das Hotel längst der Havel in Verbindung mit der architektonisch schönen Langen Brücke als neues Zentrum der Stadt Potsdam wirken werden.

Dabei kritisieren wir mit Recht, daß Potsdam, eine Stadt, in der soviel Wasser ist, in der sich so viele Möglichkeiten zur Erholung unserer Werktätigen bieten, sowenig Uferwege hat. Unsere Stadtväter sollten diesem berechtigten Wunsch vieler Bürger unserer Stadt Rechnung tragen. Unserer Meinung nach dauert auch der Bau der Langen Brücke zu lange. Vielleicht rührt das vom Namen Lange Brücke her! Und noch etwas muß kritisch festgestellt werden. Noch zuviel Baumaterial wird durch schlechte und nichtgerechte Behandlung verschwendet. Nach den Plänen, die wir interessiert verfolgen konnten, wird das neue Stadtzentrum Potsdams ein Wohnkomplex sein, in dem, den modernen Anforderungen Rechnung tragend, Geschäftsviertel eingeplant wurden, große Verwaltungsbauten und andere öffentliche Gebäude. Das bringt mit sich, daß sich in diesem Viertel sehr viel Verkehr abspielen wird. Deshalb sollte man nicht versäumen, rechtzeitig an die Planung von Parkplätzen zu denken, besonders vor der Kongreßhalle, vor dem Kino und Tanzcafé. Dies bringt wiederum mit sich, daß diese Parkplätze in Verbindung mit dem Verkehr eine ziemlich starke Lärmentwicklung haben. Wir begrüßen deshalb die Vorschläge, dieses ganze Zentrum mit Grünflächen und schnell wachsendem Baumbestand aufzulockern.

Das Neue, was sich in unserer ganzen Entwicklung zeigt, und darüber sind wir besonders erfreut, ist doch, daß wir als Arbeiter unsere Meinung zum Neubau von Potsdam zum Ausdruck bringen können und daß unsere Meinung und unsere Vorschläge beachtet werden müssen. So ist der Neuaufbau Potsdams nicht nur eine Sache der Architekten und der Stadtverwaltung, sondern wird zu einer Sache aller Potsdamer Werktätigen.

Wir wollen aber nicht nur mitreden, sondern auch tatkräftig mit anpacken, und die rund 10 000 Stunden im Nationalen Aufbauwerk im letzten Jahr legen Zeugnis davon ab, daß uns der Neuaufbau Potsdams eine Herzensangelegenheit ist. Wir wollen mit den Trümmern und dem Schutt all das beiseite räumen, was Potsdam einst war: eine Zwingburg des deutschen Militarismus und damit Knechtschaft für die Arbeiterklasse.

Wäre es in diesem Zusammenhang nicht richtig, in Verbindung mit dem Neuaufbau Potsdams auch unsere freischaffenden Künstler mit heranzuziehen, und zwar so, daß durch Denkmäler, Plastiken und so weiter unsere Werktätigen an den heroischen Kampf der deutschen Arbeiterklasse erinnert werden. Dies wäre eine dankbare Aufgabe für unsere Künstler und würde dazu beitragen, die sozialistische Kunst weiter zu entwickeln.

Mit dem Neuaufbau unserer Heimatstadt wollen wir die Macht der Arbeiter und Bauern weiter festigen. Er soll ein weiterer Schritt zum Siege des Sozialismus und einer glücklichen Zukunft für uns alle sein.

Das Haus der Sozialistischen Kultur in Dresden und der zu erwartende Verkehr

Dipl.-Ing. H. Liebmann
Dipl.-Ing. S. Thiergen

Der in unseren Städten in den letzten Jahren stark angewachsene und sich in Zukunft sicher noch weiter verstärkende Verkehr stellt nicht nur an die technische Gestaltung der Verkehrsanlagen besondere Anforderungen, sondern verlangt bereits eine entsprechende Beachtung bei der Stadtplanung und der Ausführung städtischer Bebauung. Das gilt gleichermaßen für die Bebauung neuer Wohngebiete wie für die Errichtung gesellschaftlicher Bauten. Da über das Ausmaß des zu erwartenden Verkehrs in den meisten Fällen jedoch kaum konkrete Vorstellungen bestehen, ist es erforderlich, entsprechende Untersuchungen durchzuführen, damit der künftige Verkehrsumfang und -ablauf eingeschätzt und zweckentsprechend organisiert werden kann.

Anläßlich der Vorplanungsarbeiten für das Haus der Sozialistischen Kultur in Dresden, für dessen Gestaltung ein Wettbewerb ausgeschrieben wurde, war neben vielen anderen technischen Fragen auch die der künftigen Verkehrsbedienung zu lösen. Es war von vornherein klar, daß die Konzentration starker Besucherströme hier auch entsprechende Auswirkungen auf den Verkehr haben mußte.

Das Haus der Sozialistischen Kultur in Dresden und dessen Verkehrsaufkommen können selbstverständlich nicht losgelöst von der Bebauung des Zentrums und seinem Verkehr betrachtet werden. Um Wiederholungen zu vermeiden, sei auf die Veröffentlichungen im Heft 4/1960 der „Deutschen Architektur" verwiesen.

Es ist offensichtlich, daß die außerordentlich starken Zerstörungen des Dresdner Zentrums auch die Verkehrsabwicklung beeinflussen. Eine Kontrolle aller in den zentralen Bezirk einfahrenden Kraftfahrzeuge hat ergeben, daß etwa 75 Prozent des Gesamtverkehrs auf den Durchgangsverkehr entfallen. Mit der Wiederherstellung des Zentrums werden sich diese Verhältnisse grundlegend ändern.

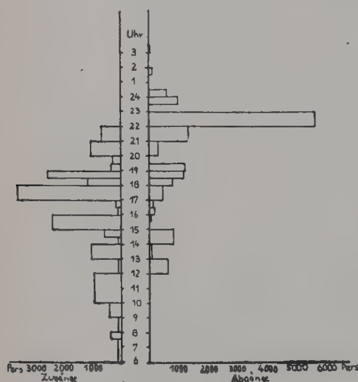


Abb. 1: Grafische Darstellung der Besucherströme nach und von dem Kulturhaus

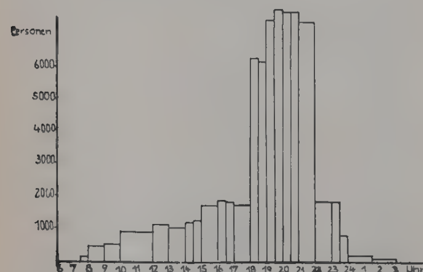


Abb. 2: Grafische Darstellung der Belegung des Kulturhauses

Mit Hilfe verschiedener Verkehrszählungen wurde die durchschnittliche Tagesbelastung der innerstädtischen Straßen im Jahr 1958 ermittelt. Für die wichtigsten Straßenzüge ergaben sich folgende Werte:

Ernst-Thälmann-Straße
rund 6800 Kraftfahrzeuge pro Tag
Georgi-Dimitroff-Brücke
rund 7400 Kraftfahrzeuge pro Tag
Sophienstraße
rund 5000 Kraftfahrzeuge pro Tag
Dr.-Külz-Ring
rund 4000 Kraftfahrzeuge pro Tag

Außerdem verkehren auf den genannten Straßen täglich etwa 1000 bis 2000 Radfahrer sowie stündlich etwa 20 Straßenbahnzüge in beiden Richtungen. Durch das Zusammentreffen einer großen Zahl verschiedener Linien ist der Postplatz einer der wichtigsten Umsteigepunkte nicht nur für das Zentrum, sondern für die Gesamtstadt.

Parkplätze stehen am Postplatz, Theaterplatz, Altmarkt und Dr.-Külz-Ring zur Verfügung. Ein großer Teil des Parkbedürfnisses wird durch Parken im Verkehrsraum der bestehenden Straßen selbst befriedigt.

Die Abwicklung des Verkehrs ist im allgemeinen noch reibungslos und ohne Häufung von Verkehrsunfällen möglich, wenngleich zu Spitzenzeiten im fließenden Verkehr bereits Stauerscheinungen auftreten und das Parkbedürfnis bei besonderen Anlässen nicht mehr voll befriedigt werden kann.

Der in Dresden geplante Standort des Kulturhauses liegt im Zentrum der Stadt an der Magistrale, der Ernst-Thälmann-Straße, gegenüber dem Zentralen Platz, dem Altmarkt. Diese exponierte Lage trägt dem Charakter des Hauses als Kulturzentrum der Stadt Dresden Rechnung. Hinsichtlich des Verkehrs wirkt sich die Trennung des Hauses vom Altmarkt durch die Hauptverkehrsstraße, die Ernst-Thälmann-Straße, außerordentlich ungünstig aus.

Unter Berücksichtigung der in Dresden zu erwartenden Gesamtmotorisierung sowie der geplanten Bebauung des Zentrums ist mit einer Steigerung des innerstädtischen Verkehrs auf das Fünffache gegenüber dem derzeitigen Stande zu rechnen. Auf Grund der Veränderungen in der Führung der Hauptnetzstraßen werden gewisse Verlagerungen erfolgen. Die durchgeführten Ermittlungen ergaben für die wichtigsten Straßen folgende zu erwartende Verkehrsbelastung:

Ernst-Thälmann-Straße
34 000 Kraftfahrzeuge pro Tag
Georgi-Dimitroff-Brücke
12 000 Kraftfahrzeuge pro Tag
Marienstraße
20 000 Kraftfahrzeuge pro Tag
Dr.-Külz-Ring
20 000 Kraftfahrzeuge pro Tag
Dr.-R.-Friedrichs-Brücke
35 000 Kraftfahrzeuge pro Tag

Um eine Anschauung von der künftigen Verkehrsstärke zu vermitteln, seien die Ergebnisse einiger Berechnungen mitgeteilt, die folgende Fragen beantworten:

1. Wieviel Fahrzeuge können in der Spitzenstunde den in der Ernst-Thälmann-Straße zu erwartenden Verkehr kreuzen?

2. Wieviel Fahrzeuge können sich als Rechtseinbieger in den Verkehrsstrom der Ernst-Thälmann-Straße in der Spitzenstunde einordnen?

Die Berechnungen wurden nach der Grabeschen Zeitlückenmethode durchgeführt und ergaben, daß nur drei Kraftfahrzeuge in der Spitzenstunde die Ernst-Thälmann-Straße überqueren und daß sich bei Vorfahrtregelung (Verkehrsschild: Vorfahrt auf der Hauptstraße beachten!) insgesamt etwa 200 Fahrzeuge, bei Regelung als Stopstraße (Verkehrsschild: Halt! Vorfahrt auf der Hauptstraße beachten!) etwa 60 Fahrzeuge in den vorbeiflutenden Verkehr einordnen können.

Für den öffentlichen Nahverkehr werden einschneidende Veränderungen kaum erforderlich. Der Grundfahrplan von heute mit einer 15-Minuten-Zugfolge pro Linie wird zur Verbesserung des Platzangebotes und der Beförderungskultur auf eine 10-Minuten-Zugfolge verdichtet werden.

Die Lage der Haltestellen wird im wesentlichen den heutigen entsprechen. Ein städtischer Omnibus- oder Obusverkehr wird auch in Zukunft im Zentrum keine Bedeutung erlangen. Sollte die Straßenbahn einmal den Anforderungen an den Verkehr nicht mehr genügen können, so ist eine unterirdische Führung im Zentrum möglich.

Für den ruhenden Verkehr muß festgestellt werden, daß bei der zu erwartenden Verkehrssteigerung auf den Hauptnetzstraßen keine Parkmöglichkeiten mehr bestehen und die wenigen Nebenstraßen das Parkbedürfnis keinesfalls decken können. Deshalb wird dieses Parkbedürfnis im Zentrum in der Hauptsache durch mehrgeschossige Parkanlagen befriedigt werden müssen.

Die Wechselbeziehungen zwischen dem Haus der Sozialistischen Kultur, der sonstigen Zentrumsbebauung und dem Verkehr sind sehr vielfältig. Das Kulturhaus wird das Leben im Zentrum der Stadt wesentlich bestimmen und damit dem Verkehr in der unmittelbaren Umgebung ein besonderes Gepräge geben. Besonders deutlich werden die unmittelbaren Wechselbeziehungen zwischen dem Kulturhaus und seiner Umgebung durch den Anschluß der Zu- und Abfahrten an das Hauptstraßennetz und bei der Bereitstellung der erforderlichen Parkplatzkapazitäten.

Das durch das Kulturhaus verursachte Verkehrsaufkommen leitet sich unmittelbar aus dem Raumprogramm ab. Es wird jedoch kaum jemals eintreten, daß die Gesamtkapazität von 9505 Personen voll ausgelastet ist. Um einen Anhaltspunkt für die zu verschiedenen Tageszeiten zu erwartende Füllung des Hauses und die Verteilung der Zu- und Abgänge zu ge-

Raum	belegt mit … Personen in der Zeit von … bis … Uhr (6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 1 2 3 Uhr)
Großer Saal (2500 Pl)	2200
Konzertsaal (1500 Pl)	1250
Probesaal (250 m²)	20 · 20
Mehrzwecksaal (600 Pl.)	560 · 560
Mehrzwecksaal (400 Pl.)	350 · 350
Puppentheater (300 Pl.)	200 · 250
Tageskino (300 Pl.)	100 · 100 · 150 · 250 · 250 · 250
Sitzungs- u. Unterrichtsr	200 · 200
Sitzungs- u. Unterrichtsr.	100 · 50 · 100
Festraum	30 · 30
Ausstellung	20 · 10 · 40
Musikbibliothek	10 · 5 · 15
Billardzimmer	10
Spielzimmer	25
Pol. Kabarett (350 Pl.)	280 · 320
Klubräume	150
Speiserestaurant (400 Pl)	50 · 300 · 200 · 400 · 250 · 150 · 50
Speiserestaurant (600 Pl)	40 · 450 · 300 · 600 · 400
Zeitschriften-Café	50 · 10 · 50 · 80
Dachgarten-Rest. (300 Pl)	40 · 30 · 200 · 100
Panorama-Kino (1200 Pl)	900 · 1100 · 1000
Personal u. Verwaltung	8 · 100 · 160 · 60 · 12
Kinderspielzimmer	

Zugang	8	92	340	40	390	885	10	1000	20	540	2340	100	150	3530	1100	2510	320	250	1000	650	0	0	0	0	0	
im Hause befinden sich …. Personen		8	100	440	480	870	1115	1035	1185	1205	1690	3850	3800	3490	6220	6140	7425	7745	7705	7355	1845	1797	797	162	62	0
Abgang		0	0	0	0	0	640	90	850	0	55	180	150	460	800	1180	1225	0	290	1350	6160	48	1000	635	100	62

Tabelle 1 Tagesablauf im Haus der Sozialistischen Kultur

winnen, werden mehrere Veranstaltungsprogramme zu einem Tagesablaufplan weiter entwickelt, der in Tabelle 1 dargestellt ist. Dieser Plan gibt ein gutes Bild von der Belegung des Hauses und den auftretenden Verkehrsspitzen. Die stärkste Belegung ist demzufolge täglich in der Zeit von 19.00 bis 19.30 Uhr (etwa 81 Prozent oder 7745 Personen) zu erwarten. Die Anfangszeiten und das Ende der verschiedenen Veranstaltungen müssen weitgehend so gestaffelt werden (wie in Tabelle 1 bereits dargestellt), daß übermäßige Ballungen vermieden werden. Trotzdem tritt zu gewissen Zeiten erheblicher Stoßverkehr auf, was aus den grafischen Darstellungen (Abb. 1 und 2) deutlich zu ersehen ist.

Aus der zu erwartenden Motorisierung und der durchschnittlichen Besetzung der Personenkraftwagen läßt sich ableiten, daß etwa 30 Prozent der zuströmenden Personen mit individuellen Kraftfahrzeugen ankommen, während die übrigen die öffentlichen Nahverkehrsmittel benutzen, wenn man von der verhältnismäßig geringen Zahl der Besucher, die mit Reisebussen ankommen, absieht. Hieraus ergeben sich die in Tabelle 2 aufgeführten Verkehrsspitzen. Als Vergleich seien hier die Besucherzahlen der größten Dresdner Theater angegeben: Schauspielhaus (Großes Haus) etwa 1300 Personen bei voller Besetzung, Staatsoper (heute zerstört) etwa 1700 Personen.

Tabelle 2
Auftretende Verkehrsspitzen

Zeit	Zugang beziehungsweise Abgang in Personen	Das sind zusammen Personenkraftwagen	vollbesetzte Straßenbahnzüge[1]
15.00—16.00	2340	351	etwa 8
17.00—18.00	3530	529	etwa 12
18.00—19.00	3610	542	etwa 13
22.00—23.00	6160	924	etwa 22

[1] Ein vollbesetzter Straßenbahnzug entspricht etwa 200 Personen

Der Beginn und Schluß dieser Theaterveranstaltungen sowie möglicherweise der Vorführungen von zwei Kinos müssen bei der Gesamtbetrachtung des Verkehrsablaufes mit beachtet werden.

Außer diesem Besucherverkehr sind noch einige weitere Besonderheiten zu berücksichtigen. Das Haus der Sozialistischen Kultur enthält insgesamt etwa 1400 Gaststättenplätze, also soviel wie das Ring-Café, Café Prag (mit Mokkastube) und das gesamte Haus Altmarkt zusammen. Eine solche Kapazität erfordert selbstverständlich eine gut funktionierende Versorgung. Dem Anlieferungsverkehr ist deshalb eine getrennte Zu- und Abfahrt mit mehreren Bedienungsmöglichkeiten, getrennt für Getränke, Kartoffeln, Obst und Gemüse, Eisbelieferung, Fleisch und sonstige Lebensmittel, zuzuordnen.

Die großen Säle, die mit ihren Bühneneinrichtungen auch das Auftreten großer Ensembles ermöglichen, müssen ebenfalls gut zu bedienen sein und eine direkte Anfuhr von Kulissen, Requisiten und Instrumenten zu den Bühnenräumen und Garderoben ermöglichen.

Es ist damit zu rechnen, daß in den Vormittagsstunden ein großer Teil der verschiedenartigen Belieferungsvorgänge gleichzeitig erfolgt, so daß eine solche Organisation gefunden werden muß, die gewährleistet, daß diese Liefervorgänge unabhängig voneinander und ohne gegenseitige Behinderung abgewickelt werden können.

Ein besonders wichtiges Problem bei diesem in so starkem Maße Verkehr anziehenden Objekt ist der ruhende Verkehr. Zur Ermittlung der notwendigen Parkstellflächen wurden die Ergebnisse von Untersuchungen nach der Deutschen Bauordnung, Teil V, und nach verschiedenen ausländischen Richtlinien gegenübergestellt (Tabelle 3). Die ermittelten Werte streuen stark. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Zahlen der Spalten 1, 2 und 4 tatsächliche Belegungen wiedergeben, die der Spalten 7, 9 und 10 aber einen künftigen Endzustand charakterisieren. Bei Gegenüberstellung der Spalten 5 und 6 erkennt man deshalb deutlich, daß die Werte der Dienstanordnung Hamburg 1949 bereits 1958 erreicht waren. Das läßt darauf schließen, daß auch die Mittelwerte der Spalten 3 (1950) und 6 (1951) in Kürze den Anforderungen nicht mehr genügen werden. Die Bedarfswerte der Vereinigten Staaten von Amerika (Spalte 11) können auf Grund der dortigen Motorisierung nur als äußerstes Kriterium gelten. Als Gesamtmittel dieser in den letzten Jahren veröffentlichten Bedarfswerte würden sich für das Kulturhaus knapp 1200 Stellflächen ergeben. Daraus und aus dem direkten Vergleich der Spalten 7 (Deutsche Demokratische Republik), 9 (Schweden) und 10 (Hamburg) ist ersichtlich, daß sich die Zahl von 1200 Stellflächen (Mindestbedarf in der Deutschen Demokratischen Republik) durchaus im richtigen Rahmen hält.

Da nicht zu erwarten ist, daß bei einem solchen Objekt jemals die gesamte Kapazität gleichzeitig in Anspruch genommen wird, braucht nur mit rund 80 Prozent der gesamten Stellfläche gerechnet zu werden. Eine andere, überschlägige Berechnung nach dem zu erwartenden Motorisierungsgrad führte zu ähnlichen Zahlen. Auf Grund dieser Untersuchungen sind mindestens 1000 Abstellplätze für das Haus der Sozialistischen Kultur zu fordern. Bei ebenerdiger Aufstellung der Fahrzeuge auf einem Parkplatz würde dafür eine Fläche von etwa 2,5 ha benötigt. Um den Flächenbedarf für diese Zwecke im Zentrum der Stadt aber möglichst gering zu halten, erscheint es zweckmäßig, eine mehrgeschossige Aufstellung in Parkhäusern anzustreben. Es wurde deshalb vorgeschlagen, dem Kulturhaus zwei fünfgeschossige Parkhäuser für je 500 Fahrzeuge zuzuordnen, die beide zusammen nur eine Fläche von etwa 0,7 ha benötigen.

Art der Nutzung	Parkflächenbedarf Frankfurt (M.)	Parkflächenbedarf London	Landesanordnung Nordrhein-Westfalen	Werte laut Zählung Hamburg	Dienstanordnung zur RGaO Hamburg	Senatsverfügung Westberlin	Mindestbedarf DDR	Parkflächenbedarf Chicago	Entwurf Mittelwerte Schweden	Geschätzte Werte Hamburg	Erfahrungswerte USA
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	1956	1957	1950	1958	1945	1951	1958	1954	1956	Zukunft	
Kinos und ähnliches 2900 Plätze	100—150	50	150	270	150—250	100—580	290	290—380	490	580	580—1450
Theater, Konzert und ähnliches 4650 Plätze	120—400	400	310	360	310—470	160—930	780	600—1200	780	930	930—2330
Restaurants 1300 Plätze	Plätze, denen von Theater und Konzert zugeschlagen		130	70	130	130	90	Plätze, denen von Konzert und Theater zugeschlagen	170	170	220—520
Ausstellungs-, Gesellschafts-, Verwaltungsräume und ähnliches 3550 m²	30—40	20	30	20	30	30—40	40	100	40	60	90—240
Insgesamt:	250—590	470	620	720	620—880	420—1680	1200	990—1880	1480	1740	1820—4540
Mittelwerte:	420	470	620	720	750	1050	1200	1440	1480	1740	3180

Tabelle 3: Abstellplatzbedarf für das Kulturhaus Dresden (Vergleich von Werten verschiedener Länder beziehungsweise Städte)

Bei einer genaueren Betrachtung der Entwicklung, ausgehend vom derzeitigen Motorisierungsgrad, ist festzustellen, daß wenigstens eins dieser Parkhäuser bis 1965 (Beendigung des Baues des Kulturhauses) ebenfalls fertiggestellt sein muß. Aus den bisherigen Ausführungen wird deutlich, daß vom Stadtbauamt Dresden bei der Erarbeitung des Teilbebauungsplanes Zentrum der fließende und ruhende Verkehr, der durch die geplanten Objekte im Zentrum bedingt ist, völlig unzureichend berücksichtigt wurde. Es muß hier festgestellt werden, daß die Verkehrsplanung nicht der städtebaulichen und Standortplanung nachgeordnet sein kann, sondern sie müssen gleichzeitig und mit den gleichen Zielen erfolgen. Der Verkehrsingenieur kann nicht nur der Arzt des kranken Stadtorganismus sein; er soll von vornherein bei der Schaffung eines gesunden Stadtorganismus mitwirken.
Deshalb machten sich einige Studien erforderlich, wie in Zukunft die Verkehrsbedienung des Hauses der Sozialistischen Kultur unter weitgehender Beibehaltung der vorliegenden Grundkonzeption ermöglicht werden kann. Selbstverständlich haben die ausgearbeiteten Entwürfe auch wieder gewisse städtebauliche Auswirkungen, die letzten Endes aber in dem geforderten Standort und der geforderten Größe des Kulturhauses ihre Ursachen haben. Im folgenden werden die ausgearbeiteten drei Varianten kurz vorgestellt. Bei allen drei Varianten war von den Tatsachen auszugehen, daß bei Verwirklichung der derzeitigen Konzeption aus Richtung Postplatz kommende Fahrzeuge das Kulturhaus überhaupt nicht erreichen können, daß ferner vom Kulturhaus in Richtung Pirnaischer Platz über die Ernst-Thälmann-Straße nicht abgefahren werden kann und daß für diese Richtung nur umständliche und schmale Fahrtwege zur Verfügung stehen.
Bei der Variante 1 (Abb. 3) ist die Erschließung des Kulturhauses vom Postplatz aus durch eine Verbindung im Zuge der Sophienstraße—Am Taschenberg mit einer Breite von 12 m erreicht worden. Durch das Abknicken dieses Straßenzuges ergeben sich jedoch für den Verkehr nicht vertretbare, wenn auch hier unvermeidbare Nachteile. Zur Erschließung des Kulturhauses für den Verkehr aus Richtung Pirnaischer Platz ist ein Rechtseinbiegen in die Schloßstraße möglich. Darüber hinaus bestehen weitere Verbindungen nach dem Pirnaischen Platz über den Neumarkt. Der vom Kulturhaus zurückflutende Verkehr kann allerdings nur nach der Ringstraße abfließen. Die Zu- und Abfahrten über das Terrassenufer sind auf Grund der sehr schmalen, leider auch nicht zu verbreiternden Straßenzüge sehr mangelhaft, weshalb diese Straßen auch als Einbahnstraßen ausgebildet werden mußten. Das Georgentor konnte bei dieser Variante erhalten und dem Fußgängerverkehr vorbehalten bleiben. Damit ist ein durchgehender Verkehr, der erheb-

Abb. 3: Erschließung des Kulturhauses Dresden — Variante 1





Abb. 4: Erschließung des Kulturhauses Dresden — Variante 2

liche Unzulänglichkeiten an der Kreuzung am Kulturhaus und vor allem an der Einmündung in die Ernst-Thälmann-Straße mit sich gebracht hätte, unterbunden worden. Bei dieser Variante wurde versucht, ohne größere Eingriffe in die Bebauung und unter Beibehaltung der Linienführung vorhandener Straßen das Kulturhaus und seine Umgebung zu erschließen. Die Abwicklung des Verkehrs innerhalb des betrachteten Gebietes ist wohl reibungslos möglich, jedoch befriedigen die Verbindungen zum Postplatz, Pirnaischen Platz, zur Pillnitzer Straße und Georgi-Dimitroff-Brücke unter keinen Umständen. Die Ursachen dafür sind ausschließlich in der Bebauung zu suchen. Deshalb wurden zwei weitere Varianten mit veränderter Verkehrsführung untersucht, die natürlich gewisse Rückwirkungen auf die städtebauliche Gestaltung ergeben.

Bei der Variante 2 (Abb. 4) wurde eine leistungsfähige Verbindung von der Pillnitzer Straße nach dem Postplatz vorgesehen, die das Haus der Sozialistischen Kultur an seiner Nordseite tangiert. Die geschwungene Linienführung ist durch die bestehende Bebauung bedingt und hat außerdem den Vorteil, daß sich dem Betrachter von jeder Stelle der Straße ein geschlossenes Bild darbietet. An die Abwicklung eines öffentlichen Personenverkehrs ist hier nicht gedacht, da ein solcher Parallelverkehr zur Ernst-Thälmann-Straße unzweckmäßig ist. Der Bau dieser geplanten Straße und ihrer Anschlüsse erfordert allerdings den Abbruch einiger Ruinen (Kurländer Palais und Teile des Taschenbergpalais) sowie der teilausgebauten Notenbank an der Ringstraße.

Mit den vorgesehenen direkten Anschlüssen der geplanten Straße am Rathenau- und am Postplatz ist dieser Straßenzug in der Lage, das gesamte Gebiet nördlich der Ernst-Thälmann-Straße einwandfrei zu erschließen. Diese Straße wäre als Sammelstraße (Klasse IV) zu klassifizieren. Ihre Abmessungen sind so gewählt, daß mit Sicherheit die vielfältigen, sich überschneidenden Anliegerbedürfnisse den fließenden Verkehr nicht behindern.

Durch den Ausbau der Schloßstraße zwischen der Georgi-Dimitroff-Brücke und der vorgesehenen neuen Straße wird eine einwandfreie Zufahrt zum Haus der Sozialistischen Kultur aus der Neustadt geschaffen, die zugleich eine gute Verbindung zu dem Verkehrsverteiler Postplatz schafft, die die kurvenreiche und sich mehrfach verengende Sophienstraße vermeidet. Das Gebiet um die Sophienstraße kann dann ausschließlich dem Fußgänger vorbehalten bleiben, was für dieses kulturhistorische Viertel sehr wünschenswert ist. Der südliche Teil der Schloßstraße dient als Einbahnstraße im wesentlichen nur der Vorfahrt zum Kulturhaus.

Aus der Plandarstellung wird deutlich, daß durch die neue Erschließungsstraße eine zügige und schnelle An- und Abfahrt zum beziehungsweise vom Kulturhaus gewährleistet wird. Die geplante Straße ermöglicht darüber hinaus eine ebenso zweckmäßige Erschließung der übrigen Gebäude innerhalb des Planungsgebietes, von denen das Kaufhaus am Postplatz, das Touristenhotel im Taschenbergpalais, das Schloß, das Johanneum und die Geschäfte an der Nordseite der Ernst-Thälmann-Straße erwähnt werden sollen.

Als Variante 3 (Abb. 5) wurde lediglich eine etwas abgewandelte Linienführung der Erschließungsstraße aus Variante 2 bearbeitet, die keine Veränderungen der Bebauung an der Ernst-Thälmann-Straße und Schloßstraße, aber den völligen Abbruch des Taschenbergpalais erfordert. Vorteilhaft ist dabei, daß das Grundstück für das Kulturhaus noch etwas erweitert werden kann.

Von den Planverfassern wurde der Stadt Dresden die Weiterbearbeitung der Variante 2 empfohlen.

Um einen Überblick über den Umfang der notwendigen verkehrstechnischen Arbeiten und Anlagen zu gewinnen, seien hier noch die Kostenschätzungen der Varianten 1 und 2 genannt, die allerdings die Abbruchkosten nicht mit enthalten:

Kostenplan

	Variante 1 Mill. DM	Variante 2 Mill. DM
Fahrbahnen	1,5	2,1
Gehbahnen	1,6	1,6
Anlagen des ruhenden Verkehrs	5,0	5,0
Insgesamt:	8,1	8,7

Unabhängig von der Entscheidung der Stadt Dresden, welche Art der Verkehrserschließung für das Kulturhaus zur Anwendung kommt, zeigen die Ausführungen, welche umfangreichen verkehrstechnischen Untersuchungen bei der Planung solcher zentraler Objekte wie dem Haus der Sozialistischen Kultur notwendig sind, um die Auswirkungen auf den Verkehr richtig einschätzen zu können und dem künftigen Stadtorganismus ein gesundes Leben zu garantieren.

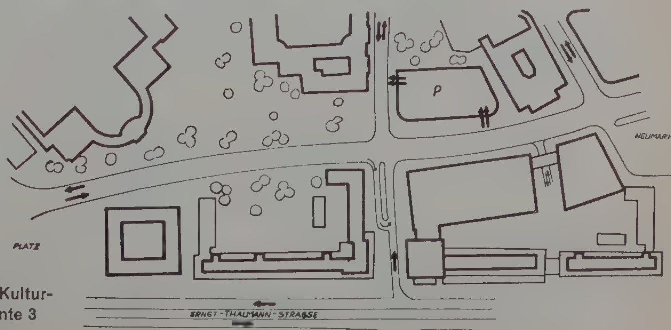


Abb. 5: Erschließung des Kulturhauses Dresden — Variante 3

Haldensleben-Ost — ein komplexes Bauvorhaben in industrieller Bauweise

Architekt BDA Dipl.-Ing. Peter Stange
Gartenarchitekt BDA Peter Walter
Städtebau-Ingenieur Werner Pfund
Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Magdeburg

Haldensleben ist eine Kreisstadt im Bezirk Magdeburg mit etwa 22 000 Einwohnern. Die Stadt besteht aus zwei, durch den Mittellandkanal voneinander getrennten Ortsteilen (Althaldensleben und Neuhaldensleben). Sie besitzt neben ihrer Bedeutung als Kreisstadt mit starken landwirtschaftlichen Faktoren eine territorial bedingte und durch die Entwicklung in den letzten Jahren besonders geförderte keramische Industrie. Dieser Industriezweig ist neben einigen örtlichen Industriebetrieben und Gewerbebetrieben der wichtigste städtebauliche Faktor geworden.

Die im Siebenjahrplan vorgesehene Neuanlage eines sanitärkeramischen Kombinates verlangte eine Steigerung des Wohnungsbaus. Deshalb wurde für die Stadt ein Komplexbauvorhaben von 650 Wohnungseinheiten in industrieller Bauweise (Typ Q 6 und Q 7) einschließlich der erforderlichen Nachfolgeeinrichtungen geplant.

Lagebeschreibung

Da sich das Werk von den Wohnungen und die Wohnungen in technischer Abhängigkeit vom Werk (Fernheizung, gemeinsame Entwässerung, gemeinsame Elektrizitäts- und Gasversorgung) befinden, wurde ein gemeinsamer Standort gefordert und bestimmt.

Wie die Übersichtsskizze zeigt, wird dadurch außerdem ein organisches Zusammenwachsen der beiden Stadtteile begünstigt.

Das Gelände wird im Norden durch einen städtischen Friedhof und im Nordosten durch ein Sportstadion begrenzt, das bereits zum Teil fertiggestellt ist.

Beide Objekte liegen südlich der Fernverkehrsstraße 71 Magdeburg—Haldensleben—Gardelegen.

Die östliche und südliche Begrenzung bildet die für die Erschließung des Werkes notwendige Trasse der Reichsbahn, die von der Strecke Magdeburg—Haldensleben—Oebisfelde abzweigt, während das Baugebiet im Westen durch die von Nord nach Süd verlaufende Althaldensleber Chaussee abgeschlossen wird.

Eine besondere Planungsschwierigkeit bildete eine unbedingt notwendige Verlängerung der Karl-Marx-Straße durch das Baugebiet mit Anschluß an die Fernverkehrsstraße 71.

Die Karl-Marx-Straße soll zugleich die Erschließung des Werkes ermöglichen. Die Lage des geplanten VEB Sanitärkeramik wurde parallel zur Reichsbahn gewählt, also zwischen zwei tangierenden Verkehrsadern.

Das Wohngebiet

Für das Wohngebiet sind 650 Wohnungseinheiten des Typs Q 6 und Q 7, ein Ladenzentrum mit Einkaufshalle (260 m² Verkaufsfläche) und zwei Spezialpavillons, eine Kinderkrippe mit 72 und ein Kindergarten mit 100 Plätzen, eine polytechnische Oberschule mit 14 Unterrichtsräumen einschließlich Erweiterungsmöglichkeit auf 18 Unterrichtsräume und Schulhort durch Typenpavillons vorgesehen.

Die Garagen werden als zweigeschossige Hallen den einzelnen Wohngruppen zugeordnet. Alle Wohntypen werden viergeschossig, lediglich ein Q-6-Block in Einzelstellung westlich des eingeschossigen Ladenzentrums wird fünfgeschossig ausgeführt.

Da von den 650 Wohnungseinheiten planmäßig 484 Wohnungseinheiten bis 1964/65 fertiggestellt werden sollen, wurden diese Einheiten in zwei Wohngruppen südlich der geplanten Stadtstraße (Karl-Marx-Straße-Verlängerung) als Q-6-Typen angeordnet, während alle zentralen Einrichtungen und der Rest von 160 Wohnungseinheiten in Q-7-Typen nördlich der Straße vorgesehen wurden.

Die durch die Straße bedingte Trennung des Wohngebietes wurde durch einen größeren Abstand der Wohngebäude von der Straßenachse (minimal 40 m) bewußt unterstrichen. Um das Wohngebiet vom überörtlichen Verkehr abzuschirmen, wurde der sich ergebende Freiraum als Grüngürtel gestaltet und mit einer massiven Gehölzpflanzung versehen.

Erschließung

Die technische Erschließung ist ebenfalls in drei Gruppen aufgeteilt. So wird beispielsweise jede Wohngruppe durch je eine Wohnstraße A, B oder C für den Kraftverkehr zugänglich gemacht. Die Wohnstraßen enden jeweils in einem Wendehammer, an welchem je eine Hallengarage mit 60 PKW-Boxen liegt.

Lediglich die Straßen A und B sind durch eine Querstraße des besseren Nachbarschaftsverkehrs wegen verbunden.

Die geplante Anlage der Wohnstraßen ermöglicht eine abschnittsweise Fertigstellung der Verkehrserschließung und der Wohngruppen, ohne daß die verlängerte Karl-Marx-Straße vor Baubeginn fertiggestellt sein müßte.

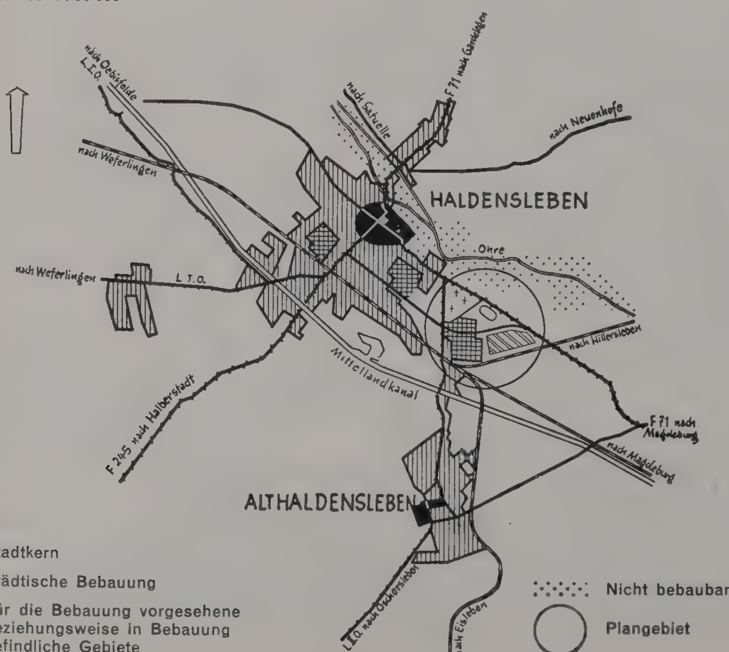
Das Ladenzentrum wird durch eine zusätzliche Schleife an der Wohnstraße C rückseitig versorgt, während die Schule durch einen Stutzen angeschlossen wird. Ein ähnliches Gruppensystem ist auch bei den Leitungssystemen der technischen Versorgung (Gas, Wasser, Elektrizität) möglich.

Die Fußgängerverbindungen verlaufen sowohl im Grünen (getrennt vom Kraftverkehr) als auch parallel zu den Wohnstraßen. Um das Einkaufszentrum beziehungsweise die Nachfolgeeinrichtungen zu erreichen, ist nur eine einmalige Überquerung der Karl-Marx-Straße notwendig.

Grünplanung

Das gesamte Wohngebiet ist durch einen breiten Großgrüngürtel vom östlich gelegenen Industriewerk und dieses wiederum durch eine Schutzpflanzung von der Stadtstraße abgeschirmt. Diese Gehölzpflanzungen sind als öffentlicher Grünbereich bis an die Nahtstelle zwischen Altbausubstanz und neuem Wohngebiet (Kreuzung Karl - Marx - Straße—[Alt]Haldenslebener Chaussee) weitergeführt, andererseits wurde der Anschluß an die Einmündung der Stadtstraße in die Fernverkehrsstraße 71 und an das im Aufbau befindliche Sportzentrum gesucht. Die übergeordneten Fußgängerverbindungen (zum Beispiel zum Sportstadion) liegen abgerückt vom Fahrverkehr innerhalb dieser Grünzone. Die Einrichtungen der Erziehung und Bildung (polytechnische Oberschule, Kindergarten) wurden wegen der vielfachen Berührungspunkte in eine günstige Beziehung zum Sportzentrum gesetzt.

Übersichtsskizze 1 : 50 000



Verkehrsplan 1 : 5000

zur Stadt
F 71
nach Magdeburg
(Alt) Haldenslebener Chaussee
Karl-Marx-Straße
verlängerte Karl-Marx-Straße
Reichsbahn-Trasse
Haldenslebener Chaussee
nach Magdeburg

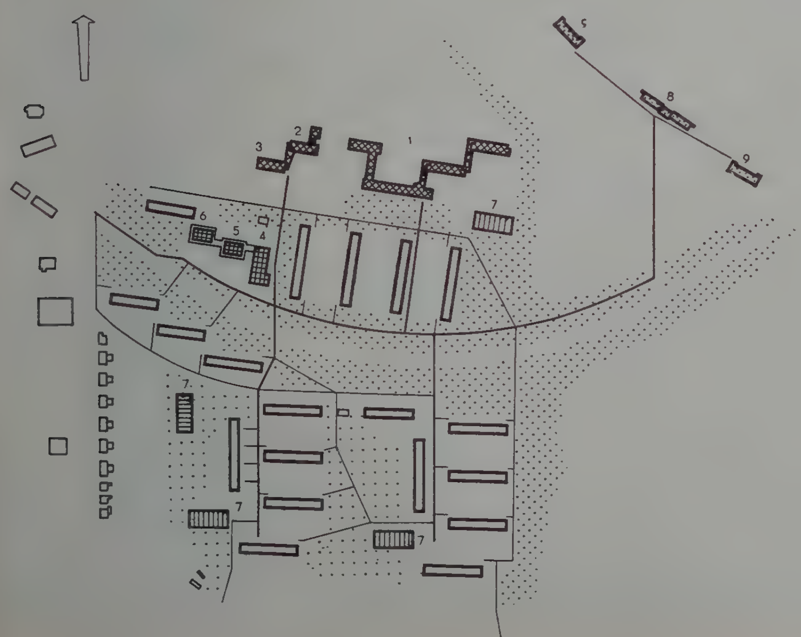
Geplante Wohnbauten
Geplante Nachfolgeeinrichtungen
Bestehende Bebauung
Industriegebiet
Vorhandene Verkehrsflächen und -straßen
Geplante Verkehrsflächen und -straßen

Im Südteil des Bebauungsgebietes wird die Gliederung der Wohnbebauung in einzelne Gruppen durch dazwischengefügte gemeinschaftliche Grünflächen unterstrichen. Dieser Grünbereich gilt als verbindendes Element und enthält gemeinschaftsfördernde Einrichtungen: Spielplätze, Kleinstsportanlagen, Ruhegärten und Gemeinschaftswiesen.

Die technische Erschließung wird 1961/62 durchgeführt.
Die Wohnungen werden von 1963 bis 1965 und die Nachfolgeeinrichtungen ab 1964 gebaut.
Der erste Bauabschnitt des VEB Keramik ist 1963 beendet, so daß durch die Kesselanlage des Werkes die ersten Wohnungen ferngeheizt werden können.

Der Produktionsausstoß des Werkes beginnt 1964/65.
Dieses Beispiel sollte zeigen, daß bei den entsprechenden ökonomischen Voraussetzungen auch in einer Kleinstadt eine komplexe Planung und Baudurchführung von Industrie- und Wohnungsbau möglich ist. Selbstverständlich werden alle Wohnungen im Takt- und Fließverfahren gebaut.

Struktur- und Grünplan 1 : 5000



1 Allgemeinbildende polytechnische Oberschule — 2 Kindergarten — 3 Kinderkrippe — 4 Selbstbedienungshalle — 5 Verkaufspavillons für Gemüse und Fisch — 6 Annahmestellen für Wäsche, Schuhe und Lotto — 7 Garagen — 8 Tribünengebäude — 9 Umkleideräume, Toiletten

Wohngebäude
Erziehung
Handel und Versorgung
Technische Einrichtungen
Sport
Öffentliche Grünflächen
Randbegrünung
Wohngrünflächen
Hauptfußgängerverbindung
Wohnwege

Wohnkomplex Wittenberg-Nord

Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung des Rates des Bezirkes Halle
Brigade I, Stadtplanung
Architekt BDA Günter Matiba
Architekt BDA Gerhardt Gabriel

Das Plangebiet liegt im Nordnordwesten der Stadt Wittenberg westlich der Landstraße 1. Ordnung Belziger Chaussee.

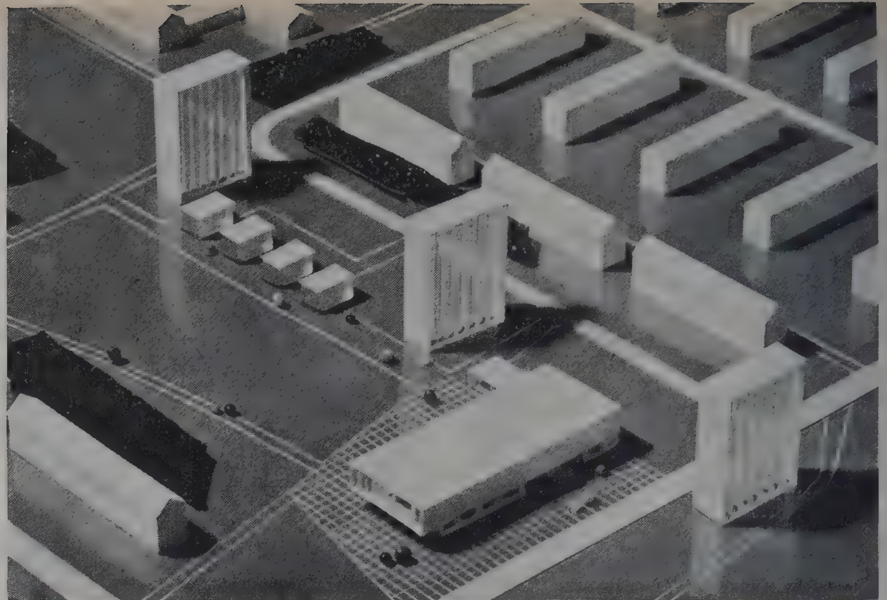
Den westlichen Abschluß bildet der Waldrand des Reinsdorfer Forstes. Im Süden dehnt sich das Plangebiet bis zum derzeitigen Stadtrand aus. Das vorhandene Wassergewinnungsgebiet mit Wasserwerk begrenzt den Wohnkomplex im Norden. Das Gelände hat etwa gleichmäßiges Gefälle nach Süden und liegt zwischen 77 m und 97 m über NN.

Außer der alten Scheune im Norden des Plangebietes ist das Gelände frei von jeglichen Baulichkeiten und wird gegenwärtig landwirtschaftlich genutzt.

Eine Ferngasleitung und eine 110-kV-Hochspannungsleitung zerschneiden das Baugelände in Ost-West-Richtung. Die notwendigen Sicherheitsstreifen wurden von Bebauung freigehalten und als Grünflächen gestaltet.

Die Planung wurde in engem Kontakt mit dem Rat der Stadt, dem Rat des Kreises und in Diskussionen mit der Bevölkerung entwickelt.

Der Wohnkomplex enthält 2004 Wohnungseinheiten für 7014 Einwohner bei einer Frequenz von 3,5 EW/WE.



Blick auf das Zentrum

Wirtschaftlichkeitsnachweis

	Richtwert	Ausgewiesener Wert
Wohnungseinheiten: 2004		
Einwohner: 7000		
Einwohnerdichte		204/EW/ha
Wohndichte	350 bis 380 EW/ha	380/EW/ha
Verkehrsfläche: 4,3 m²/EW		
Auf das Wohnbauland reduzierte Quote	2,9 bis 3,8 m²/EW	2,3 m²/EW

Die ausgewiesenen Folgeeinrichtungen wurden an Hand der vorliegenden Richtzahlen der Deutschen Bauakademie entwickelt und mit den Fachabteilungen abgestimmt.

Eine Weiterentwicklung der bisher vorliegenden Bearbeitungen von sozialistischen Wohnkomplexen wurde angestrebt, das zeigt sich in der Gliederung des Wohnkomplexes in drei größere Wohngruppen, denen in einem gewissen Umfange bereits

Übersichtsplan

RHEINSDORF
TEUCHEL
TRAJUN
EUPER
FRIEDRICHSTADT
LAPETZ
ELSTERVORST
PIESTERITZ
ELBE
PRATAU

Vorhandenes Wohngebiet
Stadtkern
Plangebiet
Industrie
Waldflächen

Der Wohnkomplex von Nordwesten aus gesehen

gesellschaftliche Einrichtungen zugeordnet wurden. Weiterhin wurde versucht, die gesellschaftlichen Einrichtungen — besonders im Bereich des Zentrums — so anzuordnen, daß gewisse Reserveflächen zur späteren Bebauung offenbleiben. Hier sollen solche gesellschaftlichen Einrichtungen ihren Platz finden, die in der Entwicklung unseres Lebens im Sozialismus notwendig werden.

Im Wohnkomplex Wittenberg-Nord wird der Wohnungsbau der Stadt Wittenberg im Siebenjahrplan durchgeführt. Weiterhin wird er einen Teil des Wohnungsbaus aufnehmen, der im Rahmen der sozialistischen Rekonstruktion des Altstadtgebietes von Wittenberg ausgeführt werden muß.

Pionier-Palast Moskau

Dipl.-Ing. Hans Gußmann

Am Universitätsprospekt an den Leninbergen, etwas seitlich der monumentalen Straße in der Achse der Lomonossow-Universität, liegt eine kleine Aussichtsplattform, die einen herrlichen Blick auf die Silhouette Moskaus bietet.

In einer großen Mulde fällt der Hang stark bis zum Moskwabogen ab, der das Gelände des Leninstadions in Luschniki umschließt. Einen Maßstab für den Höhenunterschied bis dort hinunter geben die in den Hang gestellten Skisprungtürme, die aus einer leichten, durchsichtigen Stahlkonstruktion hergestellt sind. Rechts davon sieht man die Turmdrehkräne einer Großbaustelle. Ein langgestreckter, horizontal betonter Baukörper, an dessen Rückseite mehrere höhere Gebäude anschließen, läßt schon jetzt im Rohbau erkennen, daß in dieser Architektur eine interessante Spannung zwischen in Glas aufgelösten Flächen und geschlossenen, fensterlosen Wandteilen liegt, die durch vorgelagerte Terrassen und Treppen unterstrichen wird. An den großen Hauptbau schließt auf der rechten Seite, über ein senkrecht angesetztes Gelenk, ein kompakter, annähernd quadratischer Baukörper an, an dem zur Zeit eine Sandsteinverkleidung angebracht wird.

Ganz links auf dem Bauplatz ragt eine filigranartige Stahl-Kuppelkonstruktion hervor.

Im Heft 9/1960 der Zeitschrift „Architektura SSSR" wird über diese Baustelle berichtet.

Hier entsteht der große Moskauer Pionier-Palast.

Aus einem Wettbewerb wurde 1958 der Entwurf einer Gruppe junger Architekten des „Mosprojekt" als beste Lösung ausgewählt und vom Zentralkomitee des Komsomol für die Ausführung bestätigt. Am 29. Oktober 1958, am 40. Jahrestag des Lenin-Komsomol, fand die feierliche Grundsteinlegung statt. Das 56 ha große Gelände, mit einem rhombischen Grundriß, schließt an den Universitätsprospekt und den dem Moskwabogen folgenden Ringprospekt an; es nimmt eine bedeutende Stellung in der Generalplanung des Süd-West-Gebietes von Moskau ein.

Das Prinzip der Bebauung zeigt eine lockere Aufteilung der Gebäudegruppen in Grünflächen.

Einen Schwerpunkt des baulichen Ensembles bildet der große Platz für repräsentative Veranstaltungen und Aufmärsche, der auf einer Längs- und Stirnseite von Gebäuden des Pionier-Palastes begrenzt wird. Dem Hauptbau gegenüber liegt die in das ansteigende Gelände eingebaute Tribüne, von der aus eine vorkragende Platte den freistehenden, hohen Fahnenmast aus Beton umschließt.

An der offenen Seite des Platzes, wo breite Treppen zu den tiefer liegenden Springbrunnen und weiter über eine Allee zur Sportzone mit dem See führen, liegt, in den Belag des Platzes eingebaut, das Pionier-Feuer.

Das Reizvolle der Gesamtkomposition des Geländes liegt in der geschickten Ausnutzung der natürlichen Voraussetzungen, die zu einer lockeren, ungeometrischen Verteilung der Funktionskomplexe führen. Trotzdem ist spürbar, daß die terrassenartige Aufteilung des Geländes von der Hauptachse Pionier-Palast—Großer See mitbestimmt wird.

Im Mittelpunkt des Sportzentrums liegt das große Stadion mit 7000 Plätzen. Die architektonische Formgebung der Mehrzweckhalle, die den verschiedensten Sportdisziplinen dient und in unmittelbarer Nähe des Stadions liegt, ist von der Verwendung moderner Konstruktionselemente beeinflußt. Große Glasflächen zwischen dünnen Stützen, auf denen reliefbildend die gewölbten Dachschalen aufliegen, stehen in bewußtem Kontrast zu den vertikal betonten, geschlossenen Seitenwandflächen.

An das Stadion, um das sich, in die Grünanlage versteckt, verschiedene Sportfelder, sogar ein „Flughafen" für Modellflugzeuge gruppieren, schließt ein 3 ha großer See an.

Dieser See wird in den Sommermonaten ein attraktiver Anziehungspunkt werden, denn mit seinen weit auseinandergezogenen, von einem Leuchtturm bekrönten Strand bietet er den Wassersportlern alle Möglichkeiten der Erholung. Sogar ein im See vor Anker liegendes Schiff wird den für die Marine begeisterten Pionieren ein Betätigungsfeld geben. An den Ausläufern des Sees sind Planschbecken für die Kleinsten vorgesehen.

Bei ungünstiger Witterung steht am Nordostufer des Sees eine Schwimmhalle zur Verfügung, die sich mit großen Glasflächen nach dem See und dem Strand öffnet. Die Skizzen für diesen Bau zeigen eine moderne Schalenkonstruktion, die sich auf vier Punkte abstützt.

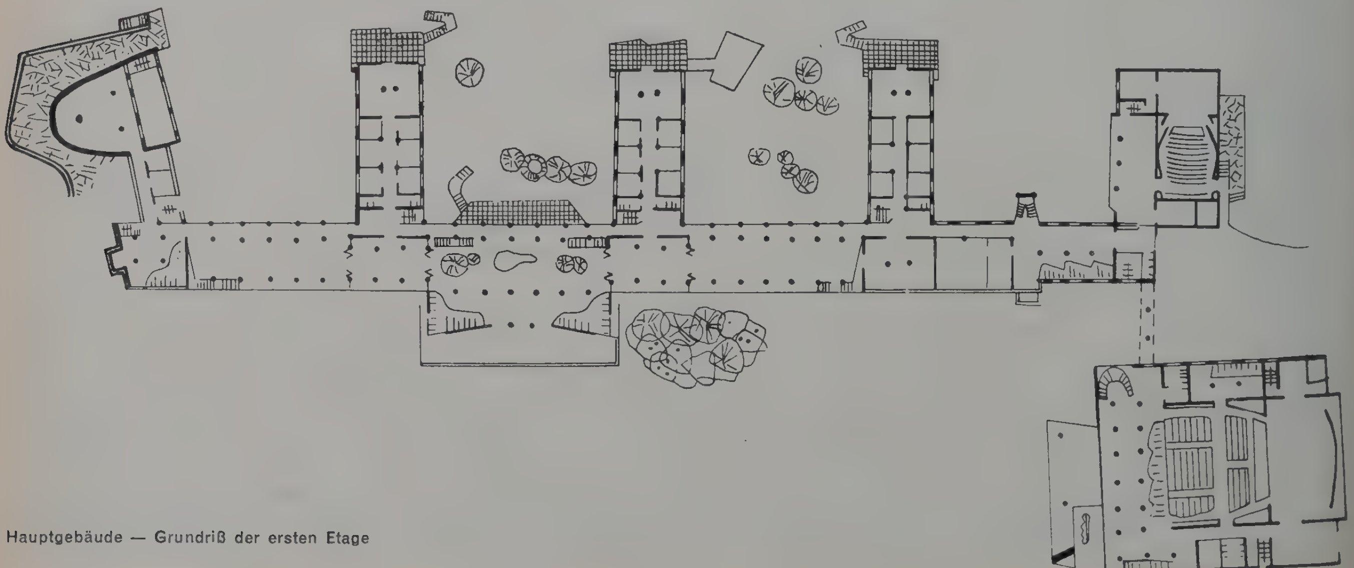
Das vielgestaltige, in allen Farben freudige Leben, das sich in dieser Sportzone abspielt, findet auch in der interessanten, sehr differenzierten Architektur der umgebenden Gebäude seinen Widerhall.

Am Südhang, hinter dem Pionier-Palast, wird für die Liebhaber der Naturwissenschaften ein reiches Betätigungsfeld entstehen, das die Gebiete Botanik, Vogelkunde, Fischzucht, Imkerei und andere einschließt.

In ruhiger Lage, von Baumgruppen umgeben, entsteht im Südwestteil des Parkes ein Freilichttheater, dessen Bühne auf einer Wasserfläche steht und dadurch der Regie und großartigen Beleuchtungseffekten breiten Raum bietet.

Ein Alpinum, das Touristenlager und Kinderspielplätze liegen im Park verteilt. Bei einer Fahrt mit der Pioniereisenbahn, deren Gleisanlage das riesige Gelände umschließt, wird man einen großartigen Eindruck von all dem Schönen haben, was dort für junge Menschen geschaffen wird.

Der Pionier-Palast nimmt in seinen langgestreckten Baukörper am Aufmarschplatz die repräsentativen Räume auf. Dort liegen das weiträumige Vestibül mit seinen offenen Treppen zum Obergeschoß, der Wintergarten und der Leninsaal. Weitere Säle sind für die Unterhaltung und Aus-



Hauptgebäude — Grundriß der ersten Etage



Platz der Pioniere

stellungen gedacht. Die Säle liegen so nebeneinander, daß sie bei Massenveranstaltungen funktionell zu einer Einheit zusammengefaßt werden können. Diese Enfilade von Räumen läßt allerdings den Spannungswechsel in der Raumfolge vermissen.

An der rechten Ecke des Hauptbaus schließt nach rückwärts der Bau für den Klub der Naturwissenschaftler an, in dem neben den verschiedenen Arbeitsräumen ein Saal mit 320 Plätzen liegt. Drei vierstöckige Zirkelgebäude liegen am Mitteltrakt, sie nehmen ebenfalls Arbeitsräume, Labors, Werkstätten und je einen Saal auf, der über eine Terrasse und Freitreppe mit der Grünanlage verbunden ist. Die Zirkel werden für die vielseitigsten Gebiete vorgesehen, dazu gehören: Energiefragen, Film, Rundfunk, Malerei, aber auch Dinge, die den Haushalt betreffen.

Den linken Abschluß des Hauptgebäudes bildet ein an einem Gelenk sitzender, etwas ausgeschwenkter Baukörper mit einem parabelförmigen Grundriß, der von einer Kuppel gekrönt wird. In diesem Bauteil werden das Planetarium, das Observatorium, eine Orangerie und ein Saal mit 350 Plätzen liegen.

Als selbständiger Baukörper, lediglich durch ein Verbindungsglied mit dem Hauptbau verbunden, schließt das Konzerthaus mit 1000 Plätzen den Aufmarschplatz an der Südwestseite ab. Das Konzerthaus hat eine eigene Eingangshalle mit Garderoben, neben dem Saal sind noch Proberäume vorhanden. In diesem Haus sollen in erster Linie Aufführungen der Pionier-Ensembles stattfinden.

Soweit die bis jetzt errichteten Bauten und die in der Architekturzeitschrift veröffentlichten Skizzen erkennen lassen, werden in der Architektur einfache, gegenwärtige, dem Inhalt und der Funktion eines Pionier-Palastes entsprechende Formen angestrebt, mit einem interessanten Wechsel von geschlossenen Wandflächen und Flächen, die transparent in Glas aufgelöst sind. Auskragende, begehbare Platten in Verbindung mit Terrassen und Freitreppen schaffen die Beziehung zur Landschaft. Für die Konstruktion der Bauteile, speziell für die der Zirkelgebäude, werden getypte Fertigteile aus Beton verwendet, aber dort, wo Besonderheiten als notwendig erachtet werden, greift man zu individuellen Lösungen.

So werden zum Beispiel beim Hauptbau als Stützen ausbetonierte Eternitrohre verwendet. Für die Decken wurden Doppel-T-Spezialplatten mit einer Spannweite von 12 m entwickelt, die auch bei anderen gesellschaftlichen Bauten Anwendung finden sollen.

Für die Dachkonstruktion des großen Konzertsaales wurde eine in Längs- und Querrichtung verlaufende, kreuzförmige Stahlgitterkonstruktion gewählt, die 9 m über die Stützen auskragt und so das Foyer und die Seitenräume überdeckt.

Im Äußeren und Inneren der Gebäude ist ein reicher Wechsel von Materialien im Zusammenklang mit freudigen Farben angestrebt. Bei der architektonischen Bestimmung der Innenräume wird das Licht als gestaltender Faktor ganz bewußt einbezogen.

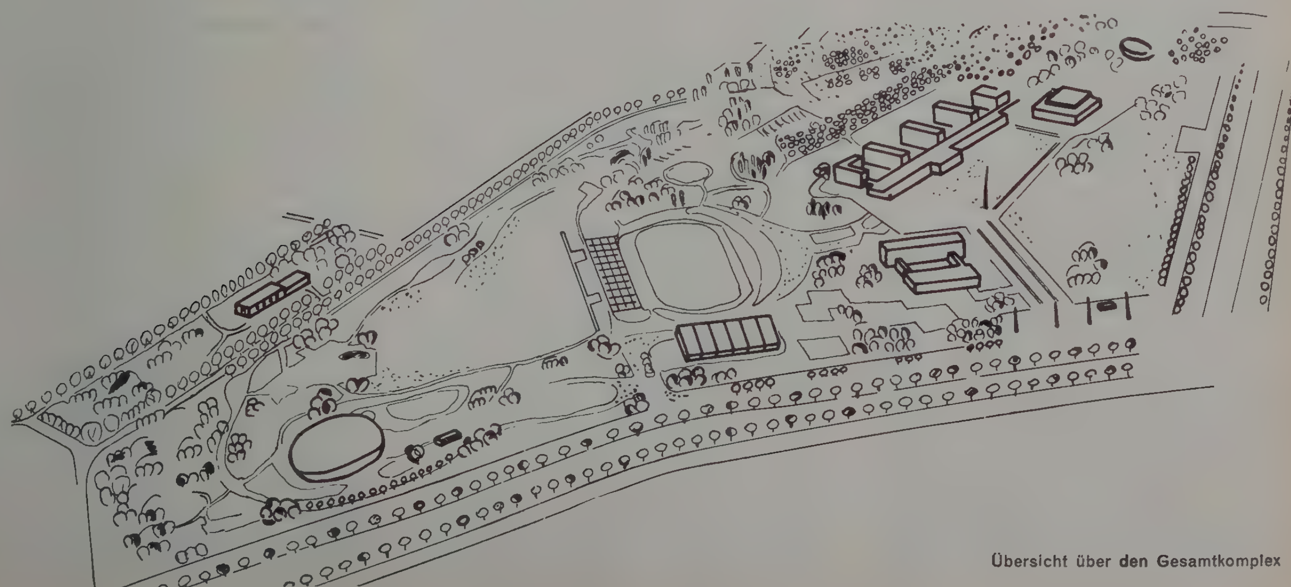
Die dekorative, künstlerische Gestaltung soll im Einklang mit der Architektur stehen. Im großen Vestibül und den Hauptsälen sind Monumentalmalereien vorgesehen. Die fensterlosen Rückseiten der Zirkelgebäude erhalten farbige Keramikverkleidung. Die Außenhaut des Konzertsaales besteht aus Sandsteinplatten.

Für die Inneneinrichtung werden in breitem Umfange Plaste und sonstige neue Werkstoffe verwendet. Die Fenster werden aus eloxiertem Leichtmetall hergestellt und erhalten Kippflügel mit Metalljalousien.

Für den Belag der Straßen und Wege sind verschiedenfarbige Asphalte, Beton- und Natursteinplatten vorgesehen.

Auf dieser bedeutenden Baustelle wird überall gebaut.

Im Mai dieses Jahres wird der erste Teil des Pionier-Palastes eröffnet, im Jahre 1962 soll der gesamte Komplex fertiggestellt sein.



Übersicht über den Gesamtkomplex

Das Bauen zur Sache der ganzen Bevölkerung machen

Fritz Framke

Zu einem fruchtbaren, umfassenden Erfahrungsaustausch wurde die am 5. und 6. Januar 1961 in Neubrandenburg durchgeführte 7. Tagung des Hauptausschusses des Deutschen Städte- und Gemeindetages. Auf der Tagesordnung standen die überaus wichtigen Fragen des Städte- und Wohnungsbaus und des ländlichen Bauwesens; es wurden die Aufgaben der örtlichen Organe der Staatsmacht bei der Sicherung der planmäßigen Durchführung der im Siebenjahrplan und im Volkswirtschaftsplan für 1961 festgelegten Baumaßnahmen beraten. Tagungsort war die vor den Toren Neubrandenburgs am Ufer des Tollensesees gelegene neuerbaute moderne, schöne und zweckmäßige landwirtschaftliche Fachschule, an der sich die Genossenschaftsbauern des Bezirkes die für die landwirtschaftliche Großproduktion notwendigen wissenschaftlichen Kenntnisse aneignen.

Eröffnet wurde die 7. Tagung des Hauptausschusses von Vizepräsident Walter Weidauer und eingeleitet mit einem Grußwort des Bürgermeisters der gastgebenden Stadt, Walter Rösler, der der Tagung im Namen der Stadtverordnetenversammlung einen vollen Erfolg wünschte. Das Mitglied des Präsidiums, Oberbürgermeister Georg Boock, gab mit dem Bericht des Präsidiums an die 7. Tagung des Hauptausschusses einen Überblick über die seit der 6. Tagung vom Präsidium und von den Bezirks- und Arbeitsgruppen geleistete Arbeit und orientierte auf die nächsten Aufgaben. Oberbürgermeister Boock berichtete unter anderem, daß in den vergangenen Monaten etwa 900 westdeutsche Kommunalpolitiker die Deutsche Demokratische Republik besuchten, um mit Abgeordneten über mögliche Wege der Verständigung der Deutschen untereinander und über Probleme der kommunalen Arbeit zu beraten. Er versicherte zugleich alle in westdeutschen Gefängnissen widerrechtlich eingekerkerten Gemeindevertreter, Stadtverordnete, Kreistagsabgeordnete und Bürgermeister unserer Republik der festen Solidarität und forderte alle Städte und Gemeinden auf, sich für ihre unverzügliche Freilassung einzusetzen.

Dann nahm der Minister für Bauwesen, Diplom-Ingenieur Ernst Scholz, das Wort und legte vor den Mitgliedern des Hauptausschusses und der Arbeitsgruppen „Die Bedeutung des Städte- und Wohnungsbaus und des ländlichen Bauwesens für die Lösung der Aufgaben des Siebenjahrplanes" dar. In seinen mit Interesse und Beifall aufgenommenen Ausführungen zog Minister Ernst Scholz Bilanz über das im Jahre 1960 im Bauwesen Erreichte und erläuterte die Aufgaben für das Jahr 1961. Minister Scholz teilte mit, daß im Jahre 1960 der Bevölkerung 69500 Wohnungen, zahlreiche Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, Klubhäuser, Sportanlagen und andere soziale und kulturelle Einrichtungen übergeben sowie wichtige Produktionskapazitäten für die Volkswirtschaft fertiggestellt wurden.

Auf den Wohnungsbaustellen unserer Republik habe sich die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges der Montagebauweise im Wohnungsbau erwiesen. Bei wesentlich kürzeren Bauzeiten und entscheidender Senkung der Baukosten haben sich die Wohnungsbaustellen in Montageplätze verwandelt. Auch im ländlichen Bauwesen konnten 1960 bedeutende Fortschritte erzielt werden. So wurden bis zum 25. November 1960 rund 950000 Rinderplätze und 850000 Schweineplätze zur Nutzung übergeben. Auf der Grundlage der weiteren sozialistischen Umgestaltung der Bauwirtschaft bei allseitiger Industrialisierung des Bauens sind die Leistungen der Bauwirtschaft im Siebenjahrplan von 5,7 Milliarden DM auf 11,8 Milliarden DM Jahresproduktion zu steigern, was einem jährlichen Zuwachs der Bauleistungen von rund 900 Millionen DM entspricht. Insgesamt werden im Verlauf des Siebenjahrplanes 770000 Wohnungen gebaut.

Die dem Referat des Ministers für Bauwesen folgende, viele wertvolle Erfahrungen vermittelnde Aussprache im Hauptausschuß stand im Zeichen der Erkenntnis, daß die umfangreichen Pläne im Bauwesen nur in enger sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen den Bauarbeitern, Architekten, Volksvertretern und der Bevölkerung gelöst werden können. Der Bürgermeister von Neubrandenburg, Walter Rösler, berichtete, daß durch ständige Aussprachen mit den Bauschaffenden und der gesamten Bevölkerung beim Aufbau Neubrandenburgs große Reserven aufgedeckt worden sind und nicht nur Projekte verbessert werden konnten, sondern die Einwohner im Nationalen Aufbauwerk große Werte schufen. Wismars Oberbürgermeister, Herbert Fiegert, schilderte, wie die Stadtverordneten auf die Baustellen gingen, mit den Bauarbeitern und Ingenieuren berieten und so beispielsweise feststellten, daß einige Typen für Schulbauten noch ungenügend entwickelt sind. Der Vorsitzende des Rates des Kreises Hagenow, Paul Löschke, wies darauf hin, daß die Arbeiten auch im ländlichen Bauwesen dort gut vorangehen, wo sich der Rat und die Gemeindevertretung regelmäßig damit beschäftigen und die Bevölkerung in die Lösung der Aufgaben mit einbeziehen. Auf eine derartige Zusammenarbeit ist auch der Zusammenschluß von jeweils mehreren kleinen LPG-Baubrigaden zu großen Kollektiven zurückzuführen, wodurch die Arbeitsproduktivität erheblich angestiegen ist. Diese Brigaden übernehmen vor allem den Aus- und Umbau von alten Gebäuden zu Stallungen. Auf acht Winterbauprojekten erlernen inzwischen weitere Genossenschaftsbauern als zweiten Beruf das Bauhandwerk.

Für eine beschleunigte Anwendung von industriellen Baumethoden setzte sich an Hand der in Dresden gesammelten Erfahrungen der Stadtverordnete Schuster ein. Durch die Einführung der Serienfertigung in fünf Taktstraßen seien in Dresden innerhalb von zwei Jahren die Baukosten pro Wohnung durchschnittlich um 4000 DM gesenkt worden. In diesem Zusammenhang schilderte der Mitarbeiter des Rates der Stadt Halle/Saale, Kretschmer, daß auch auf Montagebauplätzen vielseitige Möglichkeiten für die Mithilfe der Bevölkerung im Nationalen Aufbauwerk bestehen. So habe das NAW-Komitee von Halle für das Jahr 1961 Verträge mit den Baubetrieben geschlossen, wonach jetzt auch für freiwillige Arbeitseinsätze verstärkt Maschinen zur Verfügung stehen.

Auf der Großbaustelle „Südstadt" wurde unter anderem eine gesonderte NAW-Objektleitung gebildet, die in Beratungen mit den Arbeitern und Ingenieuren den Einsatz der freiwilligen Helfer für jede Woche plant. Von den Erfolgen einer gemeinsamen Planung mit der Bevölkerung berichtete der Bürgermeister der Gemeinde Königsborn, Kreis Burg, Heinrich Wiehe. In seiner Gemeinde sind mit den Einwohnern alle Bauvorhaben dieses Jahres beraten worden. Etwa 60 Prozent der Bevölkerung erklärte sich beispielsweise zur Mithilfe beim Bau eines großen Rinderkombinats und einer Wäscherei bereit.

Für die als Gäste der Tagung beiwohnenden Kommunalpolitiker aus verschiedenen Ländern der Bundesrepublik nahm ein Kommunalpolitiker aus Nordrhein-Westfalen das Wort. Er brachte seine Hochachtung über die großzügige Planung und den Aufbau neuer Städte, Wohngebiete und sozialer Einrichtungen in der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck, die der Adenauer-Staat bewußt verschweige. Er sei erstaunt über die freimütige Aussprache, die die Bürgermeister und Gemeindevertreter mit dem Minister für Bauwesen in der Deutschen Demokratischen Republik führten. „Wenn man erlebt, wie offen selbst ein Gemeindevertreter eines kleinen Dorfes im Beisein eines Ministers seine Meinung über Mängel sagt, dann weiß man, daß es gelogen ist, wenn uns in Westdeutschland täglich gesagt wird: ‚In der Deutschen Demokratischen Republik wird von oben befohlen, und die anderen müssen gehorchen'."

Am zweiten Beratungstag wurde die Diskussion in den drei Arbeitskreisen „Wiederaufbau zerstörter Stadtzentren und Verkehrsprobleme in der Großstadt", „Planung und Gestaltung sozialistischer Wohnkomplexe" und „Aus- und Umbauten alter Stallgebäude und Gewinnung weiterer Stallkapazitäten im Nationalen Aufbauwerk" fortgesetzt. Zuvor besichtigten die Tagungsteilnehmer in mehreren

Gruppen Baukomplexe in der Innenstadt und der Südstadt von Neubrandenburg.

Eine weitere Gruppe besichtigte in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Basedow im Kreis Malchin die im vergangenen Jahr auf Initiative der Genossenschaftsbauern mit geringem Aufwand neu eingerichteten Stallbauten.

In Berichten an den Hauptausschuß wurden die Ergebnisse der Diskussion in den Arbeitskreisen zusammengefaßt. Für den Arbeitskreis „Wiederaufbau zerstörter Stadtzentren und Verkehrsprobleme in der Großstadt" berichtete der Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, Fritz Scheller. Er wies darauf hin, daß künftig der Entwicklung auch der Kleinstädte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, da in ihnen ein Drittel der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik wohnt. Den Stadtverordneten Neubrandenburgs wurde vom Arbeitskreis empfohlen, nicht eine zu große Konzentration der Handelseinrichtungen im Stadtkern vorzunehmen, sondern diese auch in den umliegenden Landgemeinden vorzusehen.

Der Berichterstatter des Arbeitskreises „Planung und Gestaltung sozialistischer Wohnkomplexe", Oberbürgermeister der Stadt Halle/Saale, Pflüger, betonte, daß alle Volksvertretungen ihren Einfluß auf das gesamte Baugeschehen in ihrem Zuständigkeitsbereich erweitern müßten. Eine gute Koordinierung der Baupläne und der Planung der Investitionen könne nur mit Hilfe der Volksvertretungen erreicht werden.

Bürgermeister Herbert Adolph, Großräschen, im Bezirk Cottbus, forderte als Berichterstatter des Arbeitskreises „Aus- und Umbauten alter Stallgebäude und Gewinnung weiterer Stallkapazitäten", die Erfahrungen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Basedow zu verallgemeinern und in jedem Dorf entsprechend der örtlichen Bedingungen aus alten Gebäuden neuen Stallraum zu schaffen. In der Gemeinde Basedow wurden auf Initiative der Gemeindevertreter und der Genossenschaftsbauern zwei Scheunen zu einem modernen Rinderkombinat umgebaut, in dem 500 Milchkühe Platz finden. Zugleich sind in Basedow mit geringem Aufwand an Kosten und Material drei Schweinemaststraßen mit insgesamt 18 Schweinepilzen eingerichtet worden.

Den Bericht der Redaktionskommission erstattete der Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, Philipp Daub. Die Redaktionskommission hatte den allen Tagungsteilnehmern vorliegenden Entschließungsentwurf überarbeitet und die in der Diskussion und den Beratungen der Arbeitskreise gegebenen Hinweise und Vorschläge in die Entschließung aufgenommen.

Die 7. Tagung des Hauptausschusses klang aus mit dem Schlußwort des Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindetages, dem Mitglied des Staatsrates und Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert. Präsident Friedrich Ebert bezeichnete in seinem Schlußwort das Jahr 1960 als ein schweres, aber gutes Jahr, als ein Jahr des Fortschritts und der weiteren Festigung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht. Im Namen des Präsidiums dankte er allen Abgeordneten und Mitarbeitern der örtlichen Organe der Staatsmacht für ihre im Vorjahr geleistete aufopferungsvolle Arbeit. Jetzt komme es darauf an, höchste Qualität in der staatlichen Leitungstätigkeit zu erreichen, konsequent das Prinzip der strengsten Sparsamkeit durchzusetzen und die Deutsche Demokratische Republik vor Willkürakten der westdeutschen Machthaber zu sichern. Es gelte zu lernen und sich zu qualifizieren, um die mit dem gewaltigen ökonomischen Aufschwung immer komplizierter werdenden Aufgaben zu meistern. Im Verlaufe der Tagung seien Beispiele über eine Einengung der Initiative der unteren örtlichen Organe der Staatsmacht genannt worden. „Ich möchte dazu sagen, daß wir dabei sind, diese Probleme zu untersuchen und Maßnahmen auszuarbeiten, die den örtlichen Organen der Staatsmacht auf allen Ebenen die Ausübung ihrer Rechte in vollem Umfang gewährleisten." Er schlug vor, eine Arbeitsgruppe des Deutschen Städte- und Gemeindetages zu bilden, die sich mit den Problemen der sozialistischen Demokratie beschäftigt.

Präsident Ebert forderte die Bevölkerung beider deutscher Staaten auf, offen über den Weg zur Verwirklichung der Friedensvorschläge der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu beraten. Diese Vorschläge, Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten über zehn Jahre Frieden und einen Verzicht auf Gewaltanwendung zu treffen, seien hervorragend geeignet, die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland zu normalisieren und würden eine weitere Vertiefung der Spaltung durch die Militaristen verhindern. Mit diesem Appell Friedrich Eberts an alle Deutschen guten Willens endete die 7. Tagung des Hauptausschusses.

Die an der Tagung teilnehmenden Kommunalpolitiker und Bauschaffenden aus Westdeutschland hatten nach der Tagung eine Aussprache mit Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Städteplanung und Bauwesen". Sie beschlossen eine Erklärung, in der wichtige Grundsätze für eine soziale Entwicklung im Bau- und Wohnungswesen Westdeutschlands formuliert sind. „Atomrüstung und Militarisierung bedrohen den Frieden und die Sicherheit und damit das Leben unserer Bürger und entziehen gleichzeitig den Städten und Dörfern die finanziellen Mittel für den Wohnungs-, Schul- und Krankenhausbau", heißt es in dieser Erklärung.

Erklärung westdeutscher Kommunalpolitiker zu Problemen des Städte- und Wohnungsbaus

Auf Einladung der Arbeitsgruppe Städteplanung und Bauwesen und des ständigen Komitees für Verständigung und Zusammenarbeit der deutschen Städte und Gemeinden hatten wir Kommunalpolitiker aus verschiedenen Ländern der Bundesrepublik Gelegenheit, als Gäste an der 7. Tagung des Hauptausschusses des Deutschen Städte- und Gemeindetages, auf der Fragen des Städte- und Wohnungsbaus beraten wurden, teilzunehmen.

Die uns durch diese Tagung vermittelten Kenntnisse über das Baugeschehen in der Deutschen Demokratischen Republik haben wir durch Besichtigungen und in Gesprächen mit Abgeordneten, Bauarbeitern, Architekten und Mietern erweitern und vertiefen können.

Wir sind beeindruckt vom Wiederaufbau und den Perspektiven der Stadt Neubrandenburg, einer einst rückständigen mecklenburgischen Ackerbürgerstadt. Wir überzeugten uns davon, daß die in der Deutschen Demokratischen Republik gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse der entscheidende Faktor für die von uns vorgefundene, den Interessen aller Bürger entsprechende Bau-, Wohnungs- und Mietpreispolitik ist.

Wir erkannten, daß im Gegensatz zur Bundesrepublik in der Deutschen Demokratischen Republik das Bauwesen frei ist von egoistischen Einzel- oder Gruppeninteressen, die in der Bundesrepublik den Bau mietgünstiger Wohnungen, ausreichender Schulräume und Krankenhäuser hemmen oder unmöglich machen. Wir konnten feststellen, daß sich in der Deutschen Demokratischen Republik das Baugeschehen planmäßig nach volkswirtschaftlichen Schwerpunkten vollzieht. Die Mietpreise liegen im Durchschnitt bei 0,60 bis 0,90 DM pro Quadratmeter, und es gibt auch keine verlorenen Baukostenzuschüsse, keine Mietpreissteigerungen und Tariferhöhungen, die in der Bundesrepublik den Wohnungssuchenden und Mietern täglich neue Lasten auferlegen. Darin zeigt sich der grundlegende Unterschied der Bau- und Wohnungspolitik beider deutscher Staaten.

Wir sind in Sorge um die Existenz unserer Städte und Dörfer in der Bundesrepublik.

Die durch die gemeinsamen, aufopfernden Anstrengungen von den Kommunalpolitikern und Bürgern erreichten Erfolge beim Aufbau unserer im letzten Krieg zerstörten Städte sind durch die Bonner Atomrüstungspolitik aufs äußerste gefährdet. Atomrüstung und Militarisierung bedrohen den Frieden und die Sicherheit und damit das Leben unserer Bürger und entziehen gleichzeitig den Städten und Dörfern die finanziellen Mittel für den Wohnungs-, Schul- und Krankenhausbau.

Diese von der Rüstungspolitik drohenden Gefahren gilt es entschieden abzuwenden. Wir Kommunalpolitiker und Bauschaffende aus der Bundesrepublik wissen uns verbunden mit den Kommunalpolitikern der Deutschen Demokratischen Republik durch unser gemeinsames Interesse an der Sicherung des Friedens und an der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, die große materielle Mittel für den Bau von Wohnungen, Kulturstätten, Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens freimachen würde. Wir wenden uns an die Kommunalpolitiker, Bauschaffenden und alle Bürger in den Städten und Dörfern der Bundesrepublik und rufen sie auf, einzutreten für die Beseitigung des westdeutschen Militarismus, für die allseitige und vollständige Abrüstung in beiden deutschen Staaten. Nur dadurch kann eine politische Wende auch in der Bau- und Wohnungspolitik erreicht und der Frieden, Demokratie und sozialer Fortschritt gesichert werden. Wir sind der Meinung, daß es dringend notwendig ist, für die Verwirklichung folgender Forderungen einzutreten:

1. Erhöhung des Anteils des staatlichen und gemeinnützigen Wohnungsbaus in der Bundesrepublik auf mindestens 60 Prozent des gesamten Wohnungsbaus bei gleichzeitiger bedeutender Erhöhung der Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau, um das elementarste Lebensbedürfnis der Bürger auf eine menschenwürdige Wohnung befriedigen zu können.

2. In allen Stadt- und Gemeindeparlamenten langfristige Pläne für die Altstadtsanierung und die Barackenlager, sogenannter Schlichtwohnungen, und sonstiger Notunterkünfte zu beschließen, um überall gesunde, menschenwürdige Wohnverhältnisse zu schaffen und den im Bauwesen Beschäftigten eine klare Perspektive zu geben.

3. Den Gemeinden das Vorkaufsrecht nicht nur für unbebaute, sondern auch für bebaute Grundstücke gesetzlich einzuräumen, damit eine sinnvolle, dem Allgemeinwohl dienende Städteplanung und Bebauung vorgenommen werden kann. Jede Boden- und Grundstücksspekulation ist von den Behörden strengstens zu unterbinden.

4. Die Mietspreise sind auf den Stand von durchschnittlich 1 DM bis 1,10 DM pro Quadratmeter zurückzuführen, eine strenge Mietpreiskontrolle durch die Behörden ist zu sichern und jeder Mietwucher streng zu ahnden. Verlorene Baukostenzuschüss

dürfen von Hausbesitzern und Wohnungsbaugesellschaften nicht verlangt werden.

5. Ausreichend Krankenhäuser, Sport- und Kulturstätten sowie andere öffentliche Einrichtungen zu bauen und beim Bau neuer Wohnanlagen darauf zu achten, daß die kulturellen und sozialen Folgeeinrichtungen nicht nur geplant, sondern auch gebaut werden.

6. Das Anteilverhältnis am Steueraufkommen ist zugunsten der Städte und Gemeinden zu erhöhen, um die zur Finanzierung aller Bauvorhaben notwendigen Mittel zu sichern.

7. Die Drei-Prozent-Klausel des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangsbewirtschaftung ist aufzuheben, und die Wohnungsämter sind bis zur Beseitigung der Wohnraumnot beizubehalten.

8. Eine echte soziale Mietpreispolitik durchzusetzen, die Mietbeihilfe für bedürftige Familien zu erhöhen, den Kreis der Empfänger zu vergrößern und den kinderreichen sowie sozialschwachen Familien besonderen Mieterschutz zu gewähren.

Wir wenden uns an die Kommunalpolitiker, Bauschaffenden und alle Bürger in der Bundesrepublik und rufen sie auf, von der Bereitschaft der Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik zum Erfahrungsaustausch über alle Fragen und Probleme ebenfalls Gebrauch zu machen, sich überhaupt mit aller Kraft gegen jegliche Reisebeschränkungen und Kontaktverbote zu wenden, vielmehr für die Freiheit der Verständigung von Gemeinde zu Gemeinde einzutreten.

Neubrandenburg, den 6. Januar 1961

Entschließung der 7. Tagung des Hauptausschusses des Deutschen Städte- und Gemeindetages

I.

Der Hauptausschuß des Deutschen Städte- und Gemeindetages hat auf seiner 7. Tagung am 5. und 6. Januar 1961 auf der Grundlage der vom Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, abgegebenen Programmatischen Erklärung, der Entschließung der 11. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Referats des Ministers für Bauwesen, Dipl.-Ing. Ernst Scholz, über „Die Bedeutung des Städte- und Wohnungsbaus und des ländlichen Bauwesens für die Lösung der Aufgaben des Siebenjahrplanes" einen Erfahrungsaustausch durchgeführt. Es wurde beraten, wie die örtlichen Organe der Staatsmacht in den Kreisen, Städten und Gemeinden noch besser dazu beitragen können, im friedlichen ökonomischen Wettstreit mit dem monopolkapitalistischen Westdeutschland den Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zum Siege zu führen.

Die sozialistische Planwirtschaft ermöglicht es, zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands, die perspektivische Entwicklung der Städte und Gemeinden langfristig zu planen und den Wohnungsbau entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung durchzuführen. Mit der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms unseres Siebenjahrplanes lösen wir in historisch kürzester Frist das Wohnungsproblem und beweisen damit auch auf diesem Gebiet die Überlegenheit des Sozialismus.

Die Diskussion im Hauptausschuß und die Beratungen in den drei Arbeitskreisen

„Wiederaufbau zerstörter Stadtzentren und Verkehrsprobleme in der Großstadt",

„Planung und Gestaltung sozialistischer Wohnkomplexe" und

„Aus- und Umbauten alter Stallgebäude und Gewinnung weiterer Stallkapazitäten im Nationalen Aufbauwerk"

vermittelten wertvolle Erfahrungen über die weitere Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit und eine noch engere Verbindung aller staatlichen Organe mit der Bevölkerung. Es wurde festgestellt, daß die sozialistische Stadt in ihrer neuen Qualität einen großen Einfluß auf die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins sowie die Lebensweise der Bevölkerung ausübt. Das rasche Wachstum der Arbeiter-Wohnungsbaugenossenschaften ist ein Beweis dafür, daß die Werktätigen unserer Republik den Wohnungsbau zu ihrer eigenen Sache gemacht haben. Der Hauptausschuß gelangte zu der Auffassung, daß es in der Tätigkeit der örtlichen Organe der Staatsmacht auf dem Gebiet des Bauwesens in Durchführung des Beschlusses des Ministerrats zur 3. Baukonferenz jetzt verstärkt darauf ankommt, alle Kräfte auf die Lösung folgender Aufgaben zu konzentrieren:

Durch die örtlichen Volksvertretungen und ihre Räte eine straffe, komplex-territoriale Leitungstätigkeit auch auf dem Gebiet des Bauwesens zu entwickeln, eine grundlegende Verbesserung in der Planung der Investitionen herbeizuführen, die begonnenen Bauvorhaben vordringlich zu beenden und die planmäßige, termingerechte Durchführung aller Baumaßnahmen zu sichern;

Leistungsvergleiche und Erfahrungsaustausche zu organisieren mit dem Ziel, das Prinzip der strengsten Sparsamkeit auf allen Gebieten des Bauwesens durchzusetzen, um damit weitere örtliche Reserven nutzbar zu machen;

die Brigaden der sozialistischen Arbeit zu fördern, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zu entwickeln, einen engen Kontakt mit den Bauschaffenden herzustellen und sich auf die großen Erfahrungen der Produktionsarbeiter zu stützen;

nach dem Beispiel des Bezirkes Erfurt Sparsamkeitskonferenzen im Bauwesen durchzuführen mit dem Ziel, die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Baukosten, vor allem Baumaterial, einzusparen;

die Bewegung der Berliner Bauarbeiter „Meine Hand für mein Produkt" überall durchzusetzen, um zu erreichen, daß für die ausgeführten Arbeiten Garantieverpflichtungen übernommen werden;

die Qualität der Bilanzierung, Planung, Kontrolle und Abrechnung im Bauwesen grundlegend zu verbessern und die staatliche Bauaufsicht zum Instrument der Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse im Bauwesen zu machen;

die örtlichen Volksvertretungen müssen vordringlich die Ausarbeitung der Stadtökonomiken, der Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie der Generalverkehrspläne der Städte zum Abschluß bringen;

beim weiteren Aufbau der Zentren der kriegszerstörten Städte sind auf der Grundlage der bestätigten stadtbaulichen Planung die komplexe Projektierung und Durchführung der Baumaßnahmen zu organisieren und nach den Beispielen der Städte Berlin, Leipzig und Karl-Marx-Stadt auch Baustäbe zu bilden. In der Planung und Durchführung des Wohnungsbauprogramms sind die komplexe Investplanung zur Überwindung noch vorhandener Disproportionen beim Bau der Folgeeinrichtungen und der Aufschließungsmaßnahmen, beim Bau von Wohnkomplexen die kontinuierliche Serienfertigung in enger Kooperation zwischen Rohbau, Ausbau, Vorfertigung und Transport durchzusetzen;

zur besseren Erfüllung der wachsenden Aufgaben der Arbeiter-Wohnungsbaugenossenschaften ist die innergenossenschaftliche Demokratie zu fördern und die enge sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Arbeiter-Wohnungsbaugenossenschaften, der Bauindustrie und den örtlichen Organen zu entwickeln;

neben dem Wohnungsbau muß von den örtlichen Volksvertretungen den Instandsetzungs- und Werterhaltungsmaßnahmen der alten Wohnsubstanz größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Beispiele der Städte Berlin, Rostock, Leipzig, Ronneburg, Lobenstein und andere in der komplexen Instandsetzung ganzer Straßenzüge sind zu verallgemeinern;

im ländlichen Bauwesen kommt es gegenwärtig darauf an, die begonnenen Produktionsbauten fertigzustellen und durch Um- und Ausbauten sowie Behelfsbauten neue Stallkapazität zu schaffen;

die örtlichen landwirtschaftlichen Bauberatungen müssen stärker als bisher die Genossenschaften bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer Bauvorhaben unterstützen;

zur Durchsetzung der neuen Technik im ländlichen Bauwesen ist die Serienfertigung und Spezialisierung vor allem im Offenstallprogramm anzuwenden;

die Ausbildung von Genossenschaftsbauern zu Bauhandwerkern als Fachkräfte für das ländliche Bauwesen ist aktiv zu unterstützen;

das Bauwesen ist keine Ressortarbeit, sondern Angelegenheit der ganzen Bevölkerung. Die überall vorhandene Bereitschaft der Bevölkerung ist auf die Mitarbeit im Nationalen Aufbauwerk, zur Aufdeckung und Ausschöpfung örtlicher Reserven und Senkung der Selbstkosten zu lenken, wobei die Hauptaufmerksamkeit auf die Erfüllung der Schwerpunktaufgaben des Volkswirtschaftsplanes zu legen ist.

Die Mitglieder des Hauptausschusses und der Arbeitsgruppen verpflichten sich, die in der Programmatischen Erklärung des Staatsrates enthaltenen Grundsätze für eine höhere Qualität der staatlichen Leitungstätigkeit in ihrer täglichen Arbeit verwirklichen zu helfen.

II.

Mit der erfolgreichen Verwirklichung der im Siebenjahrplan gestellten Aufgaben gibt die Deutsche Demokratische Republik das Beispiel, wie auch in Westdeutschland ein Leben in Frieden und Wohlstand ohne Militarismus und Revanchepolitik aufgebaut werden kann. Unsere Friedenspolitik und die Erfolge unseres sozialistischen Aufbaus wirken jedoch nicht im Selbstlauf nach Westdeutschland. Von den Städten und Gemeinden der Deutschen Demokratischen Republik muß deshalb eine große Bewegung für Frieden und Verständigung ausgehen. Die Städte und Gemeinden der Deutschen Demokratischen Republik müssen mithelfen, daß in den Städten und Dörfern Westdeutschlands die Wahrheit über die Deutsche Demokratische Republik bekannt und die Friedensbewegung verstärkt und verbreitert wird.

Der Appell der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien „An alle Völker der Welt" und die Entschließung der 11. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben festgestellt, daß die vom westdeutschen Militarismus ausgehende Gefahr für den Frieden immer größer wird und der Bonner Staat zum Hauptgegner der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und Entspannung in Europa geworden ist. Gleichzeitig hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der Bonner Regierung den Vorschlag unterbreitet:

einen Frieden für zehn Jahre zu vereinbaren und in dieser Zeit gegenseitig auf Gewaltanwendung zu verzichten;

jegliche Kriegspropaganda einzustellen und einen Rüstungsstopp herbeizuführen;

für einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den NATO-Staaten einzutreten.

Der Hauptausschuß des Deutschen Städte- und Gemeindetages ruft die Abgeordneten der Volksvertretung der Gemeinden, Städte und Kreise der Deutschen Demokratischen Republik auf, die vielfältigen Möglichkeiten auf kommunalem Gebiet zu nutzen, daß die Vorschläge der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Sicherung eines zehnjährigen Friedens zwischen beiden deutschen Staaten in die Hände ihrer westdeutschen Kolleginnen und Kollegen gelangen und der Bevölkerung ihrer westdeutschen Patenstädte, -gemeinden und -kreise bekannt werden. Es gilt, allen Bürgerinnen und Bürgern der westdeutschen Städte und Gemeinden bewußt zu machen, daß es niemals in der Geschichte der Menschheit so reale Möglichkeiten gab, den uralten Traum von einem Leben in Frieden und Freiheit wahrzumachen. Es gilt, ihnen bewußt zu machen, was in jeder Stadt und in jeder Gemeinde für Frieden, Freiheit, Demokratie und Verständigung getan werden kann und getan werden muß. Im Sinne des „Rufes von der Wartburg" (der Entschließung der Dritten Gesamtdeutschen Kommunalen Arbeitstagung) müssen wir den westdeutschen Kommunalpolitikern helfen, die Aufgaben und Forderungen westdeutscher Städte und Gemeinden im Kampf um Frieden und Demokratie auf allen Gebieten des Lebens zu entwickeln und ihnen auf die Fragen Antwort geben, deren Beantwortung die rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und auch die Führungsgremien der westdeutschen kommunalen Spitzenverbände ausweichen.

Der Hauptausschuß schlägt dem Präsidium vor, eine Dokumentation über die Bedrohung der westdeutschen Städte und Gemeinden durch die NATO-Atomkriegspolitik und den sich dagegen entwickeln, den Widerstand herauszugeben.

Wir wenden uns an die Städte, Kreise und Gemeinden der Deutschen Demokratischen Republik, die Herausgabe dieser Dokumentation durch Beispiele aus ihren westdeutschen Patengebieten zu unterstützen. Der Hauptausschuß versichert allen seinen in westdeutschen Gefängnissen widerrechtlich eingekerkerten Kollegen, Gemeindevertretern, Stadtverordneten, Kreistagsabgeordneten und Bürgermeistern aus der Deutschen Demokratischen Republik seine feste Solidarität und fordert alle Städte und Gemeinden auf, sich für ihre unverzügliche Freilassung einzusetzen.

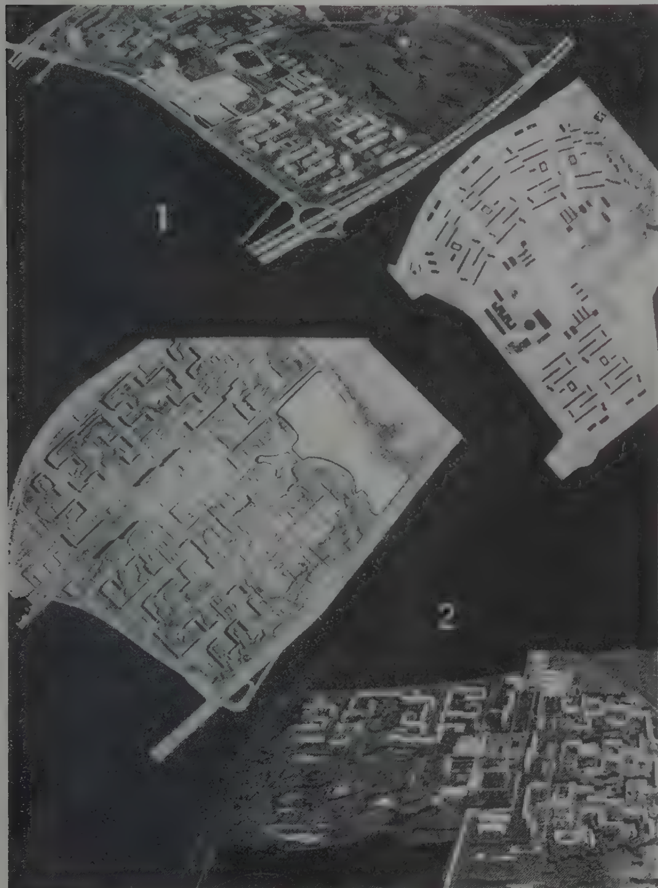
Seit der 6. Tagung des Hauptausschusses hat sich die Arbeit auf gesamtdeutschem Gebiet weiter gut entwickelt. Über 850 westdeutsche Kommunalpolitiker nahmen seither an unseren Beratungen teil. Darüber hinaus fanden zahlreiche Besuche direkt von Gemeinde zu Gemeinde und von Kollege zu Kollege statt. Diese erfolgreiche Arbeit gilt es, weiter fortzusetzen und zu verstärken.

Eine wichtige Aufgabe ist nach wie vor, in Westdeutschland das Recht auf Freiheit der Verständigung von Gemeinde zu Gemeinde gegen den Polizei- und Justizterror, gegen die Kontaktverbote und das bereits praktizierte Reisesperrgesetz zu verteidigen und durchzusetzen.

Der Wettbewerb für einen Experimentalwohnbezirk in Moskau

Für die Entwicklung des sozialistischen Städtebaus ist der 1959 durchgeführte internationale Wettbewerb über die Gestaltung eines Experimentalwohnbezirkes für 30000 Einwohner, der im Südwestgebiet Moskaus gebaut werden soll, von hervorragender Bedeutung.

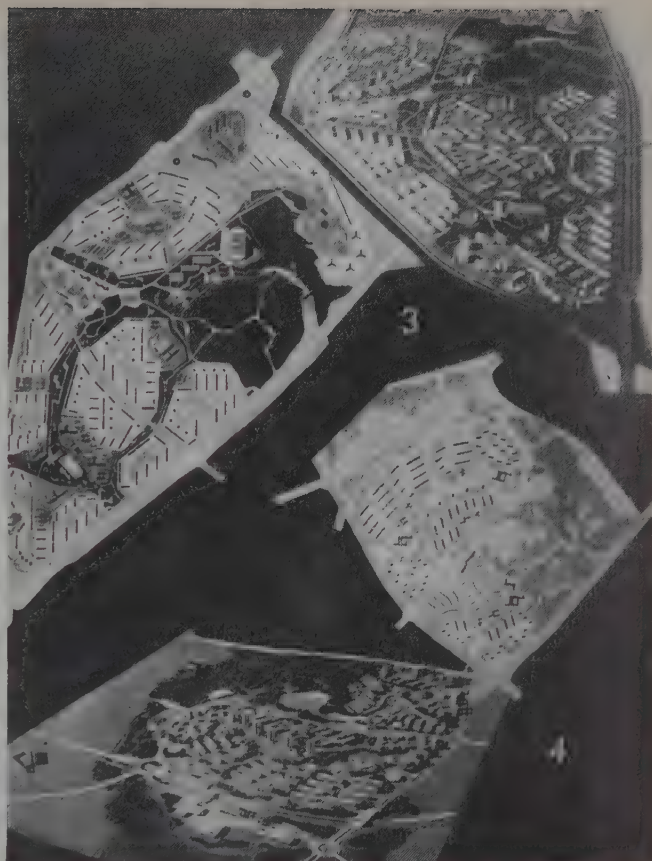
Aus der Vielzahl der städtebaulichen Vorschläge und Lösungen dieses Wettbewerbes werden vor allem die Vorschläge behandelt, die mit der Ordnung und Gliederung sowohl des Wohnbezirkes in seiner Gesamtheit als auch seiner einzelnen Elemente im Zusammenhang stehen, da diese von beiden Autoren als die interessantesten des Wettbewerbsergebnisses angesehen werden. An Hand einiger ausgewählter Autoren für eine funktionell und entwicklungsfähige Lösung. Häusergruppen zwischen 2000 bis 4000 Einwohner sind nach ihrer Auffassung am günstigsten. Die Anlage des Straßensystems und besonders die Frage der Trennung der Fahrstraßen von den Fußgängerwegen werden vom Standpunkt der Verkehrsdichte und der Rationalität untersucht. Über die Anordnung der Grünanlagen wird im Aufsatz der Standpunkt vertreten, daß sie ein zusammenhängendes räumliches Ganzes bilden und möglichst nahe an die Wohnstätten herangeführt werden müssen. Zentrale Grünanlagen für einen großen Wohnkomplex oder mehrere Wohnkomplexe erscheinen unrationell.



1 Entwurf aus der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (Variante 2)
2 Entwurf des Moskauer Instituts für Architektur (Variante E)

Entwürfe werden die diesem Fragenkomplex entsprechenden Lösungen einer Analyse unterzogen. Dieser Analyse werden vier städtebauliche Probleme zugrunde gelegt: die Standortverteilung der Kulturbauten und Folgeeinrichtungen, das System der Straßen und Wege, die Anordnung der Grünanlagen und die Methoden der Gesamtplanung der Bebauung.
Sie stellen fest, daß bei der Standortverteilung der Folgeeinrichtungen drei Tendenzen erkennbar sind: eine zentrale Gruppierung, beim Entwurf des Moskauer Instituts für Architektur (Variante FG) besonders gut entwickelt, eine dezentralisierte Anlage der Folgeeinrichtungen, so bei dem Entwurf aus der Ungarischen Volksrepublik (Variante 2), und eine kombinierte Anlage, so beim Entwurf aus der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (Variante 2).
Die bei den kombinierten Anlagen von einigen Entwurfskollektiven entwickelte „Häusergruppe" halten die beiden In der allgemeinen Planung und Gliederung der Bebauung werden zwei Tendenzen herausgearbeitet. Die eine, für die der Entwurf des Moskauer Instituts für Architektur (Variante FG) beispielhaft ist, zeigt eine durch Straßen oder Grünstreifen getrennte Anlage der Wohnkomplexe. Die zweite Möglichkeit zeigt mehrere zusammenhängende Wohnkomplexe, bei denen die Folgeeinrichtungen zwischen den Wohnbauten liegen, so zum Beispiel der Entwurf des Leningrader Giprogor. Die Häusergruppe als Kompositionseinheit zeichnet sich besonders im Entwurf aus der Ungarischen Volksrepublik (Variante 2) ab. Die Anlage des Wohnbezirkszentrums im Innern des Wohnbezirkes wird gestalterisch und funktionell als sehr vorteilhaft bezeichnet. Die knappen analytischen Darstellungen der Autoren werden mit 12 Bildtafeln und 14 Plänen sehr gut ergänzt.

Architektura SSSR, Heft 10/1960, S. 37 bis 51 (DBA-Übers. Nr. 9105)



3 Entwurf der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR
4 Entwurf aus der Volksrepublik Polen (Variante 3)

Pionier-Palast in Moskau

Das Projekt des Pionier-Palastes wurde auf Grund eines Wettbewerbes im Frühjahr 1958 von einer Gruppe junger Architekten des Institutes Mosprojekt entworfen.

Die vielseitige komplexe Anlage, die im Südwestbezirk Moskaus liegt, wurde unter größtmöglicher Erhaltung der natürlichen Landschaft projektiert.

Die wichtigsten Bauwerke des Komplexes sind das Hauptgebäude mit Festplatz, das Klubgebäude, das Stadion für 7000 Zuschauer und das Schwimmbassin.

Entsprechend der allseitigen Ausbildung der Jungen Pioniere wurde die Anlage in verschiedene Funktionsbereiche gegliedert, zum Beispiel botanisches Versuchsgelände, Tierpark, Fischzucht und Anlagen für Verkehrserziehung.
An der höchsten Stelle des Geländes liegt der Festplatz, der von dem Klubgebäude und dem Hauptgebäude flankiert wird. Dieses besteht aus einem eingeschossigen Längstrakt, an dem sich rechtwinklig mehrgeschossige Flügelbauten anschließen.
Trotz individueller Lösungen wurde eine große Anzahl von Fertigteilen für den Bau verwandt. Glatte Wände, große verglaste Flächen und farbig gestaltete Außenwandflächen sichern dem Gebäude eine gute Verbindung mit der umgebenden Landschaft.
Im Mai 1961 wird das Hauptgebäude eröffnet und 1962 der gesamte Komplex zur Nutzung übergeben.

Architektura SSSR, Heft 9/1960

Über die baukünstlerische Gestalt der Stadt Sofia

Aus der Diskussion über die sozialistische Umgestaltung der Hauptstadt Sofia veröffentlichte die Zeitschrift „Architektura" aus dem „Gutachten über die städtebauliche Gestaltung und Verkehrsplanung der Stadt Sofia", das ein Kollektiv von Wissenschaftlern und Architekten ausgearbeitet hat, den Abschnitt „Die kompositionellen Probleme im Zusammenhang mit der baukünstlerischen Gestaltung der Stadt".

Das Autorenkollektiv ist der Meinung, daß im Generalbebauungsplan des „Sofprojekt" die baukünstlerisch-ästhetischen Gestaltungselemente vernachlässigt und die Umgestaltung und Ausnutzung der vorhandenen städtebaulichen Gegebenheiten städtebaukünstlerisch mangelhaft und ökonomisch unrationell gelöst worden sind.

Es fehlen räumlich akzentuierte Beziehungen zu städtebaulich bedeutsamen Platz- und Straßenbildungen; außerdem ist die Begrünung des Zentrums wenig durchdacht. Die Autoren schlagen bestimmte Korrekturen der städtebaulichen Gliederung vor, um sowohl eine Verbesserung der funktionellen Aufgaben und der städtebaulichen Gliederung des Stadtzentrums als auch eine räumlich klarere städtebauliche Verbindung des Zentrums mit den Wohngebieten des Stadtrandes zu erreichen. Ein anderer Mangel des Generalplanes wird darin gesehen, daß er keine klaren Vorstellungen über die Stadtsilhouette enthält. Die Stadtsilhouette ist arm an Kuppelbauten und anderen monumentalen Vertikalen. Es wird vorgeschlagen, den Stadtkern in seiner vertikalen Komposition zum Ausgangspunkt der Stadtsilhouette zu machen.

Architektura (Sofia), Heft 6/1960, S. 5/6 (DBA-Übers. Nr. 9167)

Die Zentrale Wissenschaftliche Bauinformation der Deutschen Bauakademie Berlin C 2, Wallstraße 27, Fernruf 2 09 37 34 und 2 09 41 51 erteilt Auskunft in allen Fragen des Bauwesens. Der Lesesaal ist werktags (außer sonnabends) von 9.00 bis 17.00 Uhr, mittwochs bis 20.00 Uhr geöffnet.

Wirtschaftliche doppelt gekrümmte Schalentragwerke

Ingenieur Herbert Hotzler

VEB Berlinprojekt

Vor einiger Zeit wurden einige Studienentwürfe für die Kaihallen des Rostocker Überseehafens erarbeitet, um die wirtschaftlichste Konstruktion zu ermitteln.[1] Ein Vergleich der verschiedenen Entwürfe zeigte, daß die doppelt gekrümmten Schalentragwerke (siehe Detailblatt Nr. 202) den geringsten Baustoffaufwand erfordern und die wirtschaftlichste Lösung darstellen. Doppelt gekrümmte Schalentragwerke benötigen also nicht nur ein Minimum an Rohstoffen jeder Art, sondern auch den geringsten Aufwand an Arbeitszeit. Sie entsprechen in wirtschaftlicher Hinsicht den Anforderungen an eine moderne Konstruktion. Dieser äußerst aufschlußreiche Vergleich führte dazu, die doppelt gekrümmten Schalentragwerke eingehend zu untersuchen und Ausführungsunterlagen zu erarbeiten.

Doppelt gekrümmte Schalentragwerke bestehen aus der eigentlichen Schale und den Randträgern. Als Form der Schale wurde eine Kugelkalotte gewählt. Diese Schalenform ist einfach herzustellen. Sie hat sich bei vielen Ausführungen, besonders in der Fertigteilbauweise, bewährt. Bei größeren Grundrißabmessungen müssen die Schalen jedoch unnötig dick gemacht werden, um eine ausreichende Beulsicherheit zu gewährleisten. Bei größeren Spannweiten und länglicheren Grundrißabmessungen sind daher andere Schalenformen geeigneter. Die Randträger der Schalen werden als Zweigelenkbogen ausgebildet. Sie dienen zur Aussteifung der Schalenränder. In Richtung der längeren Spannweite werden sie mit „a", in Richtung der kürzeren mit „b" bezeichnet.

Die Spannungen in einem doppelt gekrümmten Schalentragwerk sind nur gering, da sich in der Schale ein Raumspannungszustand ausbilden kann. Biegespannungen infolge von Randstörungen treten nur in einem schmalen Randstreifen auf und klingen zur Schalenmitte hin schnell ab. Die Normalspannungen sind fast ausschließlich Druckspannungen. Man kann daher ein Schalentragwerk aus mehreren vorgefertigten Schalenfertigteilen zusammensetzen. Die Ausbildung der Fugenstöße ist einfach, da vorwiegend nur Druckkräfte zu übertragen sind.

Anwendungsmöglichkeiten

Bei der Bearbeitung wurde versucht, eine vielseitige Anwendung der Schalentragwerke zu berücksichtigen.

Einige Möglichkeiten zeigt das Detailblatt Nr. 201:

1. Einzelschalentragwerk
2. Nebeneinandergereihte Schalentragwerke
3. Nebeneinandergereihte Schalentragwerke mit Zwischendächern. Die Zwischendächer können 3,00 m, 4,50 m und 6,00 m breit sein. Sie werden von schwach geneigten Dachdecken aus Kassettenplatten gebildet
4. Neben- und hintereinandergereihte Schalentragwerke mit und ohne Zwischendächer über mehrschiffigen Hallen

Entsprechend diesen Anwendungsmöglichkeiten muß man zwischen Einzel-, End- und Mittelschalentragwerken unterscheiden. Die dritte Anordnungsmöglichkeit gestattet die Beleuchtung der Hallen mit Tageslicht durch Fenster in den Zweigelenkbogen. Die angestellten Tageslichtberechnungen zeigten, daß die Beleuchtungsstärke in derartig mit Schalen überdeckten Räumen als gut bezeichnet werden kann. Die Werte hängen zwar von der Höhe der Schalenkonstruktion über dem Hallenfußboden ab, entsprechen aber im allgemeinen einer Beleuchtungsstärke, wie sie für mittelfeine Arbeit nach den Leitsätzen der Zentralen Lichttechnischen Gesellschaft gefordert wird. Die beste Tageslichtbeleuchtung liegt im allgemeinen bei den Konstruktionen mit einem 4,50 m beziehungsweise 6,00 m breiten Zwischendach. Es wurde jedoch festgestellt, daß der Zuwachs der Lux-Werte der Tragwerke mit breiteren Zwischendächern nur gering ist und in keinem Verhältnis zum Mehraufwand an Baustoffen und Baukosten steht. Hieraus ist zu folgern, daß aus Gründen der Tageslichtbeleuchtung größere Breiten des Zwischendaches als 4,50 m nicht gerechtfertigt sind.

Konstruktion

Die Fertigung der Schalentragwerke soll in der Montagebauweise erfolgen. In den Untersuchungen hat sich dabei die Art als zweckmäßig erwiesen, wie sie von Doganoff[2] ausgearbeitet, erprobt und empfohlen wurde. Bei dieser Bauweise entfallen die schwierigen Rüst- und Schalungsarbeiten, die die Baukosten von monolithischen Schalen wesentlich beeinflussen.

Ein Schalentragwerk besteht aus mehreren vorgefertigten Schalenfertigteilen. Die Anzahl der Schalenfertigteile oder ihre Größe können nach bautechnologischen und bauökonomischen Gesichtspunkten gewählt werden. Im Beispiel des Schalentragwerkes a/b = 30/15 m wurden sieben Einzelteile, zwei Rand- und fünf mittlere Schalenfertigteile vorgesehen. Die mittleren Schalenfertigteile sind in der Form völlig gleich. Die Dicke der Schale richtet sich im wesentlichen nach herstellungstechnischen Gesichtspunkten und beträgt je nach den Abmessungen der Konstruktion 40 mm bis 50 mm. Sie wird zu den Randträgern a hin konstruktiv verstärkt. Die kurzen Seiten der mittleren Schalenfertigteile werden durch Randverstärkungen abgeschlossen. Diese Randverstärkungen sind Teile des Randträgers a und dienen zugleich als seitliche Schalung beim Einbringen des Ortbetons für den Randträger a. Die Übergänge von der Schale zu den Randverstärkungen werden ausgerundet. Die langen Seiten der mittleren Schalenfertigteile werden nicht verstärkt.

Die Schale erhält eine orthogonale Bewehrungsmatte aus Stahl I, Durchmesser 5 mm, im Abstand von e = 250 mm und Zulagen an den Rändern. Die mittleren Schalenfertigteile werden untereinander und mit den Randfertigteilen durch Bewehrungsschlaufen verbunden. Die Bewehrungsschlaufen ragen in die Ortbetonfugen hinein. Die Verbindung mit dem nachträglich zu betonierenden Randträger erfolgt über Bügel, die aus der Randverstärkung der Schalenfertigteile herausstehen.

Die Form der Randfertigteile ist ebenfalls einheitlich, so daß sie entweder in der rechten oder in der linken Seite des Schalentragwerkes eingebaut werden können. Im Prinzip werden sie wie die mittleren Schalenfertigteile ausgebildet. Zum Unterschied von diesen wird lediglich an der Längsseite, die später die Traufseite des Schalentragwerkes bildet, der Randträger b am Fertigteil angeordnet. Der Randträger b erhält je nach der Einbaustelle der Randelemente in einem Einzel-, End- oder Mittelschalentragwerk eine Bewehrung entsprechend dem Verlauf der Biegemomente. Das Zugband des Randträgers b wird mit dem Zuganker über ein Spannschloß verbunden. Der Zuganker wird von einer ausgeschmiedeten Lasche gebildet, die an einen coupierten I-Träger als Ankerplatte angeschweißt ist.

Der Randträger a wird von den Randaussteifungen der Schalenfertigteile und einem Ortbetonquerschnitt gebildet. Beim Einzel- und Endschalentragwerk wird der Ortbeton einseitig und beim Mittelschalentragwerk zweiseitig von Fertigteilen begrenzt. Im Ortbeton ist das Zugband verankert und ein Teil der Bogenbewehrung angeordnet. Die Zugbänder bestehen aus zwei ⊏-Profilen. Sie werden stahlbaumäßig miteinander verbunden und mit Hängestangen am Bogen aufgehängt. An die Hängestangen aus I-Profilen können Stahlfenster und Auflagerwinkel für das Zwischendach in einfacher Art angeschlagen werden. Die Zugkräfte in den Zugbändern werden über Zuganker und Ankerplatten auf den Bogen übertragen. Die Ankerplatten werden, ähnlich wie bei den Randträgern b, von coupierten I-Trägern gebildet (siehe Detailblatt Nr. 203).

Möglichkeiten der Ausbildung der Stahlfenster zeigt das Detailblatt Nr. 204. Die stehenden Fenster verschmutzen nicht so schnell und lassen sich von den Zwischendächern aus bequem reinigen. Außerdem entsprechen sie den Luftschutzbestimmungen. Der Anschluß der Fenster an die Dachhaut der Zwischendächer erfolgt in bekannter Art mit Schürzen aus PVC oder Zinkblech. Die Dachhaut und die Wärmedämmung werden als Bitumendämmdach nach TB 6456-2 oder TB 6456-4 ausgebildet. Der Wärmedämmwert beträgt 0,40 beziehungsweise 0,70 m²h°/kcal. Er dürfte alle Anforderungen befriedigen. Da die Neigung einer Kugel in jedem Breitenkreis konstant ist, läuft das Regenwasser ohne irgendwelche anderen Einflüsse nach allen Seiten hin gleichmäßig mit zunehmender Geschwindigkeit ab. Es genügt daher, an den Randträgern der Schalentragwerke eine Aufkrempelung entsprechend Detailblatt Nr. 204 vorzusehen. Gegebenenfalls können die Randträger auch individuell gestaltete Gesimse erhalten. An den Tragwerksecken wird das Wasser in Sammelkästen gefaßt und Fallrohren zugeleitet.

Bauablauf

Eine ausführliche Schilderung des Bauablaufs würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Er soll daher im folgenden nur kurz erläutert werden.

Die Bewehrung für die Schalenfertigteile wird auf besonderen Matrizen, den Flechtmatrizen, geflochten. Da die Bewehrung im wesentlichen nur aus einer orthogonalen Matte besteht, können die Flechtarbeiten in einfacher Art mechanisiert werden. Das Betonieren wird zweckmäßig auf besonderen Matrizen, den Fertigungsmatrizen, durchgeführt. Die Fertigteile werden mit kreisförmig gekrümmten Fertigern, die auf kreisförmig gekrümmten Gleitschienen geführt werden, betoniert. Der Beton wird mit Trichtern eingebracht, mit Lehren abgezogen, gerüttelt und gegebenenfalls nochmals abgezogen. Dieser Arbeitsvorgang erscheint etwas aufwendig, entspricht vergleichsweise aber nur dem Aufbringen eines 40 mm beziehungsweise 50 mm dicken Estrichs auf einen schwach gekrümmten Unterboden. Ist der Beton genügend erhärtet, dann sind an die freien Ränder der Fertigteile Aussteifungsträger anzuschrauben. Die Fertigteile werden von der Matrize abgehoben, auf Förderwagen umgesetzt und zur Einbaustelle gefahren. An der Einbaustelle sind sie auf einem Lehrgerüstbogen abzusetzen. Dann ist die Bewehrung für den Randträger a zu verlegen, die Verbindung des Zugankers mit dem Zugband herzustellen, und der Randträger a sowie die Fugen zwischen den Fertigteilen sind zu betonieren. Hierfür ist ein früh hochfester Beton zu verwenden, um die Aussteifungsträger und das Lehrgerüst möglichst schnell wieder benutzen zu können.

Abschließend sind die Wärmedämmung sowie die Dachhaut aufzubringen, gegebenenfalls ist das Zwischendach einzusetzen, die Fenster sind anzuschlagen, und sämtliche freiliegenden Stahlteile sind gegen Korrosion zu schützen.

Ausblick

Die angestellten Berechnungen ergaben, daß der Stahl- und Betonbedarf der kleineren Schalentragwerke nur wenig unter dem Bedarf der größeren Schalentragwerke liegt, zum Teil sogar größer ist. Dies erklärt sich aus der Wahl der Abmessungen nach konstruktiven und ausführungstechnischen Gesichtspunkten, die statisch in keiner Weise erforderlich sind. Ein Vergleich mit anderen Dachkonstruktionen[3] zeigt, daß sich die Schalentragwerke mit den Grundrißabmessungen

b/a = 12/18; 12/24; 12/30; 15/24; 15/30 m für die Typung besonders eignen.

Die Wirtschaftlichkeit ergibt sich dann

1. aus dem geringen Bedarf an Beton und damit auch an Zuschlagstoffen und Zement,
2. aus dem geringen Bedarf an Stahl,
3. durch die geringe Betongüte,
4. durch die geringe Stahlgüte,
5. durch die einfache Form der Bewehrung,
6. durch die einfache Form der Konstruktion und damit auch
7. durch den geringen Arbeitsaufwand bei der Fertigung,
8. durch den einfachen und taktmäßig ablaufenden Montagevorgang und
9. dadurch, daß keine Nacharbeiten erforderlich sind, wie zum Beispiel Einziehen von Spanngliedern, Vorspannen, Spannglieder auspressen und so weiter.

Der einzige Nachteil dieser Konstruktionen besteht darin, daß sie wegen ihrer Größe auf der Baustelle gefertigt werden müssen. Der Aufwand für die Einrichtung einer Baustellenfertigung dürfte aber im allgemeinen schon für Hallen mit 3000 m² Grundfläche wirtschaftlich sein. Einmal mehr wird hierdurch bewiesen, daß moderne wirtschaftliche Konstruktionen mit dem Gedanken der Typung durchaus vereinbar sind. Es liegt vielmehr jetzt in der Hand der Architekten, sich die schon nicht mehr neuen Konstruktionsformen zu eigen zu machen. Durch geschickte Gruppierung der Baukörper und durch die grazilen modernen Konstruktionen haben wir die Möglichkeit, den ganzen Formenreichtum der bewegten Linien auszuschöpfen und einer Monotonie der Baukunst, wie sie leider bei vielen anderen wirtschaftlichen Bauweisen und Bauelementen gegeben ist, entgegenzutreten und vorzubeugen.

---

[1] Kowalzik, Die Kaischuppen aus Stahlbetonfertigteilen im Rostocker Überseehafen, in „Bauplanung und Bautechnik", 14. Jahrgang, 1960, Seite 393

[2] Doganoff, Eine neue Schalenbauweise aus Stahlbetonfertigteilen, in „Bauplanung und Bautechnik", 9. Jahrgang, 1955, Seite 75
Doganoff, Vorgefertigte doppelt gekrümmte Schalenkonstruktionen, The second symposium on Concrete Shell Roof Construction, Oslo 1957

[3] Hotzler, Über die Wirtschaftlichkeit moderner Dachkonstruktionen, in „Deutsche Architektur", 9. Jahrgang, 1960, Seite 335

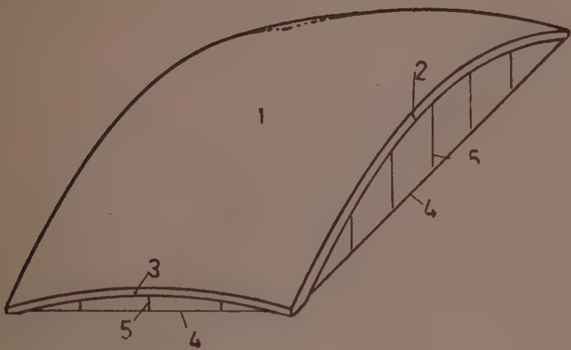
DETAILBLATT NR. 201

zu Seite 170

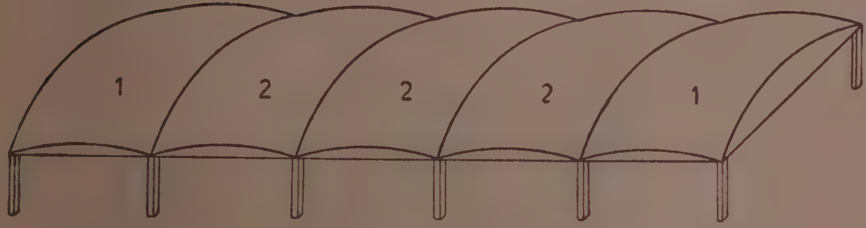
Wirtschaftliche doppelt gekrümmte Schalentragwerke

Ingenieur Herbert Hotzler

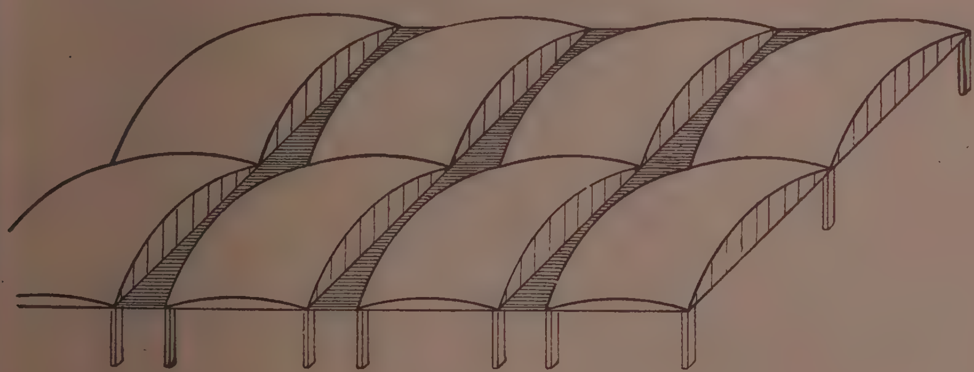
VEB Berlinprojekt



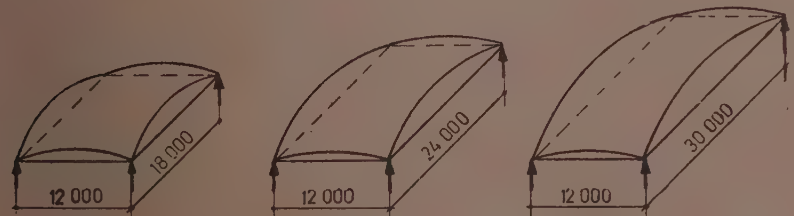
A



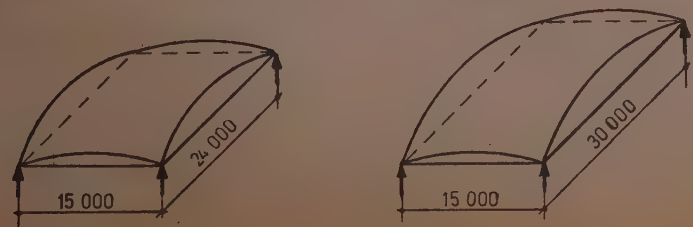
B



C



D



A Einzelnes Schalentragwerk

1 Doppelt gekrümmte Schale
2 Randträger a
3 Randträger b
4 Zugband
5 Hängestangen

B Nebeneinandergereihte Schalentragwerke

1 Stahlbetonfertigteil
2 Ortbeton

C Neben- und hintereinandergereihte Schalentragwerke mit Zwischendächern

D Vorschlag für die Typung von doppelt gekrümmten Schalentragwerken

zu Seite 170

Wirtschaftliche doppelt gekrümmte Schalentragwerke

Ingenieur Herbert Hotzler

VEB Berlinprojekt

1 : 200

A Längsansicht
B Draufsicht
C Seitenansicht

1 Doppelt gekrümmte Schale
2 Randträger a
3 Randträger b
4 Zugband
5 Hängestangen

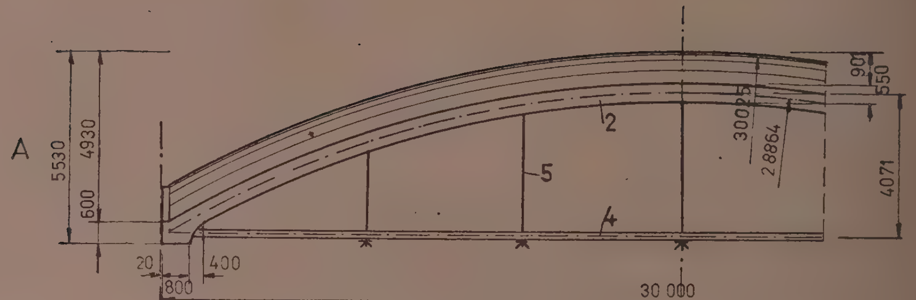
1 : 20

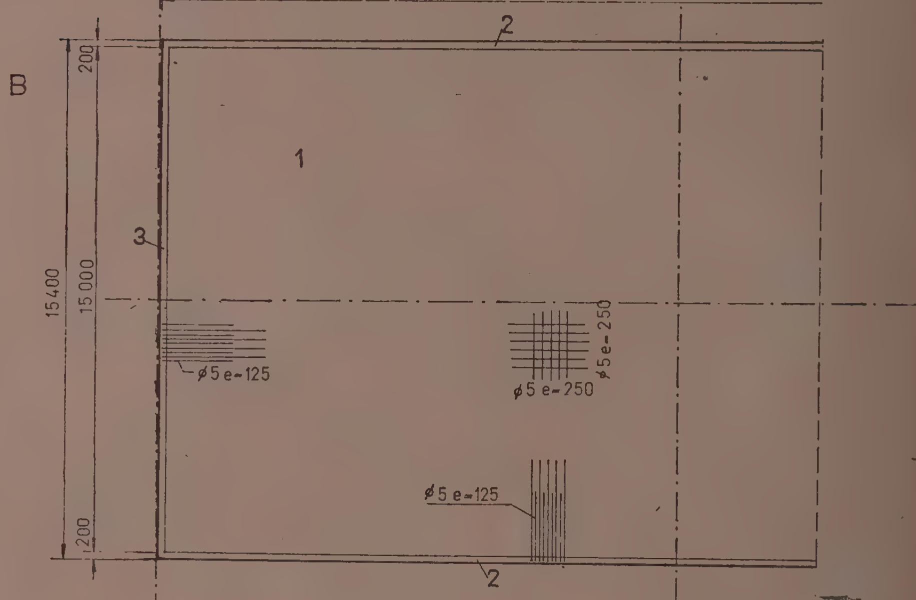
D Querschnitt des Randträgers a

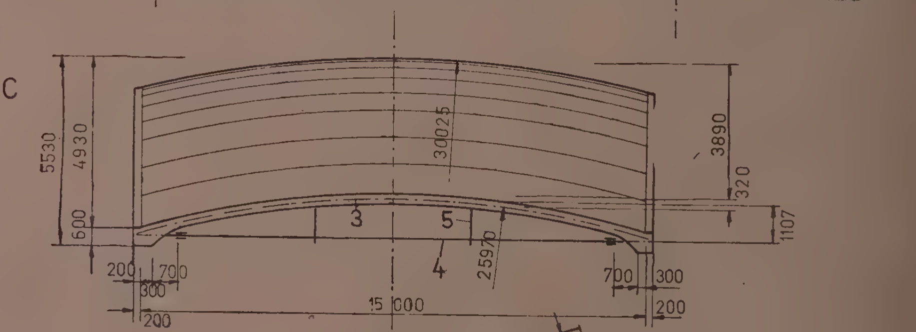
E Querschnitt des Randträgers b

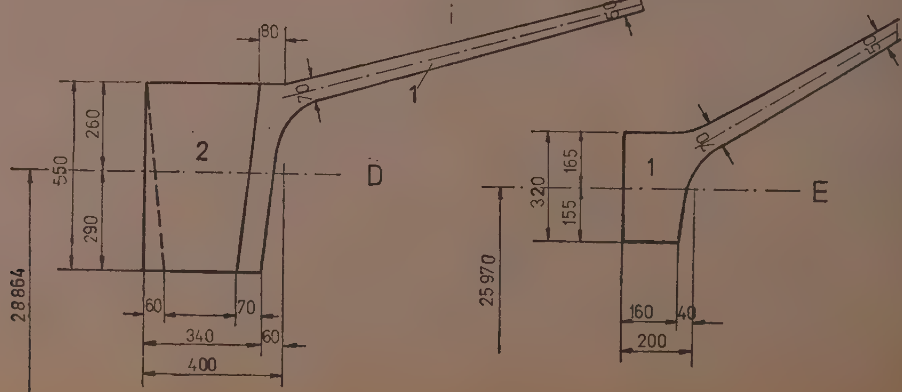
1 Endschalentragwerk
2 Mittelschalentragwerk

Maßgebend für Herstellung und Einbau DIN 1045 und DIN 4225
Betonstahl St I
Beton B 300
Zuschlagstoffe in drei getrennten Körnungen nach DIN 1045
Zement nach DIN 1164 oder DIN 4210
Zementgehalt 300 kg/m³
Fertigbeton









DEUTSCHE ARCHITEKTUR - HEFT 3/1961

DETAILBLATT NR. 203

zu Seite 170

Wirtschaftliche doppelt gekrümmte Schalentragwerke

Ingenieur Herbert Hotzler

VEB Berlinprojekt

1 : 30

A Einzelheiten des Randträgers a, Ansicht

1 Zugband
2 Zuganker
3 Zugbandstoß
4 Hängestange

B Zugband a, Ansicht, Draufsicht, Schnitt I-I

1 Zugband][18
2 Ausgeschmiedete Lasche
3 Paßschrauben M 20
4 Zuganker coup. I 60
5 Schweißnaht

C Querschnitt des Randträgers a, Schnitt II-II

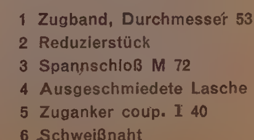
1 Fertigteil
2 Ortbeton
3 Hängestange I 8
4 Zugband][18
5 Aufgeschweißte Gurtbleche
6 Schraube M 20

D Draufsicht auf die Schalenecke

E Einzelheiten des Randträgers b, Ansicht

1 Randträger b, Fertigteil
2 Randträger a, Ortbeton
3 Zugband, Durchmesser 53
4 Spannschloß M 72
5 Zuganker

F Zugband b, Ansicht, Draufsicht


1 Zugband, Durchmesser 53
2 Reduzierstück
3 Spannschloß M 72
4 Ausgeschmiedete Lasche
5 Zuganker coup. I 40
6 Schweißnaht

DETAILBLATT NR. 204

zu Seite 170

Wirtschaftliche doppelt gekrümmte Schalentragwerke

Ingenieur Herbert Hotzler

VEB Berlinprojekt

1 : 15

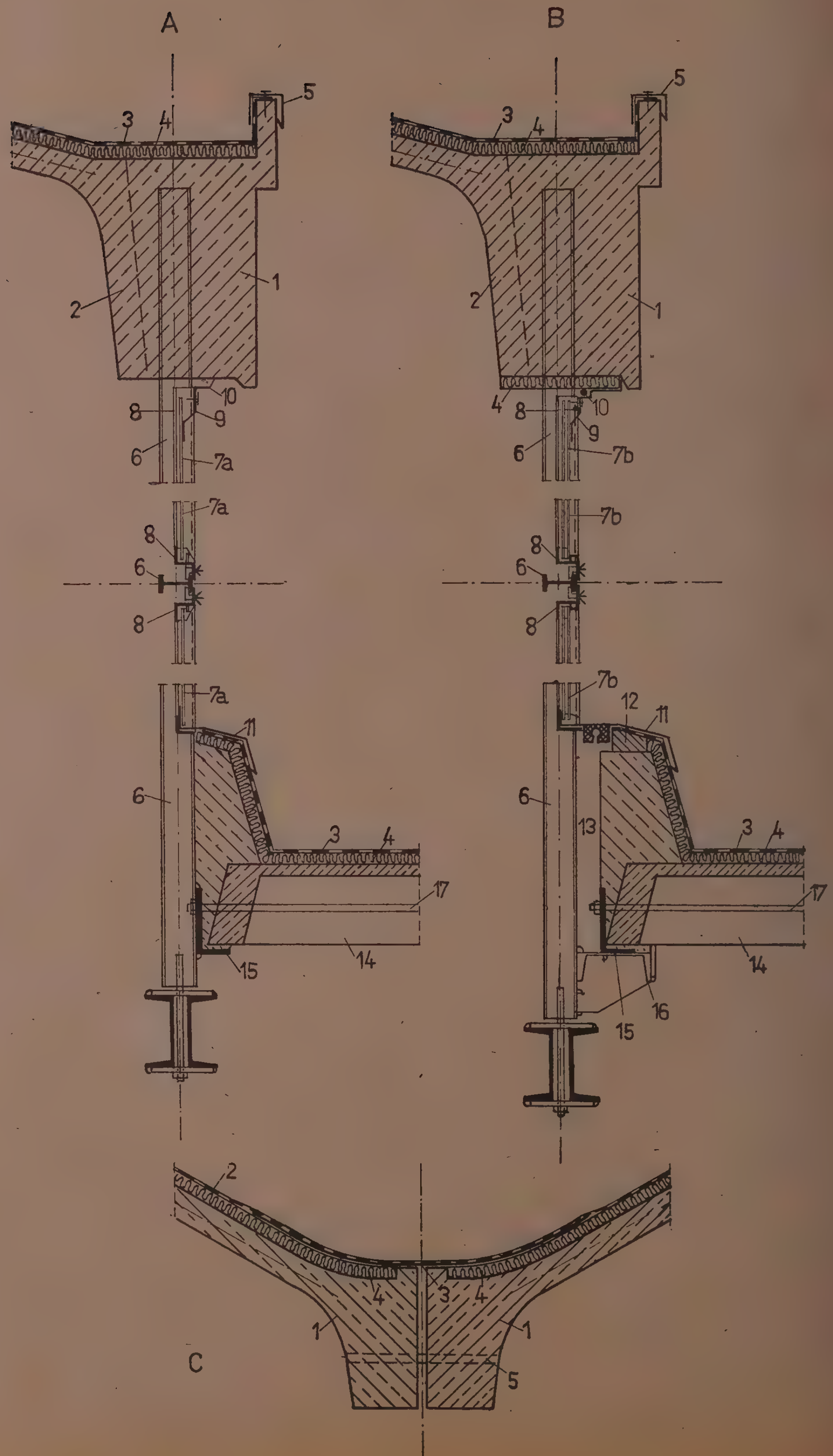
A Schnitt durch Randträger d und Zwischendach

B Schnitt durch Randträger a und Zwischendach an der Dehnungsfuge

1 Randträger a
2 Schalenfertigteil
3 Dachhaut
4 Wärmedämmung
5 Abdeckung aus Zinkblech oder PVC
6 Hängestange I 8
7a Einfache Kittverglasung
7b Doppelte kittlose Verglasung
8 Fenstersprosse
9 Dichtungsblech aus Zink oder PVC
10 Dichtung
11 Abdeckschürze aus Zinkblech oder PVC
12 Dübelleiste
13 Bewegungsfuge
14 Zwischendach aus Kassettenplatten
15 Auflagerwinkel für das Zwischendach L 80 · 160 · 12
16 Auflagerknagge für das Zwischendach
17 Rundstab, Durchmesser 20

C Schnitt durch die Randträger b bei hintereinandergereihten Schalentragwerken

1 Randträger b
2 Dachhaut
3 PVC-Fell
4 Wärmedämmung
5 Scherbolzen



Architektur und Gesellschaft

Dr.-Ing. Christian Schädlich

Der allgemeine Begriff „Architektur" erhält durch die beigefügten Adjektive „sozialistisch", „kapitalistisch", „feudalistisch" und so weiter seine historisch-konkrete Fassung. Es wird dabei unterstellt, daß baukünstlerische Leistungen von der jeweiligen gesellschaftlichen Ordnung abhängen, in der sich die Menschen formiert haben, und daß die Architektur bestimmten gesellschaftlichen, spezieller noch Klasseninteressen dient. Der historische Materialismus berechtigt dazu. Er geht von folgenden Grunderkenntnissen aus:

Aufbau und Struktur der jeweiligen Gesellschaft werden von der Produktionsweise der materiellen Güter bestimmt. Grundlage dazu sind einmal die Produktivkräfte, die das Verhältnis des Menschen zu Gegenständen und Kräften der Natur zum Ausdruck bringen, und die Produktionsverhältnisse als ökonomische Beziehungen der Menschen untereinander. Zu den Produktivkräften gehören die Produktionsinstrumente (die Technik) und die Arbeitskraft des Menschen. Das Verhältnis des Menschen zu den Produktionsmitteln schlägt sich in den Produktionsverhältnissen als Eigentumsform nieder. Die Produktionsverhältnisse sind die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die Basis, auf der sich ein ideologischer Überbau erhebt. Der Überbau ist die Widerspiegelung der ökonomischen Struktur in den verschiedenen Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins (Staat, Recht, Philosophie, Kunst und so weiter).

Das Bauen bewegt sich zunächst und in seiner einfachsten Form in der Sphäre der sinnlich-materiellen Tätigkeit des Menschen, die bekanntlich darauf gerichtet ist, Gegenstände der Wirklichkeit zu verändern und den menschlichen Zwecken anzupassen. Bauen ist eine zweckgerichtete Tätigkeit wie jede andere Produktion auch. Die Zwecke, die der Mensch zunächst setzt, mögen hier mit dem Begriff des „Hausens" nur summarisch umschrieben sein. Der Mensch produziert beim Bauen mit dem Ziel, sich Behausungen für biologische und gesellschaftliche Lebensfunktionen zu schaffen. Dieses auf Sicherung der gesellschaftlichen Existenz gerichtete, sich im Bereich des Materiell-Utilitaristischen bewegende Setzen von Zwecken könnte man als die gesellschaftliche Urfunktion alles Bauens bezeichnen. Wir wissen, daß noch viele weitere Funktionen hinzutreten können. Es werden Zwecke gesetzt, die über das nackte, rohe Naturbedürfnis hinaus auf Bequemlichkeit und Genuß bis schließlich auf Manifestation geistiger Ziele, auf Vergegenständlichung gesellschaftlicher Ideen durch künstlerische Mittel gerichtet sind. Ist letzteres der Fall, dann sprechen wir von Baukunst (Architektur). Der Begriff erhält sein Spezifisches durch das dialektische Zusammenspiel aller dieser Zweckkomponenten in ihrer gemeinsamen Abhängigkeit von den technischen Mitteln.

Soll die Architektur in die Kategorien des historischen Materialismus eingereiht werden, dann ergibt sich zunächst folgendes grobe Bild: Hinsichtlich der künstlerischen Aufgabe gehört die Architektur zum Überbau; die auf elementare gesellschaftliche Lebensfunktionen gerichteten Zwecke wurzeln in den Produktionsverhältnissen, und ihre Erfüllung hängt von den Produktivkräften, insbesondere von der Technik ab. Das ist indes eine recht allgemeine Charakteristik. Es muß versucht werden, sie zu präzisieren.

Die zeitlich wie örtlich unterschiedlichen Lebensbedürfnisse, die mit baulichen Mitteln befriedigt werden müssen, entspringen der jeweiligen ökonomischen Ordnung, in der sich die Menschen formiert haben. Sie hängen von den Produktionsverhältnissen ab und haben daher in der Klassengesellschaft Klassencharakter. Wie die gesellschaftliche Urfunktion alles Bauens (dieses Setzen von Zwecken im Bereich des Materiell-Utilitaristischen) konkret als räumliche Forderung und als Organisationsprinzip an die Architektur herangetragen wird, wie sich die baulichen Notwendigkeiten in fest umgrenzte Raumprogramme umsetzen, das wird von den ökonomischen und geistigen Zielen einzelner Menschengruppen, im allgemeinen der Klassen bestimmt. Die gesamte bauliche Organisation des gesellschaftlichen Lebensraumes ist vielfältig abhängig von Eigentumsformen und Herrschaftsverhältnissen, die in der Klassenstruktur gegeben sind.

Die Wohnweise einer Klasse zum Beispiel ist auf ihre Lebensweise zurückzuführen. Das mittelalterliche Patrizierhaus, das feudalabsolutistische Fürstenschloß, die kapitalistische Unternehmervilla sind als bauliche Organismen in der spezifischen räumlichen Gliederung nur aus der Lebensweise ihrer Bewohner erklärbar. Man kann daran ablesen, wie Menschen gleicher Gruppen gelebt, gearbeitet und sich gegen andere abgegrenzt haben, welche Beziehungen zwischen dem einzelnen und der gesamten Gesellschaft bestanden haben, welcher Anteil am gesellschaftlichen Reichtum dem einzelnen zugefallen ist und so weiter.

In der Art und Weise, wie die baulichen Bedürfnisse einer Gesellschaft ihre jeweils typische räumliche Ausprägung erfahren, finden wir also bereits ein wesentliches Kriterium für den Klassencharakter der Architektur. Merkwürdigerweise hat unsere Theorie bisher wenig Notiz davon genommen. Im Bemühen, die sozialistische Architektur gegen die kapitalistische abzugrenzen, wurde meist nur von jener Seite des Klassencharakters ausgegangen, die im künstlerisch-ideologischen Bereich liegt. Viel unmittelbarer als die ideologische Funktion offenbaren aber die materiell-utilitaristischen Funktionen den gesellschaftlichen Charakter der Architektur. Soll der Klasseninhalt der sozialistischen Architektur abgegrenzt werden, dann muß in erster Linie von den realen Lebensbedürfnissen und der Form ihrer baulich-räumlichen Befriedigung ausgegangen werden.

Man betrachte zum Beispiel die Wohnweise. Es herrscht Einigkeit darüber, daß sie sich im Sozialismus entsprechend wandelt und daß dies zu neuen räumlichen Ordnungen führt. In der Praxis der Grundrißdisposition ist davon allerdings kaum etwas zu spüren. Es werden Wohnungstypen verwendet, die sich zum Teil schon vor Jahrzehnten in der kapitalistischen Gesellschaft herausgebildet haben. Sie treten uns als gerundete, abgeschlossene Lösungen entgegen, die optimal alle Wohnfunktionen zu erfüllen scheinen. Durch langen Gebrauch sind sie vielfältig erprobt, technischen Möglichkeiten angepaßt, auf wirtschaftliche Konstruktion und Nutzung abgestimmt und in den funktionellen Beziehungen bis ins letzte ausgefeilt. Dies geschah aber — und das muß man sich vor Augen halten — auf der Grundlage einer Wohnweise, die aus den Lebensverhältnissen im Kapitalismus hervorgegangen ist. Dieses Optimum an Funktionstüchtigkeit ist nur scheinbar absolut, es ist relativ, geschichtlich bedingt, bestmögliche Lösung nur für die kapitalistische Gesellschaft. Neue Wohntypen können daher auch nur aus der primären Abhängigkeit aller baulichen Bedürfnisse von den klassenbedingten gesellschaftlichen Lebensbeziehungen gewonnen werden. Vom Wohnungsgrundriß her allein ist das Problem nicht zu lösen. Wenn es darum geht, die bisherigen Wohnungstypen im Sinne einer sozialistischen Wohnweise zu verändern, dann müssen die Prinzipien dafür in der neuen sozialistischen Lebensweise gesucht werden. Die räumliche Gliederung einer Wohnung, die individuellen und gesellschaftlichen Funktionen, die sie zu erfüllen hat, Größe und Variabilität ihrer Zimmer, Wohnkomfort, technische Ausstattung — all das hängt — weit über die vier Wände hinausgreifend — von der Art und Weise ab, wie die Wohnung in den gesamten mit baulichen Mitteln organisierten gesellschaftlichen Lebensbereich eingebettet ist, wird also letztlich von den neuen, sozialistischen Beziehungen der Menschen untereinander bestimmt.

Hier tut sich eine Problematik auf, die erst in jüngster Zeit in den Mittelpunkt des theoretischen Interesses gerückt worden ist, so durch eine Theoretische Konferenz der Akademie für Bauwesen und Architektur Moskau, durch den Wettbewerb für einen Wohnbezirk im Südwesten Moskaus und insbesondere durch die Moskauer Allunions-Städtebaukonferenz. Auch bei uns sind ähnliche erste Gedanken vorhanden, die jedoch noch sehr allgemein und daher mangelhaft sind, was ein Beweis dafür ist, wie sehr sich unsere Theorie in dieser Hinsicht noch am Anfang befindet. Hier gilt es, rasch aufzuholen, das im Denken jedes wirklichen Architekten von jeher latente Bemühen, die bauliche Konzeption aus den realen gesellschaftlichen Lebensbedürfnissen zu entwickeln, theoretisch zu sanktionieren, ihm Ziel und Richtung zu geben und es als notwendigen, weil wesentlichen Bestandteil in die vielseitige baukünstlerische Tätigkeit einzuordnen. Wir haben uns vor Jahren von einer theoretisch falschen, einseitig ästhetischen Interpretation der Architektur abgewendet. Dadurch wurde der Weg geebnet, die technisch-ökonomische Seite des Bauens rasch zu entwickeln. Alle damit zusammenhängenden Fragenkomplexe nahmen die Aufmerksamkeit zuweilen so in Anspruch, daß es scheinen konnte, als seien darin die eigentlichen Probleme unseres Bauens zu suchen. Die Praxis des gesellschaftlichen Lebens drängt uns aber weiter. Sie verlangt, daß wir uns der eigentlichen Aufgabe der Architektur zuwenden: nämlich auf der Grundlage des industriellen Bauens (als einem notwendigen Mittel zum Zweck) die neuen sozialistischen Lebensbedürfnisse räumlich zu ordnen, was vielfach bedeutet, sie überhaupt erst erforschen zu helfen, um sie mit baulichen Mitteln befriedigen zu können. Diese Aufgabe schließt — sofern wir Architektur = Baukunst im Auge haben — als gleichberechtigte Forderung notwendig ein, dem Neuen der sozialistischen Gesellschaft auch künstlerischen Ausdruck zu verleihen.

Ein weiteres wichtiges Kriterium für den Klassencharakter der Architektur ist in ihrer künstlerischen, das heißt ideologischen Funktion zu suchen. Die Kunst gehört als Form des Bewußtseins zum Überbau. Sie ist damit der Klassenideologie verhaftet. Jede künstlerische Äußerung erfolgt im Auftrag oder im Dienst bestimmter Klassen. Im Werk des Künstlers spiegeln sich — bewußt oder unbewußt, sichtbar ins Auge springend oder durch viele Zwischenglieder verdunkelt — Klasseninteressen, Klassenanschauungen. Bauliche Kunstwerke unterliegen derselben Gesetzmäßigkeit. Und wenn gerade in der künstlerischen Aussage, also jener Seite des baulichen Tuns, die eindeutig im ideologischen Bereich wurzelt, wesentliche Unterschiede zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Architektur festgestellt werden, wenn vom Architekten gefordert wird, in den Bauwerken die geistigen Ziele der sozialistischen Ordnung menschlichen Daseins zum Ausdruck zu bringen, dann entspricht dies völlig den objektiven Möglichkeiten der Architektur, gesellschaftliche Ideen künstlerisch widerzuspiegeln.

Die vielfältigen Forderungen an die baukünstlerische Form verdichten sich meist zu einem mehr oder weniger straff gefaßten ästhetischen Programm. In diesem Programm sind die materiellen und ideellen Ansprüche der Gesellschaft gleichsam aufbereitet für den speziellen Zweck der architektonischen Tätigkeit. Dem Architekten wird darin gezeigt, auf welchem Wege er durch eine baukünstlerische Form — bei selbstverständlicher Befriedigung der materiellen Bedürfnisse — die geistigen Inhalte der jeweiligen Gesellschaft am besten auszudrücken vermag.

Sehr ausgeprägt tritt uns ein solches Programm zum Beispiel in der Architekturtheorie der Renaissance entgegen. Es gründet sich dort auf ein bestimmtes Verhältnis zur Tradition. Was sich aus dem Wesen der Architektur als Kunst an formerzeugenden Prinzipien herleiten ließ, das wurde erst auf dem Boden der römisch-antiken Bautradition und der davon ausgegangenen geistigen Impulse zu einer tragfähigen Grundanschauung über die Architektur, aus der unmittelbar praktische Anweisungen für konkrete Einzelfälle des baulichen Gestaltens jener Epoche abgeleitet werden konnten. Die klassischen Prinzipien waren gleichsam ein Filter, durch den die realen materiellen und ideellen Forderungen der Gesellschaft hindurch mußten, um sich als angemessene architektonische Formvorstellung niederschlagen zu können.

Auf ähnliche Art sind auch in anderen Epochen aus den allgemeinen gesellschaftlichen Zielen bestimmte künstlerische Leitideen formuliert worden. Ein solches ästhetisches Programm erscheint als vermittelndes Glied zwischen der aus dem ökonomischen Kampf der Klassen hervorgegangenen Ideologie und der praktischen künstlerischen Tätigkeit als eine der vielen Möglichkeiten, diese Ideologie darzulegen. Es ist notwendig als Stufe vom Allgemeinen zum Konkreten, es hat den Charakter der Methode.

Unter diesem Aspekt muß auch der Inhalt des Begriffes sozialistischer Realismus gewertet werden. Der sozialistische Realismus bedeutet seinem Wesen nach dem Künstler eine Hilfe, die sozialistische Ideologie mit den Mitteln der Kunst zum Ausdruck zu bringen. Er ist aus der gleichen, oben näher begründeten Notwendigkeit entstanden, mit der auch vorangegangene gesellschaftliche Epochen ihre ästhetischen Programme formuliert haben. Allein eine nähere Betrachtung der Geschichte des Terminus würde das deutlich machen. Sie würde insbesondere zeigen, daß der Begriff und sein Inhalt nicht von irgend jemandem erfunden worden sind. Es lag ein reales Bedürfnis zugrunde, und der Begriff wurde erst theoretisch gefaßt, nachdem sich die darin verallgemeinerten Prinzipien bereits in der künstlerischen Praxis herausgebildet hatten.

Der sozialistische Realismus kann in Anlehnung an sowjetische Ästhetiker als eine künstlerische Methode definiert werden, die — wie der Realismus im allgemeinen auch — dem Künstler Wege weist, zur wahrheitsgetreuen Widerspiegelung der Wirklichkeit zu kommen und damit zugleich den Zielen der sozialistischen Gesellschaft zu dienen. Das Adjektiv „sozialistisch" bezieht sich auf den Ideengehalt der Kunst (und nur auf ihn). Es besagt nichts anderes, als daß dieser Realismus auf der sozialistischen Ideologie beruht, daß er alle Erscheinungen der Vergangenheit und Gegenwart vom Standpunkt

dieser Weltanschauung aus wertet. Freilich muß nun von dieser allgemeinen Stufe der Definition der Schritt zu den speziellen Problemen der Architektur getan werden. Die Theorie hat zu klären, auf welche Weise die künstlerische Widerspiegelung der Wirklichkeit in der Architektur vor sich geht, worin das Besondere des künstlerischen Bildes eines baulichen Kunstwerkes liegt. Erst dann dürfte einengenden Auslegungen der Boden entzogen sein und auch dem Architekten der eigentliche Sinn des sozialistischen Realismus deutlich werden.

Es wurde dargestellt, wie die Architektur von der Aufgabe her in zweifacher Hinsicht gesellschaftlich verankert ist. Sie hängt einmal von den Produktionsverhältnissen ab, weil von dort her die Raumprogramme formuliert werden. Sie ist zum anderen an die gesellschaftliche Ideologie (den Überbau) gebunden, weil sie darin den Boden für die künstlerische Wirksamkeit hat. In beiden Fällen konnte ein Kriterium für den Klassencharakter der Architektur gefunden werden. Wie steht es in dieser Hinsicht mit der dritten Hauptkomponente, den technischen Mitteln?

Das Wachstum der Produktivkräfte bestimmt die Veränderungen im gesellschaftlichen Leben. Folglich wird am jeweils erreichten Niveau der Technik — wie es in Bauwerken zum Ausdruck kommt — Gesellschaftliches ablesbar sein. So kann man ein unterscheidendes Merkmal etwa zwischen der Architektur der Sklavenhaltergesellschaft und der des Sozialismus schon darin finden, wie ein ägyptischer Tempel oder ein Großplattenbau konstruiert sind, welche Verfahren, mechanischen Hilfsmittel verwendet wurden und welche Rolle der Mensch in der Bauproduktion spielt. Damit ist jedoch nicht viel gewonnen. Dieses Kriterium versagt, wenn wir im Bereich der Produktivkräfte nach Wesensunterschieden zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Architektur suchen. Es versagt deshalb, weil beide, auf gleicher Stufe der materiellen Produktion stehend, eine gemeinsame technische Grundlage haben und gleiche Baustoffe, gleiche Konstruktionen, gleiche maschinelle Hilfsmittel verwenden. Was also von seiten der Produktivkräfte durch Bauwerke über die menschliche Gesellschaft ausgesagt wird, das bezieht sich auf den allgemeinen Entwicklungsstand der materiellen Produktion und ist nicht klassengebunden. Die Technik, so sagen wir, ist klassenindifferent. Es wäre absurd, von einem kapitalistischen und sozialistischen Zement, Plattenbalken, Turmdrehkran und so weiter zu sprechen. Die klassenmäßig bedingte Aussage liegt offenbar auf einer anderen Ebene.

Und doch kann man die Bautechnik nicht vollständig aus ihrer Bindung an die jeweiligen Produktionsverhältnisse lösen. Die Auswahl bestimmter technischer Verfahren, die Richtung, in der neue Baustoffe gesucht und neue Konstruktionsmittel entwickelt werden, die Schnelligkeit, mit der die Bautechnik voranschreitet, der Grad, in dem sie gefördert oder gehemmt wird — all das hängt von den ökonomischen Formen ab, in denen sich der gesamte gesellschaftliche Produktionsprozeß vollzieht. Wenn die Industrialisierung des Bauens erst in jüngster Zeit und vor allem in den sozialistischen Ländern auf die Tagesordnung gesetzt wurde, dann liegt das an dem Unvermögen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, diesen notwendigen, in anderen Industriezweigen längst vollzogenen Prozeß zu fördern. Das Privateigentum an Produktionsmitteln und am Boden, die Anarchie der Produktion, der Konkurrenzkampf und andere Eigenheiten der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erschweren es, handwerkliche durch industrielle Fertigungsmethoden abzulösen, wenn sie die durchgängige Industrialisierung des Bauens nicht überhaupt unmöglich machen. Wir sehen daher zu Recht im Gesamtprozeß der Industrialisierung des Bauablaufes ein klassenbedingtes Kriterium der sozialistischen Architektur.

Aus dem letzten Gedankengang geht hervor, daß zwischen den drei Hauptkomponenten der Architektur keineswegs bloß einfache Abhängigkeiten bestehen. Folglich geht es nicht an, jede Seite für sich, isoliert von den anderen auf die Gesellschaft zu beziehen und daraus bindende Schlüsse über den sozialen Charakter der Architektur herzuleiten. Die anfangs gegebene Zuordnung des Raumprogramms zu den Produktionsverhältnissen, der künstlerischen Aufgabe zum Überbau und der bautechnischen Mittel zu den Produktivkräften ist daher eine sehr grobe Systematik. Sie kann nur eben Grundlage sein, das äußerst diffizile Netz von dialektischen Zusammenhängen zwischen der Gesellschaft und allen Bereichen der architektonischen Tätigkeit theoretisch aufzuschließen. Erst durch Zusammenschau sind die tatsächlichen Vorgänge wenigstens annähernd zu ergründen.

Die Befriedigung räumlicher Bedürfnisse hängt selbstverständlich von den bautechnischen Möglichkeiten ab. Ein Raumprogramm kann nur in Rücksicht auf verfügbare Materialien und daran gebundene Konstruktionssysteme aufgestellt werden. Es wird überhaupt nur innerhalb der Grenzen gedacht werden können, die im jeweiligen Stand der materiellen Produktion gegeben sind. Und doch ist der Zusammenhang zwischen beiden nur aus einer wechselseitigen Bedingtheit heraus zu fassen. Wir sahen, daß die Produktionsverhältnisse durchaus auf die Bautechnik einwirken können, insofern nämlich, als sie die Entwicklungsform der Produktivkräfte im allgemeinen sind und deren Wachstum hemmen oder beschleunigen.

Aber noch auf eine andere Weise empfängt die Bautechnik Impulse aus den Produktionsverhältnissen. Unablässig entstehen im materiellen Leben der Gesellschaft neue Bedürfnisse, die neue räumliche Ansprüche zur Folge haben und zu immer differenzierteren baulichen Organismen drängen. Die Bautechnik wird dadurch gleichsam angespornt, nach neuen Wegen zu suchen, neue Materialien und konstruktive Mittel hervorzubringen. So ist im 19. Jahrhundert das rasche und breite Eindringen des Eisens in die Hochbaukonstruktionen wesentlich durch neue Bauaufgaben wie: Bahnhöfe, Warenhäuser, Ausstellungshallen gefördert worden. Und so hängt auch die Veränderung der Bautechnik im Sinne der Industrialisierung ursächlich mit den Lebensbedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft zusammen. Die gesteckten Ziele: das Wohnungsproblem zu lösen und mit baulichen Anlagen das materielle und kulturelle Leben der Gesellschaft auf eine hohe Stufe zu heben, machen es notwendig, die Bauproduktion in so tiefgreifender Weise umzugestalten.

Unter dem gleichen Gesichtspunkt der wechselseitigen Bedingtheit muß auch der Zusammenhang zwischen Raumforderung und künstlerischer Aussage gewertet werden. Kunst bleibt im Bauen immer an das räumliche Ordnen praktischer Lebensvorgänge geknüpft. Es führt zu theoretischen Fehlschlüssen, wollte man dies außer acht lassen.

Die Kunst — so wurde festgestellt — gehört zum Überbau. Der Überbau wird durch die Basis hervorgebracht. Aber hier ist nicht nur passive Abhängigkeit vorhanden. Der Überbau kann aktiv auf die Entwicklung der Basis zurückwirken. Als Teil des Überbaus hat die Kunst eine gewisse Eigenständigkeit. Sie entwickelt sich nach eigenen Gesetzen, jedoch nur innerhalb der Gebundenheit an die Produktionsverhältnisse. Man spricht von einem relativen Selbstwert der Kunst. Er äußert sich am deutlichsten in der Tatsache, daß gegenüber den mitunter raschen und tiefgreifenden Veränderungen des ökonomischen Lebens der Gesellschaft im Bereich der Ideen eine gewisse Kontinuität erhalten bleibt. Die Kunst einer Epoche läßt sich nicht automatisch aus den gegebenen ökonomischen Verhältnissen erklären. Sie empfängt zum Beispiel Impulse von früheren schöpferischen Leistungen, sie ist vielfältig von anderen Formen der gesellschaftlichen Ideologie abhängig, von politischen Zielen, philosophischen Erkenntnissen, moralischen Normen, religiösen Vorstellungen und so weiter. In der Kunst finden soziale Gefühle, Stimmungen, Vorstellungen, Illusionen (all das, was man unter dem Begriff gesellschaftliche Psychologie zusammenfaßt) ihren Niederschlag. Hier ist nicht mehr in jedem Fall eine Klassenbedingtheit vorhanden. Zwar gibt es eine Klassenpsychologie, daneben aber die allen Klassen einer Nation gemeinsame psychische Wesensart. Das gesellschaftliche Bewußtsein enthält allgemein-menschliche Elemente. Da es real nur als Bewußtsein von Individuen existiert, gewinnen schließlich die Unwägbarkeiten der persönlichen Weltsicht des Künstlers und des Auftraggebers Einfluß auf die Kunst.

Aus all dem ist der Schluß zu ziehen, daß in der Architektur die künstlerische Seite einer relativen Eigengesetzlichkeit unterliegt. Die Formprinzipien können nicht allein und automatisch aus den Erfordernissen der materiellen Zweckmäßigkeit räumlicher Gebilde hergeleitet werden. Auch von der künstlerischen Seite her bestehen genau bestimmbare Bindungen, über die sich der Gestalter ebensowenig hinwegsetzen kann wie über die technischen und funktionellen. Er kann seine Aufgabe nur in dialektischer Zusammenschau des Widersprüchlichen lösen. Wenn in den Jahren nach 1950 in unserer architektonischen Praxis die ideologisch-ästhetische Seite in den Vordergrund gerückt wurde, dann geschah dies in der Absicht, die künstlerischen Potenzen der Architektur für die gesellschaftliche Entwicklung zu nützen. Die Ergebnisse waren nicht etwa deshalb unbefriedigend, weil es der Architektur objektiv unmöglich wäre, künstlerisch zu wirken, sondern deshalb, weil die künstlerische Aufgabe losgelöst von der materiellen Aufgabe betrachtet wurde und so zu ihr in Widerspruch geriet. Die gesellschaftlichen Realitäten zwangen dazu, die einseitige ästhetische Konzeption der Architektur zu revidieren und das Augenmerk auf die tatsächlichen Lebensbedürfnisse und ihre räumliche Befriedigung zu richten. Allerdings dürfte die den ästhetischen Postulaten entgegengestellte, scheinbar so natürliche These vom Primat der materiellen Zweckforderung eine allzu bequeme Antithese sein. Auf ihrer Grundlage versucht zum Beispiel der extreme Funktionalismus, unter dem Leitsatz: Form folgt Funktion, ein gestalterisches Prinzip zu gewinnen. Er unterliegt einer Täuschung, wenn er meint, es gefunden zu haben. In der hier vorgetragenen Konsequenz wird es nicht möglich sein, aus einer nach materiell-utilitaristischen Gesichtspunkten erzeugten Raumordnung automatisch die künstlerische Form herzuleiten. Sofern nur überhaupt neben der funktionellen Lösung eine künstlerische Absicht vorhanden ist, werden auch beide von Anfang an im Entwurfsprozeß gleichberechtigt nebeneinanderstehen und nur aus ihrer wechselseitigen Bezogenheit die Baugestalt ergeben. Der baukünstlerische Entwurfsprozeß ist darauf gerichtet, durch eine schöpferische Leistung jene Synthese von materieller und ideeller Aufgabe hervorzubringen, die große bauliche Kunstwerke auszeichnet und die allein das Wesen der Architektur ausmacht.

Es bleibt übrig, noch auf die Zusammenhänge zwischen Kunst und Technik in der Architektur einzugehen. Jede bauliche Kunstform ist durch Material und Konstruktion bedingt. Darin liegt gerade eine der Besonderheiten der Architektur als Kunst. Die künstlerische Gestaltung bleibt an den materiellen Stoff gebunden. Und die Qualität der architektonischen Leistung wird mit davon abhängen, in wieweit es gelingt, die Form aus den Eigenheiten des Stoffes zu entwickeln. Man weist mit Vorliebe in diesem Zusammenhang auf den griechischen Säulenbau hin, in dem materialtechnische, konstruktive und statische Vorgänge in optimaler Weise künstlerisch ausgedeutet werden, und sieht mit Recht darin eine Ursache für die Vollkommenheit der griechischen Architektur. Das dort zugrunde liegende Prinzip hilft uns, die industriellen Montagebauweisen künstlerisch zu bewältigen. Nach anfänglichen Irrwegen hat sich inzwischen allgemein die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine befriedigende künstlerische Form nur gewonnen werden kann, wenn vom gewählten Konstruktionssystem und seiner Wesenheit ausgegangen wird.

Aber dieses Prinzip der optimalen Übereinstimmung von Form und Stoff gibt kein absolutes Kriterium. Seine architektonische Wirksamkeit wie überhaupt der Grad, in dem eine solche Übereinstimmung hergestellt ist, sind relativ insofern, als sie vom Inhalt der baukünstlerischen Aussage abhängen. Man betrachte zum Beispiel, auf welche Weise in der Renaissancearchitektur die Säulenordnungen — ihres eigentlichen Sinnes beraubt — zu gliedernden Zwecken vor die Wand gestellt wurden. Aus konstruktiven Erfordernissen brauchte das Mauerwerk eine solche Verstärkung gewiß nicht. Es wird niemandem einfallen, jener Architektur auf Grund dieses mangelnden Gleichklanges von Konstruktion und Form etwa die künstlerische Wirksamkeit, die Fähigkeit, Klassenideen zum Ausdruck zu bringen, abzusprechen. Die Ideologie ist nur mittelbar, nur über die Produktionsverhältnisse mit der Technik verbunden. Folglich ist auch die klassenbedingte künstlerische Aussage in der Architektur nicht direkt aus bautechnischen Bedingungen herleitbar. Der objektiv gegebene Zusammenhang zwischen Stoff und Form steht auf der Stufe des Formelements. Erst im übergeordneten Ganzen der baukünstlerischen Form erhält er seine konkrete Parteilichkeit.

Die Bautechnik ist wie für die Erfüllung der räumlichen Ansprüche auch für die künstlerische Aussage unabdingbare Grundlage. Sie bleibt aber in beiden Fällen Mittel zum Zweck und wird sich innerhalb der Wechselbeziehungen, die objektiv zwischen den Kategorien des historischen Materialismus gegeben sind, besonderen funktionellen und ästhetischen Notwendigkeiten anpassen können. So sollten hinsichtlich der industriellen Baumethoden mehr als bisher die Erfordernisse der künstlerischen Aussage bereits beim Erarbeiten der Technologie berücksichtigt werden. Der Architekt hat als Gestalter durchaus die Möglichkeit, im Sinne seiner zu lösenden künstlerischen Aufgabe auf die Fertigung der Teile einzuwirken und sie in gewünschte Bahnen zu lenken, etwa hinsichtlich der Größe und Proportionierung der Platten, Sitz und Proportionen der Öffnungen, Art der Fuge, Fassadenstruktur, Oberflächengestalt und so weiter.

Damit ist, wenn auch sehr skizzenhaft, der Kreis der Betrachtungen über das Verhältnis der Architektur zur Gesellschaft geschlossen. Ein bauliches Kunstwerk ist unmittelbar mit den Produktivkräften, den Produktionsverhältnissen und der Ideologie verbunden. Räumliches Bedürfnis, künstlerische Aussage und bautechnisches Mittel hängen nicht nur jeweils einzeln von der Gesellschaft ab, sondern stehen untereinander in den mannigfaltigsten Wechselbeziehungen. Diese längst nicht vollständigen Gedanken über den sozialen Charakter der Architektur mögen als Hinweis auf die Vielfalt der Bezüglichkeiten gelten, denen baukünstlerisches Tun unterliegt. Das Wesen der Architektur werden wir nur dann klären können, wenn es uns gelingt, es in seiner Allseitigkeit theoretisch zu fassen. „Um einen Gegenstand wirklich zu kennen, muß man alle seine Seiten, alle seine Verbindungen und Vermittlungen erfassen und erforschen. Wir werden das niemals vollständig erreichen, die Forderung nach Allseitigkeit wird uns aber vor Fehlern und vor Erstarrung bewahren" (Lenin).

Einige Bemerkungen zur städtebaulichen Konzeption Schwedts

Hermann Exner

Der Stadtcharakter

Betrachtet man den Plan für Schwedt[1], so gibt es auf den ersten Blick eine merkwürdige Übereinstimmung mit den Plänen alter Städte. Da ist ein Zentrum, um das sich die Wohnhäuser in einem Halbkreis gruppieren; diese heben sich ohne Übergang, schroff wie die Stadtmauer einer mittelalterlichen Stadt, vom flachen Land ab. Davor liegen wie Bastionen die sechs Garagenhöfe und verstärken den Eindruck des Sich-nach-außen-abschließens und Sich-auf-die Mitte-beziehens. Das ist die Konzeption einer „Stadt" und eine klare Absage an die „Siedlung". Die verhältnismäßig geringe Einwohnerzahl spielt keine Rolle. Der Charakter ist entscheidend.

Das Zentrum

Das neue Schwedt unterscheidet sich allerdings grundlegend von der ungestalteten Stadt des Kapitalismus. Es ist wie die Städte des Altertums und des Mittelalters gestaltet. Das zeigt bereits der Entwurf des Zentrums. Im Kapitalismus bestimmten die sich kreuzenden Verkehrswege seine Entwicklung. Sie brachten einen größeren Passantenstrom und damit ein stärkeres Geschäftsleben mit entsprechender Vergnügungsindustrie und als Endergebnis ein hektisches Durcheinander. Das Leben auf der Agora der griechischen Handelsstadt, dem Forum Roms, den Markt- und Domplätzen der mittelalterlichen Städte war dagegen von geistigen Zielsetzungen wesentlich bestimmt.

Für den sozialistischen Architekten Selmanagic waren ebenfalls geistige Werte und nicht merkantile Gesichtspunkte für die Entwurfsarbeit maßgebend. Kern des Zentrums ist ein zentraler Stadtraum als Tribüne für politische Kundgebungen und Demonstrationen, des sich Sehens und Treffens der Bürger, für Empfänge und Feste. Das große, ausschließlich Fußgängern vorbehaltene Rechteck von 75 m × 230 m entspricht in seinen Ausmaßen etwa der Stalinallee in Berlin zwischen Strausberger Platz und Sporthalle und ist damit größer als der Markusplatz in Venedig. Die Cafés und Restaurants in den angrenzenden Häusern verstärken mit ihren Sitzen im Freien die Atmosphäre einer ungezwungenen demokratischen Geselligkeit. Hier befinden sich die Verkaufsstätten, die mit ihren Schaufensterreihen allem einen lebendigen, anregenden Rahmen geben. Bei der Organisation der Versorgung sollte darauf gesehen werden, daß die angebotenen Dienstleistungen und Waren die Möglichkeit zu attraktiven Auslagen geben. Annahmestellen für das dienstleistende Handwerk dürften hierfür weniger geeignet sein, Stehbierhallen und Bockwurststände ebenfalls nicht. Nach Westen schirmt das dreigeschossige Warenhaus den Platz gegen ungünstige Winde ab. An der Ostseite erhebt sich, ebenfalls dreigeschossig, das Kulturhaus mit seinen Theater-, Vortrags-, Konzert- und Beratungssälen. Die zweigeschossige Schule schließt unmittelbar an. Ein kleinerer Platz im Westen wirkt abstufend und bringt eine intimere Note in die große städtebauliche Komposition. Das bunte, fröhliche Leben und Treiben in diesem Zentrum, dem gesellschaftlichen Mittelpunkt einer Stadt mit 25000 Einwohnern und eines Einzugsgebietes mit weiteren 25000 Menschen, kann man sich bereits heute gut vorstellen. Besonders im Winter wird das Schwedter Zentrum mit seinem im Glanz bunter Lichter erstrahlendem Kulturhaus, den beleuchteten Schaufenstern, den immergrünen Rabatten, den durch Infrarot-Lampen geheizten Bürgersteigen und Terrassen der Cafés, Restaurants und Lesehallen ein angenehmer, anregender Aufenthalt sein.

Das dreigeschossige Kulturhaus gehört seiner Höhe nach zu den bescheidensten Gebäuden der Stadt. Der Sitz des Rates der Stadt und anderer Verwaltungsorgane befindet sich in einem zweckmäßigen Bürohaus in der äußersten Ecke des kleinen Platzes. Eine besondere, bewußtseinsbildende, repräsentative Wirkung, wie sie öffentliche Gebäude Jahrtausende hindurch vermöge zentraler Stellung, überragender Größe und reicher Ausschmückung vermittelten, strebte der Architekt augenscheinlich nicht an. Sie ist auch überflüssig geworden, denn mit der Erfindung der Buchdruckerkunst, der Fotografie, des Rundfunks, des Fernsehens und so weiter besitzen wir viel leistungsfähigere und unseren heutigen Verhältnissen besser angepaßte Mittel zur Bewußtseinsbildung der Menschen als es gebaute Formen je sein können, die immer nur auf das Gefühl zu wirken vermögen.

Für ein sozialistisches Kulturhaus ist nicht entscheidend, was es als Bau darstellt, sondern was in ihm vorgeht. (Eine mit den funktionellen Notwendigkeiten übereinstimmende künstlerisch hochwertige architektonische Form wird dabei als selbstverständlich vorausgesetzt.) So gesehen ist der Schwedter Bau trotz seiner geringen Höhe leistungsfähiger als ein riesiger gotischer Dom.

Der Sitz des Rates der Stadt ist äußerlich ein einfaches Bürohaus. Darin äußert sich auch die Tatsache, daß im Kommunismus — und Schwedt wird in einigen Jahrzehnten eine kommunistische Stadt sein — an die Stelle des Herrschens über Menschen das Verwalten von Sachen tritt. Das macht repräsentative, monumentale Schlösser, Rathäuser und Regierungsgebäude überflüssig, die in ihrer äußeren Erscheinung stets einem Herrschaftsanspruch zu dienen hatten. „Aus dem Monument wird eine Arbeitsstätte", heißt es in der offiziellen sowjetischen Kritik zu den Wettbewerbsentwürfen für das neue Haus des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Der zur Ausführung bestimmte Entwurf befindet sich jetzt als dreigeschossiger Gebäudekomplex am Stadtrand von Moskau im Bau.

Das Erlebnis der Kunst

Wir verdanken Professor Selmanagic bereits das recht schöne Walter-Ulbricht-Stadion in Berlin. Er wird auch in Schwedt die sich aus funktionellen Notwendigkeiten ergebenden räumlichen, plastischen und farblichen Werte sowie Rasen, Blume und Baum mit sicherem ästhetischen Empfinden meistern und so seine funktionelle Konzeption zu einem städtebaulichen Kunstwerk steigern. Doch man wünscht sich mehr an Kunst, als die Architektur aus funktionellen Notwendigkeiten heraus entwickeln kann, besonders im Winter, wenn einige aus der Begrünung gewonnene ästhetische Faktoren weitgehend ausfallen. Zwar spielt im Dasein des Menschen das durch Architektur, Plastik und Malerei vermittelte künstlerische Erleben nicht mehr die dominierende Rolle wie im Mittelalter. Literatur, Musik, Theater (Film und Fernsehen) haben an Bedeutung gewonnen. Auch setzt gutes Erfüllen des Funktionalen, Funktion im besten und weitesten Sinne verstanden, zum Beispiel am Kulturhaus, dem Einsatz optisch-ästhetischer Werte Grenzen. Goethe hat auf Beeinträchtigungen eines intensiven geistigen Arbeitens durch eine reich dekorierte Umgebung bereits hingewiesen, als er zu Eckermann einmal sagte, er fühle sich in einer prächtigen Wohnung nicht wohl und werde in ihr sogleich faul und untätig.

Ganz anders liegen die Dinge bei dem bereits im Parkgürtel liegenden Haus der Körperkultur. Für diesen Bau sind eine Schwimmhalle, die sich im Sommer zu einer Gymnastikwiese öffnen läßt, ein heizbares Außenschwimmbecken, Gymnastikräume, Sauna und so weiter vorgesehen. Hier können der Raum und seine Ausstattung wie in einer mittelalterlichen Kirche ohne Beeinträchtigung der Funktion stärkste künstlerische Erlebnisse hervorrufen. Natürlich ist hier keine Dekoration aus Kunstmarmor, Stuck und Säulen gemeint. Aber bei der Wandbekleidung und der Verglasung zum Beispiel sollten alle Möglichkeiten der Farbe voll genutzt werden, und zwar nicht auf dem Umweg über das Ornament, sondern durch die unmittelbare Aktivierung ihrer ästhetischen Werte. Ein Wintergarten mit Ausläufern in alle Räume wäre eine wichtige ästhetische Bereicherung.

Das Haus der Körperkultur mit seinen Außenanlagen wäre auch der geeignete Platz für realistische Plastiken mit Inhalten, die sich aus der Aufgabe des Gebäudes ergeben. Für Henry Moore ist hier trotz aller plastischen Fähigkeiten, die ihm von Fachleuten zugeschrieben werden, keinesfalls der geeignete Ort. Werke von Arnold, Cremer, Grzimek und so weiter, um die Richtung zu zeigen, wünscht man hier zu sehen. Als Stätte einer lebensfrohen Kunst sollte das Haus der Körperkultur das letztlich auf den Tod ausgerichtete Gesamtkunstwerk des gotischen Doms ablösen. Nicht die Säulen und Ornamente der Antike, aber ihre Lebensführung steht uns heute sehr nahe; fern ist uns dagegen das Mittelalter.

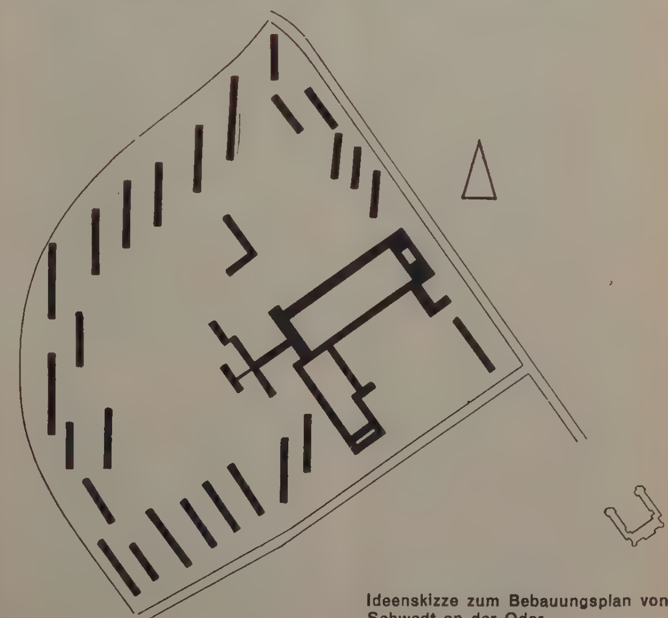
Sehr wichtig für die Vermittlung ästhetischer Erlebnisse ist auch das Stadtzentrum mit seinem farbigen Licht. An die Stelle der in kapitalistischen Ländern üblichen chaotischen Reklamebeleuchtungen hätten jedoch von Künstlern entworfene freie farbige Gestaltungen zu treten. Darüber hinaus nötigen die ästhetische Überwachung der Ladenauslagen und Schaufenster sowie die Gestaltung von politischen Ausstellungen und Festausschmükkungen zum dauernden Einsatz einer Reihe von Künstlern, die zugleich die Erziehung der Erwachsenen und Kinder zur Urteilsfähigkeit in bezug auf die ästhetischen Probleme, die das Leben täglich jedem von uns aufgibt, zu übernehmen hätten. Dazu sind Künstler neuen Typs nötig. Am nächsten kommen ihnen heute unsere Gebrauchsgrafiker und Ausstellungsgestalter, die bei ihrer bewußtseinsbildenden künstlerischen Arbeit Bild, Farbe, Raum sowie plastische und akustische Aussagemittel beherrschen müssen.

Das Wohnen

Zwischen den Wohnbauten des Randes und dem Zentrum liegt ein Grüngürtel mit parkartigen Anlagen und Sportplätzen. Jeder Gang zum Einkaufen, in die Konzerte, in das Theater, zum Kino sowie zu den Vortrags- und Studiensälen wird zu einer Erholung. Die Kinder gehen ungefährdet zum Kindergarten und zur Schule, denn zwischen Zentrum und Wohnrand gibt es keine Fahrstraßen.

Die Anlage der Wohnblocks ähnelt der des Schwedter Schlosses. Es herrschen Quertrakte mit Flügelbauten vor. Dadurch entstehen Gartenhöfe, die sich zum Grüngürtel öffnen und ihn für den Blick kräftig erweitern. Sie bieten auch gut Raum für Nachfolgeeinrichtungen wie Kindergärten und so weiter. Die rechtwinklige Anordnung der Wohnblocks führt allerdings zu einer sehr unterschiedlichen Besonnung, denn es entstehen Nord- und Nordwestfronten. Der Ausgleich erfolgt durch eine Variierung des Typengrundrisses. Eine hundertprozentig befriedigende Lösung dürfte allerdings kaum zu erreichen sein.

Der vorliegende Plan bildet eine in sich geschlossene Einheit. Änderungen entfallen also. Aber viele Bauprojekte ähnlicher Größe werden in den nächsten Jahren zur Ausführung kommen. Es wäre durchaus zu wünschen, daß der Entwurf für Schwedt mit seinen Besonderheiten — 12000 Einwohner, zentraler Stadtraum mit großstädtischer Atmosphäre, Grüngürtel, Randbebauung — zur Grundlage eines städtebaulichen Typs wird. Für die Randbebauung sollten allerdings die Vorteile genutzt werden, die der Zeilenbau gewährt. In der untenstehenden Ideenskizze sind die Wohnblocks einer Stadt von der Größe Schwedts nach hygienischen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten geordnet. Daraus ergibt sich ein konsequenter, unschematischer Zeilenbau mit gleichmäßig guter Besonnung und Ausblicken von jeder Wohnung auf die Anlagen und die gesellschaftlichen Bauten des Zentrums. Eine leichte Drehung der Reihen, die zu noch durchaus vertretbaren Südwest- und Nordostfronten führt, erfolgt nur, wenn es der Ausblick auf Kulturhaus, Schule,



Ideenskizze zum Bebauungsplan von Schwedt an der Oder

[1] Siehe „Deutsche Architektur", Heft 1/1960, Seite 10 bis 15

die Sportanlagen und die große Parkfläche erfordert.

Nach den vorliegenden Berechnungen werden sich von den 3422 Wohnungseinheiten etwa 900 im sechsten bis zwölften Geschoß befinden. Sie werden durch die besonderen Konstruktionen, wie Fahrstühle, Müllschlucker und so weiter, erheblich teurer als die in den unteren Geschossen. In der Sowjetunion ist der Übergang vom vielgeschossigen zum fünfgeschossigen und in der Perspektive sogar zum viergeschossigen Bau bereits vollzogen. Diese Häuser ermöglichen eben ein wirtschaftlicheres Bauen. Für Schwedt entfällt der Ersatz der oberen Geschosse durch zusätzliche fünfgeschossige Bauten. Das würde den Charakter der Planung ändern. Außerdem fehlt der Baugrund. Es sollte jedoch sehr sorgfältig und vorurteilsfrei überlegt werden, ob es nicht richtiger wäre, die Wohnungen der oberen Geschosse statt übereinander nebeneinander als eingeschossige Reihen- und Kettenhäuser in einem gesonderten Stadtteil, vielleicht 1 bis 3 km entfernt (5 bis 15 Minuten Radfahrt), zu bauen. Der schlechte Baugrund käme dem entgegen. Der gesellschaftliche Zusammenhang und die Teilnahmemöglichkeit an allen Einrichtungen des Zentrums blieben dabei vollkommen gewahrt. Es könnten so aber Wohnwünsche unserer Werktätigen erfüllt werden, die mit Stockwerkswohnungen nicht zufriedenzustellen sind. Die Kosten dürften bei geeigneter Bauorganisation die für das sechste bis zwölfte Geschoß nicht übersteigen. Zweifellos würden die künftigen Bewohner als Genossenschaftler oder Besitzer auch bereit sein, einen höheren Anteil an Arbeit und Geld zu leisten, wie er sonst verlangt wird.

Bei dieser Bauweise kann jede Wohnung einen Liege- und Gymnastikrasen von 60 bis 80 m² mit direktem Zugang zum Wohnzimmer erhalten. Das wäre der geeignete Ort für die tägliche Zehn-Minuten-Gymnastik, die nach Professor Dr. Neubert, Direktor des Instituts für Sozialhygiene der Universität Jena, für die Gesunderhaltung wichtiger ist als jeder Leistungssport. Menschen über vierzig Jahre, für die diese Übungen besonders wichtig sind, sind dabei gern gegen Sicht geschützt. Besonders wichtig ist dieser Freiraum für die gute Entwicklung der Kinder in den ersten beiden Lebensjahren. An Stelle des Parks sollte den Bewohnern dieses Stadtteils in zusammenhängender Fläche Gartenland zur Obst- und Gemüsezucht zugewiesen werden. Es gibt immer noch genug Menschen, denen es lieber ist, sich in der Natur nützlich zu betätigen als vom Balkon tatenlos auf sie herabzuschauen. Ihre Zahl wird sich in Zukunft mit der Verkürzung der Arbeitszeit bestimmt noch vermehren. In einer entspannenden echten Freizeitbetätigung können hier ganz erhebliche ökonomische Werte entstehen.

Zu überlegen ist auch folgendes: Die letzten fünfzig Jahre brachten als Folge einer grundlegenden Veränderung unserer Einstellung zur Natur auch veränderte Wohnwünsche. An die Stelle eines optisch-distanzierenden Verhaltens, dem Wohnen in von Parks umgebenen schloßartigen Gebäuden, dem Spazierengehen in Anlagen und so weiter — diese Einstellung geht auf die feudale Barockzeit zurück — ist eine biologisch-integrierende Beziehung zur Natur getreten. Wir wollen in unserer Freizeit nicht reich gekleidet promenieren, sondern sie im Sport- oder Badedreß in Wochenendgärten, auf Sport- und Zeltplätzen, an Flüssen, Seen oder am Meer verleben. Am liebsten möchten wir täglich so wohnen. Dieser Wandel darf in unseren Bauprogrammen nicht übersehen werden.

Die Beschränkung auf fünfgeschossige Bauten im Zentrum würde die großstädtische Atmosphäre keinesfalls beeinträchtigen. Als Vorteile würden sich ergeben: bessere Proportionen zwischen dem Kulturhaus und den angrenzenden Wohnbauten sowie eine geringere Zahl von Bewohnern, welche unter den Störungen zu leiden haben, die ein Geschäftsviertel mit sich bringt. Kleinstwohnungen für ein oder zwei Erwachsene dürften für ein Zentrum die geeignete Wohnform sein. Danach besteht ein echter Bedarf, denn Ledigenheime sind bei unseren Werktätigen bekanntlich gar nicht beliebt.

Der Typ Q 6

Dieser vom Institut für Typung entwickelte Zweispänner ist für Schwedt verbindlich vorgeschrieben. Gegenüber den bisher gebauten Vier- und Dreispännern, die etwa dem Stande von 1900 entsprachen, ist er ein erfreulicher Fortschritt. Er bedeutet aber einen Rückschritt, wenn man ihn mit Wohnungen vergleicht, die zum Beispiel ein Mitglied der Deutschen Bauakademie, Professor Haesler, um 1930 gebaut hat. Dieser bekannte Architekt tritt darüber hinaus seit vielen Jahren für Wohnungen mit einem durchgehenden Hauptraum ein, der Morgen- und Abendsonne hat. So sieht er die sozialistische Norm. Wohnungen, die über diese Annehmlichkeit verfügen, baute auch der Architekt Robert Lenz im Jahre 1950 in Hennigsdorf und Ketschendorf. Sich über sechs Jahre erstreckende Kontrollbesuche ergaben jedesmal die begeisterte Zustimmung ihrer Bewohner.

Der Typ Q 6 schöpft weder konstruktiv noch wohnhygienisch und raumästhetisch unsere sozialistischen Möglichkeiten aus. Er sollte schleunigst durch einen besseren ersetzt werden.

Der Verkehr

Die schwerste Belastung eines guten Wohnens ist heute der Kraftfahrzeugverkehr. Der Plan für das neue Schwedt mindert die von Autos und Motorrädern verursachten Störungen bereits erheblich. Und dennoch hätte der Architekt in dieser Hinsicht noch weitergehen können. Garagen und Parkplätze befinden sich im allgemeinen zu dicht an den Häusern. Ein Gang von drei bis vier Minuten ist jedem Auto- und Motorradfahrer ohne weiteres zuzumuten. Eine derartige Entfernung zum Haltepunkt eines öffentlichen Verkehrsmittels wird allgemein als sehr günstig angesehen, und sie ist es auch zum privaten Kraftfahrzeug. Die jetzt vorgesehene Entfernung von etwa 40 m zwischen Parkplatz beziehungsweise Garage und Wohnungen, in denen nachts nach den Forderungen der Ärzte bei offenem Fenster geschlafen werden soll, ist viel zu gering. Das Klappen von Wagen- und Garagentüren, das Sprechen der Ankommenden und Abfahrenden, Bremsenquietschen und das Anfahren der Motorräder sind bei dieser Entfernung außerordentlich störend.

Dagegen müssen für Fahrräder bequemste Abstellräume unmittelbar am Haus geschaffen werden, die jedes Tragen über Treppen überflüssig machen. Gute, landschaftlich schöne Radfahrwege zwischen der Stadt und den Werken, zwischen den umliegenden Orten und der Stadt sowie in die Ausflugsgegenden, dazu leicht zu benutzende gedeckte Parkplätze für etwa 2000 Räder sind weitere Forderungen. Ernster Erwägung wert ist die Anlage überdeckter, beleuchteter Radfahrwege zwischen der Stadt und den Werken. Mit ihnen ließe sich die stoßweise Überfüllung der öffentlichen Verkehrsmittel bei Regen und im Winter vermeiden. Je mehr es dem Städtebauer gelingt, den Bewohnern das Radfahren zu erleichtern, desto weniger Sorge wird ihm der Kraftverkehr bereiten.

*

Die städtebauliche Planung Schwedts ist der Stalinstadts und Hoyerswerders weitaus überlegen. Sie bedeutet einen großen Schritt vorwärts zur kommunistischen Stadt. Erweitert um Stadtteile im Flachbau mit Gartennutzung, kombiniert mit den gesellschaftlichen und hygienischen Vorzügen des Zeilenbaus sowie mit einem besseren, fortschrittlichen Wohnungstyp sollte die großzügige Konzeption des Architekten Selmanagic als Grundlage für weitere Planungen dienen.

Der Stand der Mechanisierung im industriellen Bauen

Teil II: Massenfertigung von Beton- und Stahlbeton-Fertigteilen

Professor Dipl.-Ing. Ernst Lewicki

Einem dankenswerten Hinweis des Instituts für Technologie der Bauproduktion der Deutschen Bauakademie entsprechend ergänze ich meine Ausführungen im Heft 10/1960 im Unterabschnitt „Gleitfertigerverfahren" wie folgt:

Die Entwicklung des Gleitfertigers WI erfolgte in Gemeinschaftsarbeit der Deutschen Bauakademie, welche die Fertigungstechnologie erarbeitete, und des VEB FEK (Forschung — Entwicklung — Konstruktion für Bau- und Keramikmaschinen) Leipzig, der die Konstruktionsunterlagen lieferte. Außer der schon erwähnten Versuchsanlage der Deutschen Bauakademie in Berlin haben derartige Gleitfertiger seit 1. Juli 1960 in Erfurt und Dessau und seit September 1960 in Stalinstadt die Produktion aufgenommen. Weitere zehn Anlagen sollen in verschiedenen anderen Bezirken zum Einsatz kommen.

Die Zykluszeit beträgt beim Gleitfertiger WI 64 bis 80 Stunden. Die erwähnte Zeit von 48 Stunden gilt für unbewehrte Blöcke während der warmen Jahreszeit. Die maximale Kapazität einer WI-Anlage ist jetzt mit 16 m³/h festgestellt worden.

Bei der Gleitfertigeranlage WI war man von mehrlagiger Fertigung der Stasaanlage auf einlagige auch deswegen übergegangen, um einwandfreie Sichtflächen der Elemente zu erhalten. Die Fertigungsfläche ergab sich trotzdem nicht wesentlich größer als bei der Stasaanlage, da bei mehrlagiger Fertigung derselben die Beräumung der Bahnen erst nach Erhärtung der obersten Lage erfolgen kann.

In der weiteren Entwicklung hat man durch zusätzliche Formeinrichtungen die Verwendbarkeit des Geräts WI auch für schlaff bewehrte Deckenelemente erweitert.

Maßgebend für die Entwicklung des Gleitfertigers WD II war vor allem die Forderung, Spannbetonelemente im kontinuierlichen Jahresbetrieb zu fertigen, da eine wirtschaftliche Bedampfung bei der Gleitfertigeranlage WI nicht ermöglicht werden konnte, wie Häusler in „Bauzeitung" 1960, Heft 6 und 7, nachgewiesen hat.

Der Begriff „Universalfertiger" ist, worauf auch bereits Uecker in „Bauzeitung" 1959, Heft 18, Seite 422 bis 427, hinwies, so zu verstehen, daß der neue Fertiger WD II in der Lage ist, durch Zusatzeinrichtungen ein größeres Sortiment von Spannbetonelementen herzustellen. Der Einsatz soll jedoch weitgehend spezialisiert erfolgen.

Die bisher angegebene Leistung von 20 m³/h Festbeton bezieht sich auf die maximale Kapazität der vorgesehenen Mischstation. Die Kapazität des Fertigers hängt natürlich vom Querschnitt der zu fertigenden Elemente und von der Fertigungsgeschwindigkeit ab.

Die neuesten Angaben über die Zykluszeit sind für das Gerät WD II 8 Stunden für unbewehrte Blöcke und 12 Stunden für Spannbetonelemente.

Abschließend ist hervorzuheben, daß der Vorteil der modernen Gleitfertigeranlage WD II nicht allein in der hohen, kontinuierlich wirksamen Fertigungsleistung besteht, sondern auch darin, daß die Fertigung voll mechanisiert und später teilautomatisiert erfolgt, ohne aufwendige Hallenbauten errichten zu müssen.

Vorträge und Ausstellungen

Vortrag über den industriellen Wohnungsbau in der Deutschen Demokratischen Republik

Architekt BDA Dipl.-Ing. Lazarus sprach am 2. Dezember 1960 vor ungarischen Architekten und Bauschaffenden über den industriellen Wohnungsbau in der Deutschen Demokratischen Republik, der einen Überblick über den Wohnungsbau in der 2-t- und 5-t-Laststufe im Siebenjahrplan und die sozialistische Industrialisierung gab. Hierbei wurden besonders Fragen der Steigerung der Arbeitsproduktivität, die sozialistische Rekonstruktion im Bauwesen, die Einführung der kontinuierlichen Serienfertigung, die serienmäßige Montage von kompletten Typenbauwerken und die mechanisierte Fließfertigung erläutert. Die Arbeitsvorbereitung wurde am operativen Ablaufplan für eine Taktstraße im Großplattenbau der VEB Bau-Union Hoyerswerda beschrieben. Die Einzelheiten des Arbeits- und Montageablaufes können nur in Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Projektierungs- und dem bauausführenden Betrieb festgelegt werden, so daß wieder ein enger Kontakt zwischen allen am Bau Beteiligten hergestellt wird. Grundriß, konstruktiver Aufbau, Installation aller technischen Anlagen, Fassadengestaltung der Gebäude bilden jetzt wieder mit der Ausführung — vom Kraneinsatz bis zum Materialbedarf — eine Einheit. Und das ist neben der gewaltigen Leistungssteigerung das Erfreuliche und Progressive an der Montagebauweise.

Am Beispiel des Aufbaus der zweiten sozialistischen Stadt Hoyerswerda läßt sich sehr überzeugend darlegen, daß der Einsatz der Krananlagen für die Gruppierung der Gebäude nicht allein entscheidend sein darf und welche schöne und große Aufgabe dem Architekten aus der Notwendigkeit erwächst, die Forderungen der Technik mit der künstlerischen Forderung unseres sozialistischen Aufbaus im Einklang zu bringen.

Die konstruktiven und technologischen Einzelheiten der Montagebauweise in der 5-t-Laststufe wurden an Hand der Plattenbauweise in Hoyerswerda erläutert, und zwar die vier- und achtgeschossigen Wohnbauten in Projektierung und Ausführung. Lichtbilder aus dem Betonwerk, der Vorfertigung und Komplettierung, der Lagerung, dem Transport und der Montage unterstützten das gesprochene Wort. Die 2-t-Laststufe wurde am Beispiel der geschoßhohen Großblockbauten in Dresden beschrieben. Am städtischen Bebauungsplan wurde gezeigt, daß der industrielle Wohnungsbau bis nahe an das Zentrum einer Großstadt herangeführt werden kann, ohne den Charakter einer Vorstadtbebauung anzunehmen, wie durch Lichtbilder nachgewiesen werden konnte.

Nach dem ausführlichen Bericht über den industriellen Wohnungsbau in Hoyerswerda und Dresden wurde an Hand von Lichtbildern die Weiterentwicklung der Industrialisierung in der Stalinallee in Berlin sowohl in der städtebaulichen wie in der baulichen Gestaltung behandelt, ferner die Grundlagen für die Weiterentwicklung der Typenprojektierung am Beispiel Q x mit variablen Grundrißmöglichkeiten und die Stahlbetonskelett-Montagebauweise als Standardbauweise für gesellschaftliche Bauten, deren Muster- und Experimentalbauten in Hoyerswerda im Jahre 1961 begonnen und montiert werden.

Abschließend kam die Perspektive der Industrialisierung zur Sprache, die in Stichworten etwa wie folgt umrissen

werden kann: Der Ausbau in Vorfertigung und Fließstrecke — neue Baustoffe, Maschinen und Elemente — Einfluß auf Bebauungspläne und deren Konzentration — Organisation der Bauproduktion und ihre Bilanzierung — Kooperation und Zeit-Wert-Mengen-Planung — Gestaltung der Wohnkomplexe und Städte in der spezialisierten Serienfertigung.

Letzteres wurde zum Ausgangspunkt der sehr lebhaften und interessanten eineinhalbstündigen Diskussion. Die Sorge des Architekten, daß für die künstlerische Gestaltung in der Industrialisierung, Typisierung und Standardisierung kein Raum bleibt, konnte beantwortet werden mit einem Rückblick auf progressive Epochen der Baugeschichte und mit der großartigen Perspektive sozialistischer Entwicklungsmöglichkeiten unserer Städte und Wohnkomplexe, deren Anlage in Verbindung mit den gesellschaftlichen Bauten und Grünanlagen, der städtebaulichen Gruppierung der Gebäude, der differenzierten Höhenentwicklung, der Kleinarchitektur und Farbgebung. Es waren nicht nur Architekten unter den Zuhörern im schönen Gebäude des ungarischen Architektenverbandes, sondern vor allem auch Konstrukteure, Betonspezialisten, Fachleute, die große Erfahrungen in der Vorfertigung und Montage von Industriebauten besitzen. So ging der Gedankenaustausch bald in eine sehr eingehende Untersuchung der konstruktiven Einzelheiten über. Eingehend wurden die Anordnung und Durchbildung der Ringanker, der liegenden oder stehenden Vorfertigung mit Kippvorrichtungen, der Einbau von Fenstern, Türen und elektrischen Leitungen, die Bedampfungsart und -dauer, der Transport der Elemente und deren Montage mit Turmdreh- oder Portalkran und die Toleranzen diskutiert. Besonders die immer umfangreicher werdenden Schweißarbeiten bei der Großplatten- und Skelettmontagebauweise erregten Interesse und Sorge der ungarischen Freunde, da durch sie viele wertvolle Fachkräfte auf der Montagebaustelle gebunden werden. Sehr eingehend wurden auch die technisch-wirtschaftlichen Kennziffern diskutiert. Die vom Kollegen Lazarus vorgetragenen und erläuterten grundlegenden Zahlen können nur als Groborientierung dienen, da ein exakter wissenschaftlicher Nachweis oft noch fehlt, oder da es sich um Sollzahlen und nicht um Istzahlen von allgemeiner Bedeutung handelt. Aber auch bei all diesen Einschränkungen konnte die Steigerung der Arbeitsproduktivität von den traditionellen Bauweisen (trotz aller Entflechtung, Typisierung und Mechanisierung) über die Großblockbauweise (2 t) bis zur Platten- oder Paneelbauweise so eindeutig nachgewiesen werden, daß sie auch unter den ökonomischen Verhältnissen der Ungarischen Volksrepublik im wesentlichen zutreffen wird.

Die schöne Stadt an der Donau bietet zum Teil farbig sehr interessante Neubauten, darunter einige bemerkenswerte industrielle Wohnbauten, die mit Hilfe fliegender Betonwerke errichtet wurden, und vor allem eine Baustelle am Rande der Stadt, auf der die prämiierten Entwürfe eines Wettbewerbes mit vielen guten Ideen und Vorschlägen als Musterbauten zur Erprobung und Prüfung errichtet werden — ein Versuch, den wir uns einmal genau überlegen sollten.

Lr.

Forum über fensterlose Produktionshallen[1]

Auf der Grundlage der Direktiven für die weitere Entwicklung des Industriebaus fand am 2. November 1960 eine Aussprache mit sämtlichen technischen Mitarbeitern des VEB Industrieprojektierung Erfurt, Vertretern eines technologischen Büros und der Ingenieurschule für Bauwesen Gotha statt.

Zur Diskussion standen die nächsten Hauptaufgaben im Industriebau, die wie folgt formuliert wurden:

Senkung des bautechnischen Aufwandes für Industrieanlagen,
Unifizierung der Mehrzweckgebäude und hochmechanisierte Vorfertigung der Elemente.

Eine wichtige Maßnahme zur Verwirklichung dieser Aufgaben ist der Übergang zum Bau fensterloser Produktionsgebäude mit künstlicher Beleuchtung und Klimatisierung. Das bedeutet nach den Erläuterungen der Direktive, an Stelle von Shedhallen die Typen der Mehrzweckbauserien ohne Oberlicht zu bauen.

Diese Perspektive rief eine lebhafte Diskussion hervor.

Als Nächstliegendes wurde zuerst eingewendet, ob es zu verantworten sei, fensterlose Hallen zu projektieren, obwohl die Voraussetzungen für die Deckung des erhöhten Energiebedarfs für die Klimaanlagen und Beleuchtungseinrichtung sowie für die Bereitstellung der unerläßlichen Ausrüstungen zur Klimatisierung dieser Hallen noch nicht hinreichend gegeben sind. Der Industriebau könne sich nur folgerichtig weiterentwickeln, wenn die materiellen Voraussetzungen berücksichtigt werden. Sollte man nicht zunächst einen Versuchsbau ausführen, bevor der Bau von Shedhallen aufgegeben wird!

Fensterlose Produktionsgebäude sind in den Vereinigten Staaten von Amerika seit längerer Zeit erprobt. Die Vorteile sind einleuchtend. Manche Industriezweige erfordern technologisch große zusammenhängende Produktionsflächen und ein gleichbleibendes Raumklima. Diese Forderungen können in solchen Gebäuden am besten erfüllt werden. Sämtliche Leitungen, Kanäle, Ausrüstungsteile der Klimaanlage und so weiter sowie die sanitären Zellen und Meisterbüros können in der Binderzone untergebracht werden und stören den Produktionsablauf nicht. Eine Klimaanlage garantiert den erforderlichen Luftwechsel, Temperaturstand und Feuchtigkeitsgehalt in der Halle unabhängig von den äußeren Klimaverhältnissen.

Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß der Bauaufwand durch Wegfall der Oberlichtkonstruktionen gesenkt wird. Nicht zu unterschätzen ist die Überwindung der umständlichen Leitungsführungen im Hallenfußboden. Die Konstruktion wird vereinfacht, die Anzahl der Fertigteilelemente kann verringert werden.

Ein Nachteil jedoch muß besonders vom Industrie-Architekten erkannt werden, die Einwirkungen auf den Menschen durch die völlige Trennung von der Außenwelt. Der gewohnte Rhythmus des Tagesablaufes kann nicht mehr empfunden werden. Die völlig gleichbleibenden, monotonen Lichtverhältnisse wirken auf die Dauer ermüdend. Das Argument, daß der Nachtarbeiter unter den gleichen Bedingungen arbeitet, hinkt, denn der Schichtarbeiter kommt in der Tagesschicht in den Genuß der natürlichen Belichtung.

Was sagen die Arbeitshygieniker zu diesen Tatsachen?

Schließlich ist der Flachbautyp ohne Fenster und Oberlichte nicht für jeden Industriezweig geeignet. Der in der Endkonsequenz geringste volkswirtschaftliche Aufwand wird dann gewährleistet sein, wenn es dem Industrieprojektanten gelungen ist, die konstruktive Lösung des Produktionsgebäudes mit den funktionellen Forderungen und letzten Endes mit der Gestaltung in Einklang zu bringen. — Zu den funktionellen Forderungen gehört bei uns aber auch die Sorge um den Menschen.

Häuptner

[1] Siehe hierzu auch die Beiträge „Die weitere Entwicklung des Industriebaus", Heft 11/1960, Seite 608/609, „Fensterlose Räume im Industriebau", Heft 11/1960, Seite 629, „Über die fensterlose Bauweise im Industriebau", Heft 1/1961, Seite 47

Fachtagung über Probleme der Gebietsplanung und des Wohnungsbaus in Bergbaugebieten

Auf Anregung polnischer Kollegen fand für eine Gruppe von jeweils sieben Teilnehmern aus der Volksrepublik Polen und aus der Deutschen Demokratischen Republik in der Zeit vom 23. Juni bis 29. Juni 1960 eine Fachtagung über Probleme der Gebietsplanung und des Wohnungsbaus in Bergbaugebieten statt.

Auf der Fahrt nach Wrozlaw wurde die Stadt Boleslavice besichtigt. Dort wird das im Krieg zerstörte historische Stadtzentrum in der ursprünglichen Form wiederhergestellt. Außerdem wird im Außengebiet der Stadt eine moderne Bergarbeitersiedlung errichtet.

In Wrozlaw wurde von polnischen Kollegen die Gebietsplanung des Bergbaugebietes um Turowszow vorgetragen. Bei Turowszow entsteht ein Großkraftwerk mit 1400 Megawatt. Zur Deckung des Kohlebedarfs werden dort große Tagebaue erschlossen. In der Diskussion über diese Planung ergab sich, daß in bezug auf den Verkehr, die Wasserversorgung, die Rekultivierung und die Erholungsplanung ähnliche Probleme wie im Bezirk Cottbus zu lösen sind. Hier konnten zahlreiche Erfahrungen ausgetauscht werden.

Bezüglich des Wohnungsbaus sind größere Unterschiede festzustellen; doch konnten auch in diesem Bereich zahlreiche Anregungen aufgenommen werden. Weiterhin wurden die wichtigsten Bauvorhaben in Wrozlaw besichtigt. Die abgeschlossene Wiederherstellung der Gebäude des „Ringes" einschließlich des Rathauses fand große Anerkennung. Neben Baustellen, auf denen die Großblock- und die Plattenproduktion anlief, fanden einige Versuchsbauten besonderes Interesse.

Anschließend wurden anläßlich einer Fahrt durch das Bergbaugebiet von Turowszow die aufgeworfenen Fragen auf Grund örtlicher Besichtigungen weiter vertieft.

In Zgorzelec fand die Auswertung des auf polnischem Gebiet stattgefundenen Teiles der Fachtagung statt. Dabei wurden als wesentlichste Punkte die beachtlichen Leistungen auf dem Gebiete des Wiederaufbaus zerstörter Stadtzentren, Versuche mit neuen Baustoffen und Bauweisen und die Arbeiten im Gebiet Turowszow herausgestellt.

Die Konferenz wurde in ihrem zweiten Teil auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik fortgesetzt.

Zunächst fand eine Besichtigung der historischen Teile von Görlitz statt. Danach wurden in Muskau Fragen der Zusammenarbeit in bezug auf die Gestaltung des Muskauer Parkes erörtert. In Cottbus wurde eine Einführung in die Arbeiten der Gebietsplanung in diesem Bezirk gegeben, der sich durch die Ausnutzung seiner großen Braunkohlenvorkommen zum Zentrum der Kohle- und Energiegewinnung der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt. Weiterhin wurden ein Überblick über die städtebauliche Planung der Bezirkshauptstadt gegeben und Wohnungsbaugebiete besichtigt. Eine Fahrt in die Schwerpunkte des Baugeschehens des Bezirkes schloß sich an. Dabei wurden der Aufbau des Kombinates „Schwarze Pumpe" und der zweiten sozialistischen Stadt Hoyerswerda und der Ausbau des Knappensees (ein ehemaliger Tagebau) zu einem Kultur- und Erholungszentrum der Werktätigen gezeigt. Außerdem wurde mit den polnischen Gästen kurz der Aufbau des Kraftwerkes und der Wohnstadt Lübbenau besichtigt.

Den Abschluß bildete eine Fahrt nach Dresden mit einer kurzen Erläuterung der Stadtplanung Dresden und einer Fahrt zu den wichtigsten Punkten der Stadt.

Als Ergebnis und Einschätzung der Fachtagung konnte festgestellt werden, daß die deutschen Teilnehmer vor allem wertvolle Anregungen in bezug auf die Behandlung historischer Bauten und Stadtzentren sowie in bezug auf die Versuche mit neuen Bauweisen und neuen Konstruktionen erhalten haben.

Die polnischen Teilnehmer erklärten, daß sie wertvolle Anregungen für die Arbeit der Gebietsplanung in ihren Braunkohlengebieten, in der Ausnutzung von Tagebaurestlöchern zu Erholungsgebieten und vor allen Dingen im industriellen Bauen empfangen konnten.

So kann man die mehrtätige Fachtagung als gelungen bezeichnen, da sie für beide Seiten wertvolle Anregungen und Anleitungen für die weitere praktische Arbeit gab.

Geyer

Vortrag über den Industriebau in Polen

Am 25. Oktober 1960 sprach Dr. Lisowski aus Krakow vor Mitarbeitern der drei Dresdner VEB Industrieprojektierung über einige Fragen des Industriebaus in Polen.

Einleitend versuchte Dr. Lisowski an Hand historischer Beispiele, die zum Teil bereits 150 Jahre zurückliegen, zu beweisen, daß der Industriebau seine eigenen Gestaltungsprinzipien habe, die selbst für den heutigen Industriebau noch völlige Gültigkeit hätten.

In diesem Zusammenhang gab er einen Abriß über die Entwicklung des Industriebaus in Polen mit der Darstellung einiger Faktoren, welche die Entwicklung auf diesem Sektor maßgeblich beeinflußt haben. Er schnitt dabei die Probleme an, die in der neuen Architekturentwicklung zum sogenannten Irrationalismus geführt haben, obwohl im Industriebau vom Beginn der Entwicklung an der Rationalismus vorherrschte.

Er betonte, daß im 19. Jahrhundert im Industriebau Werke geschaffen wurden, die keinen Anspruch auf Architektur erhöben und dennoch keine schlechten Lösungen darstellten. Hierzu wurden einige typische Beispiele von Fabriken aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gezeigt. Allerdings gäbe es auch schlechte Beispiele, wie zum Beispiel die Situationspläne früherer Industrieanlagen, die gewisse Anklänge an monumentale städtebauliche Anlagen und Feudalsitze aufwiesen.

Die Entwicklungsperiode, in der in Polen die ersten Stahlkonstruktionen ausgeführt wurden, habe in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts ihr Ende gefunden. Von 1930 bis 1939 habe der Industriebau durch eine rege Bautätigkeit immer mehr an Bedeutung gewonnen, so daß man bereits von einer modernen Architektur im Industriebau sprechen könne.

Nach Kriegsende begann mit dem Dreijahresplan wiederum eine aktive Bautätigkeit: Ausbau und Erweiterung bestehender Fabriken und Bau mehrerer neuer Anlagen wie Gruben, Elektrizitätswerke, Bezirksziegeleien, Elektromotorenfabriken, Hochschulen, Forschungszentren, Verwaltungsgebäude.

Hier habe sich bereits gezeigt, daß die getypten Bauelemente nicht länger als fünf Jahre verwendet werden können, wenn der technische Fortschritt nicht gehemmt werden solle.

In den Jahren von 1950 bis 1956 habe man in Polen nach der Anwendung traditioneller nationaler Formen in der Architektur gestrebt. Das hätte im allgemeinen zu negativen Ergebnissen geführt. Eine traditionsgebundene, historisierende Gestaltungsauffassung führe im Industriebau zu irrealen und beziehungslosen Bauformen. Auch hierzu wurden einige für diese Zeit typische Beispiele gezeigt, wie Eisenbahnreparaturwerk in Minsk und eine Kohlenbrecheranlage.

Im Zuge des Sechsjahresplanes würde ein intensiver Aufbau von Industriezentren im gesamten Land betrieben, ganz besonders in Nowa Huta, wobei man sich in der Gestaltung vom sogenannten Historismus wieder löse.

Auf dem Gebiet der Vorfertigung und neuer Baukonstruktionen würden in dieser Zeit beachtenswerte Ergebnisse erzielt werden. Man veranstaltet für größere Industrievorhaben Wettbewerbe, die zu interessanten Lösungen führten, wie beispielsweise bei dem Textilwerk in Torun.

Es folgten mehrere Bildbeispiele über interessante konstruktive Lösungen: Kupferhütte aus vorgefertigten Betonelementen, Telegrafenamt in Warschau (Hauptfassade mit senkrechten Sheds in Aluminium und Glas), Kugellagerfabrik, Zementwerke Nowa Huta, Hochgarage in Warschau, ein Werkstattgebäude aus vorgefertigten Elementen, Textilwerke in Warschau mit vorgefertigten Wellplatten, eine Traktorenhalle und mehrere Lagergebäude, ebenfalls aus vorgefertigten Elementen, ein Großhandelslager mit Pilzdecken und leichten Elementen, ein 11 geschossiger, vorgefertigter Skelettbau für eine Bibliothek, Zigarettenfabriken in Krakow, verschiedenartige, mehrgeschossige Gebäude mit Stahlbetonrahmen in H-Form und zuletzt ein Förderturm für die Kohlenindustrie in Stahlbeton. Bei all diesen Beispielen erläuterte der Vortragende sehr eingehend die angewandten Stützen und Dachkonstruktionen sowie die Überlegungen, die zu dieser oder jener konstruktiven Lösung geführt haben.

Den Anwesenden fiel dabei besonders auf, daß in Polen weniger mit getypten Bauwerken gearbeitet wird, sondern die Verwendung vorgefertigter Bauelemente im Vordergrund steht.

Dr. Lisowski schloß seine Ausführungen mit Betrachtungen über die Entwicklung, die die architektonische Gestaltung seit 1800 im Industriebau in Polen genommen hat. In den letzten 15 Jahren sei eine intensive Entwicklung durch die Verwendung moderner Stahlbetonkonstruktionen vor sich gegangen.

Der Rationalismus im zeitgenössischen Industriebau habe seine Tradition. Deshalb müßten seiner Meinung nach alle Industriebauten wegen der ständigen Veränderung der Technologie und der fortschreitenden technischen Entwicklung möglichst leicht und variabel gebaut werden, damit erforderlich werdende Umbauten oder gar eine völlige Beseitigung einer Industrieanlage recht schnell und ohne Schwierigkeiten vor sich gehen können. Ausgehend von der rationellen Grundlage im Industriebau hätten die avantgardistischen Bestrebungen aus bestimmten emotionalen Auffassungen heraus teilweise zu Entwicklungen in der modernen Architekturrichtung geführt, die als irrationale Formensprache auf den laienhaften Beschauer wirkten.

Im Industriebau bestehe eine größere Zusammenarbeit verschiedener Spezialisten als auf anderen Hochbaugebieten; der Architekt müsse sich hier mit den neuesten technologischen Aufgaben und den besten Konstruktionen auseinandersetzen, die ihm den Weg zur Entwicklung neuer Formen und einer neuen Architektur weisen könnten.

Eine neue gestalterische Lösung stütze sich damit nicht mehr nur auf eine Einzelleistung, sondern auf die eines Kollektivs. Das dürfte seiner Meinung nach der richtige Weg sein, um zur Entwicklung einer modernen Industriegestaltung zu kommen.

Er wies noch darauf hin, daß an der Technischen Hochschule Krakow eine wissenschaftliche Theorie im Industriebau gelehrt würde, die helfen soll, gemeinsame Begriffsbestimmungen über die Architektur zu finden, um auch mit Fachkollegen anderer Länder zusammenarbeiten zu können. Die Übersetzung eines Fachbuches über dieses Gebiet soll voraussichtlich in diesem Jahr den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik zugänglich gemacht werden. Ullrich-Augart

AUS DEM BDA UND SEINEN BEZIRKSGRUPPEN

Wir gratulieren

Architekt BDA Professor Georg Funk, Dresden
3. 4. 1901, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Johannes Fritz Richter, Dresden
4. 4. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Wilhelm Meister, Neuruppin
5. 4. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Ludmilla Herzenstein, Berlin
6. 4. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Jakob Jordan, Berlin
9. 4. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Reinhard Schumann, Dresden
11. 4. 1881, zum 80. Geburtstag

Architekt BDA Friedrich Schmidt, Schwerin
12. 4. 1901, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Walter Wittig, Zeulenroda
12. 4. 1901, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Max Fiedler, Neubrandenburg
17. 4. 1901, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Kurt Bohlmann, Magdeburg
21. 4. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Wolfgang Lohmer, Leipzig
22. 4. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Gerhard Klein, Plauen
23. 4. 1911, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Theo Zollna, Cottbus
23. 4. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Erich Bentrup, Schwerin
29. 4. 1891, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Karl Dassel, Finsterwalde
29. 4. 1886, zum 75. Geburtstag

Berlin

Für die Unterstützung des kubanischen Volkes

An den
Sekretär für Ausländische Verbindungen
„Revolutionäre Bewegung 26. Juli"
Herrn Gerardo Figueras
Havanna/Cuba

Sehr geehrter Genosse!

Die Architekten der Deutschen Demokratischen Republik grüßen das kubanische Volk, das um seine nationale Unabhängigkeit entschlossen kämpft.

Sie verurteilen entschieden die Vorbereitung einer Intervention auf kubanischem Boden durch den aggressiven USA-Imperialismus und begrüßen von ganzem Herzen die Bereitschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das kubanische Volk in seinem Kampf um die Sicherung des Friedens im Karibischen Meer und in der Verhinderung eines Angriffes zu unterstützen.

Sie begrüßen den Vorschlag der Nationalversammlung auf Herstellung diplomatischer Beziehungen zu allen sozialistischen Ländern.

Die Architekten der Deutschen Demokratischen Republik sind auch bereit, dem kubanischen Volk bei seinem großen Aufbauwerk jede Ihnen mögliche Hilfe zu geben. Sie begrüßen die Erklärung von Havanna als ein Programm der demokratischen Volksrevolution, das die Linie des Kampfes gegen Rassendiskriminierung, gegen das aggressive antinationale Monopolkapital, für nationale und soziale Befreiung der werktätigen Bevölkerung Kubas bestimmt.

Es lebe die patriotische Befreiungsbewegung des kubanischen Volkes!

Es lebe die Freundschaft aller friedliebender Völker!

Es lebe der Friede in der Welt!

Mit sozialistischem Gruß
Das Präsidium
des Bundes Deutscher Architekten
Professor Hanns Hopp

Bundesvorstandssitzung in Potsdam

Am 8. Dezember 1960 führte der Bundesvorstand des Bundes Deutscher Architekten seine 27. Sitzung durch.

Auf der Tagesordnung standen die Erörterung von Problemen des Stadtzentrums von Potsdam, die Vorbereitung des IV. Bundeskongresses und der VI. UIA-Kongreß 1961 in London.

An der Sitzung nahmen Vertreter der Bezirks- und der Stadtleitung Potsdam der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Rates des Bezirkes und der Stadt Potsdam, des Verbandes Bildender Künstler und des Kreisbaubetriebes teil.

Architekt BDA Dipl.-Ing. Kluge, Vorsitzender der BDA-Bezirksgruppe Potsdam und Chefarchitekt des Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam, erläuterte an Hand von Lichtbildern den derzeitigen Stand der Projektierung des Stadtzentrums von Potsdam und Architekt BDA Dipl.-Ing. Pfrogner, Mitglied des BDA-Bezirksvorstandes Potsdam, das Raumprogramm.

Der Gestaltung des Bereiches um den Zentralen Platz wurde folgendes Raumprogramm zugrunde gelegt:

Im Zentrum sind zu errichten: Festhalle der Stadt mit rund 2500 Plätzen für politische, kulturelle und sportliche Veranstaltungen; Uraufführungskino der DEFA mit rund 600 Plätzen; neues Stadttheater mit 700 Plätzen; Hotel mit einer Kapazität von 200 Betten und Gaststättenteil; größere Gaststätte mit Terrassen und Beziehung zur Landschaft; Kaufhaus; Ausstellungshalle für ständige Ausstellungen; verschiedene Sonderläden; eine große Buchhandlung; Neubau der Landeshochschulbibliothek und Erweiterung des Heimatmuseums.

Der Karl-Liebknecht-Platz wurde in seiner Breite zur Landschaft und damit zu dem südlichen Teil der Stadt einschließlich Babelsberg geöffnet. Er wurde rechtwinklig und etwa parallel zu den Wasserläufen angelegt. Die Festhalle steht an der Breitseite des Platzes an hervorragender Stelle. Das historische Ensemble des Alten Marktes wurde durch diese Stellung der Halle wieder platzartig geschlossen und mit dem Zentralen Platz in Beziehung gebracht.

Von den historischen Bauten ist besonders die Kuppel der Nikolaikirche in ihrer Wirkung zum Zentralen Platz berücksichtigt worden. Das Hotel auf der Lustgartenseite des Platzes soll mit einem höhergeführten Baukörper die alte Silhouette durch die Markierung des Zentralen Platzes ergänzen. Um eine eindeutige Bindung des Platzes zur Innenstadt zu erreichen, wurde das rechtwinklige System vom Platz der Einheit bis an den Zentralen Platz herangeführt.

Die Magistrale zwischen beiden Plätzen sollte keine Einschnürung ergeben und wurde deshalb ebenfalls möglichst breit gehalten. Der Marstall im Lustgarten, der als langgestreckter Baukörper bis an das ehemalige Schloß heranführte, wurde verkürzt, um die Richtungstendenz der heutigen Magistrale im Unterschied zur Führung der alten Breiten Straße klarzustellen. Zur Wilhelm-Külz-Straße hin wurde auf dem früheren Lustgartengelände eine Alleebepflanzung vorgesehen, um dieses freie Gelände, das durch den Sportplatz weiterhin bestehen bleibt, räumlich zu fassen und dem Zentralen Platz anzugliedern.

Der sehr weiträumige Platz der Einheit, der mehr als Grünraum denn als Platz wirkt, wird umgestaltet, bleibt aber als Grünanlage erhalten.

Zwischen den beiden Ladenbauten an der Magistrale und der Nikolaikirche wird in Beziehung zum Alten Markt ein kleinerer Platz gebildet.

Die siebengeschossigen Wohnbauten östlich der Nikolaikirche bilden die klare Begrenzung des Stadtkörpers zur Landschaft, in die der Zentrale Platz selbst vorstößt.

Das Landschaftsgebiet wird vor allem durch die Anlagen auf der Freundschaftsinsel mit ihren Schau- und Sichtungsgärten, Sommercafés, Bootsanlegestellen und so weiter ebenfalls zu einem wichtigen Bestandteil des Zentrums.

Professor Henselmann führte unter anderem aus, daß die Aufgabe der Wiederherstellung alter Städte eine große Verantwortung bedeute, besonders in Potsdam mit seiner preußisch-militaristischen Tradition, die jedermann bekannt sei. Nicht so bekannt sei die andere, progressive Tradition Potsdams, deren bedeutsamster Teil den mutigen Kampf Karl Liebknechts gegen den preußischen Militarismus und Dortus, der in der bürgerlichen Revolution 1848 erschossen wurde, darstelle. Es müsse daher versucht werden, diese Tradition sichtbar zu machen. Es sei zu prüfen, ob die Gestalter des Zentrums eine dieser Aufgabe würdige Lösung gefunden hätten. Man stelle sich den Zentralen Platz vor: Da ist die Festhalle, das Restaurant, die breite Fläche zum Wasser und dahinter die Kirche. Er sei nicht sicher, ob dieser Platz die Wirkung haben wird, wie sie sich die Projektanten vorstellen. Es müßte darauf geachtet werden, die wertvollsten Gebäude zu einer Einheit durch eine gemeinsame Idee zusammenzufassen, so daß sie dem Platz den räumlichen Inhalt geben.

Zum zweiten bemängelte Professor Henselmann, daß man sich mit der überragenden Kuppel der Nikolaikirche nicht genügend auseinandergesetzt habe. Man müsse sich fragen, welche Rolle und Bedeutung diesem Bauwerk im Ensemble des Zentrums zuzuweisen sei.

Man müßte den Versuch machen, in die Silhouettenwirkung der Stadt Gebäude mit einzufügen, die ein ganz bestimmtes Schwergewicht schaffen und die Kirche wie selbstverständlich mit einbeziehen. Warum sollte man zum Beispiel nicht die Festhalle mit einem Turm (Liebknecht-Turm) gestalten. Dieser Turm könnte zum Beispiel für Zirkelräume und dergleichen genutzt werden. Jedenfalls sollte der Versuch, die Silhouette zu bereichern, nicht aufgegeben werden.

Die Trennung Verkehr und Fußgängerbereich müßte klarer sein. Es sei zu befürchten, daß der Zentrale Platz räumlich auseinanderfließe. Besonders die Wasserseite würde kein architektonisches Bild ergeben, würde sozusagen als leerer Platz in der Landschaft wirken. Der Zentrale Platz solle ja nicht nur Platz sein, sondern in räumlicher und künstlerischer Beziehung eine Steigerung auch durch die Baumassen erreichen.

Professor Henselmann kritisierte weiter den Standort des Hotels. Außerdem behauptete er, daß die bauliche Realisierung des Planvorschlages das Doppelte von dem kosten würde, was zur Verfügung stehe.

Professor Schmidt führte unter anderem aus, daß er eine gewisse Verantwortung für den Weg, der bei der Planung des Zentrums von Potsdam eingeschlagen wurde, trage. Er erläuterte die Situation dahingehend:

Vom Bahnhof aus könne man die Platzsituation nicht übersehen. Man sollte die hauptsächliche Sichtbeziehung vom Standpunkt Lange Brücke untersuchen. Die alte Lage des Schlosses und der Kirche gäben dabei einen wichtigen Anhaltspunkt. Bei der künftigen Gestaltung sollte man den Niveauunterschied zwischen Platz und Havel gestalterisch unterstreichen.

Wichtig würde die Gestaltung der Festhalle sein; sie müsse ein Maximum an Einfachheit, Größe und Fläche erreichen. Ein großzügiger Baukörper könnte ein gutes Verhältnis zur Kirche herstellen. Die Stadthalle würde wahrscheinlich gegenüber der Kirche noch mehr Gewicht haben als das frühere Schloß. Der Standort des Hotels sollte noch einmal überprüft werden.

Kollege Kretschmer sprach über seinen Eindruck, daß die vorhandenen Plätze untereinander zuwenig Beziehungen hätten. Das Karl-Liebknecht-Forum gäbe jetzt nicht mehr die richtige Vorstellung von einem Platz. Er kritisierte besonders die drei Wohnblocks, die das Potsdamer Zentrum gegen den Stadtteil Babelsberg abriegeln und das Karl-Liebknecht-Forum nicht mehr genügend in Erscheinung treten lassen. Die Sicht von Babelsberg über die Nuthewiesen auf das Potsdamer Zentrum würde durch die siebengeschossigen Riegel versperrt werden.

Kollege Leucht nahm zu dem Entwurf von Professor Henselmann Stellung. Wenn das zentrale Gebäude und die Festhalle weiter an den Brückenkopf herangelegt werden, würde das historische Zentrum zerschnitten werden.

Das zweite Problem bilde die Verbindung vom Platz der Einheit zum Zentralen Platz. Dieses Problem sei in der vorliegenden Arbeit der Potsdamer Kollegen noch nicht gelöst. Ebenso sei der Standort des Hotels als nicht günstig zu betrachten. Es wäre zu überlegen, ob nicht der richtige Standort am Platz der Einheit wäre.

Zur Frage der Silhouette von Potsdam schlug Kollege Leucht vor, zu untersuchen, ob man dem zentralen Gebäude mit der Festhalle einen Turm geben könnte. Auch er bezweifelt die Richtigkeit, das Hotel als Höhendominante zu gestalten.

Anschließend sprach der Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Potsdam, Herr Fischer. Die vorgetragenen Gedanken und Vorschläge sollten noch einmal überprüft werden. Er sagte, daß jetzt ein Punkt erreicht sei, wo man die Bevölkerung mit in die Diskussion einbeziehen müsse. Er appellierte an den Bund Deutscher Architekten, sich mit seinen Fachleuten bei der Diskussion mit der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Kollege Mertens kritisierte, daß die Massengliederung noch nicht genügend klar zu erkennen sei. Besonders die Festhalle, als das wichtigste Gebäude der Stadt, käme noch nicht genügend zur Wirkung.

Auch er betonte die Notwendigkeit, das neue Zentrum Potsdams mit Babelsberg stärker zu verbinden, und stellte fest, daß die Lange Brücke einen enormen Verkehr an einer Stelle in die Stadt bringe, wo es nicht erwünscht sei.

Kollege Kluge sagte abschließend, daß die kritischen Bemerkungen ernsthaft untersucht und, soweit sie sich als nützlich erwiesen, in die Gestaltung einbezogen würden. In etlichen Punkten werden neue Überlegungen angestellt werden müssen, besonders hinsichtlich der Differenzierung der Baukörper, der Magistrale und der Verbindung mit dem Platz der Einheit. Beim Ökonomischen müsse man allerdings außer den Baukosten auch die Betriebskosten berücksichtigen.

Das Verlegen der Stadthalle an den Brückenkopf schaffe zwar einen Innenraum, sei aber bei der Substanz der Nikolaikirche außerordentlich schwierig zu lösen. Es bleibe eine kritische Frage, das entscheidende Objekt an den richtigen Platz zu setzen.

Dresden

Zusammenarbeit von Industrieprojektanten und bildenden Künstlern

Zwei junge Dresdner Künstler — der Bildhauer Dietrich und der Maler Dolinski — besuchten in den letzten Wochen die Industrieprojektierungsbüros, um dort mit den Projektanten größerer Industriebauvorhaben über Möglichkeiten des Einsatzes von Künstlern bei der Gestaltung der Bauwerke zu beraten.

Beide Künstler hatten gelegentlich schon mit Industriearchitekten zusammengearbeitet und waren dadurch angeregt worden, sich mit einigen Versuchen zu beschäftigen, wie Verformungsmöglichkeiten bei Asbestzementplatten für Brüstungen oder zum Vorblenden, Variationsmöglichkeiten in der Oberflächenbehandlung der Großplatten durch Strukturen, eventuell durch Einlage von Holzschalungen, farbige Behandlung der Platten entweder durch entsprechende Beimischungen oder Anstriche, Verwendung von weißem Zement oder Aufbringen eines Films von keramikähnlicher Wirkung sowie Erreichung intensiverer Farbwirkungen durch entsprechende Farbzusätze bei Terrazzo. Eine weitere Entwicklungsarbeit bezog sich auf die Möglichkeit der Verwendung von Betonglas — in Beton eingelassene, farbig gegossene Glastafeln — beispielsweise für Treppenhäuser.

Die beiden Künstler waren bei der Projektierung des Pathologischen Instituts der Medizinischen Akademie „Carl-Gustav-Carus“ in Dresden mit seiner künstlerischen Ausgestaltung beauftragt. Im Ergebnis dieser Zusammenarbeit wurden folgende Vorschläge gemacht: die Gestaltung einer Glaswand im Feierraum der Abschiedshalle, bei der versucht werden sollte, Glas auf Glas zu verschmelzen, die Aufstellung einiger Asbestzementplastiken im Freigelände, die Verglasung eines Betonfensters mit Farbglas. Auch für die Formgebung der drei Gebäude — ein dreigeschossiges Institutsgebäude für Forschungszwecke, ein Hörsaaltrakt mit Verbindungsbau für Lehrzwecke und einem eingeschossigen Anbau als Feierraum für die Verabschiedung Verstorbener — wurden Empfehlungen unterbreitet. Am Hörsaalgebäude wurde noch eine künstlerisch gestaltete Uhr vorgesehen.

Interessant waren den Anwesenden die vom Maler Dolinski ausgeführten Emulsionsschnittgemälde in einem Verwaltungsgebäude einer Industrieanlage, die abwaschbar und stoßfest sind, so daß sie auch in Sozialanlagen von solchen Industriewerken vorgesehen werden können, die öfter renoviert werden müssen.

In der Aussprache wollten die Künstler vor allem hören, mit welchen Baustoffen vornehmlich in den nächsten Jahren zu rechnen ist und welche davon sich möglicherweise zur künstlerischen Verformung und Gestaltung eignen.

Die Mitglieder der BDA-Betriebssektionen waren sich durchaus darüber einig, daß mit der im nächsten Jahr zu erwartenden konsequenten Typenanwendung im Industriebau, der Verwendung großformatiger Platten mit einer maximalen Größe von 6,00×1,80 m sowie mit der geforderten kompakten Bebauung die Gefahr einer Monotonie bei den künftigen Industrieanlagen entsteht, wenn ihr nicht in irgendeiner Form mit künstlerischen Mitteln begegnet wird.

Die Anregung der Künstler, eine Vergrößerung des Sortiments der genormten Großblöcke durch unterschiedliche Oberflächenstrukturen erreichen zu wollen, würde wohl kaum zu einer stärkeren Aussagekraft in der Gestaltung führen; darüber hinaus dürfte das schon aus ökonomischen Gründen undiskutabel sein.

Auch der weitere Vorschlag, gestaltete Asbestzementplatten als Schmuck vorzublenden, dürfte bei großen Gebäudekomplexen auf Schwierigkeiten stoßen, da der Bereitstellung von Asbestzementplatten für den Industriebau bis auf weiteres Grenzen gesteckt sind und darüber hinaus das Produktionswerk in Porschendorf dafür keine Kapazität frei machen kann.

Es bleibt daher im Augenblick nur die Möglichkeit, an bestimmten Bauvorhaben zweckgebundene Versuche durchzuführen, wie zum Beispiel am Heizkraftwerk Nossener Brücke in Dresden, bei dem — entsprechend einer Auflage des Stadtbauamtes — die Großwandplatten in irgendeiner Form zu gestalten sind.

Die Kollegen der Industrieprojektierungsbüros versprachen den Künstlern, mit ihnen in Kontakt zu bleiben und sie auf Großbaustellen mitzunehmen, damit entsprechende Vorschläge von Fall zu Fall überlegt und erarbeitet werden könnten. Vorerst kämen das genannte Heizkraftwerk, ein Glasseidenwerk in Oschatz und einige Anlagen im Kombinat „Schwarze Pumpe“ in Betracht.

Ullrich-Augart

Erfurt

Neue Perspektiven für Städtebauer und Architekten

Über die Ergebnisse der Allunions-Konferenz zu Fragen des Städtebaus und der Architektur im Juni 1960 in Moskau berichtete Dipl.-Ing. Benny Heumann in der BDA-Bezirksgruppe Erfurt am 14. Dezember 1960 in Erfurt und am 15. Dezember in Weimar.

Die Vorbereitung dieser Allunions-Konferenz war nicht allein Sache der Fachleute. In Presse, Rundfunk, in den Betrieben und Wohngemeinschaften wurde über die Frage diskutiert: Welchen Bedürfnissen muß die Stadt in der kommunistischen Gesellschaft Rechnung tragen?

3000 Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung bildeten das Forum der Konferenz. Interessanterweise hielt der Minister für Gesundheitswesen ein Hauptreferat! Es galt, Klarheit über die Perspektiven in der gesellschaftlichen Weiterentwicklung und damit über den künftigen Städtebau zu schaffen.

Das gesellschaftliche Leben spiegelt sich im Städtebau und in der Architektur wider.

Die ständige Weiterentwicklung der Produktivkräfte und die Veränderung der Produktionsverhältnisse schaffen immer neue und höhere Bedürfnisse. Dadurch entstehen veränderte Funktionen in der Stadt, die von ganz bestimmten Bautypen befriedigt werden müssen. So entstehen Bauten und eine städtebauliche Ordnung, die den neuen gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen.

Diese Arbeit der Architekten und Städtebauer ist von einer genauen Analyse der gesellschaftlich notwendigen städtebaulichen Funktionen abhängig. Aus diesen Überlegungen heraus ist die Bedeutung der Allunions-Konferenz in Moskau einzuschätzen.

Die Aufgaben der sowjetischen Städtebauer sind gewaltig. Der XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat das Programm für den Bau Hunderter neuer Städte fixiert. Der Wohnungsmangel soll im Zeitraum von zehn Jahren durch den Bau von 15 Millionen städtischer Wohnungen und von 10 Millionen Wohnungen in den Dörfern einschließlich der dazugehörenden Neben- und Folgeeinrichtungen beseitigt werden.

Die Allunions-Konferenz ist von weittragender Bedeutung für die neue Formulierung der gesellschaftlichen Aufgaben des Städtebaus und der Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik. Es wird die Aufgabe einer Auswertung sein, die dann zu veröffentlichen wäre, auf die einzelnen Punkte einzugehen. Sie befassen sich in der Hauptsache mit der Gebietsplanung, dem sozialen Inhalt der Stadt und der Zuordnung der Funktionen in der Stadt.

Einige besonders aktuell erscheinende Erkenntnisse seien hier herausgehoben:

Auf der Allunions-Konferenz wurden einige Probleme behandelt, die in unserer BDA-Bezirksgruppe im Dezember 1959 mit Herrn Professor Neubert diskutiert worden sind.[1] Die Vielfalt der verschiedenartigsten Wohnbedürfnisse für kleinere und größere Familien, für Jungverheiratete und ältere Ehepaare, für Wissenschaftler, Künstler und so fort kann nur durch eine Differenzierung der Raumprogramme der Wohnungen befriedigt werden. Für die Typenprojektierung bedeutet diese Forderung ein Abgehen von den starren Typengrundrissen. Der erste Schritt ist bei uns die neuentwickelte Typenserie Q x.

In Zukunft werden Wohnblocks errichtet, in denen lediglich die Treppenhäuser und die Naßräume festliegen. Die übrige Geschoßfläche, die durch weitgespannte Deckenelemente weitestgehend frei von tragenden Bauteilen ist, kann durch einheitliche Ausbauelemente, auch Schrankwände, nach den verschiedensten Raumprogrammen eingeteilt werden. Die Erweiterung des Einbauanteils der Einrichtung führt zu einer wesentlichen Qualitätsverbesserung der Wohnungen, zu einer Erleichterung bei Umzügen und zu Materialeinsparungen.

Eine Diskrepanz zwischen der Bauindustrie und der Möbelindustrie, die bei uns noch nicht überwunden ist, wird durch die Schaffung von „Wohnungsbau-Kombinaten“ verhindert, die auch den Bau der Wohnungseinrichtungen übernehmen. Die künftigen Wohnungsinhaber suchen sich in den Musterauslagen des Kombinats die Einrichtungsgegenstände nach ihrem Geschmack aus. Die Wohnungen werden den Inhabern eingerichtet übergeben.

Äußerst aktuell ist das Problem der Neuorganisation der Industrie nach städtebaulichen Gesichtspunkten. Die Industrie wird aus der modernen Stadt nicht verbannt; sie wird zu einem organischen Teil in der Stadtstruktur. Die Zeit, in der der Begriff „Industrie“ unlöslich mit den Begriffen „Schmutz“, „Geräusch“, „Gestank“, „düstere Fabrikhöfe“ verbunden war, gehört der Vergangenheit an. Im modernen Werk schalten die technische Ausrüstung und die bauliche Ausbildung den größten Teil dieser Belästigungsfaktoren für angrenzende Wohngebiete aus. Hüttenwerke und Werke der Baustoffindustrie, die an den Standort des Rohstoffvorkommens gebunden sind, sowie chemische Werke, deren Belästigung nicht auszuschalten ist, werden natürlich stets von einer Stadt getrennt errichtet werden.

Die Vorteile der Zusammenlegung der Industrie in einen Bezirk, der an die Wohngebiete der Stadt eng angeschlossen ist, liegen klar auf der Hand. Vor allem wird das Verkehrsnetz entlastet und, was im Sozialismus von größter Wichtigkeit ist, die Freizeit der Werktätigen wird durch Wegfall der Fahrzeiten erweitert!

Diese Erkenntnisse gilt es im sozialistischen Städtebau auszunutzen. Auf der anläßlich der Allunions-Konferenz in Moskau gezeigten Ausstellung wurden Bebauungspläne der in der Umgebung der sowjetischen Hauptstadt geplanten Trabantenstädte gezeigt. Die Industrie einer solchen Stadt besteht aus sieben Betrieben, die in einem gemeinsamen Produktionsgebäude, einem Flachbau, untergebracht sind. Die Produktionshalle wurde als Mehrzweckbau ohne Oberlichte projektiert. Die komplexe Versorgung mit Energie und die gemeinsamen Leitungssysteme bringen weitere wirtschaftliche Vorteile. Auf gute arbeitshygienische Verhältnisse in dieser Halle ohne Tageslicht wird besonderer Wert gelegt. Außer einer mechanischen Klimatisierung und besten beleuchtungstechnischen Einrichtungen wird die Halle mit einer Anlage ausgerüstet, die die gesundheitsschädliche Staubablagerung verhindert.

---

[1] Siehe „Deutsche Architektur“, Heft 4/1960, Seite 231

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Antennen



Bad Blankenburg/Thür. W., VEB Fernmeldewerk
UKW-, Fernseh-, Auto-Antennen, Antennen-Verstärker, Gemeinschaftsantennen-verstärker für 4, 15 und 50 Teilnehmer, Installationsmaterial für Gemeinschaftsanlagen, Antennen-Installationsmaterial, Selen-Trockengleichrichter, Empfangskonverter, Band IV

Asphaltbeläge

Karl-Marx-Stadt, Otto Hempel, Inh. Horst Hempel, Ausführung sämtlicher Asphaltarbeiten, Salzstr. 29, Tel. 3 23 82

Aufzüge



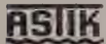
Leipzig, Willy Arndt, Kom.-Ges.
Aufzügefabrik,
Aufzüge für Personen- und Lastenbeförderung,
N 25, Moskauer Straße 11—13
Tel. 5 09 07

Aufzugs- und Maschinenbau



Leipzig, VEB Schwermaschinenbau S. M. KIROW, Leipzig W 31, Naumburger Straße 28, Tel. 4 41 21, FS 05 12 59
Personenaufzüge, Lastenaufzüge sowie Kranken- und Kleinlastenaufzüge

Akustische Isolierungen



Löbau/Sa., Günther Jähne
Vorwerkstr. 5, Tel. 37 49



Berlin-Weißensee,
Horst F. R. Meyer, KG,
Max-Steinke-Str. 5—6,
Tel. 56 31 88 u. 64 66 31

Bauglas



Gräfenroda/Thür.,
VEB Glaswerk,
Tel. 3 20 Gräfenroda
Glasdachziegel,
Prismenplatten,
Glasbausteine,
Normalformat hohlgepreßt



Hosena/Lausitz, VEB Glaswerk
Prismenplatten
für begeh- und befahrbare Oberlichte für Industriebauten

Bautenschutz



Arnstadt/Thür.,
Heinrich Boll & Sohn,
Chemische Fabrik
Teer- und Bitumen-Erzeugnisse für Hoch-, Tief- und Spezialbau sowie Hygienebauten nach AIB, TGL und DIN

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung,
Chemische Fabrik,
Fernruf: 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Bautenschutzmittel

Berlin-Grünau, VEB
Chemisches Werk Berlin-Grünau
Bautenschutzmittel
Korrosionsschutz
Technische Beratung kostenlos

Betonfertigteile

Bad Liebenwerda, Liebenwerdaer Betonwarenfabrik
Paul Weiland KG, Schloßäcker Str. 9, Telefon 5 27,
Fertigteile für Hausschornsteine

Beton- und Stahlbeton

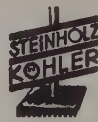
Berlin-Grünau, VEB
Chemisches Werk Berlin-Grünau
Mörteldichtungs- und Schnellbindemittel
Technische Beratung kostenlos

Bodenbeläge

Auerbach i. V., Bauer & Lenk KG,
Parkett-Fabrik, Karl-Marx-Straße 45, Tel. 27 05

Berlin-Friedrichsfelde, KEDU-Spezial-Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

Dresden N 6, Rowid-Gesellschaft Dietz & Co.,
Bautzener Straße 17, Telefon 5 33 23
Estrichfußböden, Spachtelbeläge, Poren-Gips-Baufertigteile, Ruboplastic-Spannteppiche, PVA-Plattenbeläge,



Berlin-Niederschönhausen,
„Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk,
Blankenburger Straße 85/89,
Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Hirschfeld, Kr. Zwickau/Sa., Parkettfabrik Hirschfeld,
Produktionsstätte der Firma Bauer & Lenk, KG
Auerbach i. V., Tel. Kirchberg 3 57

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau,
Dura-Steinholzfußböden, Linolestriche,
PVC- und Spachtelbeläge, Industriefußböden,
Rosa-Luxemburg-Straße 8, Ruf 5 10 49

Oberlichtenau, Michael's PVA-Fußbodenspachtel — ein fugenlos glatter, trittfester und raumbeständiger Spachtelbelag für alle unnachgiebigen Unterböden.
Beratung durch das Lieferwerk
Chem.-techn. Werke Böhme & Michael,
Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

Brunnenbau

Elsterwerda, Otto Schmalz KG, Elsterstraße 1,
Großbrunnenbau,
Tiefbohrungen, Baugrundbohrungen,
Grundwasserhaltungen,
Horizontalbohrungen

Bücher — Zeitschriften

Berlin, Buchhandlung Handel und Handwerk
Erwin Röhl, N 4, Chausseestraße 5, Tel. 42 72 63

Bürogeräte



Dresden, Philipp Weber & Co., KG,
Arbeitsplatzleuchten,
Telefon-Scherenschwenkarme,
Chemnitzer Straße 37, Tel. 4 69 47

Dachanstriche

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung,
Chemische Fabrik,
Fernruf 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Dachklebemasse

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung,
Chemische Fabrik,
Fernruf 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Dampfkesselanlagen



Borsdorf, Bez. Leipzig,
FRAENKEL, BERGEMANN & CO.,
Fernruf 3 48
Projektierung und Ausführung von Hoch- und Niederdruck-Dampferzeugungsanlagen

Dichtungsstrick



Gotha/Thür., VEB Weiß- und Teerstrickfabrik, Teerstrick und Weißstrick i. all. gew. Ausführ.
jederzeit greifbare Standard-Maße
6fach 1/8 etwa 25 mm Ø
8fach 1/4 etwa 20 mm Ø
1fach 1/8 etwa 10 mm Ø
1fach 1/4 etwa 8 mm Ø
Liefer. üb. VEB Baustoffvers. od.
Wiratex Exportges., Berlin C 2, Rosenstr. 15

Estriche und Steinfußböden



Berlin-Niederschönhausen,
„Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk,
Blankenburger Straße 85/89,
Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Leipzig, Gerhard Tryba, Terrazzofußböden, Spezialböden für Rollschuh-Laufbahnen, W 31,
Naumburger Straße 45, Tel. 4 18 11

Farben und Lacke

Berlin-Grünau, VEB
Chemisches Werk Berlin-Grünau
Silikatfarben Grünau
Wetterfeste Fassadenanstriche
Technische Beratung kostenlos

Oberlichtenau,



chem.-techn. Werke
Böhme & Michael
Lack- und Farbenfabrik,
Oberlichtenau,
Bez. Karl-Marx-Stadt,

bieten jederzeit Beratung in allen Fragen der zeitgemäßen Anstrichtechnik

Fensterbeschlag



Schmalkalden/Thür. Wald,
Joseph Erbe, KG,
Striegelfabrik, gegr. 1796,
Dreh-Kipp-Fensterbeschlag
— die ideale Belüftung —

Festhartbeton

Leipzig, Weise & Bothe, Duromit, Festhartbeton,
W 43, Bahnhof Knauthain, Ladestraße

Flachglasveredelung

Weißwasser/OL., Otto Lautenbach, Flachglasveredelung, Gablenzer Weg 18
Spezialität: Möbelgläser, Küchengläser, Türgläser

Fotobücher — Fotozeitschriften

Halle (Saale), VEB Fotokinoverlag Halle,
Mühlweg 19

Fußbodenpflegemittel



Lutherstadt Wittenberg,
Rothemarkt 7 - 9
Wittol — Bohnerwachs
Wittol — Hartwachs
Wittol — Steinholzpaste
EB 7 — insektizide Bohnerpaste
Emulwachs — für Gummibeläge

Gartenplastiken

Rochlitz/Sa., Gebrüder Heidl, Tel. 7 31
Gartenplastiken aus Natur- und Betonwerksteinen,
Katalog frei

Gewerbliche und industrielle Einrichtungen



Friedrichroda/Thür.,
Ewald Friederichs,
Verdunkelungsanlagen,
Filmwände, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82

Dem Industriearchitekten und dem Städtebauer erwachsen neue Aufgaben in der Gestaltung der Beziehung der Industrie zu den übrigen Stadtelementen, insbesondere zu den Wohngebieten.

Im Bericht des Kollegen Heumann wurde darauf hingewiesen, daß der Architekt bei der Realisierung der auf der Moskauer Konferenz charakterisierten gesellschaftlichen Aufgaben eine verantwortungsvolle Stellung einnimmt. So wurde formuliert, „daß er der Dirigent im großen Orchester" des Aufbaus sei. Im Hinblick darauf ist zu begrüßen, daß auf dem XXV. Plenum der Deutschen Bauakademie in den Schlußfolgerungen festgestellt wird, „daß die Autorität des Architekten, besonders des Chefarchitekten, wesentlich gehoben werden muß".

Die Notwendigkeit dieser Forderung kam in der Diskussion zum Ausdruck, als ein Kollege vom schweren Stand sprach, den er in seiner Eigenschaft als Architekt beim Durchsetzen funktioneller und gestalterischer Forderungen in der Praxis hat. Er sagte drastisch, daß er sich in dieser Lage bestenfalls als „Notenwart im Orchester" vorkäme — nicht als Dirigent! Diese in der gegenwärtigen Projektierungspraxis zu beobachtende Unterbewertung der Stellung des Architekten ist nicht abzustreiten. Sicherlich rührt das zum Teil daher, daß gegenwärtig durch die Anwendung neuer Bauweisen und die Industrialisierung des Bauens der Konstrukteur und der Bauleiter sehr im Blickfeld stehen.

Die Moskauer Konferenz beweist eindeutig, daß die formale Auffassung des nationalen Kulturerbes überwunden ist. Jeder Dogmatismus wird abgelehnt. Dagegen wurde der Wert des Experimentes herausgestellt. Es muß klar erkannt werden, daß der Städtebau und die Architektur in erster Linie funktionelle Aufgaben zu erfüllen haben mit der Bestimmung, die besten Voraussetzungen und Bedingungen für die Arbeit, das Wohnen, die Erholung und Kultur zu schaffen. Häuptner

Rechtsspiegel

Zum Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik

„Die Menschen sind es, die das Neue im Bauwesen durchsetzen."[1] Die Aufgaben der Bauindustrie, die innerhalb der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik eine Schlüsselstellung von wesentlicher Bedeutung für das Entwicklungstempo aller übrigen Wirtschaftszweige einnimmt, sind nicht zuletzt im Vertrauen auf die sozialistische Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin unserer Bauschaffenden weit gesteckt. Sozialistische Arbeitsmoral, bewußte freiwillige Arbeitsdisziplin in der Gemeinschaft werden zur Quelle höherer Arbeitsproduktivität.

Dadurch bilden sie einen wichtigen Faktor bei der Bewältigung der uns im Siebenjahrplan der Republik gestellten Aufgaben. Die ideologischen Grundlagen hierfür liegen in den neuen sozialistischen Arbeitsverhältnissen, die durch die politische Macht der Arbeiter und Bauern, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und durch die Planwirtschaft gekennzeichnet werden. Aus ihnen erwächst das Recht der Werktätigen auf bewußte schöpferische Mitgestaltung am wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben der Nation. Das Wissen um diese Dinge sowie die eigene materielle Interessiertheit an der ständigen Verbesserung der Lebenslage unseres Volkes sind die Wurzeln der Aktivität der Werktätigen, ihrer Arbeitsmoral und Disziplin. Dieser großartigen Stellung unserer Werktätigen gibt der Entwurf des künftigen Arbeitsgesetzbuches die einheitliche gesetzgeberische Formung. Seine Festlegungen sind zum Teil bereits gültiges, aus dem Begriff der sozialistischen Arbeit abgeleitetes Recht.

In der sozialistischen Wirtschaft ist der Betriebsleiter und sind die leitenden Mitarbeiter Beauftragte der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Der Betriebsleiter ist nicht nur Verwalter von Sachen und rechtlichen Verhältnissen, sondern er ist auch in erster Linie Leiter eines Kollektivs werktätiger Menschen, für deren politisch-ideologische Erziehung er einerseits mitverantwortlich ist, auf deren Vorschläge und Erfahrungen er sich andererseits bei der Leitung des Betriebes zu stützen und deren Initiative er deshalb zu fördern hat. Er ist gesetzlich verpflichtet, mit der Vertretung der Werktätigen, der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL), eng zusammenzuarbeiten und ihr über seine Tätigkeit zu berichten. Die Gewerkschaften genießen die volle Förderung des Staates. Sie verkörpern die mobilisierende Kraft der Werktätigen und deren Mitbestimmungsrecht im Betrieb. Die Fülle ihrer Befugnisse ist der Ausdruck der Herrschaft der Arbeiterklasse. „Solche Rechte können nur dort entwickelt werden, wo das Volk den Staat regiert, wo sich die Produktionsmittel in den Händen des Volkes befinden."[2] Werden die Betriebsaufgaben mangelhaft erfüllt, die sozialistische Gesetzlichkeit verletzt oder die gewerkschaftlichen Rechte mißachtet, so kann die BGL von den übergeordneten staatlichen Organen fordern, daß die Schuldigen, insbesondere auch der Betriebsleiter, zur Verantwortung gezogen werden. Der Betriebsplanvorschlag ist unter Mitwirkung der BGL auszuarbeiten; der Betriebsleiter darf ihn nur dann weiterreichen, wenn eine Stellungnahme der Vertrauensleute-Vollversammlung oder einer ökonomischen Konferenz, an der die BGL verantwortlich mitwirkte, dazu vorliegt. Der Betriebskollektivvertrag, der die Grundfragen des Betriebes, die Erfüllung des Betriebsplanes, die politisch-ideologische, wirtschaftliche und kulturelle Arbeit sowie die soziale Betreuung der Werktätigen im Betrieb zum Gegenstand hat, wird unter aktiver Teilnahme der Betriebsangehörigen für jedes Planjahr ausgearbeitet, von der BGL und dem Betriebsleiter abgeschlossen und bedarf der Bestätigung auf einer Belegschafts- oder Vertrauensleute-Vollversammlung.
In Verwirklichung der sozialistischen Demokratie im Betrieb organisieren die Gewerkschaften den sozialistischen Wettbewerb als die umfassendste Form der Masseninitiative zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und als Ehrensache der Teilnehmer. Die Gewerkschaften sind die Träger der Bewegung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Als Organe der BGL setzen sich die Ständigen Produktionsberatungen laufend und kritisch mit der Organisation der Produktion auseinander, decken Mängel auf und unterbreiten Vorschläge mit dem Ziel, höchste Arbeitsergebnisse zu erreichen. Die Betriebsleiter sind verpflichtet, an den Ständigen Produktionsberatungen teilzunehmen, deren Beschlüsse zu verwirklichen und darüber zu berichten. Gemeinsam mit der Leitung der Betriebsparteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Betriebsleitung ist die BGL Trägerin der ökonomischen Konferenzen in den Betrieben, auf denen die entscheidenden wirtschaftspolitischen Aufgaben zur allseitigen Erfüllung der Betriebspläne, wie beispielsweise die Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes und die sozialistische Rekonstruktion, beraten und festgelegt werden. Die für die Steigerung der Arbeitsproduktivität so wichtige Neuerer-, Rationalisatoren- und Erfinderbewegung der Werktätigen hat der Betriebsleiter allseitig zu unterstützen; er ist für die schnelle Realisierung geeigneter Verbesserungsvorschläge verantwortlich.

Die BGL hat ein umfassendes Kontrollrecht. Es bezieht sich unter anderem auf die Erfüllung der betrieblichen Pläne, die Durchsetzung von Neuerermethoden, die Schaffung von Wohnraum für die Werktätigen sowie von sozialen und kulturellen Einrichtungen im Betrieb, die Sicherung des Gesundheits- und des Arbeitsschutzes sowie ganz allgemein auf die Behebung von Mängeln aller Art. Sie wirkt unter anderem bei der Durchsetzung des sozialistischen Prinzips der Entlohnung nach der Leistung, bei der Gestaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen, bei der Verwendung der Mittel aus dem betrieblichen Prämien-, Kultur- und Sozialfonds und bei der Entwicklung der kulturellen und sportlichen Betätigung im Betrieb mit. Ihre umfassende gesetzmäßige Stellung als Repräsentantin der Miteigentümer des Betriebes, nämlich seiner Werktätigen, entspricht der innerbetrieblichen Demokratie. Ihre Tätigkeit ist der Ausdruck der Übereinstimmung der gesellschaftlichen mit den persönlichen Interessen der Werktätigen. So kann der Paragraph 1 des Entwurfes des Arbeitsgesetzbuches mit Recht sagen:

„Das Arbeitsrecht dient der Verwirklichung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus. Es fördert die Arbeitsproduktivität auf der Basis der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik und trägt zur möglichst vollständigen Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse und zur allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft bei. Es dient der Erfüllung der Wirtschaftspläne nach dem Grundsatz der Einheit von zentraler Planung und Leitung und bewußter schöpferischer Tätigkeit jedes Werktätigen in der Produktion und seiner Mitwirkung an der Leitung von Staat und Wirtschaft."

Hierin kommt die grundlegende Veränderung des Charakters der Arbeit im neuen, sozialistischen Arbeitsverhältnis zum Ausdruck. Aus der Last der unfreien Arbeit für schmarotzende Ausbeuter wurde, wie der Vorspruch des Gesetzentwurfes betont, die freie Arbeit der Werktätigen für sich selbst und für die Gesellschaft. Miteigentümer der Produktionsmittel im großen Kollektiv der Werktätigen und Teilhaber an der Leitung von Staat und Wirtschaft sein, bedeutet aber zugleich, Rechte und Pflichten gegenüber der Gesellschaft zu haben. Und so zieht Paragraph 2 des Entwurfs in klarer Formulierung die rechtlichen Folgerungen aus der veränderten Stellung der Werktätigen in unserm Staat, indem er bestimmt:

„Alle Bürger haben das Recht auf Arbeit. Es besteht in dem Recht auf Tätigkeit entsprechend den Fähigkeiten und auf Lohn nach Quantität und Qualität der Arbeit sowie auf schöpferische Mitwirkung an der Erfüllung der Pläne und an der Leitung der Betriebe und der Wirtschaft. Die Arbeit entsprechend den Fähigkeiten, die Entwicklung der Fähigkeiten zum eigenen und gesellschaftlichen Nutzen und die schöpferische Mitwirkung an der Erfüllung der Pläne und an der Leitung der Betriebe und der Wirtschaft sind moralische Pflichten jedes arbeitsfähigen Bürgers."

Diese Grundsätze sind bereits tief in das Wissen und Handeln unserer Werktätigen eingedrungen und lassen eine „freiwillige, bewußte Disziplin der Gemeinschaft freier, gleichberechtigter Menschen" entstehen, „die ihre Kräfte rationell, ohne unproduktives, egoistisches Gegeneinander für die schnellere Erreichung des gemeinsam gesteckten Zieles einsetzen".[2] Aus ihnen leiten sich letzten Endes alle übrigen Regelungen der 153 Paragraphen des Gesetzbuchentwurfes ab, ob sie den Abschluß und die Auflösung des Arbeitsvertrages, den Arbeitslohn, die Berufsausbildung und Qualifizierung, die Arbeitszeit und den Erholungsurlaub betreffen oder den Gesundheits- und Arbeitsschutz, die Sozialversicherung, die sozialistische Arbeitsdisziplin, die kulturelle und sportliche Betreuung oder die Förderung der werktätigen Frau und der Jugend.
Der Entwurf bestimmt, daß — um einige Einzelheiten aus ihm herauszugreifen — der Betrieb alle Arbeitsverträge schriftlich abzuschließen hat. Doch bedeuten rechtliche Mängel des Arbeitsvertrages keineswegs seine Unwirksamkeit. Vielmehr sind die Beteiligten im allgemeinen verpflichtet, Rechtsmängel zu beseitigen. Nur wenn der Abschluß des Arbeitsvertrages gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, kommt ein Arbeitsvertrag nicht zustande. Doch auch dann hat der Werktätige, abgesehen vom Kündigungsschutz, die Rechte und Pflichten wie bei Bestehen eines Arbeitsrechtsverhältnisses. Wenn der Beauftragte eines Betriebes unter Überschreitung der ihm erteilten Befugnis Arbeitsverträge abschließt, so sind sie trotzdem voll wirksam. Ist unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen und persönlichen Interessen das Ausscheiden eines Werktätigen aus dem Betrieb notwendig, so soll das grundsätzlich durch Aufhebungsvertrag unter Verständigung der BGL geschehen. Kommt ein solcher nicht zustande, so darf der Betrieb — mit Zustimmung der BGL — nur aus Reorganisations- oder ähnlichen Gründen oder bei Nichteignung des Werktätigen für die vereinbarte Arbeit kündigen. Aber auch das setzt voraus, daß die Übernahme einer anderen angemessenen Arbeit im Betrieb nicht vereinbart werden kann. Der Betrieb ist, wenn er die Kündigung ausspricht, verpflichtet, den Werktätigen rechtzeitig bei der Erlangung einer zumutbaren Arbeit in einem anderen Betrieb zu unterstützen. Kommt bei schwerwiegender Verletzung der sozialistischen Staats- und Arbeitsdisziplin eine fristlose Entlassung in Betracht, so müssen ihr in aller Regel erfolglos gebliebene Erziehungs- oder Disziplinarmaßnahmen vorausgegangen sein. In allen diesen Vorschriften spiegelt sich die Mitverantwortlichkeit des Kollektivs für den einzelnen Werktätigen wider. Er ist kein den Interessenentscheidungen einer über ihn herrschenden Klasse Unterworfener, sondern ein Mitglied der Gesellschaft, das allzeit von ihr erzogen und geschützt wird.

Aus der veränderten Stellung der Werktätigen sind auch die Vorschriften des Entwurfes zu beurteilen, die die vorübergehende Zuweisung einer anderen als der vereinbarten Arbeit in seinem Betrieb oder auch in einem anderen Betrieb in beschränktem Maße zulassen, wenn das zur Sicherung der Planerfüllung oder der betrieblichen Aufgaben erforderlich ist oder im Arbeitsbereich des Werktätigen die sachlichen Voraussetzungen zur Arbeitsleistung fehlen. Hier durchbrechen, selbstverständlich unter Wahrung der persönlichen Belange des Werktätigen, die Einheit der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der

---

Berichtigung: Bei dem im Heft 12/1960 veröffentlichten Ideenwettbewerb für das Haus der sozialistischen Kultur in Dresden wurde der 3. Preis an folgendes Kollektiv vergeben: Dr.-Ing. R. Lasch, Rostock; Dipl.-Ing. J. Kröger, Laage; Architekt BDA R. Pilz, Güstrow; E. Soellner (Friesgestaltung), Rostock.

Bei dem im Heft 12/1960 veröffentlichten Ideenwettbewerb Rostock Lütten-Klein sind die Verfasser der Ankäufe auf den Seiten 652/653 und 656/657 verwechselt worden.

Auf Seite 652 muß es richtig heißen: Architektenkollektiv Architekt BDA Günter Gisder, Architekt BDA Ferdinand Rupp, Dipl.-Ing. Heinz Just, Gartenarchitekt Willfried Otto, Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Neubrandenburg.

Auf Seite 656 muß es richtig heißen: Architektenkollektiv Dipl.-Ing. Architekt Peter Sniegon, Dipl.-Ing. Architekt Günther Hähne, Dipl.-Ing. Architekt Günther Liebig, Technische Zeichnerin Gudrun Prüfer, VEB Hochbauprojektierung Dresden.

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsicht. Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien, „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Erfurt/Gispersleben, PGH des Bauhandwerks „Aufbau Nord"
Glasstahlbeton-Oberlichte, Glasstahlbeton-Fenster auch mit Lüftungsflügel
Fernruf: 2 84 68

Glasbeton



Berlin-Weißensee
Liebermannstraße 3-25
VEB Lignolith
Glasbeton-Oberlichte
Beton-Sprossenfenster
Glasbeton-Sonderanfertigungen

Großkochanlagen



Elsterberg,
VEB Wärmegerätewerk,
Telefon 2 14 — 2 16
Großkochanlagen,
Kohlebadeöfen,
Öfen und Herde für feste Brennstoffe

Harmonika-Türen

Karl-Marx-Stadt, Max Schultz, Tel. 4 03 23

Hartbeton

Berlin-Friedrichsfelde, K E D U - Spezial - Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

Haustechnik



Altenburg, Bez. Leipzig,
Walter Pallmann, KG,
Heizungsbau,
Rohrleitungsbau,
Be- und Entlüftungsanlagen

Leipzig, VEB Montagewerk,
Leipzig C 1,
Bitterfelder Straße 19,
Ruf 5 07 57

Werk II
Dresden, VEB Montagewerk,
Leipzig,
Dresden A 45,
Pirnaer Landstraße 23,
Ruf 2 82 50

Werk III
Karl-Marx-Stadt, VEB Montagewerk,
Leipzig,
Karl-Marx-Stadt, Gartenstraße 3,
Ruf 406 67

Wir montieren:
Heizungs-, Lüftungs-,
Rohrleitungs- und Chemieanlagen,
Be- und Entwässerungen,
Gas- und sanitäre Anlagen.
Spezialbetrieb für die Einrichtung von Krankenhäusern, Kliniken und Kulturhäusern

Heizungsbau

Karl-Marx-Stadt, Dipl.-Ing. Paul Schirner, KG, wärmetechnische Anlagen, Freiberger Straße 20, Ruf 4 06 61

Holz und Holzplatten

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Industriefußböden

Berlin-Grünau, VEB
Chemisches Werk Berlin-Grünau
Betonhaft Grünau
eine Kunststoffdispersion und dient als Zusatz zu Mörtel und Beton
Technische Beratung kostenlos

Freital I, Deutsche Xylolith-Platten-Fabrik, Fußbodenplatten **nur** für Industrie, **Tel.**: Dresden 88 12 75

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau, Dura-Spezial-Hartfußböden, Rosa-Luxemburg-Str. 8, Ruf 5 10 49

Industrielle Einrichtungen



Apolda, VEB (K) Metallbau und Labormöbelwerk
(komplette Laboreinrichtungen, auch transportable Bauweise)

Zwickau/Sa., VEB Zwickauer Ladenbau, moderne Ladenausbauten,
Ossietzkystraße 5, Ruf 28 30

Isolieranstriche

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung, Chemische Fabrik,
Fernruf 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Isolierungen



Hermsdorf/Thür.,
W. Hegemann & Söhne,
Hematect-Werk
Alle bituminösen Sperrstoffe nach DIN und AIB, Falzdichtungen von Betonrohrkanälen bis zu den größten Dimensionen durch Hematect-Sperrgürtel

Isolierungen Kälte und Wärme

Dresden, Isolierungen für Kälte und Wärme, Rheinhold & Co., in Verw., N 23, Gehestr. 21, Tel. 5 02 47

Karl-Marx-Stadt, Otto Westhoff, KG, Isolierungen für Kälte und Wärme, Turnstr. 6, Tel. 5 19 30

Installationstechnik



Halle (Saale), VEB Montagewerk
Ausführung und Projektierung
Warmwasser-, Heißwasser- und Dampfheizungen, Be- und Entwässerungen, Gas- und Warmwasserleitungen,
sanitäre Einrichtungen
C 2, Böllberger Weg 85, Tel. 71 51

Kachel- und Wandplatten-Verlegung

Oberlichtenau, Michael's Granatina-Dichtung B 10150 besitzt außergewöhnliche Klebwirkung und ist im Bausektor universell anwendbar beim Verkleben von Holz, Pappe, Glas, Metall, Gips, Mauerwerk, Keramik usw.

Besonders geeignet zum Verkleben abgefallener bzw. neu zu verlegender Wandplatten und Kacheln. Alle technischen Einzelheiten auf Anfrage durch das Lieferwerk

Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Kegelsportanlagen

Karl-Marx-Stadt, Otto Hempel, Inh. Horst Hempel, Asphaltkegelbahnen nach Bundesvorschrift, Salzstraße 29, Tel. 3 23 82

Kesseleinmauerung

Gera, Louis Fraas & Co., KG, mit staatlicher Beteiligung, Schornstein-, Feuerungs- und Industriebauten, Laasener Straße 6, Telefon 66 00

Kinoanlagen

Dresden, VEB Kinotechnik Dresden, Kinoanlagen, A 20, Oskarstraße 6, Tel. 4 20 57 und 4 66 07

Klebemittel

Oberlichtenau, Spezial-Kleber aus der Produktion chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

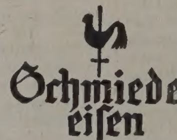
1. **Für Bahnenbelag** (Kunststoff-Folie, PVC, Linoleum usw.) Michael's Spezial-Kleber L 248 und S-036
2. **Für Kacheln und Wandplatten** Michael's Granatina-Dichtung B 10 150
3. **Für Parkett-Verklebung** Michael's Parkett-Zementit C 10 210/C 10 693

Kulturwaren



Floh/Thür.,
Wilhelm Weisheit, KG,
Werkstätten für kunstgewerbliche Schmiedearbeiten in Verbindung mi Keramik,
Tel.: Schmalkalden 4 79
(24 79)

Kunsthandwerk



Friedrichroda/Thür., Georg Reichert, Kunstschmiede Schmiedearbeiten für die zweckdienende Innen- u. Außenarchit. i. Schmiedeeisen u. Metall. Entwürfe — Entwicklungsarbeiten

Leipzig, Max Gottschling, Holzeinlegearbeiten, (Intarsien), W 31, Ernst-Mey-Straße 20, Tel. 5 12 15



Oelsnitz i. Vogtl., Melanchthonstr. 30
Kurt Todt echte Handschmiedekunst, Türbeschläge, Laternen, Gitter

Muskau/Oberlausitz, Erna Pfitzinger, Keramiken für Haus und Garten, Anfertigung auch nach Zeichnung, Telefon: Muskau 84

Wurzen/Sa.,
Sächsische Broncewarenfabrik
Neidhardt & Zimmermann, KG,
Kunstschmiede- und Schlosserarbeiten
für Innen- und Außenarchitektur,
Beleuchtungskörper
Laternen,
Gitter,
Badergraben 16, Tel.: Wurzen 27 03

Kunststoffbeläge

Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Kunststoffbeläge, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Gedanke der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe von Abteilung zu Abteilung und Betrieb zu Betrieb die ideologischen Schranken, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln gezogen hat.

Das Motiv sozialistischer Hilfe liegt auch der Vorschrift zugrunde, wonach dem Werktätigen zeitweilig ein Schonarbeitsplatz zuzuweisen ist, wenn er wegen vorübergehender Minderung seiner Arbeitsfähigkeit oder zur vorbeugenden Gesundheitsfürsorge seine bisherige Arbeit zunächst nicht fortsetzen kann. Liegt in dieser Zeit der Verdienst unter dem bisherigen Durchschnittsverdienst, so wird als Ausgleich der Differenzbetrag bis zu diesem gezahlt. Charakteristisch ist auch die Verpflichtung der Betriebe, dem Werktätigen bei Schädigung seiner Gesundheit durch Arbeitsunfall oder Berufskrankheit oder den Hinterbliebenen beim Tode des Werktätigen Unterstützung und Hilfe zu gewähren; sie haben dem Werktätigen, der seine bisherige Tätigkeit nicht mehr ausüben kann, oder seinen Hinterbliebenen bei der Erlangung zumutbarer Arbeit zu helfen. Der tiefe humanistische Gehalt unseres Arbeitsrechts kommt hier zum Ausdruck.

Aus der Fülle der besonders behandelnswerten Einzelvorschriften sei hier nur noch der vorgesehenen Regelung der materiellen Verantwortlichkeit der Werktätigen gedacht, durch die die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Schadensersatz, die eine unbeschränkte materielle Haftung selbst bei leichter Fahrlässigkeit des Werktätigen begründeten, ausdrücklich aufgehoben werden. Bei fahrlässiger Verursachung ist der Werktätige nur noch für den von ihm angerichteten direkten Schaden und höchstens bis zum Betrag seines monatlichen Tariflohnes materiell verantwortlich zu machen. Dabei ist die Gesamtheit aller Umstände einschließlich der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Schadens zu berücksichtigen. In besonderen Fällen kann der Betrieb auf die Geltendmachung des Schadensersatzanspruches überhaupt verzichten. So wird der Regreßanspruch des Betriebes seinem Wesen nach in eine gesellschaftlich notwendige Maßnahme der Erziehung der Werktätigen zum Verantwortungsgefühl für das sozialistische Eigentum umgewertet.

Als sich in den zwanziger Jahren der Begriff des Arbeitsrechts als selbständiger Rechtszweig gegenüber anderen Rechtsgebieten durchsetzte, bedeutete dies einen Erfolg der Werktätigen. Denn damals wurde das Arbeitsrecht aus seiner Anonymität herausgeführt und in den Blickpunkt allseitiger Betrachtung gerückt. Es war jedoch ein kapitalistisches und aufgesplittertes Arbeitsrecht. Vier Jahrzehnte später schaffen sich die Werktätigen in einem Teil Deutschlands eine Kodifizierung des sozialistischen Rechts ihrer Arbeit, die erstmalig in Deutschland ist und ihrer nationalen Bedeutung halber ein historisches Ereignis genannt zu werden verdient. Sie ist ein „Lehrbuch der Arbeitermacht"[3], ein Gesetz der Arbeiterklasse und ein Triumph ihrer historischen Rolle und Perspektive. In den Händen der Werktätigen wird das Arbeitsgesetzbuch zu einem Mittel der Überzeugung im Kampf für sozialistische Demokratie und für Frieden werden. In diesem Sinne ist der Entwurf Gegenstand der Diskussion auch in der gesamten Bauindustrie der Republik.

Dr. Linkhorst

[1] Beschluß des Ministerrates vom 4. Juni 1959 über den Plan der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens (Sonderheft der Schriftenreihe Bauwesen)

[2] Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 41

[3] Herbert Warnke im „Neuen Deutschland", Nr. 316, vom 15. November 1960

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

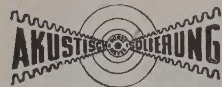
Ladenbau



Bernsdorf/OL,
VEB (G) Leichtmetallbau, Vitrinen und Preisständer, Konfektionsständer, Garderobenständer, Preisschienen, Sitzgarnituren, sämtl. Möbel aus Leichtmetall, Tel.: Bernsdorf 4 08/4 09

Waldheim/Sa., Rockhausen & Co., KG, Fabrik für Ladeneinrichtungen, Niederstadt 7, Tel. 4 73

Lärmbekämpfung



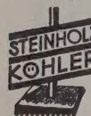
Berlin-Weißensee,
Horst F. R. Meyer, KG, Max-Steinke-Str. 5—6, Tel. 56 31 88 u. 64 66 31

Leichtmetall-Jalousien



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Linoleumestriche



Berlin-Niederschönhausen,
„Steinholz"-Köhler, KG, Linoleumestriche und schwimmende Estriche, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Markisen



Elsterwerda/Sa., Gebr. Heinrich, Markisen aller Art
Gegründet 1900



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Modellbau

Plauen/Vogtl., Wolfgang Barig, Architektur- und Landschafts-Modellbau — Technische Lehrmodelle und Zubehör, — Friedensstraße 50, Fernruf 39 27

Möbelspiegel

Weißwasser/OL, Lausitzer Spiegelfabrik
Anfertigung von Spiegeln aller Art, insbesondere Spiegelgarnituren f. d. Möbelindustrie, Wandspiegel, Kleinspiegel f. d. Etuifabrikation, Glasschiebetüren mit Goldzierschliff, Glasauflegeplatten sowie farbige Glasscheiben usw.

Parkettverlegung

Oberlichtenau, Michael's Parkett-Zementit C 10210/C 10693 zum Verlegen und Ankleben von Dünn- und Mosaik-Parkett mit schnellem Antrocknungsvermögen bei gleichzeitiger Beibehaltung einer höchstmöglichen Dauerelastizität und Alterungsbeständigkeit. Alle technischen Einzelheiten durch Anfrage bei dem Lieferwerk
Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Profilglas



Pirna-Copitz, VEB Guß- und Farbenglaswerke, Telefon 6 57
„Copilit"-Profilglas für Bedachung, Trennwände und Industrieverglasungen

Putz und Stuck

Karl-Marx-Stadt, PGH Stukkateure, Putz-, Stuck- und Rabitzarbeiten, Kunstmarmor, Trockenstuck, S 6, Straßburger Str. 31, Tel. 5 52 50

Crimmitschau/Sa., Winkler & Neubert, Stuck- und Rabitzarbeiten, Karlstraße 13, Tel. 29 96

Rolläden



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Sonnenschutzrollos



Bernsdorf/OL,
VEB (G), Leichtmetallbau, Herstellung von Springrollos, Telefon: Bernsdorf/OL 4 08/4 09



Friedrichroda/Thür.,
Ewald Friederichs, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Säurebau



Brandis, Bezirk Leipzig,
Säurebau Byczkowski, KG
Säurefeste und flüssigkeitsdichte Fußboden- und Behälterauskleidungen für die chemische und metallurgische Industrie. Projektierungen und Beratungen

Schornsteinbau

Cottbus, Ernst Paulick, Schonstein- und Feuerungsbau, Bahnhofstraße 7, Telefon 44 35

Gera, Louis Fraas & Co., KG mit staatlicher Beteiligung, Schornstein-, Feuerungs- und Industriebauten, Laasener Straße 6, Telefon 66 00

Sperrholztüren

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Staubsauger



Döbeln/Sa.,
Max Knobloch Nachf., KG, „Emka" Handstaubsauger, neue Ausführung, Type 1000

Steinholzfußböden



Berlin-Niederschönhausen,
„Steinholz"-Köhler, KG, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

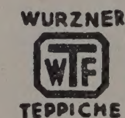
Teppiche



Münchenbernsdorf/Thür.,
VEB Thüringer Teppichfabriken
Wir fertigen:
Tournay-, Bouclé-Teppiche, Brücken, Läufer und Bettumrandungen



Oelsnitz/Vogtl.,
VEB Halbmond-Teppiche
Wir fertigen:
Durchgewebte Doppelplüsch-Tournay-, Axminster-, Stickteppiche, Brücken, Läufer, Auslegware, Bettumrandungen, Teppiche bis 12 m Breite und beliebiger Länge ohne Naht



Wurzen/Sa., VEB Wurzner Teppichfabrik
Wir liefern: Teppiche, Läufer und Bettumrandungen in moderner und orientalischer Musterung. Unsere Spezialität: Läufer und Auslegeware

Verdunkelungsanlagen



Friedrichroda/Thür.,
Ewald Friederichs, Verdunkelungsanlagen, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30